

F.A.Z. exklusiv

Migranten kritisieren deutsche Flüchtlingspolitik

Die Lebenswelten von Migranten in Deutschland unterscheiden sich immer stärker, zeigt eine neue Studie. Die einen fühlen sich heimisch, die anderen kapseln sich ab - und viele stimmen mit der Flüchtlingspolitik so gar nicht überein.

01.12.2016, von JAN HAUSER



© DPA/Deutschunterricht für Flüchtlinge an der niedersächsischen Universität in Vechta

Die Lebenswelten unter den Migranten klaffen in Deutschland immer stärker auseinander. Einige Einwanderer und deren Kinder fühlen sich heimisch und angekommen: Manche sprechen davon, dass sie sich von der Einwanderungsdebatte nicht betroffen fühlen und diese gar nicht verfolgen. Andere haben sich hingegen zurückgezogen und verbleiben in ihrem Umfeld.



Autor: Jan Hauser, Redakteur in der Wirtschaft.Folgen:

Besonders kapseln sich nach einer neuen Untersuchung traditionelle Milieus und überwiegend Menschen mit einem niedrigen Sozialstatus ab. Sie lehnen einen Aufstieg durch Einstieg in die hiesige Gesellschaft teilweise ab und ebenfalls den westlichen Lebensstil. Häufiger noch als im Jahr 2008 ziehen sich diese in das eigene ethnische Umfeld zurück.

Das Leben unter Migranten entfernt sich somit stärker als bisher voneinander, wie aus einer Befragung hervorgeht. Dazu hat der VHW Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung die „Migranten-Lebenswelten in Deutschland 2016“ untersucht. Der erste Zwischenbericht, den der Verband in der kommenden Woche veröffentlichen wird, liegt der F.A.Z. vorab vor. In dem Verband mit 1700 Mitgliedern sind überwiegend Städte und Gemeinden organisiert.

In Zusammenarbeit mit der Heidelberger Sinus Markt- und Sozialforschung GmbH wurden für den ersten Teil der Untersuchung in drei Stichproben erwachsene Menschen mit Migrationshintergrund in verschiedenen Sprachen befragt: zunächst 80 Personen, die bis Ende 2014 nach Deutschland gekommen sind, dann in einer gesonderten Gruppe 40 Personen, die von 2008 bis 2014 einwanderten, und schließlich 40 Flüchtlinge, die von 2015 an hierher kamen. Im Zentrum steht die Frage nach den Lebenswelten der zweiten und dritten Generation sowie der neuen Einwanderer: Welche Gruppen gehen in die Gesellschaft auf, und wo zeigt sich Enttäuschung, Entfremdung, Abwendung und Resignation?

Tendenzen zur Segregation

„Die Migrantenmilieus entwickeln sich auseinander“, sagt Bernd Hallenberg, Stellvertreter des VHW-Vorstands, im Gespräch mit dieser Zeitung. Das gilt sozial und vor allem kulturell. Bürgerliche Segmente begreifen sich als Bestandteil Deutschlands, während sich andere in Clans zurückziehen. Dabei sondern sich nicht nur sozial abgehängte Migranten ab, sondern ebenfalls Teile der sozialen Mitte. „Die Abgrenzung zu Deutschland greift auch in Schichten mit höherer Bildung um sich“, sagt er. Stärker als in der vorherigen Studie

aus dem Jahr 2008 ziehen sich nun Migranten in die eigene ethnische Enklave zurück. Hallenberg folgert dies durch die abgeschlossene erste Befragung, die nicht repräsentativ, sondern qualitativ ist.

Diese Segregationstendenzen stellen die Autoren deutlich in traditionellen Milieus und am sozial unteren Rand der Bevölkerung fest: Ein Aufstieg durch Einstieg in die hiesige Gesellschaft wird teilweise demonstrativ abgelehnt. Hier fühlen sich viele der Herkunftskultur stärker zugehörig, halten an heimatlichen Traditionen fest und nehmen die deutsche Kultur als fremd wahr. Nach einer anderen Befragung, die Hallenberg erwähnt, geht etwa der Kontaktwunsch türkischstämmiger Einwohner Nordrhein-Westfalens zu Deutschen zurück.

Unterschiedliche Ansichten vertragen sich nicht immer

Man kapselt sich ethnisch, sozial oder räumlich ab, ist nicht bereit oder in der Lage, sich in die Gesellschaft einzubringen, und entwickelt Vorbehalte gegenüber dem westlichen Lebensstil, heißt es in dem VHW-Bericht. „Wir sind nun mal keine Deutschen, wir sind nun mal Türken“, sagt eine befragte Person. „Entweder bist du das eine oder das andere“, sagt ein weiterer Gesprächspartner. Ein anderer sieht die deutsche Gesellschaft als zurückgezogen: „Meine Freunde sind überwiegend religiös und überwiegend Ausländer, nicht nur Türken. Ich glaube, mit denen haben wir mehr gemeinsame Sachen als mit Deutschen.“

Dass sich ein zunehmender Teil der Migranten von der hiesigen Gesellschaft abkapselt, sehen andere Migranten oft als ärgerlich, bedrohlich und beängstigend an, wie die Autoren schreiben. Große Teile von ihnen befürchten demnach wachsende Verunsicherung und Aggression in der Mehrheitsgesellschaft. Durch die große Zahl an Flüchtlingen und zunehmenden Terrorwarnungen werde dies befördert.

Die Befürchtung ist, dass dies zu einer Verschlechterung und Verhärtung des gesellschaftlichen Klimas führt. „Deutschland ist liberal und offen, und es kommen halt exorbitant konservative Menschen ins Land. Dass das eine mit dem anderen nicht wirklich harmonisiert, ist eine logische Folge“, sagt ein Gesprächspartner. Ein Migrant spricht davon, immer Angst zu haben, dass die Ängste der Deutschen gegenüber Ausländer zu laut werden.

Sicht der Migranten auf andere Ausländer

Eine befragte Person sagte: „Jetzt haben die Deutschen auch Hass, weil zu viele Ausländer hier sind, weil viele hier Sachen machen, die sie nicht machen sollen. Wie zum Beispiel, was da passiert ist in Köln. Das ist mir auch als Ausländerin peinlich. Weil: Sie stempeln dann ja alle Ausländer ab.“ Befragte sorgen sich darum, dass das Zusammenleben schwieriger wird und die Akzeptanz einer vielfältigen Gesellschaft abnimmt. „Viele Migranten stimmen mit der Aufnahme der geflüchteten Menschen nicht überein“, sagt Hallenberg. Einigen geht die Liberalität zu weit. Das sei gerade im bürgerlichen Segment zu spüren.

Die Studie umfasst mehrere Untersuchungsphasen mit verschiedenen Befragungen, deren weitere Ergebnisse im kommenden Jahr veröffentlicht werden sollen und die Größe der Migrantengruppen benennen soll. Hier erwartet Hallenberg auch mehr Auskünfte zu Flüchtlingen. Die Untersuchung zielt darauf ab, Städten konkrete Unterstützung für Integrationskonzepte zu geben. Zum Verband gehören nahezu alle Städte mit mehr als 20 000 Einwohnern.

Migranten der modernen Mitte sehen sich hingegen als selbstverständlichen Teil der Gesellschaft und nehmen sich gar nicht als Migranten wahr. Gerade jüngere Einwanderer oder Einwandererkinder beschäftigen sich mit der Debatte nicht mehr. „Von der deutschen Familie bin ich so weit entfernt, weil: Ich bin hier geboren, meine Mama ist deutsch, mein Papa ist Türkei, wir sind eingedeutscht“, sagt eine befragte Person. „Wir sind, glaube ich, manchmal deutscher als manche Deutsche selbst. Die öffentlichen Diskurse zum Thema Migration sehe ich eigentlich sehr weit entfernt, weil ich mich damit nicht so befasse.“

150,3

- [ECONOMY](#)
- [CAPITAL ACCOUNT](#)

The Latest, Greatest Threat to the Euro: Populism

Elections and referendums in the year ahead pose a far different challenge from the financial crisis of recent years



ENLARGE

Marine Le Pen, leader of France's anti-euro, far-right National Front, is a candidate for France's 2017 presidential election—which could prove the biggest populist challenge to the euro. PHOTO: RICHARD BOUHET/AFP/GETTY IMAGES

By [GREG IP](#)

Updated Nov. 30, 2016 11:32 a.m. ET

[38 COMMENTS](#)

The euro has survived sovereign default, recessions, banking crises and bailouts. It may not survive populism.

In the coming year, the eurozone will host at least five elections or referendums that could bring a populist, euroskeptic party to power. In effect, the common currency is about to play multiple rounds of Russian roulette.

The populist threat is qualitatively different from the financial crisis that first erupted in Greece in 2009 and eventually engulfed half the region. In that case, what worried private investors was that a country, or its banks, would default on its debt and be forced to leave the euro. Investors fled, driving interest rates sky-high and plunging the continent into recession.

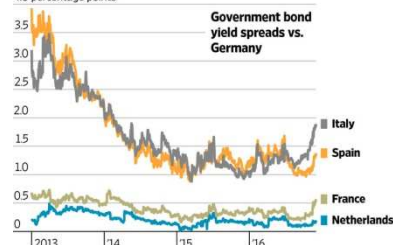
The European Central Bank ended that panic by effectively promising not to let any country be forced out of the euro. By contrast, the threat today is that a country will choose to leave the euro. Says Andrew Balls, who oversees bond strategy at Pacific Investment Management Co.: "It's hard to see how the ECB could combat a French government calling a referendum on the euro."

The first test comes Sunday, when Italians vote on a new constitution and Austrians elect a new president. Depending on the results, that could pave the way for new elections that eventually bring either the antiestablishment 5 Star Movement to power in Italy or the far-right Freedom Party in Austria. Next year, France, Germany and the Netherlands all hold national elections.

Populist Support Unsettles Bond Markets

As populist parties rise in the polls in Western Europe, bond markets are once again worrying about the euro's survival.

4.0 percentage points



Country (Election)	Recent populist party support in polls	Position on European Union or euro
France (2017 presidential)	29% National Front	Has long opposed EU and euro; 2017 platform unclear
Germany (2017)	12% Alternative for Germany	Opposes euro, supports EU
Netherlands (2017)	30% Party for Freedom (PVV)	Withdraw from EU and euro
Austria (Dec. 4, 2016 presidential)	49% Freedom Party (FPÖ)	Wants changes to both EU, euro
Italy (2018 or earlier)	27% 5 Star Movement	Wants referendum on euro

*First round Sources: Thomson Reuters (yield spreads); Polls: Infratest Dimap (Germany), Ipsos (France), I&G Research (Netherlands), SWG (Italy), Unique Research (Austria)

The biggest risk is that Marine Le Pen, leader of the anti-euro National Front, is elected president in France. Mrs. Le Pen isn't expected to prevail in the second round against the Republican candidate François Fillon, and even if she did, her party wouldn't control Parliament. Indeed, few of Western Europe's populist parties are strong enough to form a government by themselves.

But momentum is moving in their favor. To be sure, Britons voted to leave the European Union and Americans elected Donald Trump president for reasons that may not resonate on the continent. Yet the fact that British and American voters defied the establishment and didn't pay the predicted economic price reduces the stigma for Europeans inclined to cast an anti-establishment vote. Moreover, the establishment is losing an important ally: Barack Obama is a vocal supporter of the European Union and euro. Mr. Trump and Europe's anti-euro parties, by contrast, are fellow travelers.

The euro's durability shouldn't be underestimated. Despite the misery the euro has brought, polls show solid majorities in every major member country want to keep it. In fact, the euro is much more popular than the populists who would scrap it. Alternative for Germany began as an anti-euro party but languished in the polls until an influx of Middle Eastern refugees elevated its anti-immigration appeal.

Knowing this, populists may soften their opposition to the common currency as they get closer to power. The National Front, for example, may water down its euroskepticism when it releases its 2017 platform.

Yet even if the populists never take control of a legislature, their expanding presence threatens the common currency's future. If Mrs. Le Pen closes in on the presidency next spring, investors may flee French debt for fear it will be redenominated into francs.

At that point, the ECB's options are limited. It currently buys about €14 billion of French debt a month as part of a broader bond-buying program to stimulate growth. That's slightly less than what France must borrow to finance its deficit and refinance maturing debt. The ECB could tilt more of its bond-buying toward France, but it can't buy enough to absorb a broad-based selloff.

The ECB and the European Stability Mechanism, the region's bailout fund, can explicitly support French debt only if France agrees to policy changes dictated by the European Commission. "Of course, Le Pen will never do that," says Mujtaba Rahman of the political risk consultancy Eurasia Group.



Posters in support of the 'Yes' vote in Italy's coming constitutional reform referendum are seen in Rome on Nov. 30, 2016. PHOTO: TONY GENTILE/REUTERS

Thus, the ever-present risk of a populist government could unsettle markets and undercut still-fragile recoveries. Establishment parties, threatened by the euroskeptic right, will in turn be reluctant to agree to the changes necessary to address the euro's structural flaws, such as a larger common budget, deposit insurance or debt guarantees. The euro may yet survive the coming year; the coming decade looks much less promising.

150,5

Éditorial: «Le président qui ne l'était pas»

Publié le 02/12/2016 à 00:06

Par Alexis Brézet, directeur des rédactions du Figaro

Il aurait pu, pour son dernier message politique, prendre un peu de hauteur. Adresser aux Français une exhortation solennelle. Laisser à la gauche un testament spirituel. Fouetter les énergies, transmettre le flambeau. Au lieu de cela, qu'avons-nous vu? La navrante tentative d'autojustification, prononcée d'une voix blanche, d'un homme comme absent de lui-même. Triste épilogue d'un quinquennat nul et non avvenu: poussé vers la sortie par Manuel Valls, et plus encore par l'évidence d'un désastre, personnel et politique, qui n'a aucun précédent sous la Ve République, François Hollande n'a pas même cherché à sauver les apparences. Une fois encore, il ne décide rien: il s'incline. Il quitte la scène comme il l'a occupée: la cravate de travers, flottant dans des habits trop grands.

De son calamiteux mandat, que retiendront les Français? Quelques images qui ont consommé un abaissement sans équivalent de la fonction présidentielle: les insolences télévisées de Leonarda, la photo volée d'un scooter au petit matin, et ce livre, accablant concentré de cynisme et d'autosatisfaction, reflet d'un Narcisse au miroir des journalistes.

Quelques symboles aussi, encadrés dans le temps par les mines solennelles de Jean-Marc Ayrault et les coups de menton de Manuel Valls: la ridicule «boîte à outils» pour défaire à la fin ce qui avait été (mal) fait au début ; le risible «Ça va mieux», seriné contre toute évidence ; la fameuse «courbe» du chômage qui «s'inverse» toujours sans jamais baisser. La colère des «bonnets rouges» et les consciences violentées de la Manif pour tous. Les criailleries des «frondeurs» et l'insubordination des ministres. La pantalonnade de la déchéance de nationalité et le psychodrame de la loi El Khomri. Les attentats terroristes, bien sûr, dont il serait injuste de le rendre responsable mais qui ne l'ont tiré que fort tard, et bien imparfaitement, d'une coupable cécité face au péril islamiste.

Pour le reste, rien ; ou si peu. La France affaiblie en Europe et dans le monde. Le chômage, toujours. Les déficits et la dette qui caracolent gaiement. En politique, la gauche en mille miettes et le Front national premier parti de France. Il avait dit: «Moi président»...

Par quel ahurissant mystère un homme qu'on disait intelligent, subtil - et qui l'est assurément - a-t-il pu à ce point s'abîmer dans le ridicule et l'incurie d'une présidence sans grandeur ni vision? Les historiens essaieront peut-être de trancher le point, qui relève plus sûrement des psychologues. La France, elle, a déjà tourné la page. Elle sait bien qu'hier soir François Hollande n'a pas renoncé à briguer un second mandat. En vérité, il n'a jamais été président.

150,6

« Hollande signe l'incapacité de la gauche à faire évoluer le socialisme pour lui assurer sa survie »

Comme Jacques Delors en 1995, François Hollande signe l'incapacité de la gauche à faire évoluer le socialisme pour lui assurer sa survie

LE MONDE | 02.12.2016 à 06h39 • Mis à jour le 02.12.2016 à 09h34 | Par [Françoise Fressoz](#)

[Partager \(62\) Tweeter](#)

C'est le deuxième renoncement prononcé en direct à la télévision. Le deuxième échec de cette gauche réformatrice qui ne sait pas comment faire évoluer le socialisme pour assurer sa survie. En écoutant François Hollande annoncer aux Français, jeudi 1^{er} décembre, qu'il ne se présenterait pas à la présidentielle de 2017, on ne pouvait s'empêcher de penser à Jacques Delors apprenant au pays, le 11 décembre 1994, qu'il ne serait pas candidat à la présidence de la République en 1995.

Comme Jacques Delors il y a vingt-deux ans, François Hollande, qui fut naguère son disciple, a commencé son intervention télévisée en donnant l'impression d'y croire et de vouloir concourir et puis, à la fin, même constat : les conditions ne sont pas réunies, je renonce.

Bien sûr, il y a une grande différence entre les deux hommes : le premier était à l'époque la coqueluche des sondages, le grand favori à gauche. En dépit de cela, le président de la Commission européenne n'avait pas voulu plonger dans le grand bain présidentiel.

Le second a osé se faire élire président en 2012 mais mal lui en a pris : quatre ans plus tard, il est devenu le mal aimé des sondages, la cible de son camp, l'homme à abattre, celui que la gauche, et même les socialistes qu'il avait conduits onze ans durant comme premier secrétaire, ne reconnaît plus comme l'un des leurs.

Une majorité rétrécie

Jacques Delors avait théorisé qu'il lui fallait l'appui du centre pour réussir son septennat, faute de quoi il n'aurait pas de majorité pour mettre en œuvre sa politique, qui révoltait une partie de la gauche. « *Les déceptions de demain seraient pires que les regrets d'aujourd'hui* », avait-il plaidé dans une vision prémonitoire. François Hollande disposait au début de son quinquennat de l'appui d'un centriste, François Bayrou, le patron du MoDem, qui avait osé franchir le Rubicon par détestation de Nicolas Sarkozy. Mais le socialiste n'a pas écouté le centriste. Il n'a pas voulu élargir la majorité et, très vite, celle-ci s'est rétrécie comme peau de chagrin.

Une grande partie du drame s'est joué en 2014 lorsque la politique de l'offre a été mise en œuvre parce que le pays était arrivé au bout de ce qu'il pouvait supporter en termes de fiscalité et de coût du travail. Le candidat Hollande avait tout simplement oublié d'en faire l'un des thèmes de sa campagne, si bien que lorsqu'il a accepté d'assumer le tournant des baisses de charges patronales et de les conduire jusqu'à leur terme, il n'y avait plus grand monde à gauche pour le soutenir. Le Parti communiste avait déjà fait sécession, les Verts quittaient le navire et, à l'intérieur même du Parti socialiste, les frondeurs commençaient à mener un efficace travail de sape.

Cependant, de nombreuses occasions se sont présentées durant ce quinquennat endeuillé par les attentats pour tenter l'ouverture. Mais jamais François Hollande ne s'est livré à la plus élémentaire explication de ses visées devant les Français.

Ce silence restera le grand mystère du quinquennat. François Hollande voulait que la gauche perdure. Il savait pour cela qu'elle devait évoluer idéologiquement, devenir plus sociale-libérale. Mais à aucun moment il n'a pris la peine d'accompagner sa mutation.

Jeudi soir, il s'est sabordé en revendiquant haut et fort l'étiquette « socialiste », laissant le premier ministre, Manuel Valls, et son ancien ministre de l'économie, Emmanuel Macron, se disputer la relève « progressiste. » ■

150,8

• [OPINION](#)

• [COMMENTARY](#)

A Potential Banking Crisis Awaits the Next Eurozone Exit

There's one kind of debt that governments won't be able to inflate away. And its value could be crushing.

By MARCELLO MINENNA

Dec. 1, 2016 3:31 p.m. ET

Commentators have speculated for years about whether this country or that would be leaving the eurozone. The debate has focused on political arguments about European solidarity and macroeconomic arguments about competitiveness and currency valuation. Now, thanks to new data, another question is coming into focus: As a practical matter, can a country leave even if it wants to?

As with so much else in the eurozone, this is a question of debt. One of the most plausible arguments for leaving the common currency is that doing so would allow a country to devalue its way out of a solvency crisis. Were Italy to leave the euro, perhaps as an eventual consequence of this weekend's constitutional referendum, a re-created lira could in short order plausibly lose 40% of its value against the euro. The British pound lost 25% of its value after Brexit, and that was with a government committed to fiscal responsibility.

This scenario assumes that debt would have to be redenominated in the new currency. A sharp, sudden devaluation would make it difficult to repay old debts in euros. To avert widespread defaults of banks, enterprises and households, a government leaving the euro would soon find it impossible to avoid invoking *lex monetae*—an internationally recognized principle under which a government may set the currency to be used to settle debts contracted under that government's jurisdiction without automatically triggering a default. That would include money borrowed locally from a foreign entity. A mortgage borrowed by an Italian from the Florentine branch of a German bank would be subject to such redenomination.

Economists and politicians who support leaving the euro are correct that this would allow governments to inflate away debts, and that there's little anyone could do to stop them. The only check would be political, since this would also eat away at the \$1.6 trillion in bank deposits Italians have stashed away in Italian banks.

But there's one huge pile of debt this euro-exit plan doesn't account for: debt contracted overseas. This includes debts such as bonds issued in Frankfurt by a Greek company, or derivatives contracts made by an Italian company in London or New York. Because these contracts wouldn't be under the jurisdiction of the government leaving the eurozone, they wouldn't be subject to forcible redenomination. And because the eurozone has encouraged the internationalization of European debt markets, the amounts of such debt are huge.

Just how huge is tricky to measure. The best data come from the Bank for International Settlements. These statistics don't single out so-called foreign-law bonds, lumping them instead into the broader category of "international debt." It's estimated that foreign-law bonds make up about 90% of international bonds, and is the most reliable data currently available on foreign-law debt outstanding. The numbers are eye-opening.

The Netherlands is the most internationally exposed economy in the eurozone, with more than \$1.9 trillion in foreign-law bonds outstanding. France follows with more than \$1.4 trillion. Italy has around \$770 billion.

Most of this debt is owed not by governments but by financial institutions. Dutch banks account for most of that country's foreign-law debt, and French banks account for around \$1 trillion of that country's liabilities. Italy's troubled banking system has issued more than 80% of that country's foreign-law bonds. The Italian government, in contrast, has issued around €97 billion (\$103 billion) in international bonds, in addition to around €40 billion in derivatives that would be immediately due in hard currency were Rome to leave the euro.

One country that wouldn't have a problem with this, ironically, is Germany. While it owes €1.2 trillion in foreign debt, a new deutsche mark freed from the rest of the eurozone would probably strengthen relative to the euro, devaluing Germany's foreign-law debt in domestic terms.

These data suggest that, whatever the country, the likely outcome of a euro exit would be a full-blown banking crisis. An emergency plan should focus on a limitless supply of foreign currency to national banks, along the lines of that done by the Bank of England after Brexit.

Governments could face their own challenges with foreign debt. Under EU rules, since 2013 more than 50% of long-term eurozone bond issues have been provided with special collective-action clauses that expand the veto power of creditors against a unilateral action to restructure or redenominate the sovereign debtor. A country leaving the eurozone could try to override such a clause but it's uncertain whether it would prevail in front of an international court. Moreover, the ECB is the major creditor for more than €1.2 trillion of government bonds purchased via its quantitative-easing process; it could well constitute by itself a blocking minority to a redenomination.

Breaking ties with the eurozone is always possible. But don't believe anyone who argues it would be simple.

Mr. Minenna is a doctoral lecturer at the London Graduate School of Mathematical Finance.

150,9

Vor Referendum

Kapitalflucht aus Italien

Ganz Europa blickt auf Italien. Wie geht das Referendum über die Verfassungsreform am Sonntag aus? Anleger sind nervös. Und ein wichtiges Krisenbarometer ist wieder fast auf demselben Stand wie auf dem Höhepunkt der Eurokrise.

02.12.2016, von PHILIP PLICKERT



© IMAGO Fällt hoffentlich nicht um: Der schiefe Turm von Pisa

Mit Hochspannung blickt ganz Europa der italienischen Volksabstimmung am Sonntag über die Verfassungsreform von Ministerpräsident [Matteo Renzi](#) entgegen. Es steht viel auf dem Spiel. Bei einer Ablehnung könnte Renzi stürzen, es könnten Neuwahlen folgen und es drohen politische Instabilität und finanzielle Turbulenzen.



Autor: Philip Plickert, Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Der Volkswirt“-Folgen:

Wie angespannt die Lage ist, zeigen Äußerungen von Italiens Wirtschaftsminister [Pier Carlo Padoan](#), der offenbar verzweifelt versucht, die Nervosität an den Finanzmärkten zu dämpfen. Sollten die Wähler die von Ministerpräsident Matteo Renzi geforderte Reform ablehnen, werde das keine gravierenden Auswirkungen auf die italienischen Staatsfinanzen haben, bemühte sich Padoan in der Zeitung „Avvenire“ zu versichern. Er sehe auch nicht das Risiko eines „Finanzbebens“. Möglich seien allerdings kurzzeitige Turbulenzen von vielleicht 48 Stunden an den Märkten. Für die italienischen Banken sieht Padoan nicht das Problem eines systemischen Risikos.

Renzi hatte angekündigt, im Falle eines Neins der Wähler bei der Abstimmung zurückzutreten. An den Märkten löst das die Befürchtung aus, dass eine politische Krise in Italien - nach dem Brexit-Votum der Briten - die Gefahr eines Auseinanderbrechens der [EU](#) vergrößern könnte.

Die Lage der angeschlagenen italienischen Banken gilt schon länger als kritisch. Nach den jüngsten Zahlen der europäischen Bankenaufsicht sitzen sie auf einem Berg von 270 Milliarden Euro faulen Krediten. Der Renditeabstand zwischen italienischen und deutschen Staatsanleihen ist kräftig gestiegen, inzwischen beträgt der Risikoaufschlag („Spread“) rund 1,7 Prozentpunkte. Offenbar misstrauen auch viele Anleger der finanziellen Solidität der Banken und des Staates. Und es gibt starke Anzeichen für eine erhebliche Kapitalflucht aus Italien.

Target-Salden klaffen weit auseinander

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit sind die sogenannten Target-Salden der Euro-Notenbanken in den vergangenen Monaten kräftig gestiegen. Ökonomen haben diese in der Vergangenheit als Euro-Krisenbarometer gedeutet. Deutschlands positiver Saldo und die negativen Salden Südeuropas klaffen jetzt wieder fast so stark auseinander wie auf dem Höhepunkt der Euro-Krise. Die Forderungen der [Bundesbank](#) haben mit mehr als 700 Milliarden Euro fast wieder den Rekord von 751 Milliarden Euro vor vier Jahren erreicht.

Umgekehrt wächst der negative Target-Kontostand der südeuropäischen Zentralbanken. Italien liegt nach den jüngsten verfügbaren Daten von Oktober mit mehr als 355 Milliarden Euro im Minus. Verglichen mit dem Stand zum Jahresbeginn ist der negative italienische Saldo um mehr als 100 Milliarden Euro angeschwollen. Was die Ursachen dieser Entwicklung sind, darüber gibt es Debatten unter Fachleuten. Während die [Europäische Zentralbank](#) die Sache herunterspielt, sehen andere Fachleute ein Symptom für Kapitalflucht.

Finanzen in Schiefelage

Entwicklung der Target-Salden in Ländern des Euroraums (in Milliarden Euro)



Quellen: Euro Crisis Monitor; EZB

F.A.Z.-Grafik Broker

© F.A.Z.

Target ist ein System zur elektronischen Abwicklung grenzüberschreitender Zahlungen im Euroraum. Darüber fließen Geldströme zwischen den Zentralbanken des Eurosystems. Die positiven oder negativen Salden bilden Zahlungsbilanzungleichgewichte ab. Sehr vereinfacht gesprochen bedeutet ein negativer Target-Saldo, dass Geld aus dem Land abfließt. Bis zum Ausbruch der Finanzkrise pendelten die Target-Salden um die Nulllinie, erst mit Beginn der Krise 2007/2008 explodierten sie förmlich. Für eine Beruhigung des Target-Sturms sorgten im Sommer 2012 die Intervention von EZB-Chef [Mario Draghi](#), zur Eurorettung mit den Worten „Whatever it takes“. Daraufhin sanken die Target-Salden.

EZB: Unbedenklicher Nebeneffekt

Seit Anfang des vergangenen Jahres jedoch steigen sie wieder kräftig. Aus der EZB hieß es dazu, dass der Anstieg ein unbedenklicher (Neben-)Effekt des großen Anleihekaufprogramms der Euro-Notenbanken sei. „Ich bin nicht beunruhigt“, sagte Draghi vor einiger Zeit. Es sei „eine komplett andere Situation als 2012“.

Die Euro-Zentralbanker erklären den Mechanismus so: Wenn die Banca d'Italia italienische Staatsanleihen einer ausländischen Bank abkauft, die ihren Sitz in Deutschland hat – oder ein Konto bei der Bundesbank, wie dies bei vielen außereuropäischen Finanzinstitute der Fall ist –, dann wird das neu geschaffene Zentralbankgeld nach Frankfurt zur Bundesbank überwiesen. Dies erhöht automatisch den deutschen Target-Saldo und drückt den italienischen Saldo tiefer ins Minus. Folglich klaffen die Kurven auseinander.

Dennoch sagen Ökonomen, dass letztlich über Target Kapitalflucht finanziert wird. „Der Anstieg der Target-Salden ist noch keine Krise, aber ein Weckruf, er signalisiert eine Art verdeckte Kapitalflucht“, sagt Philipp König vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Denn das Geld, das die Banca d'Italia ins System pumpt, wird eben nicht in Italien gehalten, sondern es wird im Ausland – vorzugsweise in sicheren Häfen wie Deutschland, Luxemburg oder den Niederlanden – angelegt.

Auch der Ökonom Frank Westermann von der Universität Osnabrück, der viel über Target geforscht hat, hält die EZB-Begründung für nicht plausibel. „Die Banken scheuen, Geld in Italien zu halten, deshalb geht es nach Deutschland und daher wachsen die Target-Salden. Einige Anleger haben Sorge vor einem Break-up, einem partiellen Auseinanderbrechen des Währungsraums.“

Dazu passt eine aktuelle Umfrage der Beratungsgesellschaft Sentix unter Investoren. Diese schätzen mittlerweile die Austrittswahrscheinlichkeit Italiens mittelfristig auf gut 19 Prozent – so hoch wie nie zuvor. „Die Euro-Ängste kommen mit großen Schritten zurück“, urteilt Sentix-Geschäftsführer Manfred Hübner. Andere Ökonomen halten solche Szenarien für stark übertrieben. Doch die Sorgen um Italien sind groß, zumal die Produktivität in dem Land seit zwei Jahrzehnten kaum wächst und der Staatsschuldenberg auf 135 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen ist.

150,11

Jacques Sapir : «Le référendum en Italie peut provoquer l'implosion de l'Euro» (1/2)

Alexis Feertchak

Publiée 02/12/2016 à 17:40

FIGAROVOX/GRAND ENTRETIEN - À l'occasion du référendum italien, l'économiste anti-Euro a accordé un entretien fleuve au FigaroVox, publié en deux parties. Pour Jacques Sapir, une défaite de Matteo Renzi peut ouvrir la voie d'un Italexit.



Économiste, directeur d'études à l'EHESS, récemment élu membre de l'Académie des Sciences de Russie, Jacques Sapir dirige le Centre d'Études des Modes d'Industrialisation (CEMI) et coorganise avec l'Institut de prévision de l'économie nationale (IPEN-ASR) le séminaire franco-russe sur les problèmes financiers et monétaires du développement de la Russie. Vous pouvez lire ses chroniques sur son blog [RussEurope](#). Il a dernièrement publié [Souveraineté, démocratie, laïcité](#) (éd. Michalon, 2016) ; [L'Euro est-il mort?](#) (éd. du Rocher, 2016) et [L'Euro contre la France, l'Euro contre l'Europe](#) (éd. du Cerf, 2016).

Lire la seconde partie du Grand entretien: «[Construisons l'Europe de la libre coopération des nations souveraines](#)».

FIGAROVOX. - Ce dimanche, a lieu en Italie le référendum sur la réforme constitutionnelle souhaitée par le président du Conseil des ministres Matteo Renzi. Quels en sont les enjeux?

Jacques SAPIR. - Les enjeux sont en réalité à la fois locaux et européens. L'Italie traverse depuis de nombreuses années une crise grave. Cette crise ne prend pas la forme aiguë de la crise grecque ; elle est plus sourde mais elle n'en est pas moins profonde. On constate que l'introduction de la monnaie unique a tué l'économie italienne. On le voit quand on regarde la croissance et surtout la croissance par habitant. Aujourd'hui, l'Italie est au niveau qu'elle avait atteint en 2000. Autrement dit, ces seize dernières années n'ont vu aucune croissance. La faible croissance enregistrée de 2000 à 2007 a été entièrement détruite par les années suivantes. Le constat est encore pire si l'on regarde la croissance par habitant. En PIB par tête, l'Italie est aujourd'hui revenue au niveau de 1997. Ceci n'est le fait d'une crise brutale comme en Grèce. La productivité du travail, dont la croissance était comparable à celle de la France et de l'Allemagne de 1971 à 1999, stagne depuis 2000. L'écart s'est massivement ouvert avec ses voisins immédiats. Si l'on prend 1999 comme indice 100, on est en 2015 à 117 en Allemagne et en France, mais à 104,5 seulement en Italie. La raison de cette situation est, comme dans le cas de la France, l'écart qui s'est créé entre le taux de change virtuel du Deutsche Mark, que l'on peut calculer par l'évolution de la productivité et de l'inflation en Allemagne, et le taux de change virtuel de la Lire. Une étude du Fond Monétaire International montre que le Mark est virtuellement sous-évalué de 15% (au taux de change de l'euro) quand la Lire est, elle, surévaluée de 10%. Cet écart de 25% est la cause de biens des malheurs de l'économie italienne, tout comme pour le cas de la France où cet écart atteint 21%.

Quelles sont les conséquences de cette crise italienne?

En Italie, il y a désormais le sentiment que cette situation ne peut plus durer.

Cette crise a donc des conséquences internes mais aussi européennes. En Italie, il y a désormais le sentiment que cette situation ne peut plus durer. Les différentes réformes, que ce soit celles mises en œuvre par le gouvernement de Mario Monti ou celles appliquées par l'actuel Premier ministre, Matteo Renzi, ont durement frappé la population mais n'ont pu relancer la machine économique. La montée des mauvaises dettes dans le bilan des banques italiennes, qui est la cause principale des problèmes qu'elles connaissent, vient de là. Cette crise est aggravée par le fait que les principaux actionnaires de ces banques sont des personnes privées, et non des «investisseurs institutionnels» comme c'est le cas en France. Une crise ouverte de ces banques, leur faillite, ruinerait des centaines de milliers d'Italiens. La gestion de cette crise bancaire a montré une classe politique italienne qui n'a guère changé depuis les années 1990. La famille de Matteo Renzi a été directement impliquée dans plusieurs scandales.

Il pourrait ne pas y avoir d'autres choix pour l'Italie qu'une sortie en catastrophe de l'euro.

C'est l'une des raisons qui ont poussé Matteo Renzi à soumettre un projet de réforme constitutionnel à référendum. S'il voit son projet accepté, il aura les mains libres pour procéder à une réforme bancaire et il pourra redessiner un système politique à sa mesure. S'il échoue, la réforme bancaire n'aura pas lieu, en tous les cas pas comme il le souhaite, et il n'aura plus d'autres choix que de supplier l'Allemagne de procéder à une politique de relance massive s'il veut sauver l'économie italienne. Comme il y a de très faibles chances qu'il soit écouté à Berlin, il pourrait ne pas y avoir d'autres choix pour l'Italie qu'une sortie en catastrophe de l'euro. Cette sortie ne serait pas faite par Renzi lui-même. On pense qu'en cas de succès du «non» au référendum, son gouvernement tomberait assez rapidement, et cela ouvrirait la voie à de nouvelles élections où des partis eurosceptiques, comme le Mouvement 5 étoiles de Beppe Grillo, la Ligue (ex «Ligue du Nord») de Salvini, voire Forza Italia, la parti de Berlusconi, pourraient avoir la majorité. On voit donc comment la situation italienne pourrait, dans les jours et les semaines qui viennent, avoir des conséquences considérables sur la situation de l'Union européenne, mais avant tout de la zone Euro. Si nous avons un succès du «Non», les investisseurs se retireront d'Italie, mais aussi - et le phénomène de contagion va jouer très vite - de France et d'Espagne. Les taux remonteront, en dépit de l'action de la Banque Centrale Européenne. Nous connaissons un nouvel épisode de la crise de l'euro, mais dans une situation politique où l'Union européenne, déjà affaiblie par le «Brexit» et par l'élection de Donald Trump, n'aura probablement plus les moyens de réagir.

Dans quelle mesure le scénario d'un Italexit est-il vraiment crédible?

On s'apercevra que les traités sont, en période de crise, ce que Bismarck en disait : des chiffons de papier.

Il faut ici distinguer la sortie de l'euro d'une éventuelle sortie de l'Union européenne. L'Italie a un besoin vital de recouvrer sa souveraineté monétaire. C'est pour son économie, comme dans une moindre mesure pour l'économie française, une question de vie ou de mort. Mais, une sortie de l'euro, qui est aujourd'hui sérieusement envisagée dans les milieux industriels italiens, et l'on sait que le MEDEF italien, la Cofindustria, y est en sous-main favorable, n'implique nullement une sortie automatique de l'UE. Le plus grand pragmatisme régnera alors. On peut toujours prétendre qu'on ne peut sortir de l'euro sans sortir de l'UE. Mais, en réalité, cela n'est pas vrai. Les pays de l'UE ont intérêt à ce que l'Italie reste, et l'on s'apercevra que les traités sont, en période de crise, ce que Bismarck en disait: des chiffons de papier.

Néanmoins, il est clair que cette sortie de l'Italie de l'euro, si elle se concrétisait, affaiblirait considérablement l'Union européenne. Cette dernière n'aurait alors guère le choix que de se réformer de manière fondamentale, en convoquant tous les pays membres à un nouveau traité fondateur, ou d'exploser.

La zone Euro pourrait-elle résister au choc de la sortie de la troisième économie qu'est l'Italie de l'Union économique et monétaire?

Économiquement, la zone euro ne pourrait clairement pas résister au choc de la sortie de l'Italie.

Économiquement, la réponse est clairement non. L'Italie n'est pas la Grèce. Elle pèse d'un poids considérablement plus lourd dans la zone euro ; l'Italie est le troisième pays de la zone euro. Mais, le problème n'est pas purement économique. Admettons que l'Italie soit dans l'obligation d'abandonner l'euro à l'été prochain, ou à l'automne, ce qui est une possibilité qu'il faut prendre au sérieux en cas de victoire du «non», on peut douter de ce que les dirigeants politiques des autres pays de la zone euro en tirent immédiatement les conséquences, et décident de dissoudre cette dernière. Pour les dirigeants allemands, ils n'y ont clairement pas intérêt. Une dissolution de la zone euro entraînerait une forte appréciation du Mark (sans doute de 20%, voire plus) qui ferait disparaître l'immense excédent commercial dont jouit l'Allemagne. Les dirigeants français, quant à eux, s'opposeraient à cette dissolution dans un premier car ils sont idéologiquement persuadés qu'un retour aux monnaies nationales est une catastrophe, et ils sont désormais politiquement dépendants de l'Allemagne, du moins pour des dirigeants issus du PS et des «Républicains». Le risque est donc que la France soit un facteur de blocage politique, symétrique à l'Allemagne qui sera quant à elle un facteur de blocage économique.

Mais, cette position ne saurait être tenue très longtemps. En effet, avec une Italie quittant l'Euro, et dépréciant sa monnaie d'au moins 25% (s'il n'y a pas d'appréciation de la monnaie allemande), le choc concurrentiel sur la

France sera considérable, et ses conséquences catastrophiques. Si ce choc se combine aux effets récessifs de la politique de François Fillon, on pourrait avoir une baisse de la croissance de -1,5% à -2,5%, et une hausse du chômage pour la seule année 2018 de 500 000 à 700 000 nouveaux chômeurs au moins, pouvant atteindre et même dépasser le million (avec les chômeurs «induits» par les chômeurs «directs»).

Quels pourraient justement être les effets de cette crise italienne en France?

Le référendum italien du 4 décembre constitue le véritable prélude à l'élection présidentielle française.

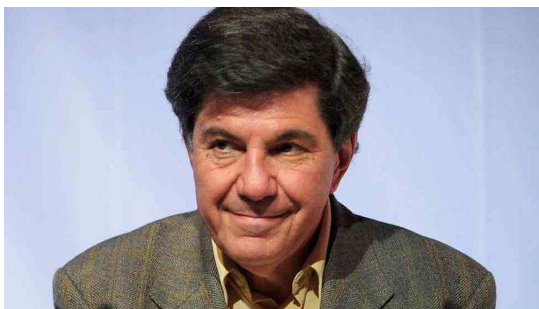
Je suis persuadé que le gouvernement français sera contraint, à terme, d'envisager une sortie de la France de l'Euro. Mais, plus il tardera et plus le coût en termes de chômage et de casse économique sera élevé.

L'hypothèse la plus favorable serait l'élection d'un Président favorable à une sortie de l'euro, et l'on sait que trois candidats défendent peu ou prou cette position, soit Marine le Pen, Jean-Luc Mélenchon et Nicolas Dupont-Aignan. Si nous avions, à l'été 2017, un Président convaincu qu'il faut sortir de l'euro, nous pourrions exercer, de concert avec les Italiens, une pression décisive pour obtenir que les Allemands acceptent l'idée d'une dissolution ordonnée de la zone euro. Cette dissolution ordonnée se traduirait par une moindre dépréciation des monnaies de la France, de l'Italie, de l'Espagne et du Portugal, car dans le même temps on aurait une appréciation du Mark allemand. L'excédent commercial allemand disparaîtrait, et alimenterait une croissance forte dans les autres pays, qui permettrait à la fois de régler la crise bancaire italienne et de relancer les économies des différents pays d'Europe du Sud. Admettons maintenant que le gouvernement allemand ne veuille pas entendre raison, nous serions de toute manière dans une bien meilleure position, avec un Président convaincu qu'une sortie de l'euro est nécessaire, pour nous entendre avec le gouvernement italien et quitter la zone euro, évitant par là même le choc que provoquerait une sortie de la seule Italie sur la France si cette dernière persistait à vouloir rester dans la zone euro.

Une conséquence de cela est donc que le référendum italien du 4 décembre constitue en réalité le véritable prélude à l'élection présidentielle française. Si le «non» l'emporte, cela rendra immédiatement obsolète le programme économique de François Fillon (mais aussi celui d'Emmanuel Macron et d'un quelconque candidat issu du PS) avant même qu'il ne puisse être appliqué. Dès lors, soit François Fillon en prendra conscience, et considérera que les nouvelles circonstances appellent un changement radical de son programme économique incluant une sortie de l'euro, soit il donnera de fait un avantage décisif aux candidats qui défendent, eux et depuis longtemps, l'idée d'une sortie de l'euro et il perdra l'élection présidentielle.

Jacques Sapir : «Construisons l'Europe de la libre coopération des nations souveraines» (2/2)

Alexis Feertchak



FIGAROVOX/GRAND ENTRETIEN - A l'occasion du référendum en Italie, pays de plus en plus eurosceptique, Jacques Sapir a accordé un entretien fleuve au FigaroVox, publié en deux parties. L'économiste détaille les conséquences pratiques d'une sortie de l'euro.



Économiste, directeur d'études à l'EHESS, récemment élu membre de l'Académie des Sciences de Russie, Jacques Sapir dirige le Centre d'Études des Modes d'Industrialisation (CEMI) et coorganise avec l'Institut de prévision de l'économie nationale (IPEN-ASR) le séminaire franco-russe sur les problèmes financiers et monétaires du développement de la Russie. Vous pouvez lire ses chroniques sur son blog [RussEurope](#). Il a dernièrement publié [Souveraineté, démocratie, laïcité](#) (éd. Michalon, 2016) ; [L'Euro est-il mort?](#) (éd. du Rocher, 2016) et [L'Euro contre la France, l'Euro contre l'Europe](#) (éd. du Cerf, 2016).

Lire la première partie du Grand entretien: [«Le référendum en Italie peut provoquer l'implosion de l'Euro»](#).

FIGAROVOX. - Vous prophétisez depuis longtemps la fin de l'euro et expliquez que la monnaie unique empêche le retour de la croissance en Europe. Comment en arrivez-vous à cette conclusion?

Jacques SAPIR. - Cette conclusion est celle de nombreux économistes. Je m'inscris dans un courant où l'on retrouve l'ancien gouverneur de la Banque d'Angleterre mais aussi Joseph Stiglitz, prix Nobel d'économie, et de nombreux économistes que ce soit en France, aux Pays-Bas, en Espagne, en Italie, en Pologne ou en Allemagne.

L'euro a été vendu aux Européens sur la base de contre-vérités, empaquetées dans une apparence de raisonnement scientifique.

L'euro joue un rôle très néfaste sur la croissance des pays de la zone euro pour deux raisons. D'une part, il bloque le taux de change à un niveau artificiel qui ne profite qu'à l'Allemagne. Dès que cette dernière a mis de l'ordre dans ses affaires, c'est devenu absolument évident. Ensuite, il impose aux autres pays des politiques dépressives, ce que l'on appelle les politiques d'austérité. C'est le sens profond du projet économique défendu par François Fillon (et bien plus hypocritement par ses adversaires comme Emmanuel Macron et le candidat potentiel du parti socialiste).

Il faut constater que l'euro a été vendu aux populations européennes sur la base de contre-vérités et de mensonges, certes empaquetés dans une apparence de raisonnement scientifique, mais dont il était facile de montrer les erreurs et les préjugés idéologiques.

Comment illustrez-vous cette crise de l'euro?

Nous sommes aujourd'hui dans une situation où l'écart des taux de change virtuels entre les pays a atteint un niveau insupportable. C'est pourquoi la crise de l'Euro, qui était latente au début des années 2000, et qui est devenue visible à partir de l'hiver 2009-2010, a migré des pays de la périphérie, comme le Portugal, la Grèce ou l'Espagne, aux pays du centre historique de la zone, soit l'Italie et la France. Un document du Fond Monétaire International datant de cet été le montre bien. En fait, l'euro aboutit à recréer la même situation que l'on avait en 1930-1932 en Europe avec le «Bloc-Or», une situation dont les effets désastreux dans le contexte de la crise induite par le krach de 1929 sont bien connus. Les différents pays européens ont dû abandonner, les uns après les autres, le «Bloc-Or», et ceux qui l'ont fait les premiers sont ceux qui s'en sont le mieux portés. Il en sera de même avec l'euro. Ceux qui quitteront le navire les premiers en tireront le plus de bénéfices.

En quoi l'euro est-il politiquement un frein démocratique?

L'euro fait partie d'un projet, celui d'instaurer une Europe supranationale, une Europe fédérale, mais sans consulter les populations. D'ailleurs, Jean-Claude Juncker l'a dit. Surtout pas de référendum, surtout pas de débat politique. Cette déclaration, assez ahurissante, fait pendant à celle qu'il avait faite en janvier 2015, à la suite des élections législatives en Grèce, et où il disait qu'il ne pouvait y avoir de choix démocratique contre les traités européens.

L'euro n'est pas simplement une institution économique ; c'est aussi et peut-être surtout un mode de gouvernance.

En fait, l'euro n'est pas simplement une institution économique ; c'est aussi - et peut-être surtout - un mode de gouvernance. Si l'on reprend sa déclaration de janvier 2015 on doit y voir l'affirmation tranquille et satisfaite de la supériorité d'institutions non élues sur le vote des électeurs, de la supériorité du principe technocratique sur le principe démocratique. La seule légitimité dont Jean-Claude Juncker puisse se prévaloir n'est que la légalité

d'un traité. Nous avons alors un exemple immédiat et direct de la circularité du raisonnement tenu dans les instances européennes. Il faut de la légitimité pour contester un droit légal dans un autre pays. Mais, cette légitimité ne provient elle-même que de la légalité d'un traité fondateur. En quoi cette légalité est-elle supérieure à la légalité du scrutin en Grèce, ou le cas échéant en Italie ou en France? Il n'y a nulle base pour l'établir, car il faudrait alors se référer à un principe de Souveraineté, ce dont les institutions européennes ne veulent sous aucun prétexte.

M. Juncker trahit le fait qu'il considère que la Commission européenne est bien une instance supérieure aux gouvernements des pays membres, une instance dont la légitimité lui permet à lui, petit politicien faisandé d'un pays dont les pratiques fiscales constituent un scandale permanent, de dicter ses conditions.

Monsieur Juncker reprend le discours de l'URSS en 1968 lors de l'intervention du Pacte de Varsovie à Prague : la fameuse théorie de la souveraineté limitée.

En cela, Monsieur Juncker et Monsieur Barroso avant lui reprennent, en le sachant ou non, le discours de l'Union soviétique par rapport aux pays de l'Est en 1968 lors de l'intervention du Pacte de Varsovie à Prague: la fameuse théorie de la souveraineté limitée. Ils affectent de considérer les pays membres de l'Union européenne comme des colonies, ou plus précisément des «dominion», dont la souveraineté était soumise à celle de la métropole (la Grande-Bretagne). Sauf qu'en l'occurrence, il n'y a pas de métropole. L'Union européenne et l'Union Économique et Monétaire, c'est-à-dire la zone euro, seraient donc un système colonial sans métropole. Et, peut-être, n'est-il qu'un colonialisme par procuration, un colonialisme au profit d'une puissance masquée, certainement l'Allemagne, mais derrière elle les États-Unis.

Vous expliquez que l'euro sera au cœur de la campagne présidentielle de 2017. Celle-ci verra-t-elle s'opposer le camp de la rigueur budgétaire contre celui de la dévaluation monétaire?

En fait, ce qui s'affrontera lors de l'élection présidentielle c'est le choc entre une stratégie, dont François Fillon a donné une vision cohérente, qui vise à réaliser une dévaluation interne, à faire baisser les salaires et les prix en France, et une stratégie qui viserait, en retrouvant la souveraineté monétaire, à faire baisser aussi ces prix et ces salaires pour redonner de la compétitivité à l'économie française. On dira alors: n'est-ce pas la même stratégie?

Lors de l'élection présidentielle, ce sera le choc entre la stratégie de Fillon de baisse des salaires et des prix et celle qui viserait à retrouver la souveraineté monétaire du pays.

En réalité, les effets de ces deux stratégies sont très différents. Dans celle que veut appliquer François Fillon, autrement dit dans cette stratégie que l'on appelle une dévaluation interne, la baisse des salaires et des prestations est le mécanisme qui doit induire la baisse des prix. Mais, en raison de la rigidité relative de la structure des prix, du fait que certains ne sont pas directement liés aux salaires, cette baisse des revenus entraîne tout d'abord une baisse importante de la demande interne, qui se traduit par une montée du chômage. Mais, ce ne serait pas le seul effet négatif. La hausse des profits ne rencontrerait pas une hausse de l'activité ; celle-ci resterait déprimée. Or, si le profit représente le résultat de l'activité passée de l'entreprise l'investissement, quant à lui représente un pari que fait l'entrepreneur sur le futur. Les investissements seraient en réalité bien plus faibles que ce qu'escompte François Fillon, et ce d'autant plus que sa politique se traduirait aussi par un abandon de l'investissement public, qui est essentiel pour la compétitivité d'un territoire. Les profits des entreprises se traduiraient par une sortie massive de capitaux, pour aller investir hors de France puisque les perspectives de croissances de la France seraient très déprimées. Nous aurions alors la constitution d'une finance très spéculative venant se greffer sur une économie déprimée. Enfin, la baisse d'activité réduirait les recettes fiscales de l'État et des régimes sociaux, au moment même où la forte augmentation du chômage les confronterait à un accroissement des dépenses. Les déficits publics et des régimes sociaux seraient ainsi aggravés par cette politique visant, théoriquement, à les réduire. C'est ce que l'on a vu dans l'ensemble des pays ayant adopté cette politique.

Qu'en est-il de l'autre stratégie, celle qui consiste à refuser la baisse des salaires, les politiques d'austérité mais à provoquer un choc via une dévaluation de la monnaie?

Le taux de change a une importance considérable sur la compétitivité . La France redeviendrait attractive pour les investissements étrangers.

Inversement, l'autre stratégie, qui vise à réaliser une baisse des prix par une dépréciation de la monnaie aurait des résultats bien différents. La dépréciation de la monnaie ferait instantanément baisser tous les prix et les salaires, mais en maintenant la relation entre ces prix et ces revenus. Il n'y aurait pas de baisse de la consommation pour les biens et les services produits en France. Par contre, les biens importés, eux, augmenteraient évidemment. Mais, ces biens représentent environ 40% de la consommation moyenne des ménages. Les entreprises verraient leurs profits augmenter, que ce soit sur les marchés d'exportation ou sur le marché intérieur, car les produits importés verraient leurs prix augmentés. L'activité s'accroîtrait tant sur les marchés d'exportation que dans une substitution progressive des importations par des productions réalisées sur le territoire français. En fait, des études récentes montrent que le taux de change a une importance considérable sur la compétitivité . La France redeviendrait attractive pour les investissements étrangers qui viendraient installer dans notre pays de nouvelles capacités de production. Le Fond Monétaire International considère aujourd'hui qu'une dépréciation de 10% de la monnaie engendre une hausse d'activité de 1,5% en moyenne.

Dans le cas d'une sortie de l'euro, on a calculé que dans les trois années suivantes la création nette d'emploi serait d'environ 1,5 millions de postes. Autrement dit, par un effet direct, nous aurions en trois ans un retour à l'emploi de près de la moitié des demandeurs d'emploi en catégorie «A». Cette forte hausse de l'emploi se traduirait mécaniquement par une baisse des dépenses et une forte hausse des cotisations, qui ramèneraient les différentes caisses, qu'il s'agisse de l'assurance-chômage ou de la sécurité sociale, à l'équilibre.

Cela ne revient-il pas à choisir entre une politique de déflation (suite à la baisse des salaires) ou d'inflation (suite à la dévaluation de la monnaie)?

La stratégie préconisée par François Fillon s'apparente bien et même très fortement aux politiques de déflation qui ont été menées avec des résultats catastrophiques, que ce soit en Allemagne par le chancelier Brüning de 1930 à 1932, par Ramsay MacDonald en Grande-Bretagne, ou par Pierre Laval en France. C'est pourquoi une politique de dépréciation de la monnaie est toujours préférable à une dévaluation interne.

L'inflation est toujours apparue comme plus prometteuse que la déflation.

D'une manière générale, l'inflation est toujours apparue comme plus prometteuse que la déflation. L'inflation, si elle a des inconvénients évidents et qui sont bien connus, a aussi l'avantage de libérer les entrepreneurs de la mainmorte du passé, comme le disait Keynes dans son ouvrage *A tract on monetary reform*, et de favoriser l'esprit d'entreprise et le développement des nouvelles activités hors du poids des dettes accumulées.

À quoi pourrait ressembler concrètement une sortie de l'euro?

Dans une sortie de l'euro, et ce quel que soit le scénario, nous avons une décision de re-dénommer tous les paiements et tous les comptes de l'euro au franc (ou à tout autre nom donné à la monnaie française). Une personne qui touche 1400 euros par mois, qui paye un loyer de 650 euros, qui s'est endettée pour 10 000 euros, et qui a au total 30 000 euros sur ses divers comptes bancaires, se retrouve du jour au lendemain avec 1400 francs de salaire, un loyer de 650 francs, une dette de 10 000 francs et des avoirs bancaires de 30 000 francs. Autrement dit, pour elle rien ne change.

L'affirmation qu'une dépréciation du franc de 10% se traduirait par une hausse des prix de 10% est absolument fausse.

Si le Franc se déprécie de 30% par rapport à la monnaie allemande, de 10% par rapport au Dollar des États-Unis, mais s'apprécie de 5% par rapport à la Lire italienne que se passe-t-il? Quand notre personne, si elle a une voiture, passera prendre du carburant celui-ci aura augmenté non de 10% (la dépréciation du Franc par rapport au Dollar) mais de 10% sur son prix hors taxes, qui n'est que de 15% du prix total. Le coût du carburant aura augmenté de 1,5%. Admettons que cette personne aille acheter son pain après, elle ne verra aucune différence. Si elle va au supermarché et qu'elle achète des pâtes italiennes, elle verra une baisse de -5% mais, si elle veut acheter un produit allemand, par contre elle constatera une hausse de 30%. Arrêtons-nous à ce problème. Admettons que cette personne envisage de changer de voiture. Elle constatera alors que les voitures allemandes ont fortement augmenté, les voitures françaises sont restées au même prix (pour les modèles fabriqués en France), mais qu'une voiture italienne a légèrement baissé. Veut-elle partir en vacances? Tout d'abord, rappelons qu'il n'y a que 55% des Français qui partent en vacances, et sur ce total environ 25% à l'étranger, soit 14%. Si cette personne veut partir en Allemagne (tous les goûts sont dans la nature...) elle verra que ses vacances sont considérablement plus chères. Si elle se décide à partir en Italie, en Espagne, voire en Grèce (pays qui déprécieraient leurs monnaies plus que le Franc ne l'aurait été), elle constatera que ses vacances lui coûtent moins cher. Et, si elle se décide à rester en France (comme une majorité de français) elle verra que rien n'aura changé.

Cet exemple montre que l'affirmation qu'une dépréciation du franc de 10% se traduirait par une hausse des prix de 10% est absolument fausse.

Mais des citoyens français y perdraient-ils plus que d'autres?

La question se posera d'abandonner des produits faits en Allemagne pour choisir des produits faits en France ou dans des pays dont la monnaie se serait dépréciée plus que le Franc.

Sur les produits importés, il faudrait déterminer d'où viennent ces produits. En cas d'un éclatement de l'euro, certaines monnaies se déprécieraient plus que le Franc. Les prix de ces produits baisseraient. Par contre, le Franc se déprécierait face au Dollar des États-Unis, mais surtout face au Mark allemand. La question alors se posera pour cette personne de changer de produits, d'abandonner des produits faits en Allemagne pour choisir des produits faits en France, ou dans des pays dont la monnaie se serait dépréciée plus que le Franc. Si, à la place de cette personne gagnant 1400 euros/francs, nous prenions un cadre dirigeant, qui gagne 7000 euros/francs par mois, qui roule en Audi ou en Mercedes et qui aime aller se prendre un week-end à New York, bref un typique représentant de ces élites mondialisées que l'on nous donne en exemple. Pour lui, bien entendu, le coût de sa consommation augmenterait fortement. Mais, de telles personnes représentent 1% de la population active...

Les partisans d'un maintien dans l'Euro expliquent qu'une sortie de la monnaie unique aurait des conséquences dramatiques pour l'endettement...

Sur le problème général des dettes, on est très loin des descriptions catastrophistes qui ont pu être faites. La dette publique, si elle est émise en France est automatiquement re-dénommée en Franc. Or, 97% de la dette publique française est en bons du Trésor émis en France. La dette des ménages est, elle aussi, très largement émise en France et ne bougerait pas. La dette des entreprises est à 33% composée de titres émis sur des places

étrangères . Ces titres seraient réévalués (de 10% car ils sont en général émis en Dollars). Mais, ce sont des entreprises multinationales qui émettent ces titres. Or, une société qui vend à l'étranger réalise son chiffre d'affaires dans la monnaie des pays où elle vend. Cela signifie que le chiffre d'affaires réalisé en Allemagne sera réévalué lui aussi de 30%, celui réalisé aux États-Unis de 10% et ainsi de suite. La dette des banques et sociétés financières est émise à 40% en titres étrangers ; mais leur chiffre d'affaires est - tout comme pour les entreprises non-financières - largement réalisé dans des pays étrangers. Le risque de dette est ainsi très faible, même s'il faudra regarder avec précision le cas individuel de certaines sociétés financières ou de certaines entreprises. Sur le problème général des dettes, on est très loin des descriptions catastrophistes qui ont pu être faites.

En ce qui concerne l'épargne des ménages français, une large partie de cette dernière est constituée soit de l'immobilier soit de produits financiers très stables, comme les assurances-vie. Ces produits ne connaîtront pas de changements. La petite part de l'épargne qui est constituée par des actions pourrait connaître, elle, des mouvements contradictoires. Une sortie de l'euro entraînera pendant quelques semaines une baisse de la bourse. Puis, quand les marchés financiers comprendront les avantages que la France tirera de cette nouvelle situation, la bourse se remettra à fortement augmenter.

C'est d'ailleurs le principal problème qui se posera, à terme, à un gouvernement français. Au fur et à mesure que l'on comprendra qu'une sortie de l'euro avantage considérablement l'économie française, les capitaux internationaux viendront s'investir en France.

N'est-ce pas une bonne nouvelle?

À travers cette question de la coopération se redessinera de fait une autre Europe, une Europe structurée par des projets et non par des contraintes ou des règles.

Si les investissements directs sont une bonne chose, les investissements purement financiers en sont une mauvaise. Ils provoquent une réappréciation de la monnaie, qui pourrait effacer, au bout de deux ou de trois ans, les bénéfices (ou une partie des bénéfices) d'une sortie de l'euro. Il faudra donc que le gouvernement utilise les contrôles de capitaux pour empêcher ces capitaux spéculatifs d'entrer en France. L'introduction d'un système de contrôle des capitaux est même conseillée par le FMI . En fait, le risque principal qui pourrait faire dérailler l'économie française dans une perspective d'une sortie de l'euro est celui d'une appréciation trop rapide du Franc, à la suite de manœuvres spéculatives. Il faudra donc s'en prémunir.

Cela indique d'ailleurs que le cadre des activités financières ne saurait rester inchangé dans le cas d'une sortie de l'euro. En fait, cette sortie implique des changements importants dans la structuration et l'organisation des activités financières, mais aussi de leurs répercussions sur les entreprises. Ces changements seraient plus efficaces s'ils étaient concertés, si ce n'est dans l'ensemble des pays de la zone euro du moins pour une partie d'entre eux. Ici encore, certains de nos partenaires peuvent avoir les mêmes vues que nous, et d'autres non. À travers cette question de la coopération se redessinera de fait une autre Europe, une Europe structurée par des projets et non par des contraintes ou des règles comme c'est le cas actuellement dans l'Union européenne. Et cela révèle l'un des enjeux d'une sortie de l'euro: aboutir à créer une autre Europe, qui ne soit plus une Europe de la financiarisation et de l'austérité mais une Europe tournée vers la libre coopération des Nations souveraines pour le progrès social des peuples qui la composent.

150,18

• [OPINION](#)

• [REVIEW & OUTLOOK](#)

The Impossible Italian Job?

Voters want real economic change, not procedural fudges.



ENLARGE

Italy's Prime Minister Matteo Renzi at Chigi Palace in Rome on Monday announcing his resignation. PHOTO: ASSOCIATED PRESS

Updated Dec. 5, 2016 5:48 p.m. ET

[20 COMMENTS](#)

Giovanni Giolitti, an Italian statesman of a century ago, was once asked whether it was difficult to govern Italy. “Not at all,” he replied. “But it’s useless.” It’s a quip a succession of recent Prime Ministers—Silvio Berlusconi, Romano Prodi, Mario Monti—surely came to appreciate as they tried and failed to reform Italy, and on Sunday it was Matteo Renzi’s turn.

The center-left Italian Prime Minister was handed a stinging 60%-40% defeat Sunday in a referendum on proposed constitutional changes on which he had staked his premiership. Mr. Renzi argued that the changes, above all a smaller and less powerful Senate, were necessary to streamline the political system and make economic reform possible.

The argument had some merit, but Italians were underwhelmed. Their no vote led Mr. Renzi to resign Monday, putting Italy in the hands of a caretaker government until new elections can be held.

Italian and European markets reacted calmly, mainly because they expected the result, and the euro rose slightly against the dollar. But the larger question is whether Sunday’s result means Italy is unreformable.

The answer isn’t clear. Mr. Renzi came to office in 2014 offering “a radical program of reform,” and early signs were promising. He extended Mr. Monti’s labor-market reforms to make it easier for large firms to hire and fire new workers, which is essential for reducing Italy’s unemployment rate. He made a stab at bank reform, the most vulnerable part of Italy’s weak economy.

But despite an energetic personality, Mr. Renzi’s reforms usually came up short. Italy’s ranking on the World Economic Forum’s labor-market efficiency table—third-to-last before Mr. Renzi’s reforms—crept up 14 places to 126th out of 140 this year. New hiring slowed as government incentives to employers dried up. **Mr. Renzi also left in place extensive and expensive protections for employees at smaller companies, a killer in an economy of boutique enterprises.**

As for Italy’s banks, Mr. Renzi’s idea was to cobble together €6 billion (\$6.4 billion) for various recapitalization funds. But no Rube Goldberg contraption is going to save a banking system with up to €360 billion of bad loans depending on how you count, **and no Italian politician is going to punish retail savers for the failures of the banks.** Given the European Union’s no-bailout rule, that means the only salvation for the banks lies in strong economic growth.

That’s where Mr. Renzi failed, with growth clocking in between 0% and 0.4%. Italians may not know what kind of policy mix is required to bring unemployment down from 11.6%, but they were right to sense **that trimming the size of the Senate was more of a distraction from their problems than a solution. The rebuke to Mr. Renzi isn’t because he tried to fix Italy. It’s because he didn’t try hard enough.**

The referendum defeat will give Italians a chance to take more calculated risks. Pundits bemoan the possibility that Mr. Renzi’s resignation could clear the path for the insurgent, unconventional, possibly euroskeptic 5 Star Movement to take power in the next election. Italians, well aware of their own frustrations and the likelihood they could turn to 5 Star as an alternative, have left in place the constitutional limits on such a government’s power even if they decide to roll the dice.

The answer to a 5 Star-style insurgency, in Italy and elsewhere, is for mainstream politicians to focus more on economic growth and less on everything else. **If Italy had a politician of the charisma and intellectual heft of a Ronald Reagan, Margaret Thatcher or even France’s François Fillon to argue for broad reforms, this referendum wouldn’t have mattered. Without such a leader, a yes vote wouldn’t have helped.**

150,19

TARY

In France, Two Rights Make It All Wrong

A Le Pen versus Fillon presidential final would be a national indignity of historic proportions.



ENLARGE

François Fillon in Chantenay-Villedieu, France, earlier this month. PHOTO: ASSOCIATED PRESS

By JOHN VINOCCUR

Dec. 5, 2016 3:47 p.m. ET

4 COMMENTS

In an interview on French state television last month, François Fillon was asked what he thought about the “war crimes” carried out against the Syrian people during the siege of Aleppo. To which the man who is now favored to become France’s next president replied, “Mind your vocabulary.”

In contrast to the experts at the United Nations and President François Hollande’s own officials investigating possible crimes against humanity committed by Russian-backed Syrian government forces, Mr. Fillon then wriggled even further from coming to terms with an abomination. “I don’t know,” he said. “I’m not there.”

France now has itself a no-doubt-about-it, pro-Valdimir Putin president-in-waiting. More extraordinary is the prospect that, in the final round of voting five months from now, the choice will be between two Putin fans—Mr. Fillon, of the center-right, and Marine Le Pen, the leader of the extreme right-wing National Front.

Ms. Le Pen has long made the Russian president the strongman of her dreams. Now consider these snippets from “Defeating Islamic Totalitarianism,” a political how-to book published in September by Mr. Fillon on the Middle Eastern and European conflicts:

- “For me, the solution goes through an agreement with Russia and Iran.”
- Without “Iran’s decisive involvement no solution can be found for this [Syrian] war.”
- “Have these three objectives: Work for an alliance with Russia, ending the absurd embargo placed on it; integrate Iran into an anti-[Islamic State (ISIS)] coalition; and reinforce anti-ISIS forces in Syria, without involving French ground forces.”

Got that? Add this: Although they have met perhaps a dozen times, Mr. Fillon says he has “no personal relationship” with Mr. Putin. The presidential candidate has also claimed that the man “has a warm and sensitive side.”

Here’s the Russian president on former-President Nicolas Sarkozy’s prime minister: “A political figure who clearly distinguishes himself from his counterparts on the rest of the planet.”

Those counterparts may now include Donald Trump. With Mr. Trump’s selection of former Gen. James Mattis for secretary of defense, the U.S. president-elect has chosen a retired soldier who reportedly considers cooperation with Iran outrageous and Mr. Trump’s conciliatory notions about Russia misplaced.

So what’s in it for Mr. Fillon in pushing a pro-Putin view, one that goes beyond the book to include a call for “a confrontation” with the U.S. on the future of their alliances?

Philippe Roger, the French historian whose book “The American Enemy” is considered a modern classic in France, told me, “Fillon’s game is to be more Gaullist than Charles de Gaulle ever was in terms of equidistance between America and Russia. De Gaulle rushed to America’s side at the time of the Cuban Missile Crisis. Yet French mythology has a soft place for Russia. It’s part of the French mental landscape of independence.”

In contrast, Angela Merkel’s Christian Democrats, facing national elections in September against three parties representing largely pro-Russian sentiment (the Left party, Social Democrats and Alternative for Germany) have started to go after Moscow with a hard edge—and very consciously in relation to Mr. Fillon.

A position paper of unusual boldness issued by the party’s Bundestag group last week said “Russia is greatly responsible for the Syrian regime continuing its war crimes against its own civilian population.” It also dismissed the defeat of Islamic State as a motivation for Russia’s intervention in Syria, pointing instead to Moscow’s aim for “recognition as a power of vast influence in the affairs of the region.”

There were more specifics from Norbert Röttgen, chairman of the Bundestag's foreign-affairs commission, who has spoken of the need for new sanctions against Russia because of Aleppo—while Moscow's cyberattacks on the West, cited in the paper, and the certainty of their occurrence during elections in France and Germany, appear just too obvious for mention.

Mr. Röttgen has asserted that “there is no doubt there is a great difference” between the German government and Mr. Fillon on Russia, adding “we have to talk about that” with him.

Could Mr. Fillon, with a push from Mrs. Merkel's team, fall publicly out of love with Mr. Putin before the May 7 election and avoid finding himself alone with Hungary and Slovakia as allies? People around the candidate are already saying his pledge to cut 500,000 French public-sector jobs is not to be taken too literally.

But the strongest impetus might come from the candidacy of Prime Minister Manuel Valls on the center-left, replacing Mr. Hollande and his absence of authority with this piece of truth:

As far as France's view of the world, and the world's view of France goes, a Tweedledum-Tweedledee, pro-Putin, Le Pen vs. Fillon presidential final vote would constitute a national indignity of historic proportions.

150,21

Urteil des Verfassungsgerichts

Energiekonzerne müssen für Atomausstieg entschädigt werden

Die Bundesregierung muss Energiekonzerne für den schnellen Atomausstieg „angemessen“ entschädigen. Eine konkrete Summe haben die Richter am Bundesverfassungsgericht den Unternehmen aber nicht zugesprochen.

06.12.2016



© ANNA MUTTER Das Kernkraftwerk Krümmel in Schleswig-Holstein war der Politik besonders lästig.

Den deutschen Energiekonzernen steht wegen des beschleunigten Atomausstiegs nach der Katastrophe von Fukushima eine „angemessene“ Entschädigung zu. Dies stellte das Bundesverfassungsgericht an diesem Dienstag in Karlsruhe fest.

Geklagt hatten die Unternehmen Eon, RWE und Vattenfall. Dem Urteil zufolge muss der Gesetzgeber bis Ende Juni des Jahres 2018 eine entsprechende Regelung schaffen. Die Aktienkurse von Eon und RWE legten infolge der Entscheidung zwischen 4 und 5 Prozent zu, während der Standardwerteindex Dax nur etwas fester tendierte.

Geht es um 19 Milliarden Euro?

Mit der Karlsruher Entscheidung selbst wird den Unternehmen noch kein Geld zugesprochen. Sie schafft aber die Grundlage dafür, um Ansprüche außergerichtlich oder in weiteren Prozessen durchzusetzen.

Die damalige schwarz-gelbe Koalition hatte im Jahr 2011 nach der Reaktorkatastrophe in Japan für die 17 deutschen Kraftwerke eine kurz zuvor beschlossene Laufzeitverlängerung zurückgenommen. Damals wurde besiegelt, dass **spätestens Ende des Jahres 2022 Schluss ist mit der Atomkraft.**

Bis dahin müssen alle Meiler zu festgeschriebenen Terminen vom Netz. Ursprünglich zugesagte Extra-Strommengen wurden wieder kassiert.

Nach Darstellung der Atomkonzerne verursacht das massiven wirtschaftlichen Schaden. Die Gesamtforderungen wurden nie beziffert. Schätzungsweise dürfte es aber um rund 19 Milliarden Euro gehen.

150,22

Charlemagne

France's election shows Europe's line against Russia is fraying

François Fillon's win bodes ill for EU sanctions

Dec 3rd 2016



VLADIMIR PUTIN must wonder what he did right. From the refugee crisis to Brexit, Europe's troubles have allowed the Russian president to portray himself as a bulwark of stability in a region of chaos. America's election brought an apparent Kremlin sympathiser to the White House. And now France is on the same track. François Fillon's victory over Alain Juppé in the presidential primary of the centre-right Republican Party leaves an avowed friend of Mr Putin as the favourite to occupy the Élysée after next spring's election. (Mr Fillon's most serious rival, the nationalist Marine Le Pen, has a yet more marked Moscow tilt.)

Mr Fillon's Russophilia is born of conviction rather than expediency, and he does not hide his views. During last week's debate with Mr Juppé he compared the Russian annexation of Crimea to Kosovo's declaration of independence from Serbia, an argument he could have lifted directly from the Kremlin. The expansion of NATO to Russia's borders in the 1990s, he muses, was a provocation bound to generate blowback. Little wonder Mr Putin singled out the "upstanding" Mr Fillon for praise before the vote.

Historical revisionism is one thing. More worryingly for Germany, France's partner in the four-party "Normandy format" set up to negotiate with Russia and Ukraine, Mr Fillon wants to scrap the economic sanctions that the European Union imposed on Russia over Crimea and its incursions in eastern Ukraine. Opinions in the EU are divided on Russia, from hawks like the Balts and Poland to doves like Italy and Hungary. So far Angela Merkel, Germany's chancellor, has held the club together, ensuring a regular rollover of the toughest measures. But the consensus is slowly fraying; to lose the French would be a shock.

Like other EU countries, France blows hot and cold on Russia. Few voters sympathise with Mr Putin. But energy firms and agricultural exporters chafe at the loss of business. The Kremlin's military playgrounds, real and potential, feel a long way from Paris. And a nation savaged by attacks sponsored by Islamic State (IS) is open to the idea of working with Mr Putin in Syria, over the heads of anxious eastern Europeans if necessary. In 2014 François Hollande, France's current president, hesitated for months before cancelling a €1.2bn (\$1.3bn) warship deal with Russia, even as the EU's sanctions started to bite.

But France matters more than most. Leaders like Matteo Renzi, Italy's prime minister, may earn points at home by railing against sanctions, but at EU summits in Brussels they listen to Mrs Merkel and Mr Hollande and fall

into line. In October, immediately before the latest such gathering, the pair met Mr Putin in Berlin and were shocked to hear him threaten to visit upon Aleppo the fate of Grozny, the Chechen capital pulverised by Russian forces in the 1990s. Mr Hollande's tough response impressed the Germans; and, in Brussels, Mr Renzi's call for a "strategic discussion" on Russia policy backfired. It is hard to imagine Mr Fillon acting this way.

The picture is further complicated by the election of Donald Trump. A German senior official says America's president-elect appears to have a set of "emotions and reflexes" rather than a foreign policy. Yet admiration for Mr Putin has been a constant of his otherwise flip-flopping worldview. His calls for *détente* with the Kremlin in the name of tackling IS are enthusiastically endorsed by Mr Fillon. The EU has held together on Russia partly because of transatlantic unity, including the occasional prod from Barack Obama. Should Mr Trump quietly let America's sanctions on Russia die, perhaps as part of a bigger deal on co-operation in Syria, Mrs Merkel's job will become near-impossible.

At first, this might not make much difference. Sanctions have failed to deter Mr Putin, who now relies on bellicose nationalism to drum up domestic support, since he no longer has an oil windfall to spend. Maintaining the EU's unity is not much of a prize, say some, next to the costs of confrontation with a nuclear-armed neighbour with whom European firms seek to trade. Nor would a wink from the West as Mr Putin's bombers raze Syrian cities differ much in practice from the current approach.

Moreover, if his hand is forced, Mr Fillon is unlikely to place Moscow before Berlin. President Fillon would surely devote his energies to reforming the French state (see [article](#)), not shattering EU unity. On the traditional post-inauguration visit to Berlin he can expect to receive an earful from Mrs Merkel (as Mr Hollande did in 2012, over his campaign remarks on Greece's bail-out). The Franco-German relationship remains at Europe's heart; Mr Fillon is not the sort of loose cannon who might demolish it.

Grin and bear it

The problem is not that Mr Fillon will become a Kremlin stooge at the heart of the EU. It is that he may make it harder for Europe to manage Mr Putin's caprices. What if one of the frequent incursions by Russian jets into NATO airspace triggers an incident? What if the Kremlin's disinformation machine attempts to turn a European election, as German spooks fear? What if Mr Putin makes a play for Belarus? Not breaking ranks on sanctions merely means sticking to the status quo; a fresh crisis will require a fresh response, and Mrs Merkel will not want to act without France.

Still, these are unpredictable times. Mr Fillon is not a shoo-in for election. The effects of Mr Trump's victory are hard to divine. Officials in both Paris and Berlin wonder whether an American rapprochement with the Kremlin might encourage Mr Putin, free from fears of American-sponsored "colour" revolutions at home, to stand down abroad—and perhaps even to become a more constructive partner on multilateral issues such as arms control.

And should Mr Putin not let up, Mr Fillon may undergo the same journey as Mrs Merkel, who turned decisively against the Russian president when he lied to her about his mischief-making in Crimea. (Such is the hope in Germany.) Mr Putin, as ever, is unpredictable and his plans unclear. The worry is that the election of Mr Fillon may render the EU unpredictable and unclear, too.

[This article appeared in the Europe section of the print edition under the headline Bear cave](#)

150,24

Geldpolitik der EZB

Die politisierte Zentralbank

Aus der Währungsunion wurde eine Schulden- und Haftungsunion, in der nach Belieben Regeln gebrochen und Verträge gebeugt werden. Die Nichtbeistandsklausel des Maastrichter Vertrags ist das Papier nicht wert, auf dem sie steht. Und die Politisierung der Geldpolitik geht weiter. Ein Kommentar.

08.12.2016, von **HOLGER STELTZNER**



© APDie EZB stockt das Volumen ihres strittigen Aufkaufprogramms von Staatsanleihen auf unfassbare 2,3 Billionen Euro auf. Das Foto zeigt Mario Draghi auf dem Weg zur Pressekonferenz in der Zentralbank.

In Maastricht sei es gelungen, alle wesentlichen deutschen Interessen zu wahren. Das sagte vor genau einem Vierteljahrhundert Bundeskanzler Kohl ([CDU](#)), nachdem die damals zwölf Staats- und Regierungschefs in einem Sitzungsmarathon von einunddreißig Stunden sich auf die Maastrichter Beschlüsse zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion geeinigt hatten. Niemand in Deutschland brauche zu befürchten, die D-Mark sei an Europa „verschenkt“ worden, pflichtete ihm der damalige Bundesfinanzminister Waigel (CSU) bei. „Nein, wir führen unsere D-Mark in Europa ein“, schrieb Waigel in der Parteizeitung „Bayernkurier“. Die Stabilitätspolitik werde Modell und Maßstab für den ganzen Kontinent. „Wir zwingen Europa und uns selbst zu strengster Disziplin im Umgang mit dem Geld unserer Steuerzahler.“ Nun ja, heute weiß man es besser. Man darf feststellen: Selten haben sich Politiker so geirrt.



Autor: Holger Steltzner, Herausgeber.Folgen:

Aus der Währungsunion wurde eine Schulden- und Haftungsunion, in der nach Belieben Regeln gebrochen und Verträge gebeugt werden. Die Nichtbeistandsklausel des Maastrichter Vertrags ist das Papier nicht wert, auf dem sie steht. Mit dem in der Krise eingeführten Euro-Rettungsfonds ESM ist der zwischenstaatliche Hilfskredit die neue Normalität in der Eurozone. Die Obergrenze für die öffentliche Verschuldung von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung interessierte von Anfang an niemanden. Der jährliche Deckel für die Neuverschuldung öffentlicher Haushalte von drei Prozent kümmert seit der „Schärfung“ des Pakts keinen mehr. Inzwischen weiß kaum noch jemand, was Sache ist und ob überhaupt noch etwas gilt, etwa weil bald im nächsten Euroland gewählt wird oder weil Frankreich eben Frankreich ist. Zum 25. Geburtstag braucht man schon Wissenschaftler, um zu zählen, wie oft gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstoßen wurde: 165 Mal!

Die Politisierung der Geldpolitik geht weiter. Ein Kommentar von Holger Steltzner.

Wie wenig die Politik der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB) noch mit den stabilitätsorientierten Überzeugungen der Deutschen Bundesbank zu tun hat, nach deren Vorbild sie angeblich geformt wurde, sieht man daran, dass Bundesbankpräsident Weidmann der hartnäckigste Kritiker der „Rettungspolitik“ der EZB ist. Obwohl Weidmann nicht müde wird, eine Rückkehr zum Geist von Maastricht zu fordern, feierte der geldpolitische Rat das Euro-Jubiläum auf seine Art. Die EZB beschloss eine Verlängerung des strittigen Aufkaufprogramms von

Staatsanleihen um neun Monate und damit eine Aufstockung des Volumens auf unfassbare 2,3 Billionen Euro. Wie viel das wirklich ist, macht erst ein Vergleich deutlich: In nicht einmal drei Jahren kauft die EZB viel mehr Euro-Staatsanleihen auf, als Deutschland über Generationen hinweg an Staatsschulden aufgetürmt hat.

Das EZB-System schwingt sich zum größten Gläubiger der Eurozone auf

Wer im Eurotower nachfragt, ob es eine gute Idee war, die risikoadäquate Rendite des Kapitalmarkts als Treiber für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik abzuschaffen, gilt als Abtrünniger. Lieber tun in Frankfurt oder Brüssel und Berlin alle so, als ob in Griechenland die Reformbereitschaft wächst, wenn die Regierungen in Athen kaum noch Zinsen zahlen und Kredite erst in ferner Zukunft tilgen müssen – wenn überhaupt. Mit Staatsfinanzierung habe der Kauf der Staatsanleihen nichts zu tun, will das EZB-System mit Billigung der höchsten EU-Richter dem Publikum weismachen, während es sich zum größten Gläubiger der Eurozone aufschwingt, da es bald ein Drittel der Euro-Staatskredite in seinen Bilanzen haben wird.

Eine ähnlich große Lücke zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit tut sich auf, wenn die EZB die Umverteilungswirkung ihrer markthörigen Politik leugnet. Dabei sieht jeder, wie dadurch Sparer ärmer und Immobilien- und Aktieninvestoren reicher werden. Um die Risiken der wandernden „Spekulationsblasen“ im Euroraum für die Finanzstabilität sollen sich nach dem Willen der Geldpolitiker doch bitte die nationalen Aufseher kümmern.

Die Politisierung der Geldpolitik geht weiter

Den Ärger vieler Wähler über das Beugen von EU-Verträgen in Großbritannien, Österreich, Frankreich, Deutschland, Dänemark, Schweden, Finnland, Ungarn, Tschechien, Polen oder den Niederlanden schreiben sich die „Retter“ nicht zu. Wenn dann noch Politiker den Kontrollverlust an Europas Grenzen als alternativlos verkaufen möchten und den wachsenden Unmut über die EU als „Populismus“ abtun, grenzt das schon an Wirklichkeitsverweigerung.

Obwohl die Märkte gelassen das Scheitern des jüngsten italienischen Regierungschefs verfolgen, geht die Politisierung der Geldpolitik weiter. EZB-Präsident Draghi ordnet mit seinem unbedingten Rettungswillen („whatever it takes“) die Geldpolitik der fiskalischen Dominanz unter und macht sie so zum Büttel der Finanzpolitik. Einige EZB-Ratsmitglieder befürchten einen Durchmarsch der Protestparteien in der Währungsunion und meinen, da müsse die Geldpolitik gehalten. Dabei nimmt der Unmut auch deshalb zu, weil das Schielen der EZB auf Wahlergebnisse als unzulässiger Versuch der Beeinflussung durch mächtige Beamte betrachtet wird, die nicht gewählt sind und den Wählern keine Rechenschaft ablegen müssen.

Quelle: F.A.Z.

150,26

European Central Bank's Mario Draghi Learns the Limits of 'Whatever It Takes'

Political opposition to what the ECB has been doing has become too vocal to ignore, Simon Nixon writes



ENLARGE

ECB President Mario Draghi at the central bank's headquarters in Frankfurt. PHOTO: FRANK RUMPENHORST/EUROPEAN PRESSPHOTO AGENCY

By **SIMON NIXON**

Dec. 11, 2016 1:55 p.m. ET

[COMMENTS](#)

When the history of the eurozone is written, the events of last week may come to be seen as pivotal.

European Central Bank President Mario Draghi insists the package of measures he announced Thursday didn't amount to a [tapering of the ECB's quantitative-easing program](#)—at least not in the strict sense of starting a process of reducing bond purchases to zero. Indeed, the ECB could even be said to have loosened monetary policy further: By opting to buy €60 billion (\$63.4 billion) of government bonds a month for nine more months rather than €80 billion for six months, the ECB has committed to injecting €60 billion more cash into the eurozone economy than the market had been expecting. The ECB's decision to start buying government bonds with a maturity of just one year and to buy bonds yielding below its own deposit rate has also [led to a steepening of yield curves](#), delivering a boost to bank margins that should feed through to credit supply.

Even so, what emerged last week was the result of a hard-fought compromise that has exposed the unresolved tensions and challenges that continue to underlie eurozone policy-making. The decision to reduce the scale of monthly bond purchases was a concession extracted by central bank governors in Northern Europe as the price of allowing Mr. Draghi to extend QE until the end of 2017, maintaining an ECB fire blanket over [government-bond markets](#) throughout a risk-filled political year with elections looming in the Netherlands, France, Germany and maybe Italy, too.

Similarly, the modest tweaks that the ECB agreed on to the self-imposed limits of its QE program fell far short of what many in the markets had been expecting: bolder overhauls that had been under discussion for months, including allowing the ECB to buy more than 33% of individual bond issues or to change the way it allocated purchases among countries were dropped.

For the first time since his 2012 promise, Mr. Draghi is discovering that his vow to do “whatever it takes” to save the euro is subject to political constraints. His original pledge was so effective because the markets recognized that not only was Mr. Draghi willing to go to the outer limits of the ECB's mandate to ensure monetary and financial stability but that, unlike his predecessor, he was prepared to rely on political acquiescence after the event, rather than seek it out before. The result has been an ECB that has acted boldly and decisively, even if not always as quickly as markets hoped.

Yet now, with inflation still only 0.6%, far below the ECB's target of “close to but below 2%” and forecast to remain below target at 1.7% in 2019, and with Portuguese and Italian bonds in particular yielding well above the ECB's base rate and comparable German bond yields, a question mark now hangs over the ECB's ability to take decisive action in the future.

In reality, political opposition to what the ECB has been doing has become too vocal to ignore—and not only in Germany, where [frustration at the impact of ultralow interest rates on savers](#) has risen up the political agenda. In the Netherlands, for example, retirement incomes have had to be cut in response to pressures on pension-fund returns. House prices in Amsterdam, meanwhile, are up close to 25% this year, raising fears that loose monetary policy is fueling financial bubbles.

ECB analysis showing that ultralow rates have in fact benefited retirees through higher asset prices and that all eurozone countries benefit from financial stability and increased economic health have [failed to convince many policy makers and politicians](#). Instead, they fear that QE is shielding governments from market pressures, allowing them to duck tough decisions needed to put individual government finances and the euro area as a whole on a stable footing.

As a result, the eurozone finds itself back where it was before Mr. Draghi arrived, with responsibility for resolving the eurozone's deep structural problems handed back to politicians. That doesn't necessarily mean that a fresh eurozone crisis is imminent or inevitable: Mr. Draghi will be hoping that the ECB's commitment to keep buying government bonds until at least the end of 2017—with an implicit commitment to continue beyond then given current inflation projections—will keep markets calm until at least after the German elections in September.

This should buy politicians some time to address market concerns about the long-term sustainability of national debt burdens, whether by taking steps to improve long-term productivity and growth potential or by taking action to improve the resilience of the euro-area financial system. That could be achieved, for instance, by introducing a system of common-deposit insurance for the banking system, which would pave the way for greater cross-border risk-sharing.

But Mr. Draghi has already bought the eurozone four years to make these changes and has little to show for it. With the ECB now signaling that there is a limit to how much more time it can buy, markets may want to know whether Europe's political leaders are now ready to do whatever it takes. They may not be willing to wait a year for an answer.

Write to Simon Nixon at simon.nixon@wsj.com

150,28

Bundesbankchef im Gespräch

Was wird aus unserem Geld, Herr Weidmann?

25 Jahre nach der Erfindung des Euros warnt Bundesbankpräsident Jens Weidmann im Gespräch mit der F.A.S. vor gefährlichen Nebenwirkungen niedriger Zinsen. Dass dadurch die Ungleichheit schlimmer wird, bestreitet er aber.

12.12.2016, von RAINER HANK UND JENNI THIER



© FRANK RÖTH Jens Weidmann, 48, ist seit Mai 2011 Präsident der Deutschen Bundesbank in Frankfurt.

Herr Weidmann, vor 25 Jahren wurde mit den Verträgen von Maastricht die Gemeinschaftswährung „Euro“ beschlossen. Das Projekt ist krachend gescheitert?



Autor: Rainer Hank, Verantwortlicher Redakteur für Wirtschaft und „Geld & Mehr“ der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, Folgen: Wirtschaft der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, Folgen:



Autorin: Jenni Thier, Redakteurin in der

Nein. Aber wir sind in schwierigen Zeiten, und viele Hoffnungen, die mit der gemeinsamen Währung verbunden waren, haben sich so nicht erfüllt.

Die Ungleichheit zwischen den Euronationen ist größer geworden; die Haushaltsdisziplin der Regierungen verlottert.

Wir haben uns auf eine einheitliche Währung geeinigt ohne eine einheitliche Finanz- und Wirtschaftspolitik. Es ist an den Mitgliedstaaten, diesem Rahmen finanz- und wirtschaftspolitisch Rechnung zu tragen. Das war offensichtlich nicht immer der Fall, und die Krise hat offengelegt, dass es zu erheblichen Fehlentwicklungen kam.

Um die sogenannten Maastricht-Kriterien einer Obergrenze der Verschuldung von nicht mehr als 60 Prozent der Wirtschaftskraft schert sich schon lange keiner mehr.

Die viel zu hohen Schuldenstände sind auch eine Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Irland und Spanien etwa hatten vor der Krise einen komfortablen Sicherheitsabstand zur 60-Prozent-Grenze. Die Bewältigung der Krise braucht Zeit. Aber es stimmt, viele Länder hatten schon vor der Krise ungesunde Staatsfinanzen, und der Reformelan und Konsolidierungswille scheint weiter zu erlahmen. Es genügt eben nicht, Regeln aufzustellen und zu glauben, alle würden sich daran halten.

Was wäre nötig?

Dass die noch bestehenden Probleme in den verschiedenen Politikfeldern weiter konsequent angegangen werden, dass die Staatsfinanzen solider aufgestellt werden und dass die Bindungswirkung der Regeln wieder gestärkt wird. In einer solchen Lage ist auch die Disziplinierung durch den Markt wichtig, also dass am Ende eine unsolide Haushaltspolitik mit höheren Zinsen belegt wird.

Aber auch dieses Disziplinierungsinstrument wurde außer Kraft gesetzt, seit die Notenbanken sich als größte Staatsfinanzierer im Euroraum installiert haben und den Zins unabhängig vom Risiko auf unter null drücken.

Die Marktdisziplinierung wurde nicht außer Kraft gesetzt, aber sicher geschwächt. Die Geldpolitik darf sich nicht in die Verantwortung für die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen drängen lassen und die Risikoprämien aus dem Markt nehmen.

Ist die Divergenz in der Wirtschaftskraft der Länder vielleicht sogar Folge der Tatsache, dass man sich nicht an die Haushaltsregeln der Maastrichtverträge gehalten hat?

Das spielt gewiss auch eine Rolle. Die Krise hat aber auch Fehlentwicklungen an anderer Stelle offengelegt, wie mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, kreditfinanzierte Immobilienblasen oder abgeschottete Arbeitsmärkte.

Sie, Herr Weidmann, mahnen seit langem, dass die Niedrigzinsen der EZB die Haushaltskonsolidierung nicht fördern, sondern verzögern.

In der Tat kann es eine Nebenwirkung der Niedrigzinsen sein, dass die Finanzminister das Risiko aus den hohen Schulden aus den Augen verlieren. Die Einsparungen durch die niedrigen Zinsen wurden wohl zu einem guten Teil auch für höhere Staatsausgaben genutzt.

Würden Sie heute den Euro noch einmal einführen?

Solche hypothetischen Fragen helfen doch nicht, und ich befasse mich auch nicht damit. Unsere Aufgabe ist es, nach vorne zu schauen. Es kommt darauf an, die richtigen Lehren aus dem zu ziehen, was schiefgelaufen ist, und nicht verzagt oder wehmütig nach hinten zu blicken.

Wenn die EZB jetzt in großem Stil Staatsanleihen kauft, dann ist das aber gerade nicht die richtige Lehre?

Mit den Anleihekäufen soll der Expansionsgrad der Geldpolitik erhöht werden. Es ist aber ja bekannt, dass ich diese Käufe gerade in einer Währungsunion kritisch sehe. Durch sie droht die Grenze zwischen Geld- und Fiskalpolitik zu verschwimmen.

Am vergangenen Donnerstag hat Präsident Mario Draghi den Beschluss der EZB verkündet, das Kaufprogramm der Anleihen bis Ende 2017 mit monatlich 60 Milliarden Euro zu verlängern, notfalls bis zum Sanktimmerleinstag.

Die beschlossene Verlängerung ist in der Tat sehr weit reichend.

Das Volumen des Kaufs von Staatsanleihen wurde von monatlich 80 auf 60 Milliarden Euro reduziert. Ist das ein Ausstiegssignal?

In der Pressekonferenz hat Mario Draghi sehr deutlich gemacht, dass das nicht so zu verstehen ist. Das geringere Volumen zeigt allerdings, dass der EZB-Rat inzwischen ein größeres Vertrauen in die wirtschaftliche Erholung des Euroraums gefasst hat. Von Deflation, die ich auch zuvor schon für sehr unwahrscheinlich gehalten habe, ist heute nicht mehr die Rede. Die Prognosen waren zuletzt stabil. Bis zum Jahr 2019 soll die Inflation auf 1,7 Prozent ansteigen und rückt damit an unser Stabilitätsziel von „knapp unter zwei Prozent“ heran.

Was bedeutet es, dass die EZB als Option jetzt auch Anleihen mit Renditen unterhalb des Einlagesatzes kaufen kann?

Die Käufe können damit gleichmäßiger über das gesamte Laufzeitspektrum erfolgen. Das heißt, es können mehr Anleihen mit niedrigerem Zins gekauft werden, die dann aber auch zügiger fällig werden. Durch die geringeren Zinserträge sinkt zwar der laufende Zinsüberschuss, aber durch die kürzeren Laufzeiten ist auch das Zinsänderungsrisiko in unserer Bilanz geringer. Im Hinblick auf die Programmparameter ist für mich besonders wichtig, dass nicht mehr als 33 Prozent einer Emission oder eines Emittenten gekauft werden, um ausreichend Anleihen am Markt zu belassen und so auch möglichst Abstand zur monetären Staatsfinanzierung zu halten.

Aus all dem muss man schließen, dass Sie einer Verlängerung des Programms bis Ende 2017 in der Sitzung des EZB-Rats am Donnerstag nicht zugestimmt haben.

Über die konkrete Abstimmung äußere ich mich nicht, ich erläutere aber regelmäßig - wie auch hier - meine Haltung. Wie die Debatte im Rat verlaufen ist, können Sie und ihre Leser nachlesen, wenn - wie neuerdings üblich - das anonymisierte Protokoll der Sitzung veröffentlicht wird.

Mario Draghi sprach von „mehrheitlich“. Also muss es Gegenstimmen oder Enthaltungen gegeben haben, und wir bleiben bei unserer Annahme, dass Sie darunter waren. Wie groß ist Ihre Sorge vor einer Bildung von Blasen bei Aktien- und Immobilienpreisen als Folge der Geldpolitik?

Geldpolitische Entscheidungen haben nicht nur Wirkungen, die intendiert sind, sondern auch unbeabsichtigte Nebenwirkungen. Und die nehmen mit der Dauer der ultralockeren Geldpolitik zu. Berücksichtigen müssen wir sie auf jeden Fall dann, wenn sie die Preisstabilität beeinträchtigen. Insoweit müssen wir beispielsweise auf die Auswirkungen auf die Finanzstabilität achten, obwohl es nicht unser Auftrag ist, Vermögenspreise zu steuern.

Umgekehrt würde aber eine geldpolitische Wende ebenfalls die Märkte bewegen - und zwar nach unten. Das war in den letzten Jahren regelmäßig in Amerika zu beobachten, immer dann, wenn es Signale einer Zinswende gab. Kommt man so jemals wieder aus der ultralockeren Geldpolitik raus?

In diese Falle dürfen wir nicht tappen. Der Vorwurf an die amerikanische Geldpolitik unter [Alan Greenspan](#) war ja gerade, dass sie die Preise an den Aktienmärkten immer weiter nach oben trieb und mit noch mehr Stimulus reagierte, wenn die Kurse nachgaben. Daraus entstand dann der Eindruck: Wir freuen uns über die Party an den Märkten, und wenn sie vorbei ist, zahlt die Notenbank die Zeche. Eine solche Versicherung gegen Spekulationsverluste sollte eine Notenbank nicht abgeben.

Wie können wir verhindern, dass sich die Geschichte wiederholt?

Es kommt darauf an, klarzumachen, dass eine solche ultraexpansive Geldpolitik kein Dauerzustand sein darf. Sobald sich der Preisauftrieb nachhaltig verstärkt, darf es nicht zu Kompromissen zu Lasten der Preisstabilität kommen, etwa aus falscher Rücksicht auf Aktienkurse oder Staatsfinanzen. Ein zu spätes und dann eventuell abruptes Umsteuern der Geldpolitik wäre für die Finanzstabilität ohnehin eher kontraproduktiv.

Die Kurse an den Aktien- und Immobilienmärkten verstärken die globale Ungleichheit: Die Reichen werden also durch die Geldpolitik immer reicher?

Das ist mir zu simpel, denn diese Vermögenseffekte sind allenfalls ein Teilausschnitt der sehr komplexen Wirkungszusammenhänge. Zum einen sollte die Geldpolitik nicht dauerhaft so expansiv bleiben. Zum anderen wirkt sie viel breiter. Sie führt zum Beispiel auch dazu, dass die Konjunktur und damit Investitionen und Wachstum gestützt und die Arbeitsplatzsicherheit sowie die Arbeitseinkommen erhöht werden. Die [Bundesbank](#) hat kürzlich eine umfassende Analyse veröffentlicht, die zeigt, wie vorsichtig man bei der Bewertung der Wirkungen von Geldpolitik auf die Ungleichheit sein muss.

Insgesamt wäre die Arbeitslosigkeit in der Eurozone ohne die EZB-Geldpolitik höher, wollen Sie sagen? Aber in Deutschland hätten wir doch auf jeden Fall annähernd Vollbeschäftigung, auch ohne die lockere Geldpolitik?

Die Konjunkturlage ist hierzulande sicher besser als andernorts, die Geldpolitik unterstützt aber auch die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland. Die Geldpolitik des EZB-Rats muss sich aber am gesamten Euroraum orientieren. Trotzdem kann man natürlich über den notwendigen Expansionsgrad unterschiedlicher Meinungen sein.

Was sagen Sie einem Leser unserer Zeitung, der nur ein Sparkonto hat und für sein angelegtes Geld gar nichts bekommt - oder sogar noch Gebühren zahlen muss. Und nun sieht er, dass es den reichen Immobilienbesitzern und Aktieninhabern prima geht. Ihm können Sie doch nicht erzählen, dass dafür in Südeuropa irgendjemand eine Arbeit gefunden hat?

Noch vor gut zehn Jahren galt die Geldpolitik für Deutschland als zu restriktiv und für Südeuropa als zu expansiv, nun sind die Rollen vertauscht. Das belegt doch nur die Bedeutung wirtschaftlicher Konvergenz in der Währungsunion, für die die Politik in der Verantwortung steht. Der Maßstab für die Geldpolitik ist Preisstabilität im Euroraum als Ganzes. Sie darf sich nicht an den Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen oder Länder ausrichten oder andere politische Ziele verfolgen.

Warum ist das so riskant?

Das würde uns zu einer gefährlichen Abwägung zwischen politischen Zielen zwingen, beispielsweise von Verteilungszielen und unserem Primärziel, der Preisstabilität. Ich sehe aber in der Tat das Risiko, dass versucht wird, die Geldpolitik mit zusätzlichen Aufgaben zu überfrachten und bei Problemen in anderen Politikbereichen auf die Geldpolitik zu verweisen. Notenbanken werden so politisiert, das untergräbt die Akzeptanz einer unabhängigen Geldpolitik.

Die EZB verweist gerne auf die positiven Effekte am Arbeitsmarkt und schaut, wie man das Wachstum in den schwächelnden Ländern des Südens ankurbeln könnte. Was hat das mit Preisstabilität zu tun?

Mit einer expansiven Geldpolitik soll die Konjunktur stimuliert werden, um damit die Preisentwicklung zu stützen. Und das hat einen positiven Effekt auf den Arbeitsmarkt, nicht nur in Südeuropa, sondern auch in Deutschland.

Bedarf es für das Stabilitätsziel überhaupt noch eines so starken Stimulus der Geldpolitik? Würde die Inflation dank des steigenden Ölpreises nicht auch ohne EZB-Unterstützung in Richtung zwei Prozent gehen?

Bei den bislang gedämpften Preisaussichten ist eine expansive Geldpolitik angebracht. Darüber sind wir uns auch im EZB-Rat alle einig. Worüber wir diskutieren, ist letztlich der Grad der geldpolitischen Expansion und die einzelnen Instrumente, die dabei zum Einsatz kommen sollen. Hier gehen die Meinungen auseinander. Sie haben aber aus meiner Sicht recht, dass unter anderem die zuletzt deutlich gestiegenen Ölpreise 2017 auch zu stärker steigenden Konsumentenpreisen führen werden.

In letzter Zeit schaute die EZB nicht mehr nur auf den Verbraucherpreisindex, der nun durch den Ölpreis nach oben getrieben wird, sondern auch auf die Kerninflationsrate, die Energie- und Lebensmittelpreise nicht berücksichtigt. Warum?

Unser Ziel ist klar definiert: Der Verbraucherpreisindex soll mittelfristig mit Raten von unter, aber nahe zwei Prozent steigen. Um einzuschätzen, inwieweit wir dieses Ziel erreichen werden, schauen wir aber schon immer auf eine Reihe von weiteren Indikatoren, und die Kerninflationsrate ist einer davon. Sie ist ein gutes Maß für den binnenwirtschaftlichen Preisdruck. Denn wir wollen durch Energiepreisschwankungen hindurchschauen, solange sie die Verbraucherpreise nur temporär beeinflussen und es nicht zu Zweitrundeneffekten kommt. Insgesamt sehe ich aber - auch mit Blick auf Amerika - in der mittleren Frist durchaus gewisse Aufwärtsrisiken für unsere Preisprognose.

Wie kommen wir aus der expansiven Geldpolitik wieder heraus?

Technisch ist das zumindest kein Problem. Wir können die Geldpolitik normalisieren und die hohe Liquidität, die momentan im Umlauf ist, wieder aus dem Markt nehmen. Wenn sich der Preisdruck spürbar erhöht, müssen wir die geldpolitischen Zügel rechtzeitig straffen. Regierungen und Finanzmärkte müssen sich darauf einstellen, und die Notenbanken dürfen sich von dem dann zu erwartenden Widerstand nicht beirren lassen.

Angesichts der vielen Krisenherde wird das wohl noch dauern. Blicken wir nach Italien, wo Ministerpräsident [Matteo Renzi](#) nach dem verlorenen Verfassungsreferendum vergangene Woche seinen Rücktritt erklärt hat. Könnte das dazu führen, dass die Eurokrise wieder aufflammt - dieses Mal aber in Italien, einem Land, das größer ist als Griechenland?

Risiken aus einer ungewissen politischen Entwicklung wird es immer geben, gerade in einer Währungsunion mit 19 unabhängigen Mitgliedstaaten. Deshalb ist es so wichtig, die Währungsunion krisenfester zu machen, indem zum Beispiel das Finanzsystem widerstandsfähiger gemacht wird und die Staatsfinanzen saniert werden. Im Übrigen bleiben die Herausforderungen in Italien bestehen, unabhängig davon, wer dort die Regierung führt. Die Einschätzung der Finanzmärkte hat sich jedenfalls nicht dramatisch verschlechtert.

Ein Regierungswechsel in Italien ist vielleicht nicht völlig ungewöhnlich. Aber den Banken geht es schlecht, sie haben 360 Milliarden Euro an notleidenden Krediten angehäuft. Schon spricht man wieder davon, dass Banken vom Staat gerettet werden müssen. Dabei haben wir doch nach der Finanzkrise gehofft, dass wir als Bürger und Steuerzahler damit nichts mehr zu tun haben.

Infolge der Finanzkrise haben wir uns auf neue Regeln geeinigt, durch die in erster Linie Eigentümer und Gläubiger für Verluste haften sollen. Das halte ich für sehr wichtig: aus wirtschaftlicher Sicht, weil damit Haftung und Handeln in Einklang gebracht werden, und auch für die Akzeptanz unseres marktwirtschaftlichen Systems. Denn die Würde untergraben, wenn der Eindruck entsteht, dass bei Verlusten stets der Staat oder die Notenbank für private Entscheidungen von Anlegern und Investoren in die Bresche springt. Auch deshalb ist es so wichtig, dass sich die Lösung für die italienischen Banken innerhalb der Regeln bewegen wird.

Aber auffallend ist es schon, dass man lange von einem „Bail-in“ gelesen hat, also der Beteiligung privater Anteilseigner und Gläubiger, aber nun schon wieder von einer „prophylaktischen Rekapitalisierung“ der Banken durch den Staat die Rede ist.

Dass sich neben den Investoren auch der Staat an einer Krisenlösung beteiligt, lässt sich wohl nie grundsätzlich ausschließen. Es sollte aber die seltene, klar eingegrenzte Ausnahme und nicht der Regelfall sein. Im Falle Italiens wurden offenbar sehr riskante Finanzprodukte an Menschen verkauft, die eigentlich eher konservative Produkte wollten. Möchte man als besonders schutzwürdig empfundene Anleger aus politischen Gründen schützen, könnte dies beispielsweise im Rahmen gezielter staatlicher Transfers erfolgen. Die Bail-in-Vorschriften sollte man dazu aber nicht aufweichen.

Renzi war mit dem Ziel angetreten, Reformen in Gang zu setzen. Wenn schon er das nicht geschafft hat, warum soll es dann ein anderer hinkriegen?

Aber die Regierung Renzi hat doch durchaus Reformen beschlossen. Sie hat beispielsweise am Arbeitsmarkt einiges bewegt. Die Reformagenda ist allerdings noch nicht abgearbeitet, und hier wird die neue Regierung in der Verantwortung stehen.

Ein anderer europäischer Unsicherheitsherd ist der Brexit, das Votum der Briten für einen Austritt aus der Europäischen Union.

Das hat viele Facetten, und weder die konkrete Ausgestaltung noch die Folgen sind verlässlich abzuschätzen. Zum Beispiel die Frage, was die Entscheidung in Bezug auf die Wirtschaftsentwicklung in Großbritannien oder für den Rest Europas bedeutet. Es kann auch wichtige politische Weiterungen geben, etwa im Hinblick auf die Weiterentwicklung und Handlungsfähigkeit der EU insgesamt.

Was kommt da auf uns zu?

Ich hoffe, es wird eine tragfähige Basis für das künftige Miteinander gefunden, die weiterhin eine enge Verbindung zum Vereinigten Königreich sichert. Wir sind den Briten doch nach wie vor nicht nur geographisch nah. Aus meiner Sicht gehören allerdings die vier Grundfreiheiten in der EU zusammen und sind nicht separierbar. Der Wunsch, Teil des Binnenmarkts zu bleiben, ist nicht vereinbar mit dem Wunsch, die Personenfreizügigkeit zu beschränken.

Viel stärker noch als die britische Brexit-Regierung sendet Donald Trump protektionistische Signale. Was erwarten Sie vom neuen amerikanischen Präsidenten?

Die neue amerikanische Regierung muss erst noch Klarheit über ihre konkreten Vorhaben schaffen. Die angekündigte fiskalische Expansion würde nicht nur die Konjunktur Amerikas kurzfristig stimulieren, sondern auch auf den Euroraum ausstrahlen. Bekäme allerdings der Protektionismus Aufwind, belastete dies sicherlich die Weltwirtschaft. Es würde wohl am Ende auch denjenigen schaden, die dadurch vor negativen Einflüssen der Globalisierung geschützt werden sollen.

Was würde ein protektionistisches Amerika denn für uns in Deutschland bedeuten?

In einer Welt mit mehr Protektionismus verlieren letztlich alle. Ein stark im internationalen Weltmarkt integriertes Land wie Deutschland träfe eine Einschränkung des Welthandels aber besonders.

Der Euro ist durch die EZB-Entscheidung noch einmal schwächer geworden, während der Dollar mit der erwarteten Zinserhöhung der amerikanischen Notenbank Fed in der kommenden Woche noch weiter aufwerten wird. Sind der starke Dollar und der schwache Euro ein Vorteil für uns?

Die geldpolitischen Pfade auf beiden Seiten des Atlantiks laufen auseinander, und der Wechselkurs reflektiert das. Ein sinkender Euro stimuliert die Binnenwirtschaft und erhöht den Preisdruck.

Die deutsche, sehr exportgetriebene Wirtschaft wird damit erst mal ganz zufrieden sein?

Die deutsche Wirtschaft ist schon jetzt sehr wettbewerbsfähig, aber solche Wechselkursveränderungen würden die Exporte zusätzlich anschieben.

Im Rückblick auf das bald zu Ende gehende turbulente Jahr zeigt sich: Es ist zumindest wirtschafts- und finanzpolitisch nicht so schlimm gekommen wie befürchtet, wenn man an Brexit, Trump und Italien denkt. Ist der Finanzsektor gar nicht so anfällig für politische Entscheidungen?

In der Tat spiegelte sich die politische Unsicherheit nicht im gleichen Maße an den Finanzmärkten oder in der Konjunktur wider, wie einige es erwartet haben. Offenbar schlägt nicht jede medial verstärkte Aufregung gleich auf die Wirtschaftsentwicklung durch. Langfristig aber beeinflussen politische Entscheidungen den Wachstumstrend natürlich ganz wesentlich, im Guten wie im Schlechten. Nur weil wir jetzt noch keine schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen etwa des Brexit in Großbritannien gesehen haben, heißt das nicht, dass das Verlassen des Binnenmarktes oder mehr Isolationismus per se keinen gravierenden wirtschaftlichen Schaden anrichten.

Warum?

Wettbewerb und der Austausch von Ideen, Gütern und auch der Kontakt zwischen den verschiedenen Menschen fördern kreative Entwicklungen, die uns bereichern und deren positive Wirkungen wir im Vorhinein noch gar nicht kennen. Das zu ermöglichen ist ja auch eine wesentliche Motivation für die Gründung der EU gewesen, die wir uns stärker in Erinnerung rufen sollten. Protektionismus und Isolationismus hemmen das, ob in Europa oder weltweit. Ich bin mir sicher, es gibt klügere Strategien, um denjenigen, die sich durch die Globalisierung belastet sehen, zu helfen. Bildungspolitik und lebenslanges Lernen sind da entscheidend, zusammen mit einem transparenten, zielorientierten Sozialstaat.

Quelle: F.A.S.

150,32

Debatte über Doppelpass

Jeder muss sich entscheiden

Integration bedeutet nicht, sich möglichst viele Optionen offenzuhalten. Wer lange im Land lebt und sich identifiziert: Wieso sollte er sich nicht für einen deutschen Pass entscheiden? Ein Kommentar.

12.12.2016, von [REINHARD MÜLLER](#)



© DPA/Deutscher und türkischer Pass: Der CDU-Parteitag entschied knapp, den Koalitionskompromiss zu kippen

Fremdenfeinden und Rassisten sollte man die Nation nicht überlassen. Denn die haben da nichts zu suchen. Weder Volk noch Staat sind geschlossene Veranstaltungen. Aber es gibt natürlich einigende Bande. So mag man sich von hoher fortschrittlicher Warte über eine „Leitkultur“ lustig machen, über ein Integrationsgesetz spotten. Schließlich kann man weder Kultur noch Eingliederung einfach verordnen.



Autor: Reinhard Müller, In der politischen Redaktion verantwortlich für „Zeitgeschehen“ und für „Staat und Recht“, Folgen:

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, [Andreas Voßkuhle](#), bemühte in einem Gespräch mit dieser Zeitung den Vergleich mit der Ehe. Auch die Pflicht zum ehelichen Beistand könne man schließlich nicht durchsetzen. Aber das heißt noch nicht, dass keine Rechtspflicht besteht. Der Vergleich mit dem - man muss wohl sagen: überkommenen - Institut der Ehe ist gleichwohl hilfreich: „Die Ehe wird auf Lebenszeit geschlossen. Die Ehegatten sind einander zur ehelichen Lebensgemeinschaft verpflichtet; sie tragen füreinander Verantwortung.“ Hier wird ein rechtliches Band geknüpft.

Um ein Band geht es auch bei der Staatsangehörigkeit. Man kann sie durch Geburt an einem bestimmten Ort erhalten, durch Abstammung oder durch Einbürgerung. Schon das zeigt, dass es gleichsam auf natürlichem Wege zahlreiche Mehrfachstaatler gibt. Man kann eine Staatsangehörigkeit auch aufgeben. Aber mit ihr verbunden sind Rechte und Pflichten.

Deutschland ist in einer anderen Situation als klassische Einwanderungsländer, die sich noch dazu in einer Art Insellage befinden wie Australien und in gewisser Weise auch Nordamerika. Deutschland ist Wohlstandsmagnet mitten in einem Europa ohne kontrollierte Binnengrenzen. Für ein solches Land kann die Staatsangehörigkeit kein Mittel zur Integration sein, sondern nur deren Schlusspunkt.

Wer hier lange lebt: Wieso nicht dafür entscheiden, Deutscher zu sein?

Als die rot-grüne Bundesregierung vor Jahren das Optionsmodell ins Leben rief, sollte dieses einer dauerhaften, zweifachen Staatsbürgerschaft vorbauen. Bis zum Alter von 23 Jahren mussten sich die Migranten für ein Land entscheiden. Theoretisch - denn tatsächlich behielten viele ihren alten Pass und nahmen den deutschen gern dazu. Damals lag offenbar die Vorstellung eher fern, die Bindung an einen Staat könne mit Loyalitätskonflikten einhergehen. Der Putsch und „Gegenputsch“ in der Türkei, der auch auf deutschen Straßen ausgetragen wurde, dürfte auch die letzten Gutgläubigen ins Grübeln gebracht haben.

Die Grünen hielten es eine Zeitlang mit der Vorstellung, mit der doppelten Staatsangehörigkeit könne man den Fachkräftemangel in Deutschland beheben. Es gehe schließlich um knallharte deutsche Interessen. So schön es ist, dass auch deutsche Interessen zur Sprache kommen - ihnen ist weder mit einer großzügigen Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit noch mit einer Duldung mehrerer Staatsbürgerschaften gedient.

Niemand muss seine Herkunft abstreifen oder vergessen. Aber jeder muss sich entscheiden. Das gilt im Konfliktfall auch für die Doppelstaatler von Geburt. Mit einer Überhöhung des Staates in einer globalisierten Welt hat das nichts zu tun. Nur hat sich gezeigt, dass der Staat auch weiterhin die Organisationsform ist, in der Rechtsstaat und Demokratie zu Hause sind.

Wer hier geboren ist, wer hier lange lebt und sich mit diesem Land identifiziert, warum soll der sich nicht entscheiden, Deutscher zu werden? Und wem die alte Heimat und die Verbundenheit mit seinen Vorvätern wichtiger sind, der kann sich mit Stolz für die Türkei entscheiden. Integration bedeutet gerade nicht, sich möglichst viele Optionen offenzuhalten.

Warum kämpft die CDU nicht für ihre Überzeugung?

Die große Koalition hat sich auf einen Kompromiss verständigt. Aber anders als die Fundamente der Verfassung unterliegen Koalitionsverträge keiner Ewigkeitsgarantie. Wenn die Lage es erfordert, müssen Beschlüsse angepasst werden. Darüber kann man streiten. Schade nur, dass führende CDU-Politiker schon auf dem Parteitag signalisiert haben, die Rückkehr zum Optionsmodell habe ohnehin keine Aussicht auf eine parlamentarische Mehrheit. Aber wenn der Parteitag - wenn auch mit knapper Mehrheit - davon überzeugt ist, dass die doppelte Staatsangehörigkeit ein Fehler ist, warum kämpft die CDU nicht für ihre Überzeugung?

Nötig wären viele Zeichen. Nicht nur faktisch haben zahlreiche Migranten nach einiger Zeit einen Anspruch auf Einbürgerung. Die politisch zur Schau gestellte Härte, nun plötzlich Hunderttausende abzuschieben (wohin eigentlich, wenn etwa die Heimatländer sich verweigern?), soll vergessen machen, dass der Anspruch auf Schutz und Asyl zu einem Recht auf Einwanderung geworden ist.

Da sich Deutschland offenbar seine Einwanderer nicht aussuchen will oder kann, muss es sie integrieren. Die Gesellschaft darf sich nicht auch noch die Konflikte der Herkunftsländer seiner Neubürger ins Haus holen. Schön, dass man langsam auf die eigentlich naheliegende Idee kommt, Einbürgerungszeremonien mit Pathos und würdevoll zu feiern. Zurzeit vermittelt das Land das Bild einer großen kühlen Sozialbehörde. Deren Leistungen nimmt man gern - aber kein Wunder, dass das Band zur alten Heimat stärker ist.

150,34

Populismus-Alarm in der EU

Billige Ausreden

KOMMENTAR von Eric Gujer 9.12.2016, 12:00 Uhr

Viele fürchten die Sprengkraft des Populismus, doch dieser ist auch eine bequeme Entschuldigung für die eigene Tatenlosigkeit. Die EU geht nicht an ihren Gegensätzen zugrunde, sondern an der Gleichgültigkeit ihrer Mitglieder.

94 KOMMENTARE



Marine Le Pen (links) und Geert Wilders (rechts) am Parteikongress des Front National in Lyon vor zwei Jahren. (Bild: Robert Pratta / Reuters)

Am deutschen Wesen soll wieder einmal die Welt genesen. Diesmal hat allerdings nicht deutsche Hybris die Idee ersonnen, sondern eine Schar Verzweifelter beiderseits des Atlantiks, die nach Brexit und Trumps Sieg den Westen dem Untergang geweiht sehen. Angela Merkel, so die Hoffnung, trotz den Stürmen des Populismus und organisiert die Gegenwehr der Anständigen in einer von Zerfallerscheinungen bedrohten EU. Welch hanebüchener Unsinn. Solche Gedankenspiele überschätzen die deutschen Möglichkeiten und unterschätzen die in der Europäischen Union wirksamen Kräfte. Aber es ist eine bewährte Methode in der EU: Zuständig sind immer die anderen.

Deutsche Rumpf-Union

Berlin kann, zumal im Zusammenspiel mit Paris, die EU weiterentwickeln, sofern eine wesentliche Voraussetzung erfüllt ist: Die Mitglieder müssen politisches Kapital in den Zusammenhalt der Union investieren, statt Brüssel alleine danach zu beurteilen, welche Vorteile sie auf dem Basar der bald nur noch siebenundzwanzig ausschlagen können. Fehlen das Zusammengehörigkeitsgefühl und der gemeinsame Wille, das Projekt Europa im 21. Jahrhundert voranzubringen, bewirkt deutsche Führungsstärke wenig. Dann fällt die EU der Schwindsucht anheim – eine schleichende Krankheit zum Tode.

[Steht Frankreich nach einem eventuellen Wahlsieg Marine Le Pens nicht mehr als «Partner in Leadership» zur Verfügung](#), werden sich alle Staaten, denen am Fortbestand der EU gelegen ist, um das Schwergewicht Deutschland scharen. Das gilt gerade für die Länder Mittel- und Osteuropas. Sie wickeln schon heute einen grossen Teil ihres Aussenhandels mit Deutschland ab und sehen in Berlin auch bei allen Differenzen und historisch begründeten Animositäten ihren zuverlässigsten Fürsprecher. Und sie sind von den Umwälzungen, die sich momentan abzeichnen, besonders betroffen.

So haben etwa Polen und Balten die Nähe zum nicht immer ganz geheuren Nachbarn Deutschland mit der Partnerschaft zu den USA ausbalanciert. Die militärische Abschreckung der Supermacht Amerika bedeutet ihnen so viel wie die wirtschaftlichen Vorteile der Europäischen Union. Die amerikanische Schutzgarantie ist aber seit [Trumps abschätzigen Äusserungen über die Nato](#) fraglich geworden.

Dies zwingt alle, die sich von Moskau bedroht fühlen, eigentlich gegen ihren Willen noch stärker zur Anlehnung an Deutschland. Schliesslich hat Angela Merkel der russischen Aggression in der Ukraine überlegt und standfest Paroli geboten. Man sollte sich deshalb nicht durch die osteuropäische Kritik an Merkels Flüchtlingspolitik täuschen lassen. Das eine ist Tagespolitik, das andere eine geopolitische Notwendigkeit.

Nach zwei blutigen Weltkriegen träumt kein Deutscher mit Verstand von einer Hegemonie.

Fällt nach Grossbritannien auch Frankreich als Anker aus, dann zerbröseln die EU in ihrer heutigen Form. Ein Rumpfbild wird sich indes nur umso fester um Deutschland zusammenschliessen. Gut hundert Jahre nachdem [Friedrich Naumann eine deutsche Einflusszone im Osten](#) imaginierte, würde sein Mitteleuropa-Plan Wirklichkeit. Dies wäre allerdings für Berlin nicht Verheissung, sondern Verhängnis.

Nach zwei blutigen Weltkriegen träumt kein Deutscher mit Verstand von einer Hegemonie. Die Deutschen haben erkannt, welche Vorteile es bringt, in einem Klub von nominell Gleichen indirekt zu führen. Bescheidenheit ist tatsächlich eine deutsche Tugend, wenngleich aus eigennützigen Motiven. Umgekehrt bedeutet dies, dass von Berlin allein keine Impulse ausgehen, zumal nicht vor der Bundestagswahl im Herbst 2017. Aber auch danach wird die mutmasslich alte und neue Kanzlerin geschwächt sein. Zu tief reichen die Verwerfungen zwischen CDU und CSU und der Unmut über ihre Politik in den eigenen Reihen.

Schönfärber und Schwarzmaler

Die Krise Europas ist evident; die [Kluft zwischen den EU-Mitgliedern und Brüssel](#), die mehr vertagte als bewältigte Währungs- und die wabernde Politikverdrossenheit lassen sich nicht übersehen. Waren früher die Schönfärber tonangebend, sind es jetzt die Schwarzmaler. Doch sollte man nicht von einem Extrem ins andere fallen. Wer aufgrund von Brexit und Trump bereits einen Dominostein nach dem anderen fallen sah, muss nach der letzten Runde der österreichischen Präsidentschaftswahl mit der Prophezeiung eines populistischen Siegeszugs wieder vorsichtiger sein.

Wahlen werden aus spezifischen, meist innenpolitischen Gründen gewonnen. Sie fügen sich selten in eine Grosserzählung wie die populistische Weltverschwörung ein. Europäer sind zudem keine blökenden Schafe, die dem erstbesten Verführer nachlaufen. Nach dem vorhergehenden knappen Ergebnis fällten die Österreicher diesmal ein klares Urteil. Die grösste Verantwortung liegt eben stets bei demjenigen, dem die Classe politique es am wenigsten zutraut: dem «einfachen» Wähler.

Die EU wirkt wie ein überdehntes Gummiband, aber es ist noch nicht ausgemacht, dass es reisst.

In Rom ist vielleicht der Polit-Komödiant Beppe Grillo der Nutzniesser des Referendums, doch greift man hier am besten zu einer Tautologie: In Italien herrschen italienische Verhältnisse, und das heisst schwache Regierungen und instabile Institutionen. Grillo ist nicht das Problem, sondern nur dessen besonders schriller Indikator. Spukten nicht das P-Wort und die [Sorge um den Euro](#) durch die Köpfe, käme niemand auf den Gedanken, den Sonderfall Italien zu verallgemeinern. Unter dem Ansturm der Probleme sind alle mürbe geworden, Regierungen wie Regierte, weshalb schon Alltagserscheinungen wie das Durcheinander im Palazzo Chigi Panikattacken auslösen.

Die EU wirkt wie ein überdehntes Gummiband, aber es ist noch nicht ausgemacht, dass es reisst. Warum sollte Europa nicht wieder in Form kommen, wenn jeder einen Beitrag leistet? Niemand will ein Europa, in dem statt Kooperation auf der Basis von Verträgen das Recht des Stärkeren gilt. Also müssen alle durch ihr Handeln zeigen, dass sie Nationalismus, Abschottung und Protektionismus ablehnen. Die Osteuropäer wollen keine Union von Deutschlands Gnaden, also müssen sie demonstrieren, dass sie in der EU einen Wert sehen und nicht nur einen Zahlmeister und Sündenbock.

Wege aus der Krise

Brüssel will Entfremdung und Zerfall vorbeugen. Die Kommission muss daher in den Verhandlungen mit Grossbritannien beweisen, dass sie bei der Personenfreizügigkeit wirklich einen Ausgleich zwischen Prinzipientreue und nationalen Eigenheiten sucht. Die staatstragenden Parteien fürchten die Sprengkraft des Populismus. Sie sollten also bei den Wahlen in den Niederlanden, in Frankreich und Deutschland überzeugender als bisher für eine pluralistische Union werben, die sich auf ihre Kernkompetenzen besinnt und damit Attraktivität zurückgewinnt. Viele Wege führen aus der Krise. Das allenthalben beschworene Gespenst des Populismus kann auch eine Ausrede für Nichtstun sein.

„Eine große Ungewissheit, was aus Europa wird“

Gepostet am 10.12.2016 um 16:09 Uhr

Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot hat ein mulmiges Gefühl, was Europa anbelangt, und fordert eine stärkere EU, in der alle Bürger gleichberechtigt sind. Nur so habe man gegen Populisten eine Chance.

Marion von Haaren: Frau Guérot – 2016, wie ist Ihre Bilanz?

Ulrike Guérot: Die Bilanz ist eine mulmige. Ich glaube, wir haben alle das Gefühl, dass etwas passiert, etwas, was man auch gar nicht so richtig greifen kann: Das Wegbrechen von demokratischen Strukturen, wie wir sie kannten. So ein Unwohlsein gegenüber einem aufkommenden Populismus und Nationalismus. Das Gefühl, dass das irritiert, dass man das nicht so einordnen kann. Und eine große Ungewissheit, was kommt, mit Blick auf Europa. Ich glaube, das kann man als generalisiertes Gefühl so nennen.

Marion von Haaren: Sie wollen die Bürger Europas ermutigen, mehr Demokratie zu wagen; wie genau könnte das in Europa aussehen, in der EU?

Ulrike Guérot: Ich glaube, wir müssen Europa wirklich scharfstellen. Ich glaube, dass die Rechtspopulisten im Moment so viel Auftrieb haben, weil, was die wollen, ist sehr klar. Sie wollen austreten aus der EU, aus dem Euro; das ist ganz klar. Was diejenigen wollen, die Europa wollen, ist nicht so klar, das ist unscharf gestellt; und da würde ich sagen, wir haben drei Dinge im Angebot: Wir müssen begreifen, dass die Bürger souverän sind und nicht die Nationalstaaten. Wir brauchen eine Gewaltenteilung. Und wir brauchen Gleichheit vor dem Recht; das heißt den allgemeinen politischen Gleichheitsgrundsatz für alle europäischen Bürger. Dann hätten wir eine Bürgerunion, ein Europa, in dem die Leute sich wirklich in der europäischen Demokratie wohlfühlen, und wo wir nicht überall ein nationales Wir gegen ein anderes nationales Wir stellen.

Marion von Haaren: Können Sie das noch mal ein Stückchen weiter konkretisieren – was soll das für die Bürger hier in Berlin oder in Mezzogiorno oder in Portugal bedeuten, wenn wir genau das erreichen würden?

Ulrike Guérot: Wenn man den allgemeinen politischen Gleichheitsgrundsatz nimmt, der im Grunde die Bedingung ist für eine Demokratie, nämlich dass die Bürger nicht zueinander in Konkurrenz gestellt werden, dann würde das zum Beispiel heißen, dass wir Wahlrechtsgleichheit haben – in dem Parlament, das uns eint, also das europäische Parlament, eine Person, eine Stimme. Es würde zum Beispiel auch heißen, dass wir so etwas hätten wie eine europäische Arbeitslosenversicherung, dass wir nicht mehr die Bürger zueinander in Konkurrenz stellen, dass wir aus Nationalität keinen Wettbewerbsvorteil mehr machen.

Das passiert ja derzeit in den europäischen Strukturen, dass wir in der EU die Bürger immer noch in nationale Container stellen, deswegen sind die Bürger nicht gleich vor dem Recht, nicht gleich bei Steuern, nicht gleich bei ihrem Zugang zu sozialen Rechten. Wenn Sie sagen, mit Blick auf die Bürger, was heißt das von Ost nach Nord oder von Süd nach Nord: Das heißt natürlich, dass diejenigen, die jetzt zum Beispiel in der Euro-Krise sehr vernachlässigt worden sind, Stichwort europäische Jugendarbeitslosigkeit, dass die von diesem Gleichheitsgrundsatz profitiert hätten.

Es würde aber auch Osteuropa ein starkes Signal senden; denn auch in Osteuropa fühlen sich die europäischen Bürger als Bürger zweiter Klasse. Und jetzt zu sagen, wir wollen ein Projekt haben, in dem wir als europäische Bürger das europäische Projekt tragen, und zwar auf der Grundlage des allgemeinen politischen Gleichheitsgrundsatzes, da ist für jeden was drin. Denn niemand verliert, wenn alle an Rechten gleich sind.

Marion von Haaren: Vorausschau: EU als Global Player – etwa in der Syrien-Krise: Was muss passieren, dass die EU-Außenpolitik aus einem Guss gemacht wird und dass Europa aus dieser absoluten Schwäche – Stichwort Aleppo – herauskommt?

Ulrike Guérot: Was passieren muss, ist, dass wir auch da die Nationalstaatlichkeit überwinden. Wir haben in der Außenpolitik immer ganz groß die großen europäischen Nationalstaaten vorne. Ob das Großbritannien oder Frankreich oder Deutschland ist; übrigens in verschiedenen Variationen. Wir hatten es bei Libyen ohne Deutschland; jetzt in Syrien mit Deutschland. Es geht aber immer auch um eine nationalstaatliche Kooperation und nicht um eine europäische Außenpolitik, um einen Guss. Die Außenpolitik, die wir jetzt in Aleppo nicht sehen, ist ja auch die Konsequenz von einer fehlenden vorbeugenden Politik.

Das heißt, bevor es zu einem Krieg kommt und die EU da nicht handeln kann, sind ja lange Jahre vergangen, wo man vorher schon keine präventive Politik gemacht hat, die dann aus einem Guss gekommen wäre. Und da muss die EU ansetzen, wenn es um die Entwicklungspolitik geht, um das, was wir mit den Regionen im Nahen Osten machen, dass wir schon vorher präventiv eine Politik aus einem Guss machen, indem wir den Menschen und Staaten etwas anbieten.

Indem wir natürlich auch sagen, wir machen keine, ich sage mal, Agrarpolitik, die zu unserem Vorteil, aber zu deren Lasten geht, keine Handelspolitik, die zu unserem Vorteil, aber zu Lasten von Afrika geht. Wenn wir heute sagen, dass es um Fluchtursachen geht, dann müssen wir eben vorher gucken, bevor die Leute fliehen, was wir als Europäer eigentlich an Mitverantwortung gemacht haben, dass die Lage dort in diesen Gebieten so schlimm ist.

Marion von Haaren: Heißt das auch, dass die einzelnen Hauptstädte in Europa, speziell London, Berlin, Paris, ein Stück weit darauf verzichten, Dinge alleine zu lösen? Und die anderen mitzunehmen?

Ulrike Guérot: Das war immer das Ziel. Man darf daran erinnern, dass Europa als Verteidigungsgemeinschaft beginnen sollte, 1954. Das ist damals gescheitert an den Franzosen unter Mendès France. Aber das Ziel einer gemeinsamen Verteidigung war immer das große Projekt, was wir bis heute nicht eingelöst haben.

Und wir sehen es in der jüngeren Zeit – Libyen war das eine Beispiel, aber Mali, Bamako, wo die Franzosen alleine gekämpft haben, wo sie sehr verspätet auch nur sehr geringe deutsche Unterstützung bekommen haben. Das heißt, wir tun immer so, als hätte jeder Nationalstaat in Europa eigene nationale Interessen, zum Beispiel im Maghreb, zum Beispiel in Lateinamerika.

Aber das stimmt natürlich nicht. Wenn wir uns als Einheit, als Wirtschaftseinheit verstehen, dann müssen wir auch eine strategische Einheit sein – und permanent strategische Interessen gegen wirtschaftliche Interessen auszuspielen, ist die große Tragik der europäischen Union. Man merkt es immer wieder an solchen Fragen wie mit Blick auf den Iran: Sanktionen Ja oder Nein? Welches Land profitiert am meisten? Auch bei solchen Fragen ganz konkret: Airbus – wird das produziert in Hamburg oder in Toulouse, wer kriegt die Arbeitsplätze? Das heißt, wir denken da immer noch in nationalen Parametern. Und an diesen kleinen Fragen scheitert letztlich die einheitliche europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die wir uns dann in den großen Fragen, wie etwa Syrien, so sehnsüchtig wünschen.

Die neue Keule der Politik

von: Michael Wolffsohn

Datum: 07.12.2016 16:53 Uhr

Der Aufschrei der etablierten Parteien gegen Populismus ist antidemokratisch. Der Kampfbegriff entlarvt die inhaltliche Ratlosigkeit der Politik. Sie muss sich unbequeme Meinungen aus dem Volk anhören. Ein Gastbeitrag

Gastautor Michael Wolffsohn plädiert dafür, auch die unangenehmen Stimmen aus dem Volk nicht wegzuwischen.

Berlin

Abgenutzt sind die Auschwitz- und Faschismuskeule. Deshalb wirken sie nicht mehr. Man hat sich an sie gewöhnt. Jeder, der einem nicht passte, wurde als „Faschist“ gebrandmarkt und mit der Faschismuskeule niedergeschlagen. KO. Schluss, Ende. Wenn kein Argument mehr zu überzeugen vermochte, wurde an Auschwitz erinnert und die Auschwitzkeule hervorgeholt. Sie wirkte garantiert.

Ich erinnere an den Jahresanfang 1999. Der grüne Bundesaußenminister Joschka Fischer befürwortete Deutschlands Militäreinsatz im Kosovo, um das serbische Massaker an den dortigen Albanern zu beenden. Seine Parteibasis widersetzte sich seinem Ansinnen, der Minister keulte: Es gelte, ein neues Auschwitz zu verhindern. So entsetzlich das damalige Blutbad, frühere und spätere – nicht jedes Massaker hat die völkermörderische Dimension von Auschwitz. Das inflationäre Gebrauch des Auschwitz-Vergleichs verharmlost das Grauen. Deshalb wirkt heute auch dieser Vorwurf nicht mehr.

Nun gibt es deutschland- und europaweit eine neue Waffe: die Populismus-Keule. Wenn jemand jemandem nicht gefällt oder gar zu den Mächten des Bösen gezählt werden soll, wird die Populismus-Keule bemüht. Warum jemand ein „Populist“ sein soll, wird nicht gesagt. Wenn aber „Populist“ gesagt wird, wird dem politischen Gegner der politische Tod oder mindestens der politische KO-Schlag gewünscht.

Sage ich zum Gegenüber Populist, muss ich nichts mehr sagen. Er ist nicht mehr Volk (lateinisch „Populus“) sondern Pöbel. Manchmal mag diese Einstellung berechtigt sein, doch der Kampfbegriff Populist entlarvt die inhaltliche Ratlosigkeit der rastlosen Nicht- und Anti-Populisten.

Sie nennen sich „Demokraten“, verstehen sich als die Guten, als Sprachrohr und Anhänger der Herrschaft des Volkes (griechisch: „Demos“). Als Demokraten wollen sie sich von den „Populisten“, verstanden als die Verkörperung des Bösen, abgrenzen. Dummerweise ist aber auch ein Populist Sprachrohr und Anhänger der Herrschaft des Volkes.

Da werfen also Demokraten als Anhänger der Volksherrschaft anderen Anhängern der Volksherrschaft, die sie Populisten nennen, vor, Anhänger der Volksherrschaft zu sein. Auf gut deutsch nennt man so etwas: Quatsch. In einer Gesellschaft der Un- und Halbgebildeten kann man offenbar jedes (Fremd-)Wort beliebig verwenden, ohne sich selbst der Lächerlichkeit preiszugeben.

Das wäre verzeihlich. Unverzeihlich ist es, weil das Wort-Wirrwarr zum wirklichen Problem führt: Oft haben nämlich die verleumdete Populisten „dem Volk aufs Maul geschaut“ (Martin Luther) und dann Volkes Wort, Volkes Sorgen und Volkes Ängste – berechtigt oder nicht – aufgegriffen und in die politische Arena geschleudert. Nicht wenige jener Worte, Sorgen und Ängste sind tatsächlich höchst unappetitlich, ärgerlich, gar gefährlich. Doch es sind Worte, Sorgen und Ängste, die eben auch aus dem Volk kommen.

Daraus folgt: Wer Volksherrschaft (Demokratie) will, kann Populismus, der Volkssorgen thematisiert, nicht ablehnen, ohne sich selbst in grundsätzliche Widersprüche zu manövrieren und als Anti-Demokrat zu entlarven. Neuerdings sprechen Politiker und Publizisten gerne von dem, „was die Menschen wollen“. „Die“ Menschen,

sagen sie statt Bürger oder Volk. Das ist vollends albern, denn es versteht sich von selbst, dass Politik von, für und durch Menschen und nicht etwa von Tieren oder Fabelwesen gemacht wird.

Wer zudem behauptet, zu wissen, was „die“ Menschen wollen, schwurbelt und schwindelt, denn der Mensch oder die Menschengruppe will A oder B, aber nicht alle wollen politisch das Gleiche oder gar das Selbe. Demokratie ist – zunächst einmal ganz wunderbar – zwar keine Vergottung des Volkes, wohl aber ein Hoch- und Hervorheben des Volkes. Nicht zufällig hat der Spruch „vox populi vox dei“ (Volkes Stimme ist Gottes Stimme) eine uralte Tradition. Da es aber in jedem Volk, nicht nur gute (quasi gottgleiche) Menschen gibt, sondern leider auch weniger gute oder gar böse, gibt es in jedem Volk auch Pöbel.

Das geben Demokraten verständlicherweise nach außen nur ungerne zu. Auch wenn sie es denken und sich für die Elite halten. Man höre und staune nicht: Das Volk bemerkt die elitäre Herablassung auch deshalb, weil seine Worte, Sorgen und Ängste nicht thematisiert, sondern diffamiert werden. Sie rächen sich auf ihre demokratische Weise und wählen landauf, landab immer häufiger Populisten.

Nicht alle Demokraten sind politisch so töricht wie Hillary Clinton. Sie hat im Wahlkampf Trump-Anhänger als „deplorables“ bezeichnet. Im Deutschen würde man das frei mit „Pöbel“ übersetzen. Der Pöbel hat es der Demokratin und damit auch der Demokratie ganz demokratisch heimgezahlt und Trump gewählt. Es hat die traditionellen Eliten, die seine Nöte jahrzehntelang herablassend unbeachtet und verachtet ließen, abgewählt. Vergleichbares erleben wir in Europa.

Und das ist erst der Anfang. Es reicht eben nicht, ganze Wählergruppen zu beschimpfen. Wer gewählt werden will, muss sich ihrer annehmen, ohne sich selbst preiszugeben. Man muss sie zu sich hochziehen und nicht herablassend behandeln. Man muss Pöbel in Populus, also in Volk (Demos) umwandeln – um die Demokratie zu retten. Es gibt freilich noch eine Möglichkeit: Demokraten und Populisten suchen sich ein anderes Volk.

--

Der Historiker und Publizist Prof. Dr. Michael Wolffsohn ist u.a. Autor von „Zivilcourage, Wie der Staat seine Bürger im Stich lässt“ und „Zum Weltfrieden“. Er wurde dieser Tage vom Deutschen Hochschulverband zum „Hochschullehrer des Jahres“ 2017 gekürt.

150,40

Deuschtürken

Debatte über den Doppelpass - das sind die Fakten

Ist die doppelte Staatsbürgerschaft für Deuschtürken noch zeitgemäß? Seit der Pro-Erdogan-Kundgebung in Köln ist darüber politischer Streit entbrannt. Der Blick auf die Fakten.

Von [Christoph Sydow](#)



Getty Images

Freitag, 05.08.2016 18:52 Uhr

Die Welle der nationalen Erregung nach dem niedergeschlagenen **Putschversuch in der Türkei** hat auch viele Deuschtürken erfasst. Zehntausende **demonstrierten in Köln** für den autokratischen Kurs des türkischen Staatschefs Recep Tayyip Erdogan, den sie als "ihren Präsidenten" hochleben lassen. Fühlen sich die Deuschtürken also eher der Türkei verpflichtet als der Bundesrepublik?

Dieses Denken geht davon aus, dass Identität ein Nullsummenspiel ist, jeder Mensch seinen Patriotismus und seine Loyalität also nur einem Staat geben kann. Loyalität lässt sich aber schwer messen und wiegen. Darum ein Blick auf die Fakten zur doppelten Staatsbürgerschaft:

Was sagen die Gesetze?

Bis zum Jahr 2000 war der Fall klar: Im Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 galt das Blutrecht. Deutscher war, wer einen deutschen Elternteil hatte. Für eine Einbürgerung musste man mindestens 15 Jahre in der Bundesrepublik gelebt haben.

Im Jahr 2000 wurde das Gesetz auf Initiative der rot-grünen Bundesregierung um das Geburtsortsprinzip ergänzt: Wenn ein Elternteil seit mindestens acht Jahren in Deutschland lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht genießt, erwirbt das Kind die deutsche Staatsangehörigkeit. Auch für eine Einbürgerung wurde die vorausgesetzte Aufenthaltsdauer in Deutschland von 15 auf acht Jahre gesenkt. Seit einer weiteren Reform 2008 müssen Einbürgerungskandidaten aber ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen und einen Einbürgerungstest bestehen.

Umgekehrt gilt: Nimmt ein deutscher Staatsbürger eine weitere Staatsangehörigkeit an, verliert er in der Regel seine deutsche Staatsangehörigkeit.

Trotzdem ist Mehrstaatlichkeit Alltag in Deutschland. Denn Kinder, die einen deutschen und einen ausländischen Elternteil haben, erwerben in der Regel per Geburtsrecht beide Staatsangehörigkeiten - und können diese auch behalten. Gleiches gilt seit Ende 2014 auch für Kinder ausländischer Eltern, die seit mindestens acht Jahren in Deutschland leben. Mit dem Wegfall der sogenannten Optionspflicht müssen sich die

Kinder seither nicht mehr zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr für einen Pass entscheiden, wenn sie sich bis dahin acht Jahre in der Bundesrepublik aufgehalten haben.

Ausnahmen gelten zudem für die Staaten der **Europäischen Union** und die Schweiz - nicht aber für die **Türkei**. Ebenso gibt es Länder, die ihre Bürger nicht aus der Staatsbürgerschaft entlassen - etwa Afghanistan, Iran, Libanon, Marokko und Tunesien.

Was bedeutet das konkret für Deutschtürken?

Wenn Türken sich in Deutschland einbürgern lassen wollen, dabei aber ihren türkischen Pass behalten möchten, müssen sie nachweisen, dass ihnen durch die Aufgabe der türkischen Staatsangehörigkeit in der Türkei unzumutbare Nachteile entstehen würden. In den vergangenen drei Jahren haben jeweils nur rund 17 Prozent der Türken, die sich in Deutschland haben einbürgern lassen, ihre türkische Staatsbürgerschaft behalten. 2015 waren es 3448 von 19.674 Fällen.

Wie viele Doppelstaatler leben in Deutschland?

Im Zensus 2011 wurde zum bislang ersten und einzigen Mal festgehalten, wie viele Deutsche mindestens einen weiteren Pass hatten - zum Stichtag am 9. Mai 2011 waren das demnach knapp 4,3 Millionen Personen.

Davon hatten 690.000 Deutsche zusätzlich die polnische, 570.000 die russische und 530.000 die türkische Staatsangehörigkeit.

Zum Vergleich: Gleichzeitig lebten 1,5 Millionen Türken ohne deutschen Pass in der Bundesrepublik, die meisten von ihnen mit unbefristetem Aufenthaltsrecht. Rund 800.000 türkischstämmige Menschen hatten nur den deutschen Pass. Derzeit hat also weniger als ein Fünftel der türkischstämmigen Menschen in Deutschland zwei Pässe.

Dürfen Doppelstaatler in beiden Ländern wählen?

Deutschtürken mit zwei Pässen dürfen sowohl in Deutschland als auch in der Türkei wählen. Türken ohne deutschen Pass dürfen anders als EU-Bürger nicht einmal an Kommunalwahlen teilnehmen.

Laut einer repräsentativen Umfrage der **AKP**-nahen Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) stimmten bei der Bundestagswahl 2013 64 Prozent der türkischstämmigen Wähler für die SPD. Grüne und Linke holten jeweils zwölf Prozent, die Union kam nur auf sieben Prozent.

Seit der Präsidentenwahl 2014 können türkische Staatsbürger in Deutschland in den Konsulaten ihre Stimmen abgeben. Bei der jüngsten Parlamentswahl am 1. November 2015 wählten 59,7 Prozent der 570.000 türkischen Wähler in Deutschland die türkische Regierungspartei AKP (von rund 1,4 Millionen Wahlberechtigten). Damit war ihr Anteil deutlich höher als in der Türkei selbst, wo die Partei etwas mehr als 49 Prozent der Stimmen holte. Solch ein starkes Ergebnis wie in der Bundesrepublik erzielte die AKP in keinem anderen europäischen Land. Unklar ist, wie viele AKP-Wähler neben dem türkischen auch den deutschen Pass hatten.

Wie ist das mit der Wehrpflicht?

Die Türkei erkennt bei jungen Türken mit einer zweiten Staatsbürgerschaft den in einem anderen Land geleisteten Wehrdienst als Abgeltung der türkischen Wehrpflicht an. Türken mit deutscher Staatsangehörigkeit konnten also bis zur Aussetzung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik mithilfe von Bundeswehr oder Zivildienst der türkischen Armee entkommen. Seit dem Ende der Wehrpflicht in Deutschland sind Deutschtürken mit Doppelpass verpflichtet, Dienst in der türkischen Armee zu leisten - dieser dauert sechs oder zwölf Monate. Türken im Ausland können sich aber gegen Zahlung von 6000 Euro vom Wehrdienst freikaufen. Dadurch hat der türkische Staat in den vergangenen 20 Jahren weit mehr als eine Milliarde Euro eingenommen.

150,42

Doppelte Staatsbürgerschaft: Zurück zur Optionspflicht?

Die CDU will den Kompromiss zum Doppelpass aufkündigen. Für wen würde sich etwas ändern, und wie realistisch ist das? Die wichtigsten Fragen und Antworten

Von **Katharina Schuler** und **Frida Thurm**

8. Dezember 2016, 15:14 UhrQuelle: ZEIT ONLINE, dpa[141 Kommentare](#)



Die CDU hat auf ihrem Parteitag dafür gestimmt, die Optionspflicht wieder einzuführen.© Daniel Bockwoldt/dpa

Welche Regeln gelten derzeit für die doppelte Staatsbürgerschaft?

Seit Ende 2014 dürfen in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder von Nicht-EU-Bürgern neben der deutschen Staatsbürgerschaft auch dauerhaft die ihrer Eltern behalten. Die Voraussetzung: Bis zu ihrem 21. Geburtstag müssen sie mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt haben oder sechs Jahre hier zur Schule gegangen sein. Als Nachweis reicht auch ein deutscher Schulabschluss oder ein Ausbildungszeugnis.

Was will die CDU nun ändern?

Die CDU hat auf ihrem Parteitag mehrheitlich dafür gestimmt, die sogenannte Optionspflicht wieder einzuführen, wie sie vor 2014 bereits gegolten hat. Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren wurden, mussten sich bis dahin spätestens mit 23 Jahren für eine Staatsangehörigkeit entscheiden.

Wie viele Menschen betrifft das?

Im Lagebericht der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung werden 509.387 "Optionskinder" für die Geburtsjahrgänge 1990 bis 2012 angegeben. Sie können nach der derzeit gültigen Regelung beide Pässe behalten. Sofern sie bereits einen von beiden abgegeben hatten, können sie diese Entscheidung seit 2014 auch wieder rückgängig machen. Im Schnitt kämen jährlich etwa 30.000 Menschen dazu, die von der Doppelpass-Regelung profitierten.

Wer darf derzeit außerdem einen Doppelpass haben?

Auch als die Optionspflicht noch galt, gab es bereits viele Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft in Deutschland. EU-Bürger und Schweizer durften und dürfen ihren ursprünglichen Pass schon immer behalten, wenn sie in Deutschland eingebürgert wurden. Außerdem gibt es im Staatsangehörigkeitsgesetz Ausnahmen für Menschen, deren Herkunftsland sie nicht aus der Staatsbürgerschaft entlässt. Dazu gehören etwa Afghanistan, Algerien und Iran. Auch wem durch eine

Aufgabe seiner ursprünglichen Staatsangehörigkeit erhebliche wirtschaftliche Nachteile entstünden, darf diese behalten.

Wie viele Menschen mit Doppelpass es insgesamt derzeit in Deutschland gibt, weiß niemand genau. Die Zahlen schwanken zwischen 1,6 und 4,3 Millionen Menschen.

Wie sind die Erfahrungen mit dem Doppelpass?

Die Befürworter des Doppelpasses sind überzeugt: Dieser fördert die Integration, weil er Menschen nicht zwingt, sich mit der Entscheidung für ihr Heimatland Deutschland gleichzeitig gegen die Heimat ihrer Eltern und ihre kulturellen Wurzeln zu entscheiden. Die Kritiker wiederum behaupten das Gegenteil. Ein Doppelpass schaffe unweigerlich Loyalitätskonflikte, findet zum Beispiel CDU-Vize Jens Spahn, der auf dem CDU-Parteitag für die Wiedereinführung des Optionsmodells warb.

Migrationsforscher Jochen Oltmer betont, es gebe keinerlei Erkenntnisse, die darauf hindeuten, dass der Doppelpass ein Integrationshindernis sei. Wenn jemand sich dafür entscheide, einen zweiten Pass zu behalten, gehe es zudem häufig eher um Rechtsfragen zum Beispiel im Zusammenhang mit Erbschaften als um eine mentale Unentschiedenheit.

Wird die CDU ihre Vorstellungen umsetzen können?

Danach sieht es nicht aus. Schließlich hat die CDU keine absolute Mehrheit im Bundestag. Die SPD lehnte eine Änderung am Mittwoch umgehend ab. Die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft wäre eine Misstrauenserklärung gegen die weit überwiegende Mehrheit der Doppelstaatler, die voll hinter unserem Grundgesetz steht, sagte Bundesjustizminister Heiko Maas. Für ihn ist klar: "Der Doppelpass bleibt."

Selbst wenn die CDU künftig mit Grünen oder FDP regieren würde, würde sich daran nichts ändern. Auch diese Parteien stehen hinter der 2014 beschlossenen Neuregelung. Die einzige Partei, mit der sich der CDU-Parteitagsbeschluss umsetzen ließe, wäre die AfD. Doch Koalitionen mit dieser Partei hat die CDU bisher jedenfalls strikt ausgeschlossen.

Natürlich könnte die CDU dennoch versuchen, sich in Koalitionsverhandlungen für die Rücknahme der doppelten Staatsbürgerschaft einzusetzen. Dass Merkel dafür kämpfen wird, ist aber nicht zu erwarten. Schließlich erklärte die Kanzlerin nach dem Parteitag umgehend, sie halte den Beschluss für falsch.

Warum ist das Thema der CDU so wichtig?

Der Kampf gegen die doppelte Staatsbürgerschaft hat in der CDU Tradition. 1999 gewann Roland Koch mit einer Kampagne gegen den Doppelpass die hessische Landtagswahl. Als 2000 unter Rot-Grün das Staatsangehörigkeitsrecht reformiert wurde, erzwang die Union über den Bundesrat die Optionspflicht. Auch als die große Koalition 2014 deren Abschaffung beschloss, gab es innerhalb der CDU viel Widerstand.

Dabei ging es der CDU nie darum, die doppelte Staatsbürgerschaft für EU-Bürger infrage zu stellen. Die Debatte kommt stattdessen immer dann auf, wenn zum Beispiel in Deutschland lebende Türken öffentlich ihre Solidarität mit Präsident Recep Tayyip Erdoğan demonstrieren oder Islamisten ins Visier von Justiz und Medien geraten, die beide Staatsbürgerschaften haben. Der Streit um den Doppelpass steht insofern in Zusammenhang mit der Debatte über Leitkultur oder die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehört. Für konservative CDU-Mitglieder ist die Abschaffung der Optionspflicht deswegen symptomatisch für die Mitte-Verschiebung der CDU unter Merkel. Es geht also vor allem um ein Symbol.

150,44

CDU

Doppelpass mit Eigentor

Kampagne gegen die Kanzlerin: Teile der CDU möchten Wahlkampf gegen den Doppelpass machen - treffen damit aber nur Angela Merkel. Die Revoluzzer hätten mal bei Roland Koch nachschlagen sollen.

Ein Kommentar von [Sebastian Fischer](#)



Kanzlerin Angela Merkel auf dem CDU-Parteitag

Freitag, 09.12.2016 17:26 Uhr

Kommentar

Politische Forderungen können im Allgemeinen zweierlei Zwecken dienen: Sie mögen darauf zielen, das Gemeinwesen voranzubringen, also das Leben der Leute zu verbessern; oder der Absender wünscht mehr Aufmerksamkeit für die eigene Gruppe. Manchmal kommt sogar beides zusammen.

Die jetzt neu erhobene Forderung der CDU nach [Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft](#) für Kinder ausländischer Eltern dient allein dem zweiten, dem Wahlkampfzweck. Das ist natürlich vollkommen legitim: Wer könnte etwas dagegen haben, wenn eine konservative Partei mit konservativen Vorstellungen für sich wirbt? Niemand.

Wenn man aber diesen Zweck verfolgt, dann ergibt sich daraus zwangsläufig die Frage: Nutzt das der Partei wirklich?

Nun kann das heute insofern noch nicht abschließend beantwortet werden, als ja der Wahlkampf gerade erst beginnt. Und klar ist auch, dass die CDU ein Thema braucht, das emotionalisiert und polarisiert, um gegen die Rechtspopulisten von der AfD ankommen zu können. Ein Thema, das auf die anderen Themen der Partei ausstrahlt, sie ebenfalls auflädt.



Eigentlich genau so, wie es der Partei einst im hessischen Landtagswahlkampf 1999 mit einer Unterschriftenaktion gelang. Roland Koch ließ plakatieren: "Ja zur Integration, Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft." Auch damals ging es vorgeblich um ein besseres Leben - hier: Integration -, aber an den CDU-Ständen fragten viele Leute, wo sie denn bitteschön gegen die Ausländer unterschreiben könnten.

Das war eine ebenso abstoßende wie erfolgreiche Kampagne. Der damalige CDU-Chef Wolfgang Schäuble hatte sie eronnen, den bis dato recht unbekanntem Koch spülte sie ins Amt des Ministerpräsidenten.

An diesem Erfolg mögen sich heute jene wärmen, die erneut gegen den Doppelpass in den Wahlkampf ziehen wollen, darunter Schleswig-Holsteins CDU-Chef Daniel Günther, der hessische JU-Chef Stefan Heck, CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer.

Es gibt aber einen zentralen Unterschied zu damals: Kochs Kampagne war die Kampagne der Parteiführung, und sie ging gegen Rot-Grün. Der (knappe) Anti-Doppelpass-Beschluss des CDU-Parteitags aber geht gegen die eigene Kanzlerin, die an der gegenwärtigen Regelung nichts ändern mag. Merkel wiederum hat diesen Konflikt noch befeuert, indem sie nicht vor den Delegierten, sondern in einem TV-Interview [ihre Ablehnung kundtat](#). Dies wurde als Affront wahrgenommen, und nun werben Merkel-Kritiker erst recht dafür, das Thema in die kommenden Wahlkämpfe zu tragen.

So ist der Doppelpass für die CDU kein Gewinnerthema (mehr): Er spaltet Führung und Teile der Basis, facht den Konflikt zwischen Merkel und CSU wieder an, verschreckt potenzielle Unionswähler mit ausländischen Wurzeln. Und die einzige Partei, mit der sich die Abschaffung durchsetzen ließe, ist: die AfD.

In der Politik nennt man so etwas ein Loser-Thema.

150,46

MEINUNG

INTEGRATION & DOPPELPASS

Worüber in einer Demokratie geredet werden muss

Von Robin Alexander | Stand: 10.12.2016 | Lesedauer: 2 Minuten

Die Parteibasis fordert die Umsetzung des Parteitagsbeschlusses zur doppelten Staatsbürgerschaft. Doch Angela Merkel sträubt sich. Zu allem Überfluss kommt auch noch Kritik aus der Türkei.

Wer Zeitung liest, muss sich in diesen Tagen fürchten: Ein „Rechtsruck“ soll in Deutschlands wichtigster Partei stattgefunden haben, ein „Rückfall“ in die Vormoderne und „schlimmer Populismus“. Was genau ist geschehen?

Ein CDU-Parteitag hat am Mittwoch beschlossen, dass die sogenannte „Optionspflicht“ wieder eingeführt werden soll. Kinder von hier lebenden Ausländern sollen sich als Erwachsene entscheiden, ob sie Deutsche sein möchten oder lieber die Nationalität ihrer Eltern teilen.

Vor zwei Jahren war das noch die geltende Rechtslage, aber der SPD-Chef Sigmar Gabriel kommentierte es trotzdem wie den Kindermord in Bethlehem: Merkel habe ihren innerparteilichen Gegnern die „Kinder ausländischer Eltern zum Opfer fallen lassen“.

Man dürfe nicht eine Million Flüchtlinge einladen und dann „die hier geborenen Kinder“ schlecht behandeln. Der erste Satz ist schlicht falsch: Merkel war zu ihrem Ärger von ihrer Basis überstimmt worden. Der zweite Satz ist perfide: Denn er spielt die Flüchtlinge gegen die Migrantenkinder aus.

Aber die sonst allgegenwärtigen Linienwächter des politisch korrekten Diskurses übersahen das seltsamerweise und stimmten stattdessen das garstige Lied an: CDU wieder rechts, böse!

Eine Debatte, die geführt werden muss

Merkel versuchte gar nicht erst, die Infamie zurückzuweisen, sondern unterwarf sich unmittelbar nach dem Parteitag: Das gerade demokratisch Beschlossene würde nie Regierungspolitik und auch im Wahlkampf keine Rolle spielen, versprach sie kleinlaut.

Auch sie versucht also wie Gabriel, die Debatte im Keim zu ersticken. Dabei muss sie dringend geführt werden. Denn zwar gibt es zahlreiche Erfolgsgeschichten gelungener Integration. Aber zur Wahrheit gehört auch: Ganze Zuwanderergruppen wachsen nicht in unsere Gesellschaft hinein, sondern entwickeln sich im Gegenteil aus ihr heraus.

Zu Zehntausenden demonstrieren Deutschtürken begeistert für den Rückbau der Demokratie im Heimatland ihrer Eltern. Wer sich kritisch gegenüber Erdoğan äußert, wird aus der Community ausgeschlossen und manchmal sogar bei staatlichen Stellen in der Türkei denunziert.

Russlanddeutsche lassen sich von Kreml-Medien aufhetzen und ziehen mit der NPD gegen angeblich vertuschte Flüchtlingskriminalität zu Felde.

Über diese Entwicklungen muss in einer Demokratie geredet werden. Die CDU hat es getan. Man muss die Abschaffung des Doppelpasses deshalb nicht für die richtige Antwort halten.

Aber wer die innerparteiliche Meinungsbildung dämonisiert (wie Gabriel) oder ignoriert (wie Merkel) treibt den politischen Streit langfristig auf die Straße.

Deutschlands Rolle in der EU

Planloser Hegemon

Europa wird die Herausforderungen, die von außen kommen, erst bewältigen, wenn die Euro-Krise überwunden ist. Frankreich und Italien haben eine klare Agenda, Deutschland leider nicht. Ein Gastbeitrag.

13.12.2016, von JOHANNES BECKER UND CLEMENS FUEST



© DPA Dieser Heißluftballon über Nordrhein-Westfalen und die Europapolitik der Bundesregierung haben eines gemeinsam: Beide fliegen nur „auf Sicht“.

Trump und Erdogan, Syrien-Krieg und Flüchtlingskrise – angesichts dieser Herausforderungen ist ein handlungsfähiges und starkes Europa wichtiger denn je. Tatsächlich ist der Kontinent jedoch wirtschaftlich angeschlagen und innerlich zerstritten. Europa fehlt eine Führung, die überzeugende Initiativen zur Lösung der wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen ergreift. Die Kommission kann diese Rolle mangels demokratischer Legitimierung und Mandat nicht ausfüllen, auch wenn es ihr an Ehrgeiz nicht fehlt. Unter den großen Mitgliedstaaten leiden Italien und Frankreich an hoher Arbeitslosigkeit und schwachem Wachstum und beschränken sich auf Forderungen nach mehr Verschuldungsspielräumen und Solidarhaftung. Großbritannien ist auf dem Rückzug. Und Deutschland?

Die deutsche Politik verweigert sich einer Führungsrolle, auch wenn es manchmal gegenteiligen Anschein hat. Sie schwankt zwischen kurzfristigem Krisenmanagement und Verdrängung, beschränkt sich ansonsten auf das Ausbremsen der Initiativen anderer Mitgliedstaaten und wirkt insgesamt orientierungslos.

Ein zentraler Grund für die Schwäche Europas liegt darin, dass die Krise der Europäischen Währungsunion nach wie vor nicht überwunden ist. Zwar ist seit Ausbruch der Euro-Krise vor mehr als sieben Jahren einiges passiert: der Rettungsschirm ESM ist eingerichtet, die Bankenunion auf den Weg gebracht und das europäische Schuldenregelwerk reformiert. Doch das Ziel einer stabilen und krisenfesten Währungsunion wurde verfehlt.

Die Krisenländer erholen sich kaum

Heute stützt die **EZB** mit massiven Aufkäufen die Kurse der Staatsanleihen und bewahrt die Kapitalmärkte so vor einer weiteren Panik. Die Verschuldungsregeln werden von Frankreich und Italien mit gereiztem Hinweis auf wichtigere Themen (Terror, Erdbeben und mehr) ignoriert oder, wie im Sommer geschehen, durch den Beschluss von Nullsanktionen für die Defizitsünder Spanien und Portugal der Lächerlichkeit preisgegeben. Die Staatsschulden wachsen weiter, die Banken sind immer noch unterkapitalisiert und vollgesogen mit faulen Krediten und Anleihen überschuldeter Staaten, die Krisenländer Südeuropas erholen sich kaum.

Europa, das in der Lissabon-Strategie noch vollmundig zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum“ der Welt aufsteigen wollte, riskiert die Grundlagen seines Wohlstands. Dass es ein verlorenes Jahrzehnt für die Länder der Währungsunion wird, steht bereits fest. Diskutiert wird jetzt, ob die Eurozone dauerhaft den Anschluss verliert oder in der nächsten Rezession zerbricht. Wie kann es sein, dass sieben Jahre nach der Krise die großen Probleme nicht nur ungelöst sind, sondern sich fortwährend verschärfen?

Es wird „auf Sicht“ geflogen

Der wichtigste Grund für diese Entwicklung ist ein politisches Vakuum im Kern der Eurozone. Seit Beginn des europäischen Einigungsprozesses wurden europäische Initiativen meist von Deutschland und Frankreich gemeinsam auf den Weg gebracht. Dass beide Länder dabei mit unterschiedlichen Auffassungen starten und sich in schwierigen Verhandlungen einander annähern, ist nicht ungewöhnlich. Bei der Reform und Weiterentwicklung der Eurozone funktioniert dieses Tandem aber schon deshalb nicht, weil Deutschland keine klare Vorstellung darüber zu haben scheint, wie die Eurozone sich langfristig entwickeln soll. Weder **Bundesregierung** noch Opposition machen dazu Aussagen, die auf einen konsistenten Plan schließen lassen, es wird „auf Sicht“ geflogen, und nach dem Gipfel ist vor dem Gipfel. Sobald die Euro-Krise aus den Nachrichten verschwindet, lässt die Regierung das Thema fallen – und Opposition und Medien lassen sie gewähren.

Selbst auf dem Höhepunkt der Krise werden grundlegende Reformen nicht einmal angesprochen. Am 18. Juni 2015, kurz bevor die jüngste Griechenland-Krise kulminiert, erklärt **Angela Merkel** im Bundestag: „Deutschland und Frankreich werden beim Europäischen Rat gemeinsam dafür werben, sich bei der Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion zunächst auf Maßnahmen zu konzentrieren, die im Rahmen der bestehenden Verträge umgesetzt werden können. Dazu gehört insbesondere eine weitere Stärkung der bereits stattfindenden wirtschaftspolitischen Koordinierung im Rahmen des Europäischen Semesters.“

165 Verstöße gegen den Stabilitätspakt

Da ist die Krise schon fast sechs Jahre alt, das ganze Ausmaß des institutionellen Scheiterns hat sich offenbart – und die Regierungschefin des größten Mitgliedstaats beschränkt sich darauf, eine Stärkung des Europäischen Semesters vorzuschlagen. Dabei handelt es sich um einen öffentlich kaum wahrgenommenen und weitgehend wirkungslosen Koordinationsprozess, in dem die **Europäische Kommission** den Mitgliedstaaten nichtbindende Reformvorschläge unterbreitet. Und das alles vor

dem Hintergrund, dass der im Gegensatz dazu bindende Stabilitäts- und Wachstumspakt seit seiner Einführung ganze 165 Mal verletzt wurde.

Ein leichtes Fressen für die Opposition und eine Gelegenheit für den Koalitionspartner zur Profilierung – möchte man meinen. Doch der damalige Oppositionsführer [Gregor Gysi](#) beklagt nur, dass in Griechenland nicht die Reichen besteuert werden, zur Zukunft der Eurozone äußert er sich nicht. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann fällt zur Überwindung der größten Krise des Kontinents seit dem Zweiten Weltkrieg nur das ein, was seine Partei schon lange fordert: einen gemeinsamen Mindestlohn für Europa, eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung und ein EU-Budget, das durch eine Finanztransaktionssteuer finanziert werden soll, dessen Verwendung aber unklar bleibt. Mit der Euro-Krise hat das alles wenig zu tun. Kurz keimt Hoffnung auf, als Grünen-Sprecherin Katrin Göring-Eckhardt fordert: „Europa stärkt man, indem man eine klare Haltung einnimmt, aber nicht mit Deals und nicht mit Muskelspielen.“ Dann folgt aber nur ein Klagelied darüber, wie abschätzig Mitglieder der Mehrheitsfraktion über Griechenland sprechen.

Deutschland verweigert die Arbeit

Natürlich ist eine Bundestagsdebatte kein wissenschaftliches Symposium, doch hier kristallisiert sich die Konzept- und Ideenlosigkeit, die unter den politischen Kräften in Berlin herrscht. Es gibt keinerlei Versuche, eine Strategie zu formulieren. Deutschland, der entscheidende Akteur bei der Führung und Reform der Eurozone, verweigert die Arbeit. Im Zentrum der Eurozone klafft ein Loch, so hat es der britische Journalist David Marsh beschrieben. Das Schwergewicht Deutschland ist nicht nur ein zögerlicher, sondern ein ratloser Hegemon.

Um zu verstehen, warum das so ist, muss man an den Anfang der Währungsunion zurückkehren. [Helmut Kohl](#) und Hans-Dietrich Genscher wollten den Euro, doch erst als Endpunkt einer langen Phase der politischen Integration in Europa. Als die Wiedervereinigung kam, knüpfte Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand seine Zustimmung an die Aufgabe der D-Mark und die Einführung des Euro. Das wollten die Deutschen nicht, zumal die Verhandlungen zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion erst ein Jahr nach der Wiedervereinigung stattfanden. Hier wurde das Kurzfristprinzip der deutschen Europapolitik begründet: Seit den Maastricht-Verhandlungen ging es gegen den Willen der eigenen Bevölkerung.

Das Nichtbeistandsgebot wurde über Bord geworfen

Wer im Stil einer politischen Avantgarde mutig voranschreitet und dabei Politik gegen das eigene Wahlvolk macht, hat kein Interesse an ergebnisoffenen strategischen Debatten – so wenig, wie man seinem Kind, das gegen lautstarken Protest mit zum samstäglichem Großeinkauf gezerrt wird, die Entscheidung über die Einkaufsliste überlässt. Mit impliziten Rücktrittsdrohungen und der ganzen Autorität des Einheitskanzlers boxte Kohl den Euro durch und hinterließ seinem Nachfolger [Gerhard Schröder](#) eine Währung, die dieser als „kränkliche Frühgeburt“ bezeichnete. Weder interessierte Schröder sich sonderlich für den Euro, noch fühlte er sich verantwortlich. Folgerichtig wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der 1997 zur Beruhigung einer zunehmend renitenten deutschen Öffentlichkeit eingeführt worden war, bei seiner ersten Bewährungsprobe 2003 von Deutschland und Frankreich erst ignoriert und dann aufgeweicht und beschädigt.

Als die Euro-Krise im Frühjahr 2010 ausbrach und erst Griechenland und dann andere Staaten in finanzielle Schwierigkeiten gerieten, wurde deutlich, dass die Institutionen der Eurozone eine Schönwetterkonstruktion waren, die einer Krise nicht standhält und kollabiert. Im Mai 2010 lässt

sich die deutsche Regierung regelrecht überrumpeln, als [Nicolas Sarkozy](#) und Silvio Berlusconi im Verbund mit Jean-Claude Trichet ihre Pläne für eine Neuausrichtung der Eurozone präsentieren. Es soll einen Rettungsfonds geben und Eurobonds sowie Transfers vom Norden in den Süden.

Deutschland hat kein eigenes Konzept vorzuweisen und kann somit nur versuchen, das Schlimmste zu verhindern. Das Nichtbeistandsgebot des Maastricht-Vertrags wird über Bord geworfen, faktisch ebenso das Verbot der monetären Staatsfinanzierung. Die deutsche Öffentlichkeit grummelt, die Fraktionen murren – wieder wird gegen Volk und Parlament Politik gemacht.

Im Sommer 2015 hat Deutschland sogar die Mehrheit der anderen Eurostaaten hinter sich, als es einen Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone fordert. Doch Kanzlerin und Bundesfinanzminister liegen über Kreuz, am Ende setzen sich [François Hollande](#) und Matteo Renzi durch: Griechenland bleibt Teil der Währungsunion.

Kein klares „Nein!“ zu Eurobonds

Initiativen kommen derzeit nicht aus Deutschland, sondern eher aus Frankreich und Italien. So soll unter anderem die Eurozone in eine Solidarhaftungs- und Transferunion umgebaut werden, was angesichts der Verschuldung und wirtschaftlichen Schwäche dieser Länder auch in ihrem nationalen Interesse wäre. Die Rolle Deutschlands ist rein reaktiv, Merkel wird als ‚Madame Non‘ kritisiert, und der größte Erfolg Deutschlands scheint zu sein, dass weitere Vergemeinschaftungen in der Form von Eurobonds bislang verhindert wurden. Bislang, denn auch hier formuliert die Regierung keine klare Gegenposition, kein klares „Nein!“, sondern nur ein vages Unwohlsein.

Andere Möglichkeiten als zu verhindern, zu verschleppen und abzuwiegeln bleiben der deutschen Regierung auch gar nicht. Wer in Brüssel seine langfristigen Interessen durchsetzen will, braucht zumindest Fraktion und Partei hinter sich, besser noch eine stabile Mehrheit in der Bevölkerung; der sollte sich die Zeit nehmen, über die aktuellen Krisenherde hinaus zu denken, sollte Think Tanks, Stiftungen und Forschungsinstitute einbinden und Konzepte erstellen lassen. Diese Chance ist nicht nur von der aktuellen politischen Führung in Berlin, sondern auch ihren Vorgängerinnen verspielt worden. Ob bei der Einführung des Euros, in der optimistischen Anfangsphase der Währungsunion oder in der Krise – zu keinem Zeitpunkt gab es eine ergebnisoffene Diskussion, ob die Deutschen den Euro wirklich wollen und wohin es mit ihm gehen soll. Es gab und gibt weder eine Langzeitstrategie noch eine Debatte darüber.

Die deutsche Europolitik ist ein Aneinanderreihen von Kurzfristpolitiken, unterbrochen von langen Pausen, in denen sie einfach gar nicht stattfindet. Die jeweilige Regierung balanciert zwischen den Forderungen seitens der Nachbarstaaten und dem Unwillen in den eigenen Fraktionen und Parteien. Letztere betreffend, wird immer die Staatsräson bemüht: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.“ Diskussion ist unerwünscht, man will – so hat es Merkel einmal formuliert – zum Gelingen beitragen.

Der ausbleibende Protest ist keine Zustimmung

Opposition und Öffentlichkeit stellen sich dem bislang nicht entgegen, auch deshalb nicht, weil Kritik an der Europolitik in Deutschland leicht als europafeindlich gebrandmarkt wird. Doch den ausbleibenden Protest sollte man nicht als zufriedene Zustimmung deuten; die Plan- und Ideenlosigkeit der deutschen Politik untergraben die ohnehin brüchige Akzeptanz des Euros bei

Deutschlands Eliten und selbst bei den Teilen der bürgerlichen Mittelschicht, die traditionell proeuropäisch sind.

Weil sich Deutschland mangels eigener konstruktiver Pläne an das Bestehende klammert, auf den Buchstaben der Verträge pocht und sich damit als Aufseher stilisiert, erzeugt es Widerstand, ohne etwas zu erreichen. Schon jetzt erleben wir die paradoxe Situation, dass sich die Nachbarstaaten über den Zuchtmeister Deutschland beklagen, dessen Vorgaben aber fröhlich ignorieren. Spätestens in der nächsten Krise wird Deutschland einmal mehr ohne eine langfristige Strategie in die Verhandlungen mit den anderen Mitgliedstaaten gehen. Im Gegensatz dazu haben Frankreich und Italien eine klare Agenda: Ausweitung der gemeinschaftlichen Haftung, flankiert von einem Ausbau der wirtschaftspolitischen Koordinierung auf europäischer Ebene. Dies wird unterstützt von der Europäischen Kommission, die sich auf diese Weise zu einer europäischen Wirtschaftsregierung befördern will.

Das Ergebnis von Verhandlungen zwischen einer Seite, die entschieden ihre Pläne verfolgt, und einer Gegenseite, die kein klares Ziel hat, Konflikte scheut und bis zu den nächsten Wahlen Ruhe haben möchte, ist abzusehen. Ein Vertrauter des EZB-Präsidenten Mario Draghi hat das vor einiger Zeit so beschrieben: „Die Euro-Krise ist eine Geschichte von Dingen, die Deutschland niemals akzeptieren wird‘ ... aber letztendlich doch hinnimmt.“ Der ehemalige griechische Finanzminister Giannis Varoufakis hat es etwas drastischer formuliert: „Was immer die Deutschen sagen, am Ende werden sie zahlen.“

Drei Strategien für die Zukunft der Eurozone

Die bevorstehende Bundestagswahl bietet die Chance, die kurzfristorientierte Folge von Hauruckbeschlüssen und Verdrängung zu durchbrechen. Die Parteien könnten jetzt beginnen, konkrete Konzepte zur Reform der Eurozone zu erarbeiten. An Ideen und ausgearbeiteten Vorlagen mangelt es nicht – die Politik müsste sie sich nur zu eigen machen. Im Wahlkampf könnte es eine Debatte um die Zukunft der Eurozone geben, in der sich die Öffentlichkeit eine Meinung bildet.

Drei grundlegende Strategien für die Zukunft der Eurozone stehen zur Wahl. Die erste hat das Ziel einer von Brüssel aus gesteuerten Währungsunion, in der die Mitgliedstaaten gemeinsam für ihre Schulden haften und die nationalen Parlamente ihr Recht, die eigene Verschuldung festzulegen, an eine europäische Institution abtreten. Zu klären wäre, wie Entscheidungen dieser Institution demokratisch legitimiert werden können. Die zweite Strategie ermöglicht es, den Mitgliedstaaten das Verschuldungsrecht und größere Spielräume bei der Gestaltung ihrer Wirtschaftspolitik zu lassen. Solidarhaftung für Staatsschulden muss dann aber ausgeschlossen sein. Ein glaubwürdiges Insolvenzverfahren für Staaten wäre unentbehrlich. Es wäre zu klären, wie man das, ausgehend von der aktuellen Lage, erreichen kann, ohne eine neue Finanzkrise auszulösen.

Die dritte Strategie besteht darin, den Euro abzuschaffen und zu nationalen Währungen zurückzukehren, mit allen Risiken für den europäischen Integrationsprozess, die damit verbunden wären. Bei ernsthafter Diskussion dieser Optionen würden einige bittere Wahrheiten auf den Tisch kommen: über die tatsächliche Höhe der Risiken, die Deutschland bereits in den Büchern stehen hat,

über das Ausmaß der Krise in Europa und über den eingeschränkten Spielraum Deutschlands in Verhandlungen mit den anderen Mitgliedstaaten.

Nach einem solchen Aufklärungs- und Willensbildungsprozess sowie der anschließenden Wahl hätte die neue Regierung das Mandat, in Verhandlungen mit den anderen Mitgliedstaaten Reformen zu fordern, in denen die Interessen und Wünsche der deutschen Bevölkerung berücksichtigt werden. Für die Zukunft Europas ist es wichtig, dass Deutschland sich die Weiterentwicklung der Währungsunion zu eigen macht und mehr dazu beiträgt als die Forderung, an einem gescheiterten institutionellen Rahmen festzuhalten. Nur wenn die Euro-Krise überwunden wird, kann Europa auch nach außen überzeugend auftreten und gemeinsame Interessen wirksam vertreten.

Die Autoren

Johannes Becker ist Direktor am Institut für Finanzwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster, seiner Heimatstadt. Zuvor hat der 1977 geborene Ökonom am Max-Planck-Institut in München und in Oxford geforscht. Öffentlich hat er kürzlich mit einer kritischen Betrachtung des Ehegattensplittings von sich reden gemacht. Sein Forschungsinteresse gilt der Unternehmensbesteuerung und dem Steuerwettbewerb: zwei Themen, die Deutschland auch im Rahmen der G-20-Präsidentschaft beschäftigen werden.

Clemens Fuest ist seit dem Frühjahr Präsident des Ifo-Instituts in München. Auch wenn er öffentlich noch nicht so bekannt ist wie sein Vorgänger Hans-Werner Sinn, gehört der 1968 in Münster geborene Fuest längst zu den einflussreichsten Ökonomen des Landes. Seine Aufgabe als Volkswirt sieht er darin, Forschungserkenntnisse in praktisch verwendbare, verständliche Ratschläge zu übersetzen. Mit Becker hat er ein Buch über die Eurozone geschrieben. Es erscheint im Februar unter dem Titel „Der Odysseus-Komplex“ bei Hanser. hg.

The trial of Geert Wilders

In defence of hate speech

Criminalising offensive language only empowers bigots

Dec 17th 2016



GEERT WILDERS, a Dutch politician, says some horrible, inflammatory things. He has called Islam a “fascist ideology” and referred to Muhammad, Islam’s prophet, as “a devil”. He is no friend of free speech, either: he wants to ban not only the Koran but also preaching in any language other than Dutch. *The Economist* deplores his views; but he should be allowed to express them.

Wild thing, you make my heart sink

Prosecutors in the Netherlands have reached a different conclusion. On December 9th a court found him guilty of insulting and inciting racial discrimination against Dutch Moroccans. At issue was a nasty line from a speech in 2014. “Do you want more or fewer Moroccans?” Mr Wilders asked supporters of his anti-immigrant Party for Freedom (PVV). The crowd replied: “Fewer! Fewer! Fewer! Fewer!” Mr Wilders smiled and said, softly: “We’ll take care of that.” The audience chuckled.

The court decided not to impose a fine, arguing that the conviction itself was punishment enough. Some punishment. Three months before an election, Mr Wilders can pose as a victim of an illiberal law and a politically correct elite who, he claims, are letting Islam undermine Dutch civilisation. Mr Wilders’s image as a martyr is further enhanced by the fact that Islamist radicals have threatened to kill him for his words.

All this makes him stronger. His party leads the polls, with the support of a third of voters. The PVV will probably not win control of the country—mainstream parties will club together to keep it out of office. But using the law to attempt to silence Mr Wilders enhances his malign influence over Dutch politics and makes it more likely that he will one day wield real power.

The Netherlands is far from the only democracy to criminalise “hate speech” that denigrates racial, religious or other groups. Such laws have widespread support, but they are misguided. Free speech is the oxygen of democracy—without it, all other political freedoms are diminished. So the right to free expression should be almost absolute. Bans on child pornography and the leaking of military secrets are reasonable. So, too, are bans on the deliberate incitement of violence. But such prohibitions should be narrowly drawn.

Standing outside a mosque shouting, “Let’s kill the Muslims!” qualifies. Complaining that your country has admitted too many migrants of a particular nationality does not. People should be free to debate immigration policy. Advocates of a liberal approach, such as this newspaper, should try to persuade those who disagree with them, not lock them up.

Proponents of hate-speech laws argue that they foster social harmony by forcing people to be more polite to each other. The opposite is more likely to be true. Criminalising something as subjective as the giving of offence encourages more people to say they are offended, so they can use the law to suppress views they dislike. This enrages those who are silenced; hardly a recipe for social tranquillity.

Such laws also provide an excuse for autocrats to censor their critics. China uses laws against inciting ethnic hatred to trample on Tibetans who demand autonomy. In Saudi Arabia and Pakistan anti-blasphemy laws are used to terrorise minorities and settle private scores. In all these cases censorious governments cite similarly worded Western laws as precedents. Enough. Governments should stop trying to police politeness. It stifles debate and helps bigots like Mr Wilders.

[This article appeared in the Leaders section of the print edition](#)

150,55

Will Democracy Survive Trump's Populism? Latin America May Tell Us

By CARLOS de la TORREDEC. 15, 2016



Monitors showed President Hugo Chávez of Venezuela at the 10th anniversary of his weekly television show, “Alo Presidente,” in 2009. CreditThomas Coex/Agence France-Presse — Getty Images

LEXINGTON, Ky. — Will Donald J. Trump follow the populist script for concentrating power by cracking down on critics? Or are the foundations of American democracy and the institutions of civil society strong enough to resist such an action? For answers, Americans should take a look at Latin America, where, starting in the 1940s, elected populists undermined democracy.

Populism is not an ideology but a strategy to get to power and to govern. Two of Latin America’s most influential populists, Juan Perón of Argentina and [Hugo Chávez](#) of Venezuela, saw politics as a Manichaean confrontation between two antagonistic camps, just as Mr. Trump does. In their view, they did not face political rivals, but enemies who needed to be destroyed.

Populist leaders tend to present themselves as extraordinary characters whose mission is to liberate the people. To get elected they politicize feelings of fear or resentment. Once in government, they attack the liberal constitutional framework of democracy that they view as constraining the will of the people. Populists are profoundly anti-pluralist, and claim that they embody the people as a whole. Chávez boasted, “This is not about Hugo Chávez; this is about a people.” Similarly, Mr. Trump said at a rally in Florida: [“It’s not about me — it’s about all of you. It’s about all of us, together as a country.”](#)

The terms “people” and “elite” are vague. The “people” of Perón and Chávez were the downtrodden, and the nonwhite. Mr. Trump’s “people” are white, mostly Christian citizens who produce wealth and do not live on government handouts. The enemies of Chávez and Perón were corrupt politicians, foreign-oriented economic elites, imperialism and the privately owned news media. In Mr. Trump’s presidential campaign, Mexicans were cast as the anti-American other, and Muslims depicted as potential terrorists whose values are contrary to American Christianity. He painted African-Americans as delinquents or as victims living in conditions of alienation and despair. Mr. Trump’s enemies were also the news media, companies and countries that profit from globalization, and liberal elites that defend political correctness.

Populists make their own rules for the political game, and part of their strategy is to manipulate the news media. Chávez and Rafael Correa, Ecuador’s populist president, blurred the lines between entertainment and news, using their own weekly TV shows to announce major policies, attack the opposition, sing popular songs, and, naturally, fire people. They were always on Twitter confronting enemies, and television programs showcased their outrageous words and actions to increase ratings. Mr. Trump might follow these examples and transform debates on issues of national interest into reality TV shows.

Since Latin America's populists feel threatened by those who question their claim to be the embodiment of their people's aspirations, they go after the press. Perón and Chávez nationalized news outlets that criticized them; [Alberto Fujimori](#) of Peru used tabloids to smear critics; Mr. Correa has used the legal system to impose astronomical fines on journalists and news media owners. *Diario Hoy*, a center-left newspaper in Ecuador at which I was a columnist, was forced out of business for criticizing the government. Like many journalists and intellectuals in Ecuador, I became a target of the president, who insulted me twice on his [national TV show](#).

Like his Latin American populist cousins, Mr. Trump shows contempt for the news media. He has threatened newspapers and journalists with libel suits. While he has softened his attacks on the news media since the election, a confrontation with watchdog journalists seems inevitable.

Latin American populists also attack civil society. Similarly, Mr. Trump has used harsh language against civil rights groups like Black Lives Matter. Some of his close collaborators are talking about reviving the [Committee on Un-American Activities](#). His support of mass deportations, the use of [stop-and-frisk](#) in black and Latino neighborhoods, surveillance of American Muslims, and the rolling back of rights for women and L.G.B.T. people could also lead to confrontations with civil- and human-rights organizations.

Latin American populists do not respect constitutional arrangements like the separation of powers. They attempt to control the judiciary, to take over all watchdog institutions, and to create parties based on the unconditional loyalty to a leader. When leaders come to power amid crises, as when Chávez and Mr. Correa were elected, they can grab power and establish authoritarianism at the expense of democracy. In Argentina, stronger democratic institutions resisted Cristina Fernández de Kirchner's strategy of populist polarization, blocking a change to the Argentine Constitution that would have allowed her to stay in power for another term.

The United States has a tradition of checks and balances to control political power. The Constitution divides power into three branches; elections are spaced; power is split between the states and the federal government; and there are two dominant parties. Under these restraints and until Mr. Trump's election, populism was confined to the fringes of the political system. Mr. Trump's populism under this institutional framework would be no more than a passing phase, and the American democracy and civil society would be strong enough to survive populist challenges without major destabilizing consequences.

But, even if the institutional framework of democracy does not collapse under Mr. Trump, he has already damaged the democratic public sphere. Hate speech and the denigration of minorities are replacing the politics of cultural recognition and tolerance built by the struggles of feminists and anti-racist social movements since the 1960s.

Mr. Trump is a type of political animal unknown to Americans, a far-right populist autocrat. Sexism, racism and xenophobia got him elected. As president, he will have the authority to expel the groups that he campaigned against. Once in power he will continue to attack the news media, liberal and cosmopolitan elites, and any other groups that challenge his policies.

Democracy is not immune to populist autocrats. Populist polarization, attacks on civil rights and the confrontation with the press could lead in the United States, as in Venezuela and Ecuador, to authoritarianism. Chávez and Mr. Correa did not eradicate democracy with a coup d'état. Rather, they slowly strangled democracy by attacking civil liberties, regulating the public sphere and using the legal system to silence critics. Americans who value an inclusive, tolerant and pluralist country need to be on guard against Mr. Trump's following in their footsteps.

150,57

Democracy: Europe is no longer safe

The pillars of Europe's security are damaged beyond repair and Europe's leaders are in denial. Expect very heavy turbulence starting next year.

Von **Jan Zielonka**, Oxford

16. Dezember 2016, 11:00 Uhr



An EU flag in Schengen © Julien Warnand/EPA/dpa

Lesen Sie diesen Text auf Deutsch

The peaceful post-1989 order on the old continent rested on three key pillars: NATO, the EU, and the ruling mosaic of centre-left-and-right parties. NATO provided the hardware, the EU delivered the soft-ware, and the ruling parties offered legitimacy. All these three pillars are now damaged beyond repair.

Donald Trump's victory has buried NATO. Collective defence and deterrence can only work if they are not subject to speculation. Trump has made it clear that he wants to keep his options open. The everything-goes policy is a recipe for anarchy, not security. I am not even talking about Trump's links with Vladimir Putin.

The Brexit referendum has buried the EU. In the next few years the EU will be absorbed by the nasty divorce proceedings, leaving it with no time and energy to project its soft power abroad. This means that the neighbourhood will be ever more unstable, generating refugee flows and hampering trade in commodity and goods. Many people have criticized the EU enlargement policy, but Turkey and Ukraine could well resemble Romania or Poland, had enlargement policy not been put on ice. (Of course, this is not to say that Poland and Romania are champions of stability and good governance).

The spectacular rise of anti-establishment parties has buried the liberal consensus on which Europe's security was so dependent over the past three decades. This consensus envisaged open borders, development aid, multilateral diplomacy, and promotion of human rights and democracy. All these ideals are now being openly questioned by the new kids on the block and the electorate seems not to care any longer.

Trump, Brexit, and the counter-revolutionary insurgence against liberal values are not an accident of history. Liberals from centre-left-and-right parties have time and again betrayed their ideals: they invaded other countries on dubious grounds and even tortured prisoners. No wonder the electorate became cynical and started to back alternative parties and politicians. Brexit resulted from the EU's inability to reform itself and find some ways to empower ordinary citizens and not just bureaucrats and lobbyists. Trump is a child of the US democratic pathologies responsible for rampant inequalities, governmental paralysis, and imperial over-stretch.

Today no one knows how to sort out all the mess and make Europeans feel safe. It is not even clear who is going to do the diplomatic cleaning up operation. Germany has just designated a new foreign minister whose abrasive style in the European Parliament has antagonised most European leaders. Italy has just appointed a new foreign minister with no real party behind him and zero diplomatic experience. The United Kingdom's new foreign secretary is famous for making silly jokes, but not for strategic visions. Poland's foreign minister seems more interested in combatting cyclists, vegetarians, and environmentalists than striking meaningful

international deals. With top diplomats like this Europe is not likely to pass safely through the expected period of turbulence.

The experience of the past few years suggests that most problems will arrive on Mrs Merkel's desk. Given the upcoming German elections, she will not be pleased. But whom can she ask for help? Mrs May, Szydło, or Le Pen? I am not sure that gender solidarity will do the trick.

Security is not necessarily about building an adequate military hard-ware against the perceived enemy. It is more about creating an environment conducive to peace through common rules of engagement, mutual trust, and normative convergence. This is why institutions such as NATO and the EU were crucial in maintaining peace together with the liberal consensus about legitimate and illegitimate behaviour. Without these pillars of European order, a small, unexpected conflict can go out of hand producing mutual insults and suspicion leading to the break-down of communication, conspiracy theories, irrational behaviour, and aggression. Hardly anyone expected that the assassination of Archduke Franz Ferdinand of Austria in Sarajevo in 1914 will lead to a war killing millions of people. We do not know what kind of surprises await us a century later, but as we enter a new period of confusion and turbulence it is important to fasten our seat belts and stop arguing with each other.

JAN ZIELONKA

ist Professor für Europäische Politik in Oxford und Ralf Dahrendorf Fellow am St. Antony's College.

150,59

Syrien-Krieg

"Hauptverantwortung liegt bei den USA"



Für seine Luftangriffe auf Aleppo und die Blockade im UN-Sicherheitsrat wird Russland heftig kritisiert. Nahost-Experte Günter Meyer macht im heute.de-Interview aber vor allem die USA für die Not der Menschen in Syrien verantwortlich. Und Deutschland? "Hat de facto keinen Einfluss auf die Lage."

heute.de: Die Hilfsorganisation World Vision vergleicht Aleppo mit Berlin nach dem Zweiten Weltkrieg. Die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen spricht von einem "kompletten Kollaps der Menschlichkeit" in Aleppo. Und der UN-Generalsekretär gibt zu: "Wir alle haben die Menschen in Syrien bislang kollektiv hängenlassen."

Herr Meyer, was hat die Welt in Syrien falsch gemacht?

PROF. GÜNTER MEYER ...



... leitet das Zentrum für Forschung zur Arabischen Welt an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Er ist auch Präsident der European Association for Middle Eastern Studies. Seit fast vier Jahrzehnten hat Meyer wissenschaftliche Untersuchungen zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung in Syrien durchgeführt.

Günter Meyer: Die Welt hat in Syrien sehr vieles falsch gemacht, aber wir müssen auch sagen, wer was falsch gemacht hat: Und hier liegt die Hauptverantwortung bei den USA. Nach Aussagen des ehemaligen Oberkommandeurs der NATO, General Wesley Clark, begann die US-Regierung bereits unmittelbar nach den Terrorschlägen am 11. September 2001 mit den Planungen des Regimewechsels in sieben Ländern, die von den USA als Gegner angesehen wurden, darunter Irak, Libyen und auch Syrien.

Um dort dieses Ziel zu erreichen, haben die USA seit 2005 die Rahmenbedingungen geschaffen. Dazu gehörte neben zahllosen medialen Propagandaaktionen gegen das Assad-Regime die Finanzierung und Ausbildung einer Armee von Terroristen gemeinsam mit Israel und Saudi-Arabien. Diese Truppen sollten für den Sturz der Regierungen in Damaskus und Teheran eingesetzt werden, wie der renommierte Journalist Seymour Hersh 2007 aufdeckte.

heute.de: 2011 begann der Krieg in Syrien. Welche Fehler wurden da gemacht?

Meyer: Der Westen, also insbesondere die USA, hat die aufständischen Dschihadisten mit Waffen versorgt und teilweise auch ausgebildet. Die materielle und personelle Logistik wurde vor allem von der Türkei abgewickelt, während die finanzielle Unterstützung zum größten Teil aus Saudi-Arabien und Katar kam. Saudi-Arabien hat dabei salafistische Extremisten gefördert, um in Syrien eine radikal-islamistische Regierung zu etablieren. Hier war die Eroberung von Aleppo 2012 für die Dschihadisten ein wichtiger Schritt.

heute.de: Mal abgesehen von den USA. Was muss sich Russland an der Situation in Aleppo vorwerfen lassen?

Meyer: Ohne die militärische Intervention Russlands im September 2015 wäre inzwischen nicht nur Aleppo komplett von den Dschihadisten erobert worden. Auch das Assad-Regime wäre längst zusammengebrochen. Damit hätten die Assad-Gegner unter Führung der USA ihr Ziel des Regimewechsels zwar erreicht. Die Macht hätten jedoch die stärksten militärischen Kräfte an sich gerissen. Und das wären die islamistischen Extremisten, wie die zum Al-Kaida-Netzwerk gehörende Nusra-Front und der von der internationalen Allianz unter US-Führung bekämpfte Islamische Staat (IS). Wem, wie israelische Politiker erklärten, eine solche Terrorherrschaft lieber ist als das Assad-Regime, der kann Putin vorwerfen, dass er dies verhindert hat.

heute.de: Also geht ohne Assad jetzt erstmal nichts mehr?

Meyer: Es gibt niemanden, der gegenwärtig Assads Position und auch das funktionierende staatliche Ordnungssystem in Syrien ersetzen könnte. Es ist davon auszugehen, dass mehr als die Hälfte der syrischen Bevölkerung das Regime unterstützt. Das gilt nicht nur für die religiösen Minderheiten wie Christen, Alawiten und andere schiitische Gruppierungen, die unter der Herrschaft sunnitischer Extremisten keine Überlebenschance in Syrien hätten - die Forderung "Christen nach Beirut, Alawiten ins Grab" wird von den Dschihadisten nach wie vor erhoben. Doch auch ein Großteil der Sunniten, insbesondere aus der städtischen Mittelschicht, steht immer noch auf der Seite von Assad.

heute.de: Was ist mit gemäßigten Rebellen Gruppen?

Meyer: Die USA betonen immer, dass sie gemäßigte Rebellen Gruppen unterstützen. Die spielen aber keine Rolle mehr. Diejenigen, die von den USA ausgebildet und mit Waffen ausgestattet wurden, sind größtenteils zu den radikalen Dschihadisten übergelaufen, weil sie dort wesentlich besser bezahlt werden. Dabei haben die USA 2003 durch die völkerrechtswidrige Invasion im Irak nicht nur die Rahmenbedingungen für die Entstehung des IS geschaffen. Wie Michael Flynn, der ehemalige Leiter des militärischen Geheimdienstes DIA (Defense Intelligence Agency) erklärte, ist auch "die Unterstützung und Expansion des Islamischen Staates auf eine bewusste Entscheidung der amerikanischen Regierung zurückzuführen". Die von dieser Terrororganisation ausgehende Gefahr war 2012 durchaus bekannt, wurde aber ignoriert vor dem übergeordneten Ziel, Machthaber Assad zu stürzen.

heute.de: Wenn man mal an eine gemeinsame Lösung denkt, also ein UN-Mandat. Welche diplomatischen Hebel hätte der Westen in Bewegung setzen können, um Russland zum Einlenken zu bewegen?

Meyer: Alle diplomatischen Initiativen der Vergangenheit sind vor allem daran gescheitert, dass der Westen politisch vor allem auf die syrische Auslandsopposition gesetzt hat, obwohl diese keinen Rückhalt in Syrien hat. Dagegen liefen die Forderungen Assads darauf hinaus, einen innersyrischen Dialog zu führen. Dieses Thema war jetzt wieder Gegenstand der jüngsten Verhandlungen zwischen US-Außenminister Kerry und dem russischen Außenminister Lawrow. Ein solcher innersyrischer Dialog mit der Zielsetzung einer politischen Lösung könnte tatsächlich eine Chance für den Frieden sein - allerdings müssten in diesem Fall wohl größtenteils die Bedingungen akzeptiert werden, die Assad stellt, da er nach den militärischen Erfolgen über die stärkste Position in Syrien verfügt.

heute.de: Welche Fehler hat Europa aus humanitärer Sicht gemacht?

Meyer: Wie unter anderem auch die christlichen Bischöfe in Syrien immer wieder beklagen, war der größte humanitäre Fehler der EU die Verhängung von Sanktionen. Dadurch hat sich die Versorgungssituation der Bevölkerung insgesamt und hier besonders im medizinischen Bereich gravierend verschlechtert.

heute.de: Mit Blick auf die Zukunft - Was muss getan werden, um die Lage in Syrien zu stabilisieren und welche Rolle spielt der Westen dabei?

Meyer: In der aktuellen Situation ist die Macht, die den stärksten Einfluss hat, nämlich die USA, wegen des bevorstehenden Regierungswechsels weitestgehend handlungsunfähig. Trump hat erklärt, die bisherige Politik seiner Vorgänger mit dem Ziel, einen Regimewechsel in Syrien herbeizuführen, nicht fortsetzen zu wollen. Sein Ziel ist es, den Kampf gegen den IS und andere islamistische Terroristen zu verstärken. Dazu ist ihm jeder willkommen, der ihn unterstützt. Es deutet also für Damaskus einiges darauf hin, dass der wichtigste Gegner einen Rückzieher macht und man sogar gemeinsam gegen die Terroristen vorgehen kann. Der Gewinner wäre in diesem Fall Assad. Offen bleibt, ob Trump hält, was er im Wahlkampf versprochen hat.

heute.de: Was können Deutschland und Europa tun, um die Lage in Syrien zu stabilisieren?

Meyer: Europa mit seinen wichtigsten militärischen Akteuren, Großbritannien und Frankreich, spielt nur eine sekundäre Rolle. Die Entscheidungen werden in Washington getroffen. Deutschland übernimmt dabei in Syrien nur Hilfsfunktionen wie etwa im Bereich der Luftaufklärung. De facto hat Deutschland also keinen Einfluss auf die Geschehnisse in Syrien. Abgesehen von wichtigen humanitären Maßnahmen der Bundesrepublik - insbesondere für Flüchtlinge in Deutschland und den Nachbarländern Syriens. Hier sind die jüngsten Ankündigungen der Regierung, die Unterstützung für UN-Hilfsmaßnahmen für Aleppo auszuweiten, nachdrücklich zu begrüßen. Auch ist es sicher kein Fehler, dass in Berlin eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel eingesetzt worden ist, sich um den Wiederaufbau in Syrien zu kümmern. Wann damit begonnen werden kann, ist allerdings noch völlig offen.

heute.de: Zurück zu Assads Verbündeten: Was können Russland und die anderen Verbündeten tun, um die Lage schnell zu verbessern?

Meyer: Da gibt es zwei Wege: Der eine ist die weitere militärische Unterstützung für Assad bis zur Rückeroberung des gesamten Landes. Dabei werden sich nach der Konsolidierung der Lage in Ost-Aleppo die Kämpfe zunächst vor allem auf die verbliebenen Hochburgen der islamistischen Milizen in der Provinz Idlib und im Süden von Damaskus konzentrieren. Der zweite Weg wäre die Aufnahme von innersyrischen Verhandlungen über eine friedliche Lösung. Dass die USA wieder begonnen haben, die "moderaten Rebellen" mit Waffen zu beliefern, ist da wenig hilfreich.

Das Interview führte Robin Riemann.

150,62

METZ

Krippen von Amts wegen unchristlich

In Frankreich dürfen Weihnachtskrippen nicht religiös sein – Lothringen arrangiert sich damit

Von *Hélène Maillason*,

28. November 2016, 02:00 Uhr

Das höchste französische Verwaltungsgericht hat entschieden: Krippen dürfen im öffentlichen Raum nur aufgestellt werden, wenn sie einen künstlerischen oder festlichen Charakter haben, sie dürfen keine religiöse Präferenz ausdrücken. Wie gehen die Kommunen in Lothringen damit um?

Die lothringischen Kommunen haben sich mit dem Gerichtsurteil weitgehend arrangiert. So wird es etwa in Creutzwald in der [Vorweihnachtszeit](#) zwei Krippen geben: eine in der katholischen Kirche und eine in den Räumen einer kirchennahen Jugendorganisation. „Ich persönlich finde, dass Krippen zur Weihnachtsstimmung beitragen, aber im Rathaus hatten wir auch in den vergangenen Jahren keine. Das wird auch dieses Jahr so sein“, sagt Gérard Bender, Abteilungsleiter bei der Gemeinde. Im Creutzwalden Rathaus stehe jedes Jahr lediglich ein Weihnachtsbaum, und man habe deshalb noch nie Probleme gehabt.

In Lothringen sind Krippen, die von der Stadt im öffentlichen Raum aufgestellt werden, eher eine Seltenheit. In Nancy, Bitche, Saint Avold und Forbach sind sie ausschließlich in Kirchen zu finden. Anders sieht es in [Metz](#) aus. Hier stellt die Stadt jedes Jahr eine Krippe vor dem Bahnhof auf. Auch dieses Jahr wird sie ein fester Bestandteil der Weihnachtsdekoration sein. „Die Krippe befindet sich nur vorübergehend im öffentlichen Raum, während der [Vorweihnachtszeit](#). Man findet sie an der selben Stelle wie Tannenbäume und Lichterketten, die auch nur zu dieser Zeit aufgestellt werden. Somit ist die Krippe den anderen weihnachtlichen Dekorationen gleichgestellt, und wir verstoßen nicht gegen die Entscheidung des Staatsrates“, sagt Stadtsprecher Vincent Babin.

Auch Thionville hält an seiner städtischen Weihnachtskrippe fest, die wie jedes Jahr in einer Straße (Cour du Mersch) aufgestellt wird. Da die Krippe draußen und nicht im Rathaus selbst aufgebaut werde, habe diese keinen amtlichen, religiösen, sondern einen kulturellen Charakter, heißt es von Seiten der Stadt.

Der Wissenschaftler François Mabillet betont, dass es einen Unterschied gebe zwischen Krippen, die in Kirchen, und Krippen, die unter freiem Himmel aufgestellt sind. Mabillet forscht bei der nationalen französischen Forschungsorganisation CNRS zum Thema Politik und Religion. „Der religiöse Charakter einer Krippe wird durch ihren Aufstellungsort verliehen. In einer katholischen Kirche steht die Krippe im engen Zusammenhang mit dem Glauben. Auf einem Weihnachtsmarkt ist sie Teil einer volkstümlichen, kulturellen Inszenierung“, sagt Mabillet. Die meisten nicht religiösen Menschen würden die Aufstellung einer Krippe in diesem Kontext als einen Teil des westlichen kulturellen Erbes ansehen. „Diese Art der Darstellung, von der wir wissen, dass sie auch historisch falsch ist, ist zum Beispiel der des Weihnachtsmannes gleichzustellen.“

In Hayange wird es eine Krippe vor dem Rathaus und eine im Gebäude selbst geben. Letztes Jahr war die lothringische Stadt in die Schlagzeilen geraten, nachdem Bürgermeister Florian Engelmann ([Front National](#)) eine Krippe mit ausschließlich weißen Heiligen drei Königen aufgestellt hatte. Kritiker hatten dahinter eine rassistische Absicht vermutet. Engelmann hatte dagegen erklärt, die Krippe sei vom Hersteller so geliefert worden – und zwar nicht auf Wunsch der Stadt.

150,63

Urteil in Frankreich

Strenge Auflagen für Krippen in Rathäusern

In Frankreichs Rathäusern dürfen Krippen künftig nur dann stehen, wenn sie nicht als religiöses Symbol gemeint sind. Andernfalls handele es sich um einen Gesetzesverstoß, befinden die obersten Verwaltungsrichter des Landes.

Mittwoch, 09.11.2016 16:23 Uhr

Französische Rathäuser dürfen Weihnachtskrippen nur unter strikten Bedingungen aufstellen, um nicht gegen die Trennung von Kirche und Staat zu verstoßen. Das entschied der Staatsrat, das oberste Verwaltungsgericht des Landes.

In öffentlichen Gebäuden sei eine Krippe in der Regel nicht zulässig - es sei denn, sie zeichne sich durch einen "kulturellen, künstlerischen oder festlichen Charakter" aus. Sie dürfe aber keine religiöse Präferenz darstellen.

Pflicht zur Neutralität

Ein Gesetz aus dem Jahr 1905 schreibt dem Staat religiöse Neutralität vor: An öffentlichen Gebäuden dürfen daher keine religiösen Symbole angebracht werden.

In den vergangenen Jahren hatte es immer wieder Klagen gegen Krippen in Rathäusern gegeben, etwa von Verbänden, die sich an der religiösen Symbolik störten.

Das Gericht entschied nun, Krippen hätten eine religiöse Aussage, seien aber auch profane Deko-Elemente für die Feiern zum Jahresende. Es müsse stets der Einzelfall betrachtet werden. Dabei könne der genaue Standort der Krippe eine Rolle spielen und die Frage, ob das Aufstellen ein lokaler Brauch sei.

Für andere öffentliche Orte außerhalb von Rathäusern nannte der Staatsrat etwas weniger strenge Kriterien: Dort sei das Aufstellen legal, solange die Krippe kein "Akt des Bekehrungseifers" sei oder eine religiöse Meinung ausdrücke.

150,64

The Economist explains

What is populism?

Dec 19th 2016, 23:00 BY M.S.



DONALD TRUMP, the populist American president-elect, wants to deport undocumented immigrants. Podemos, the populist Spanish party, wants to give immigrants voting rights. Geert Wilders, the populist Dutch politician, wants to eliminate hate-speech laws. Jaroslaw Kaczynski, the populist Polish politician, pushed for a law making it illegal to use the phrase “Polish death camps”. Evo Morales, Bolivia’s populist president, has expanded indigenous farmers’ rights to grow coca. Rodrigo Duterte, the Philippines’ populist president, has ordered his police to execute suspected drug dealers. **Populists may be militarists, pacifists, admirers of Che Guevara or of Ayn Rand; they may be tree-hugging pipeline opponents or drill-baby-drill climate-change denialists. What makes them all “populists”, and does the word actually mean anything?**

Widespread use of the term “populism” dates to the 1890s, when America’s Populist movement pitted rural populations and the Democratic Party against the more urban Republicans. (It was also used to refer to Russia’s 19th-century *narodnichestvo* movement, which largely comprised self-hating intellectuals with a crush on the peasantry.) In the 1950s academics and journalists began applying it more broadly to describe everything from fascist and communist movements in Europe to America’s anti-communist McCarthyites and Argentina’s Peronistas. As **Benjamin Moffitt** explains in his book **“The Global Rise of Populism”**, a conference at the London School of Economics in 1967 agreed that **the term, while useful, was too mushy to be tied down to a single description. Some scholars linked it to frustration over declines in status or welfare, some to nationalist nostalgia. Others saw it as more of a political strategy in which a charismatic leader appeals to the masses while sweeping aside institutions (though not all populist movements have such a leader). Despite its fuzziness, the term’s use has grown.**

In 2004 **Cas Mudde**, a political scientist, offered a definition that has become increasingly influential. In his view **populism is a “thin ideology”, one that merely sets up a framework: that of a pure people versus a corrupt elite. (He contrasts it with pluralism, which accepts the legitimacy of many different groups.) This thin ideology can be attached to all sorts of “thick” ideologies with more moving parts, such as socialism, nationalism, anti-imperialism or racism, in order to explain the world and justify specific agendas.** Poland’s Mr Kaczynski, a religious-nationalist populist, pushes for a Catholic takeover of his country’s institutions from elite secular liberals. The Dutch Mr Wilders, a secular-nationalist populist, demands a crackdown on Islam (in defence of gay rights) and reviles the multicultural elite. Spain’s Podemos, an anarchist-socialist populist party, pushes to seize vacant buildings owned by banks and distribute them to the poor, and attacks “la casta” (the elite caste).

This “thin ideology” definition of populism seems apt in Britain, where Brexiteers denounce experts, refer to themselves as “the people” and boast of having “smashed the elite”. Indeed, Brexit seems to lack a unified “thick ideology”: Brexiteers have different attitudes to trade, race, government spending and almost everything

else. But other scholars feel that the thin-ideology definition fails to capture some dimensions. **Jan-Werner Müller**, a political scientist, thinks **populists are defined by their claim that they alone represent the people, and that all others are illegitimate**. And there are important distinctions within the category, such as that between inclusive and exclusive varieties. Exclusive populism focuses on shutting out stigmatised groups (refugees, Roma), and is more common in Europe. Inclusive populism demands that politics be opened up to stigmatised groups (the poor, minorities), and is more common in Latin America. **Mr Mudde argues that while most writers deplore populism, its upside lies in forcing elites to discuss issues they prefer to ignore. But populism's belief that the people are always right is bad news for two elements of liberal democracy: the rights of minorities and the rule of law.**

150,66

PETIT JÉSUS

Laurent Wauquiez, ravi de sa crèche

Par [Maïté Darnault, Correspondante à Lyon](#) — 18 décembre 2016 à 18:36



Laurent Wauquiez. Photo Thomas Samson. AFP

Le président de la région Auvergne - Rhône-Alpes a décidé d'installer dans le hall du siège du conseil régional une colonie de santons de la Drôme qui a déclenché l'ire de certains.

A Lyon, le président de la région Auvergne - Rhône-Alpes a décidé d'installer dans le hall du siège du conseil régional une colonie de santons de la Drôme, spécialité artisanale du cru. Inaugurée mercredi, cette crèche de Noël a suscité l'ire des élus de l'opposition et le ballet des médias. Radios et télévisions ont repris en boucle la nouvelle petite phrase de Laurent Wauquiez : «*Au nom de quoi va-t-on s'excuser de nos traditions ?*» L'objet de la controverse ayant été désigné comme une «*crèche géante de 14 m²*», on s'attendait presque, en passant les portes vitrées, à tomber sur le Christ rédempteur dominant Rio. Si l'installation occupe effectivement cette superficie, elle est surtout peuplée de graviers (la Drôme est connue pour sa sécheresse) et d'une multitude de personnages miniatures parmi lesquels il faut chercher pour trouver la Nativité.

A n'en pas douter, Wauquiez joue avec le feu en se livrant à une interprétation toute personnelle du devoir de neutralité du service public et de la décision du Conseil d'Etat du 9 novembre. Celui-ci a en effet jugé que «*l'installation temporaire [d'une crèche de Noël] à l'initiative d'une personne publique, dans un emplacement public, est légale si elle présente un caractère culturel, artistique ou festif, mais non si elle exprime la reconnaissance d'un culte ou une préférence religieuse*». Wauquiez invoque notamment le prétexte culturel, que récusent ses adversaires.

La connivence du politique et du culte (catholique) n'est-elle pourtant pas le fondement de la fameuse «*concorde lyonnaise*», à laquelle beaucoup se plient encore, quel que soit le bord ? Peu de Lyonnais se sont émus des vellétés décoratives de leur président de région, connu pour sa bienveillance envers la Manif pour tous. Le 30 novembre, Laurent Wauquiez s'était rendu en pèlerinage au Vatican pour une audience pontificale arrangée par l'archevêque de Lyon, le cardinal Barbarin, au côté du sénateur et maire PS de la ville, Gérard Collomb, aujourd'hui en pleine croisade macroniste. Le même Collomb qui, chaque 8 septembre depuis quinze ans, se livre au rituel du vœu des échevins, une cérémonie à la basilique de Fourvière au cours de laquelle les élus locaux prient l'Eglise de protéger et bénir Lyon... Alors, quel scoop pouvait bien receler l'affaire de la crèche ? Un chiffre : quinze. Le nombre de jours durant lesquels la presse nationale s'est détournée de Wauquiez, redevenu après le sacre de Fillon «*simple*» premier vice-président de LR et non plus chef du parti. Pas si facile de raccrocher l'auréole médiatique. Ce que son prédécesseur au conseil régional, le PS Jean-Jack Queyranne, a bien résumé dans ce tweet : «*A la région, Laurent Wauquiez installe une crèche. Ne doutons pas que le petit Jésus sera vêtu d'une parka rouge.*»

Frankreichs Linke fordern Krippen-Verbot: Unheiliger Streit um die Weihnachtskrippe

Epoch Times 8. November 2016 Aktualisiert: 8. November 2016 14:26



Über die Krippen wird seit einem Jahr in Frankreich gestritten, und das ganz unheilig: Im Oktober 1915 gab das Pariser Verwaltungsgericht einer Gruppe von "Freidenkern" Recht und verbot eine Weihnachtskrippe im Rathaus der Gemeinde Melun südöstlich der Hauptstadt.

Dient eine Weihnachtskrippe der Missionierung Ungläubiger oder ist sie nur ein festliches „Accessoire“? Über diese – aus deutscher Sicht bizarre – Frage entscheidet am Mittwoch das höchste Verwaltungsgericht in Frankreich.

Sollten die Richter einen Verstoß gegen die strengen Regeln zur Trennung von Kirche und Staat sehen, dürften in diesem Advent keine Krippen in Rathäusern oder anderen öffentlichen Gebäuden aufgestellt werden.

Über die Krippen wird seit einem Jahr in Frankreich gestritten, und das ganz unheilig: Im Oktober 2015 gab das Pariser Verwaltungsgericht einer Gruppe von „Freidenkern“ Recht und verbot eine Weihnachtskrippe im Rathaus der Gemeinde Melun südöstlich der Hauptstadt.

Richter im westfranzösischen Nantes erlaubten dagegen eine Krippe in einem Verwaltungsgebäude – mit dem Argument, es handele sich dabei um eine „Tradition im Zusammenhang mit der Vorbereitungen zum Familienfest Weihnachten.“

Das Pariser Gericht sah in der Darstellung von Jesuskind, Weisen, Ochs und Esel dagegen klar ein christliches Zeichen. Es begründete sein Verbot mit dem Laizitäts-Gebot, das seit 1905 gesetzlich festgeschrieben ist. Darunter sind in Frankreich zahlreiche Vorschriften für Gläubige erlassen worden. So etwa ist seit 2004 in Schulen und Hochschulen das deutlich sichtbare Tragen religiöser Kleidung oder Zeichen verboten. Darunter fallen das Kopftuch, die Kippa und große Kreuze gleichermaßen.

Nicht erst seit den islamistischen Terroranschlägen seit 2015 dreht sich die Debatte aber vor allem um die Zurschaustellung islamischer Überzeugungen. In diesem Sommer wurde erregt über den sogenannten „Burkini“ debattiert. Das oberste Verwaltungsgericht piff schließlich Kommunen zurück, die Frauen mit Ganzkörper-Badeanzug nach dem Anschlag von Nizza nicht mehr an den Strand lassen wollten. Ein „Burkini-Verbot“ widerspreche den persönlichen Freiheitsrechten, urteilten die Richter.

Auch ein staatliches „Krippen-Verbot“, wie es bereits von einigen Medien heraufbeschworen wird, droht wahrscheinlich nicht. In einem kürzlich verfassten Gutachten für das oberste Verwaltungsgericht plädiert die Berichterstatterin Aurélie Bretonneau für ein salomonisches Urteil.

Danach sollen Krippen in Rathäusern und anderen öffentlichen Gebäuden nicht „aus Prinzip“ untersagt werden. Allerdings, so schreibt sie, dürfe die Aufstellung der Krippen auch nicht auf „die Anerkennung eines Kultes“ hinauslaufen.

Deshalb schlägt Bretonneau eine Art „Krippen-Test“ für Behörden vor: Mit folgenden Leitfragen: Dient die Krippe der „religiösen Bekehrung“? Oder hat sie vielmehr „kulturellen oder festlichen Charakter“? Und werden die Figuren nur vorübergehend aufgestellt? Die letzten beiden Fragen dürften sich in den meisten Fällen mit „ja“ beantworten lassen.

So viel Toleranz für die christliche Weihnachtsgeschichte bringt vor allem linke Politiker in Frankreich in Wallung. Die Radikale Linkspartei, die mit einem Minister in der Regierung vertreten ist, erklärte: Wenn der Staatsrat als oberstes Verwaltungsgericht im Sinne der Berichterstatterin entscheide, drohe „dieselbe Unsicherheit wie im Fall des Kopftuchs in Schulen“ in den 80er Jahren.

Bretonneau dagegen riet den 17 Richtern, Milde walten zu lassen. „Es ist an Ihnen, den Streit zu befrieden“, schrieb sie in ihrem Schlusswort. Eine fast schon weihnachtliche Botschaft. (afp)

150,69

Muss man Weihnachtskrippen aus öffentlichen Einrichtungen verbannen?



Mo 19/12/2016 - 15:58 U. Neumann

In Flandern, genauer gesagt in Holsbeek bei Löwen, herrscht Streit um Weihnachtskrippen in öffentlichen Einrichtungen. Im Rathaus hatte eine Christkrippe unter dem Tannenbaum gestanden. Doch diese ist infolge einer Klage von nicht-gläubigen Einwohnern entfernt worden. Das löste wiederum zahlreiche Proteste in der Bevölkerung aus. Holsbeek hat jetzt einen Kompromiss gefunden.

Während die einen so gar nicht verstehen wollen, warum der Stall mit den Figuren aus dem Rathaus entfernt werden musste, sind andere der Meinung, dass eine Christkrippe nicht in eine öffentliche, staatliche Einrichtung gehöre.

Letzte Woche hatte die Putzkolonie des Rathauses die Krippe wie in jedem Jahr unter den Christbaum gestellt. Doch plötzlich gingen beim Gemeindesekretär Klagen wegen der Krippe ein. Die Beschwerdeführer seien mehrere Flamen gewesen, die fanden, dass ein Rathaus ein neutraler Ort für alle sein sollte, so der Bürgermeister von Holsbeek, der flämische Christdemokrat Hans Eyssen.

Ein religiöses Symbol habe dort nichts zu suchen, kritisierten die Beschwerdeführer. Aus diesem Grunde habe der Gemeindesekretär entschieden, die Krippe wieder abzubauen.

Die Oppositionspartei N-VA (flämische Regionalisten) ist mit dieser Entscheidung nicht einverstanden. "Eine Krippe gehört zu unserer Kultur und Tradition", so Hilde Heens, N-VA-Fraktionsführerin im Stadtrat. **"Das hat nichts mit der Kirche zu tun. Wir haben doch auch Weihnachten als nationalen Feiertag. Dann müssen wir auch Weihnachten in Frage stellen."**

Die N-VA fordert eine Debatte hierzu am morgigen Dienstag im Stadtrat. Für den Bürgermeister ist die Situation heikel. "Ich befürchte, dass man die Krippe für parteipolitische Hetze missbraucht", so der Bürgermeister. "Ich fürchte, dass man das als Angriff der Ausländer auf die Tradition der Flamen sehen wird, was absolut nicht der Fall ist."

Vorerst hat Holsbeek einen Kompromiss gefunden: Kurz vor Weihnachten wird die Krippe wieder unter den Baum gestellt.

Frankreich stellt Maria und Josef vor Gericht

Oberstes Verwaltungsgericht entscheidet über Weihnachtskrippen in Rathäusern

Saarbrücker Zeitung 3 Nov 2016 Von SZ-Korrespondentin Christine Longin



Eine Krippe im Rathaus wie hier im südfranzösischen Béziers? Darüber entscheidet heute der Staatsrat.

Das oberste Verwaltungsgericht entscheidet morgen, ob in Frankreich Weihnachtskrippen in Rathäusern aufgestellt werden dürfen. Der Streit um die Heiligenfiguren tobt seit Jahren und wird vor allem vom Front National ausgenutzt.

Paris. Die ersten Weihnachtsdekorationen hängen schon, die Adventskalender füllen die Regale der Supermärkte. Die vorzeitig ausgerufenen Vorweihnachtszeit richtet den Blick auch auf Maria, Josef und Jesus. In Frankreich gilt das Interesse allerdings eher den Figuren aus Holz als der Geschichte, die dahinter steht. Darf im Rathaus eine Krippe stehen? lautet die Frage, mit der sich heute der Staatsrat beschäftigt. Das oberste Verwaltungsgericht soll mit seinem Urteil eine Debatte beenden, die seit Jahren andauert.

Die seit 1905 geltende strenge Trennung von Kirche und Staat erlaubt keine religiösen Symbole in öffentlichen Gebäuden. Im Namen der Laizität wurde deshalb 2004 das Kopftuch an Schulen verboten. Sind nun Ochs und Esel dran? Oder gehören sie zum Kulturgut, wie die staatliche Beobachtungsstelle für Laizität meint? Die Laizität müsse eine „befriedende Dimension“ haben, mahnte die Berichterstatterin des Staatsrates, Aurelie Brétonneau, vor zwei Wochen. „Wir glauben nicht, dass das spannungsgeladene Umfeld der Laizität dazu führen muss, die Krippe grundsätzlich zu verurteilen“, erklärte die Juristin. Dass der Staatsrat auf Toleranz setzt, hatte das Gremium im August gezeigt. Da kippten die Richter das Verbot des Burkini, das mehrere Gemeinden für ihre Strände verhängt hatten. Der Staatsrat sah im Bann des Ganzkörperbadeanzugs die „grundlegenden Freiheiten“ verletzt.

„Man kann sich schlecht vorstellen, dass der Staatsrat zwei Monate vor Weihnachten die Krippen in öffentlichen Gebäuden verbietet, nachdem er Ende August de facto den Burkini am Strand erlaubt hatte“, schreibt „Libération“. Zu den Krippen in Rathäusern hatten im vergangenen Jahr zwei Verwaltungsgerichte unterschiedliche Urteile gefällt. In Nantes erlaubten die Richter die Darstellung der heiligen Familie, in Paris dagegen nicht. Brétonneau empfahl, beide Urteile aufzuheben und jeweils von Fall zu Fall zu entscheiden. Wenn die Figuren nur vorübergehend aufgestellt würden und keine „religiöse Bekehrung“ damit verbunden sei, sei dagegen nichts einzuwenden. Die Juristin warnte aber davor, Krippen auch dort einzuführen, wo es vorher keine Tradition gegeben habe. Wer also meint, mit Maria und Josef gegen Muslime agitieren zu können, kommt damit nicht durch. Den Kulturkampf um die Krippe fischt vor allem der rechtspopulistische Front National aus, dessen Bürgermeister 2015 demonstrativ Krippen in ihren Rathäusern aufstellten.

„Widerstand“ lautete das Schlagwort, mit dem sie ihre Aktion verteidigten. Die katholische Kirche sieht den angeblichen Glaubenseifer der Partei misstrauisch. „Eines der grundlegenden Ereignisse des Christentums wird zur Folklore degradiert, die von einigen Politikern ausgenutzt wird“, warnte der Pfarrer Pierre Vivarès.

150,72

Solidarität aus Frankreich

Je suis ein Berliner

Am Tag nach dem Attentat in Berlin bekunden die Franzosen ihre Trauer und Verbundenheit mit Deutschland. Doch das Bild, das aus Berlin über die Bildschirme flimmert, ist immer das gleiche.

20.12.2016, von JÜRIG ALTWEGG, GENÈVE



© DPA Nach dem Anschlag: Mitglieder des französischen Parlaments halten eine Schweigeminute ein und gedenken der Opfer.

Was, wo, wie und wie viele Opfer: Nie ist die Diskrepanz zwischen dem journalistischen Aufwand und der faktischen Information größer als bei Attentaten. Im Umgang mit ihnen haben die französischen Nachrichtensender inzwischen einige Erfahrung. „France Info“, BFM, „i-Télé“, LCI und „France 24“ berichteten am Montagabend sehr schnell live aus Berlin. Auch um Mitternacht waren sie noch auf Sendung.



Autor: Jürg Altwegg, Kulturkorrespondent mit Sitz in Genf. Folgen:

Viel zu zeigen hatten sie nicht. Schwarz war die Gedächtniskirche, schwarz die Nacht, und schwarz wie der Tod war auch der Lastwagen, den er über den Weihnachtsmarkt gebracht hatte. Ob er wohl speziell mit einer Plane umhüllt worden sei, spekuliert kurz ein Experte in der langen Leere, die es in diesen endlosen Stunden zu füllen gilt. Interviews mit Augenzeugen gibt es nicht. **Brutal zeigt sich, wie dünn die französischsprachigen Korrespondenten in der deutschen Hauptstadt gesät sind.** Nathalie Versieux, die für die linke Pariser „Libération“ und die konservative Genfer Zeitung „Le Temps“ schreibt, arbeitet ebenfalls für mehrere Sender. Live ist sie auf „France Info“, dem öffentlich-rechtlichen Nachrichtensender, der erst vor ein paar Wochen auf Sendung ging und den Ton des gleichnamigen Radioprogramms mit bewegten Bildern unterlegt. Ins Studio hat man Hélène Miard Delacroix von der Sorbonne geholt. Es geht um die zurückhaltende Informationspolitik der deutschen Behörden, die Tradition der Weihnachtsmärkte und ihre Symbolik – eine erste Antwort auf die Frage nach der Zielsetzung des Anschlags. Das Bild, das aus Berlin über die französischen Bildschirme flimmert, ist immer das gleiche.

Je suis ein Berliner

Am Dienstagmorgen drucken es die Zeitungen – aus dem gleichen Blickwinkel aufgenommen, verschieden allenfalls im Schnitt – auf ihren Titelseiten. Der „Figaro“, dessen erste gedruckte Ausgabe abends um 22 Uhr kommt, ersetzt seinen Aufmacher über „Das heißeste Jahr in der Geschichte“ der Menschheit im Laufe der Nacht durch Berlin. Mit einem vierspaltigen Bericht des Korrespondenten Nicolas Barotte, der umgehend nach dem Attentat vor Ort ist und von 22 Uhr an über Twitter Fotos vom abgeriegelten Breitscheidplatz schickt. Von einem „zweifach symbolischen“ Drama schreibt Patrick Saint-Paul in seinem Leitartikel. Er unterstreicht die Bedeutung der Weihnachtsmärkte in einem Land, das seine christlichen Wurzeln im Gegensatz zu Frankreich in seinem Grundgesetz festgeschrieben habe. Und kommt auf die Flüchtlingspolitik zu sprechen. Dass „Mutti Merkel“ ihre Trauer durch ihren Sprecher mitteilen ließ, hält er ebenfalls für erwähnenswert.

Als Erster reagiert in Paris Außenminister **Jean-Marc Ayrault**. Ihm folgt die gesamte politische Klasse. Staatspräsident Hollande, Valls, Fillon, der neue Premierminister Cazeneuve. Auf Deutsch twittert Emmanuel Macron, der ebenfalls Präsident werden will: „Volle Solidarität mit Berlin und mit Deutschland. Frankreich wird immer auf eurer Seite stehen.“ Der Hashtag „Ich bin ein Berliner“ tönt wie ein Echo auf „Je suis Charlie“ und zeugt mit seiner Verbreitung von der anhaltenden französischen Anteilnahme.

Nacht herrschte auch noch am frühen Morgen. Das Fernsehen zeigt jetzt das Warten auf das Abschleppen des Lastwagens. Der neue Innenminister ist zum wichtigsten Morgen-Interview zu Gast. Frankreich ist nicht mehr allein Zielscheibe des Terrors in Europa, diese Botschaft wird bewusst gemacht. Eindrücklich fallen die Worte der Anteilnahme des Bürgermeisters von Nizza mit den Berlinern aus. Diskutiert wird über mögliche Panik bei den Weihnachtsmärkten, die inzwischen auch in Frankreich Einzug gehalten haben. Seine Armee ist ins öffentliche Bild zurückgekehrt. Im Laufe des Vormittags werden die innenpolitischen Auswirkungen – in beiden Ländern – thematisiert. Eine Reportage kommt aus Straßburg. Dort kann man zum Weihnachtsmarkt, der vor einem Jahr beinahe abgesagt worden wäre, nur zu Fuß und mit der Straßenbahn gelangen. Das Fernsehen zeigt, wie Pflastersteine auf den Zugangsstraßen herausgerissen werden – aus Angst vor Lkw-Attentaten.

Der gemietete Lastwagen, dessen Fahrer am französischen Nationalfeiertag in Nizza in einer hellen Sommernacht ein Blutbad anrichtete, war weiß. Auch dieser Kontrast zum entführten Laster in Berlin wird einmal angesprochen. Über den Anschlag in Berlin berichten die französischen Medien schnell, aber nicht oberflächlich und hilflos. Sie finden zu einer eindrücklichen, kollektiven Betrachtung, die nicht nur ihrer Länge wegen eine epische wurde: Bei den Attentaten vor Jahresfrist war beim Schauplatz Stade de France in Paris anlässlich des Fußball-Länderspiels Deutschland gegen Frankreich das von den Terroristen geplante Massaker wie durch ein Wunder ausgeblieben. **In der Nacht vom 19. auf den 20. Dezember ist vor der Gedächtniskirche etwas geschehen, das in den Medien und den sozialen Netzwerken eine deutsch-französische Schicksalsgemeinschaft sichtbar werden lässt.**

150,73

KULTUR

GEWALT UND FOLKLORE Erleben wir einen Krieg um das Weihnachtsfest?

Von Thomas Hauschild | Stand: 19:54 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Als Reaktion auf den Anschlag in Berlin haben viele Weihnachtsmärkte ihre Sicherheitsvorkehrungen verschärft. Die Polizei erhöht ihre Präsenz. Steinblöcke versperren die Zufahrten zum Dresdener Striezelmarkt.

Gewalt auf Weihnachtsmärkten hat in Frankreich und Deutschland eine lange Vorgeschichte, und ich meine damit zunächst einmal nicht die dort zu später Stunde üblichen Rempelen zwischen den Freunden des Glühweins. Im Jahre 2003 wurden von einem Gericht in Frankfurt am Main vier in Frankfurt ansässige algerischstämmige Terroristen zu langen Haftstrafen verurteilt. Sie hatten allem Anschein nach im Jahre 2000 geplant, den elsässischen, „deutschen“ Weihnachtsmarkt in Straßburg mit einer Schnellkochtopf-Bombe im Stil der „Bewegung 2. Juni“ anzugreifen.

Bereits damals wurde deutlich, dass Weihnachtsmärkte als stark besuchte, offen zugängliche und in abendliches Dunkel gehüllte Ziele leicht in das Visier terroristischer Aktionen geraten können. Zugleich halten diese Märkte und die mit ihnen verbundenen Kunstformen und Bräuche zunehmend her als Symbole für die christliche und „westliche“ Alltags- und Festkultur in Europa.

„Christen“ vs. „Muslime“

Wenn sich der Verdacht bewahrheiten sollte, dass ein Islamist erst den Fahrer eines polnischen Trucks ermordete, um dann mit dessen Fahrzeug den Weihnachtsmarkt im Zentrum des alten West-Berlin anzugreifen, wird man dies als neue Episode im Konflikt zwischen zwei Gegnern interpretieren können, die heute angeblich in Europa einen kulturellen und militärischen Krieg um die Oberhoheit führen: „Christen“ und „Muslime“. Und gerade diese Zuspitzung des Konflikts könnte das Ende des alten „Neuen Europa“ der Nachkriegszeit bedeuten, denn sie führt zu einer Unterwerfung unter die Lebenslügen einer verunsicherten Generation von „Einheimischen“ und „Zuwandern“, die jetzt schon nur unter geistigen Verbiegungen einer der beiden Seiten zugeordnet werden können.

Als „Christen“ firmiert dabei eine starke Mehrheit von Menschen, die mit der christlichen Heilsbotschaft nicht vertraut sind und schon gar nicht an sie glauben. Auch die christliche Alltags- und Festkultur ist ihnen nur noch vage bekannt, wie man seit 2014 im Advent an den bei Youtube gut dokumentierten Weihnachtsaktionen der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ ablesen kann.

Und nach dem Fest auf die Weihnachtsparty

Und die Muslime? Eine meiner Nachbarinnen im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts war eine junge deutsche Eingeborene aus einer Familie alter Berliner Hausbesitzer, die gerne tief verschleiert ging und immer wieder kläglich daran scheiterte, den türkischen Geschäftsleuten des Klausener Kiez das Ausschanken und Verkaufen von Alkoholika zu verbieten. Andererseits erzählt der Radikalrapper und arabisch-deutsche Dunkelmann Bushido gerne, dass er die Weihnachtsstimmung liebt, so gemütlich und familiär. Aziza A, die deutschtürkische DJ, von der ich nicht weiß, ob sie das Label „Muslimin“ auf sich anwenden lassen würde, hat zur Geschichte der deutschen Weihnachtsbräuche die Hip-Hop-Party am späten Abend nach der Bescherung beigetragen: „Hey, wie lange willst du

sitzen bleiben?“ Meine Mutter hätte sich heulend ins Bett geflüchtet, wenn ich dort hingegangen wäre, heute ist es normal.

Seit etwa 2010 habe ich türkisch-deutsche und arabisch-deutsche Hassprediger im Internet beobachtet, die erfolglos versuchten, Muslimen das Weihnachtsfest zu verbieten, die Anschaffung von Weihnachtsbäumen, die Gastmähler und das Schenken. Als ich 2012 mein Buch „Weihnachtsmann. Die wahre Geschichte“ veröffentlichte, gab es in den deutschen KITAS schon Diskussionen um die Frage, wer Weihnachten mitfeiern soll oder darf. Diese Diskussionen hatten mich aufmerksam gemacht, und ich sagte dem eigentlich lächerlichen und nebensächlichen Thema eine große Zukunft voraus.

Ab jetzt nur noch „Wintermärkte“?

Im Jahre 2013 war auf einmal ein leibhaftiger Landtagsabgeordneter in NRW mit Fragen der Entchristianisierung von Martinsumzügen und winterlichem Schmuck in Schulen und KITAS befasst. Im Jahre 2014 gab es handfeste Skandale um die frei erfundene und trotzdem lawinenartig im Internet verbreitete Lüge, dass „Weihnachtsmärkte“ jetzt in „Wintermärkte“ umbenannt werden müssten oder dass der Dresdener Christstollen von „der EU“ abgeschafft werden würde – all das begleitet von den oben zitierten Weihnachtsgesängen und deutschnational eingefärbten Christbaumständern auf den Pegida-Partys. Am Ende des Jahres 2015 musste Kanzlerin Merkel angesichts der auch festtäglich gefärbten Gerüchte über Flüchtlinge beschwichtigende Formulierungen in ihrer Neujahrsansprache finden, in derselben Nacht kam es zum Skandal von Köln, als sich nicht „der Islam“, sondern hormongeschwängerte Jugendliche und Diebesgesindel in einer höchst eigenwilligen Übung winterlicher Integration entblöbten.

Ebenfalls 2015 mischte sich der italienische Ministerpräsident Renzi unsachlich in den Streit um einen provinziellen Schuldirektor ein, der angeblich die Krippe und das Absingen von Weihnachtsliedern verboten hatte. Die rechtsradikale Prominenz des Landes erschien vor der im Zwielficht stehenden Schule, mit Weihnachtskrippen auf dem Arm, darunter zahlreiche bekennende Anhänger einer faschistisch neuinterpretierten römischen und heidnischen Antike. In den USA gibt es übrigens seit dreißig Jahren den „War on Christmas“, wo unter Fernsehkolumnisten der ersten Reihe und Senatsmitgliedern, Ministern und Präsidenten ernsthaft um kulturneutrale Grußformeln und um die absurde Frage diskutiert wird, welche Hautfarbe der Santa Claus wohl habe.

Der schwarze Weihnachtsmann

Stumm steht ein schwarzhäutiger Mann im Weihnachtsmannkostüm gelegentlich bei Pegida in der ersten Reihe, mit dem Rücken zur Bühne. Er ist ein sprachloses Abbild all der Ambivalenzen, die sich angesammelt haben im Umgang mit einem Fest, das ureigenste, urdeutsche Identität und Innigkeit verheißen soll, während es doch gleichzeitig mit dem europäischen Geschäftskalender um die ganze Welt geistert.

Die europäischen Winterfeste sind zum Politikum geworden – mal wieder, sollte man wohl sagen, denn an den Umzügen, Marktfesten und Rügebräuchen (die Rute!) hängen sehr wohl Erinnerungen an mittelalterliche und frühneuzeitliche Armutsrevolten und Kinderaufstände. Man kann eben nur an einer Weihnachtsfeier teilnehmen, nicht an zwei, und an der Frage, wem man durch den Winter helfen will und wem nicht, scheiden sich die Geister. Und man kann nur einen Weihnachtsmarkt besuchen im selben Moment – und ob Zufall und gestaute terroristische Wut dann genau in diesem Moment einen Laster oder eine Bombe ausgerechnet dorthin lenken werden, steht in den Sternen. Das ist die Welt, in der wir in Zukunft leben werden.

Wichtig scheint mir, dass jetzt möglichst viele Menschen die Nerven behalten. Gute Nerven hat zum Beispiel Aiman Mazyek bewiesen, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland. Als im

Winter 2013 der Krach um den bereits erwähnten Landtagsabgeordneten hochbrandete, der mit Rücksicht auf muslimische Kinder die nordrhein-westfälischen Martinsfeste abschaffen wollte, erklärte Mazyek, das Leben des Heiligen Martin sei für Muslime vorbildlich, weil ihnen der Gedanke des Teilens besonders am Herzen läge. Außerdem habe er als muslimisches Kind in Deutschland auch immer gerne an Martinsumzügen teilgenommen.

Das Weihnachten der Muslime

Mazyeks um den vierten Advent herum veröffentlichtes Buch „Was machen Muslime an Weihnachten?“ gibt zwar keine sehr genaue Antwort auf die im Titel gestellte Frage – verstärkte volkskundliche und ethnologische Forschung wäre hier nötig. Aber Mazyek bezeugt einen modernen Islam, einen wie das moderne evangelische und katholische Christentum, das moderne Judentum und der moderne Buddhismus von kriegerischen Schlacken der Antike befreiten Islam. Doch zur Buchvorstellung in der österreichischen Botschaft in Berlin gab es prompt Krach, als ein Kolumnist auf der Einladungskarte erspäht hatte, dass nicht zu „weihnachtlichen“ sondern zu „winterlichen Köstlichkeiten“ eingeladen wurde.

Langsam und träge bewegt sich das Rankenwerk der Brauchtümer, der Gerüchte, der Sprichwörter und Machtwörter durch die Geschichte, man nannte es früher „Folklore“. Heute scheint nach dem Ableben der alten Volks- und Völkerkunde keine Wissenschaft mehr für die Erforschung dieser machtvollen alten Medien zuständig zu sein. Aber wenn wir jetzt die Nerven behalten wollen, brauchen wir Bildung und Wissen und zivilgesellschaftlichen Mut zum Widerspruch – auch gegen „populäres“ Denken, auch gegen die Ignoranz politischer Eliten, die den Kontakt zu den Festen wie zu den Kleinkriegen an der Basis verloren haben.

Thomas Hauschild ist Professor für Ethnologie. Zuletzt erschien von ihm bei Fischer das Buch „Weihnachtsmann: Die wahre Geschichte“.

150,76

Le Figaro, no. 22508

Le Figaro, mercredi 21 décembre 2016, p. 15

Débats

Gilles Kepel :

« Les élites allemandes se croyaient à l'abri du terrorisme islamiste »

Kepel, Gilles

page 15

LE FIGARO.- Que vous inspire l'attentat de Berlin?

Gilles KEPEL. - Le parallèle avec l'attentat de Nice perpétré le 14 juillet saisit d'emblée. Le mode opératoire est identique : un camion qui frappe la foule. Les symboles choisis sont forts dans les deux cas. S'agissant de l'attentat de Berlin, le marché de Noël qui a été visé revêt naturellement une dimension chrétienne mais présente aussi un caractère festif. Noël représente également, en Europe, une fête de la consommation. Par ailleurs, quel que soit le résultat de l'enquête sur le suspect, la tuerie est appréhendée dans le cadre de la polémique suscitée, en Allemagne, par la politique d'accueil de grande envergure des demandeurs d'asile par Angela Merkel. La possibilité que se glissent parmi eux des djihadistes est avérée, même si ce fait suscite un soupçon sans fondement à l'égard de l'ensemble des réfugiés.

Le regard des décideurs publics sur le terrorisme islamiste a-t-il changé outre-Rhin?

Beaucoup d'élus, de journalistes et d'universitaires allemands estimaient jusqu'alors que la France portait une grande part de responsabilité dans les attentats djihadistes qui l'endeuillaient. Le voisin français était une ancienne puissance coloniale qui avait eu des torts et qui, selon eux, subissait une sorte de ressac. La France, contrairement à l'Allemagne, ne fournissait pas de travail à ses habitants de confession musulmane dans les quartiers défavorisés. Les Français, d'après nos voisins, pratiquaient une laïcité agressive, qu'attestait la loi sur le voile à l'école. Paris, à la différence de Berlin, refusait d'accorder un statut convenable à l'islam. **Bref, pour les élites d'outre-Rhin, la France représentait un contre-modèle.** À les écouter, l'Allemagne, elle, manifestait efforts d'intégration, bienveillance et ouverture, ce qui était porté à son crédit et ôtait toute raison de commettre des attentats sur son sol. Berlin considérait son pays comme immunisé. Londres avant les attentats de 2005, de même que Bruxelles avant les attentats de 2016 partageaient cette illusion. Les Allemands découvrent aujourd'hui qu'ils sont, eux aussi, une cible.

Quelles conséquences pour l'opinion allemande?

Depuis plusieurs mois déjà, une partie de l'électorat des partis traditionnels basculait dans une hostilité à l'accueil des demandeurs d'asile et manifestait même une hostilité à l'islam en général. Ce changement est singulièrement puissant parmi les électeurs de gauche. Plusieurs faits marquants ont provoqué cette évolution. D'une part, les agressions sexuelles à Cologne voilà près d'un an, même si les auteurs semblent avoir été des immigrés illégaux venus d'Afrique du Nord, et non des réfugiés du Moyen-Orient. D'autre part, les deux attentats commis en Bavière, à Wurtzbourg et à Ansbach, par des demandeurs d'asile. L'attentat survenu à Berlin, ville plutôt bobo, ne peut qu'accentuer cette hostilité. L'AfD en tirera parti. De surcroît, l'Allemagne est adepte des gouvernements de coalition, c'est-à-dire d'une cogestion du pays par la CDU et le SPD, en particulier. La différence droite-gauche n'est pas structurante outre-Rhin. Une telle

situation est propice au recodage du champ politique. L'AfD, comme son nom l'indique, se prétend une « *alternative pour l'Allemagne* » .

Les revers territoriaux que connaît l'État islamique au Moyen-Orient ont-ils pour conséquence l'aggravation des attentats en Europe?

L'État islamique recule, certes, mais si vous considérez la situation à Alep, les insurgés défaits par l'armée syrienne, les Russes et le Hezbollah sont surtout des rebelles dits modérés, pour partie soutenus par les Européens et les États du Golfe. L'État islamique, quant à lui, résiste. Ni Mossoul ni Raqqa ne sont tombés. Daech s'est même offert le luxe de reconquérir Palmyre, même si l'on ne peut exclure que les Russes et l'armée syrienne ne se soient volontairement retirés du site pour convaincre les Occidentaux que « entre deux maux, il faut choisir le moindre » . Reste que si l'on considère la situation militaire dans son ensemble, l'État islamique fait plutôt meilleure figure que les autres rebelles. Cela dit, la capacité de Daech à susciter en Europe des attentats, soit ciblés, soit de masse, demeure. Sa force est même décuplée au plan idéologique par les bombardements de la coalition en Syrie. L'action militaire des Occidentaux offre aux djihadistes l'argument, évidemment spécieux, selon lequel les attentats perpétrés en Europe représentaient une sorte de « *légitime défense* » . En outre, l'Allemagne, pour sa part, compte de nombreux ressortissants musulmans d'origine turque. Cette immigration est structurée par les partis politiques turcs, y compris en territoire allemand. Or, la capacité de ces partis à contrôler leurs membres se fissure. On ne peut exclure que, face à l'aggravation de la situation au Proche-Orient, certains se fassent séduire par le djihadisme.

Outre la lutte policière contre le terrorisme islamiste, quel enjeu pour la France dans les mois qui viennent?

L'immense majorité des musulmans qui vit en France est hostile à l'État islamique. Les djihadistes et leurs sympathisants, eux, s'efforcent de les prendre en otage. Ils affirment que notre pays est « *islamophobe* » , à tort, et rêvent d'un développement séparé des populations, d'une sorte d'auto-apartheid infligé. Une mouvance « *islamo-gauchiste* » soutient leurs revendications dans les médias. En face se développent des groupes identitaires d'extrême droite. Un des enjeux cruciaux de la présidentielle de 2017 tiendra dans la capacité du prochain chef de l'État à réduire cette fracture. Notons enfin que la multiplication des attentats, l'assassinat du père Jacques Hamel par un Franco-Algérien de 19 ans incarcéré en raison de son projet de se rendre en Syrie a traumatisé le pays, si laïcisé soit-il. On assiste ainsi à une revigoration de l'identité chrétienne, que manifeste, entre autres indices, la victoire de François Fillon à la primaire de la droite. C'est une sorte de réaction de défense face au djihadisme conquérant.

* *Professeur à Sciences Po. L'auteur vient de publier,*

sur ce même sujet, « La Fracture »

(Gallimard, Hors-série connaissance, novembre 2016, 288 p., 19 eur).

150,78

Aleppo: Das unerfüllte Schutzversprechen

In Aleppo starb auch das Prinzip der "Responsibility to Protect". Sie war immer nur ein Projekt des Westens. Doch der verteidigt es nicht länger.

Von **Matthias Naß** 20. Dezember 2016, 16:22 Uhr



Flucht aus dem winterlichen, vom Krieg zerstörten Aleppo © REUTERS/Abdalrhman Ismail

Es sei "zum Schänden", sagte Angela Merkel vorige Woche auf dem EU-Gipfel in Brüssel über die Tragödie von Aleppo, **und es breche ihr das Herz, "dass wir politisch nicht so handeln konnten, wie wir gerne handeln würden".**

Das war eine Bankrotterklärung der europäischen Politik. Aber es war noch mehr: Die Bundeskanzlerin gestand ein, ohne dies zu sagen, **dass in Aleppo eine große Hoffnung gestorben ist** – die Hoffnung nämlich, die Weltgemeinschaft, oder doch zumindest "der Westen" werde ein weiteres Ruanda, ein weiteres Srebrenica nicht dulden.

War da nicht einmal das heilige Versprechen einer Schutzverantwortung, einer Responsibility to Protect, gegeben auf dem Weltgipfel der Vereinten Nationen im Jahr 2005? Das Abschlussdokument dieses Gipfels sprach von der Pflicht, die Bevölkerung eines Staates vor Genozid, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen, wenn deren eigene Regierung dazu nicht in der Lage oder willens sei.

Die *Responsibility to Protect* war eine erstaunliche Weiterentwicklung des völkerrechtlichen Denkens, setzte sie sich doch über das von der UN-Charta hochgehaltene Prinzip der staatlichen Souveränität und der Unverletzbarkeit der Grenzen hinweg. Auch wenn es letztlich eher um ein **moralisches Konzept** als um eine völkerrechtlich verbindliche Norm ging, war der neue Gedanke revolutionär: **Bei schwersten Verbrechen sollte nicht mehr die Intervention begründungspflichtig sein, sondern der Verzicht auf ein Eingreifen.** Selbst **Papst Benedikt XVI. sprach im Jahr 2008 vor der UN-Vollversammlung von einer "Pflicht zur Intervention"**.

Die Lähmung des Sicherheitsrats schien vorbei

Es waren die neunziger Jahre, in denen sich der Gedanke einer "humanitären Intervention" durchzusetzen begann. Mit dem Ende des Kalten Krieges schien auch die Lähmung des UN-Sicherheitsrates überwunden. Nicht weniger als 279 Mal hatten bis dahin die ständigen Mitglieder des Rats mit ihrem Veto die Weltorganisation zur Untätigkeit verdammt.

Damit sollte es nun vorbei sein. Als sich US-Präsident George H. W. Bush und der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow im September 1990 in Helsinki trafen, sprachen sie von einer "neuen Weltordnung". Das Signal des Gipfels lautete: Wer den Frieden bedroht, bekommt es mit beiden zu tun, mit Washington und Moskau.

Tatsächlich häuften sich in den folgenden Jahren die **Einsätze der Vereinten Nationen.** Aber es mangelte an Truppen, Geld und Ausrüstung. Vor allem aber fehlte es am politischen Willen, sich Kriegsverbrechen mit aller

Entschlossenheit entgegenzustellen. **In Somalia endete die "Operation Hope" im Fiasko**, als ein Mob tote und nackte US-Soldaten durch die Straßen der Hauptstadt Mogadischu schleifte.

In Sarajevo kam es im Februar 1992 zu einem schrecklichen Massaker. Zwei Jahre später wurden in Ruanda 800.000 Angehörige der Tutsi-Minderheit ermordet. "Ruanda war eine unserer dunkelsten Stunden", sagte der damals für die UN-Friedenseinsätze zuständige Kofi Annan in einem ZEIT-Interview.

Nach Srebrenica zweifelten selbst die Grünen an ihrem Pazifismus

Es bedurfte eines weiteren furchtbaren Verbrechens, **des Massakers von Srebrenica im Juli 1995, um selbst jene von der Notwendigkeit eines Eingreifens zu überzeugen, die bisher allen Militäreinsätzen ablehnend gegenüber gestanden hatten.** In Deutschland etwa begannen die Grünen an ihren pazifistischen Grundüberzeugungen zu zweifeln. **Neben das "Nie wieder Krieg!" trat nun das "Nie wieder Auschwitz!"**

Aber dann kamen die Kriege in Afghanistan und im Irak. Beide waren keine "humanitären Interventionen". Westliche Sicherheitsinteressen und amerikanische Machtpolitik wurden mit der Verheißung der Demokratisierung lediglich verklärt. Kaum aus ihrer Lähmung befreit, erstarrten die Vereinten Nationen wieder in den alten Kampflinien.

Die Fronten verhärteten sich mit dem Eingreifen 2011 in Libyen. Zum ersten Mal nahm das Mandat, das die Vereinten Nationen den intervenierenden Mächten USA, Großbritannien und Frankreich erteilten, **Bezug auf das Prinzip der *Responsibility to Protect*.** **Doch dann ging der Westen über das Mandat hinaus und griff Gaddafi direkt an. Russland und China empörten sich: Es sei eben doch nur um den Regimewechsel gegangen.**

Der Westen war angreifbar geworden

Das war zwar pure Heuchelei. **Aber Libyen offenbarte die ganze Ambivalenz der Schutzverantwortung.** Hätte Gaddafi wirklich im Amt bleiben sollen? Hatte sich sein Regime nicht schwerster Verbrechen gegen das eigene Volk schuldig gemacht?

Der Westen hatte sich jedenfalls angreifbar gemacht. Das Prinzip der Schutzverantwortung war beschädigt. Es gehört auch zur Wahrheit, dass der Gedanke der humanitären Intervention und **der *Responsibility to Protect* immer ein westliches Projekt geblieben ist.** Außerhalb Europas, Nordamerikas und Australiens fand er wenig Anhänger. Für Russland, China und die große Mehrheit der UN-Mitglieder bleibt die Nichteinmischung in innerstaatliche Angelegenheiten und die Unverletzlichkeit der Grenzen oberstes völkerrechtliches Prinzip.

Im künftigen US-Präsidenten Donald Trump werden die Gegner jeglicher Einmischung von außen einen Verbündeten haben. Solange er die Chance auf einen "Deal" mit anderen Mächtigen sieht, wird er einen Teufel tun, irgendwo auf der Welt aus humanitären Gründen zu intervenieren.

Die Schutzverantwortung bleibt damit ein unerfülltes Versprechen. Erst wenn sich die Autokratien, die heute weltpolitisch den Ton angeben, im Inneren liberalisieren – und wenn der Westen nicht unter die Nationalisten fällt –, wird **der liberale Internationalismus** und damit auch der Gedanke der humanitären Intervention **eine neue Chance** bekommen.

Für Syrien, für die Menschen in Aleppo ist es dann zu spät. Ob wir uns schämen, ob es uns das Herz zerreißt, das macht für die Opfer keinen Unterschied.

150,80

La France championne européenne des dépenses de protection sociale

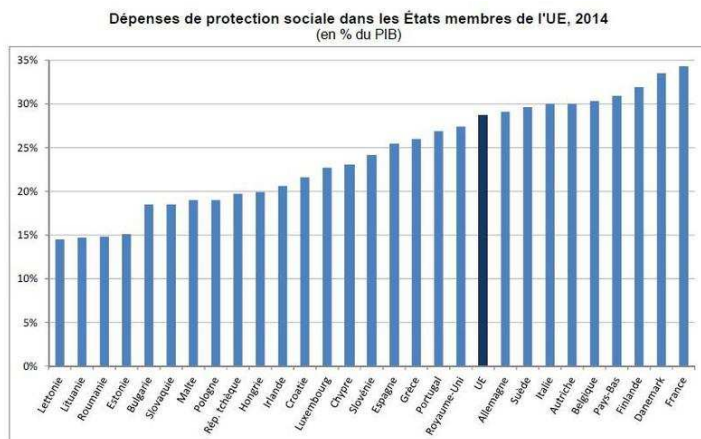
Publié le 21/12/2016 à 18:04

Selon l'office statistique de l'Union européenne, les dépenses de protection sociale de notre pays représentent 34,3% du PIB, soit le ratio le plus élevé de l'Union européenne.

Depuis 2011, les dépenses de protection sociale ont augmenté de 0,4 point dans l'Union européenne (UE), passant de 28,3% du PIB en 2011 à 28,7% en 2014, selon une note d'Eurostat, l'office statistique de l'Union européenne, publiée ce mercredi 21 décembre.

En 2014, les deux principales sources de financement sont «les contributions publiques provenant des impôts (comptant pour 40% des recettes totales), et les cotisations sociales pour 54%», observe Eurostat.

La part de PIB consacré à la protection sociale diffère d'un État membre à l'autre. En 2014, ces dépenses représentaient plus d'un tiers du PIB en France (34,3%), qui détient le record européen! Ce ratio s'élève à 30,3% en Belgique, 30% en Italie, 27,4% au Royaume-Uni ou encore 29,1% en Allemagne. En revanche, les dépenses de protection sociale étaient inférieures à 20% du PIB en Lettonie, en Lituanie, en Roumanie, en Estonie, en Bulgarie et en Slovaquie.



Ces écarts reflètent des différences de niveaux de vie, mais illustrent également la diversité des systèmes nationaux de protection sociale, ainsi que des structures démographiques, économiques, sociales et institutionnelles propres à chaque État membre. Mais ils correspondent aussi à des choix politiques.

Lorsqu'on regarde les dépenses de protection sociale par habitant en 2014 exprimées en standard de pouvoir d'achat - une unité de monétaire artificielle permettant d'acheter le même volume de biens et de services dans tous les pays -, les plus fortes dépenses par habitant sont observées au Luxembourg, au Danemark, aux Pays-Bas et en Autriche aux alentours de 35% à 40% au-dessus de la moyenne de l'UE, suivis de l'Allemagne et encore de la France (à environ 30% au-dessus de la moyenne). La dépense par habitant la plus faible a été relevée en Roumanie, à plus de 70% en-dessous de la moyenne de l'UE.

*Même si l'Islande, la Norvège et la Suisse ne font pas partie de l'UE, ces pays sont intégrés dans les graphiques suivants à titre de comparaison.

La famille lésée en France

Mais regardons de plus près ce qui constitue les principales dépenses de protection sociale dans quasiment tous les Etats membres. Tout d'abord, la vieillesse et la survie (ce qui englobe notamment les pensions de reversion). En moyenne dans l'UE, les pensions de vieillesse et de survie représentaient 45,9% des prestations sociales totales en 2014, soit la part la plus importante des dépenses sociales. Cette part était la plus élevée en Grèce (65%), en Pologne (60,4%), en Italie (58,6%), tandis qu'elle était la plus faible en Irlande (29,8%), au Luxembourg (37,7%), en Allemagne (39,2%) et en Belgique (40,3%). En France, cette part s'élève à 45,4%. Elle représente la plus grande part de dépense de protection sociale en France.

Les prestations de maladie, de soins de santé et d'invalidité comptaient en 2014 pour 36,5% des prestations sociales totales dans l'UE. Mais pour l'Irlande (40,6%), l'Allemagne (42,8%) et la Croatie (45,8%), il s'agit du plus gros poste de dépenses en protection sociale. En France, ce poste atteint 35% des dépenses en protection sociale et au Royaume-Uni, 37,2%.

En moyenne dans l'UE en 2014, les prestations familiales représentaient 8,5% des prestations sociales totales. La part des prestations familiales s'échelonnait de 3,1% aux Pays-Bas à 15,6% au Luxembourg. La France se situe donc en-dessous de la moyenne avec 7,8% tandis que la part consacrée à la famille et à l'enfance en Allemagne (11,3%) et au Royaume-Uni (10,4%) est plus élevée. En revanche, dans les pays du Sud comme l'Italie, l'Espagne ou la Grèce, la part consacrée à la famille est encore plus faible.

Quant aux prestations de chômage, le ratio dans l'UE s'élève à 5,1%. La part des prestations de chômage variait de 1% du total en Roumanie à 13,8% en Irlande. En France, il est de 6,2%, en Allemagne de 3,9% et au Royaume-Uni de 1,7%.

Enfin, la part des prestations liées au logement et à l'exclusion sociale s'étend entre 0,2% en Grèce et 7,7% au Royaume-Uni. Le ratio en France s'élève à 5,5%, en Allemagne à 2,8% et au Royaume-Uni à 7,7%.

150,82

Le traité de Rome, entre anniversaire et requiem

La crise identitaire et politique semble incontrôlable et pourrait, en 2017 – avec les rendez-vous électoraux aux Pays-Bas, en France, en Italie et en Allemagne –, accélérer le délitement de l'ordre européen.

LE MONDE | 21.12.2016 à 06h41 • Mis à jour le 21.12.2016 à 16h24 | Par [Arnaud Leparmentier](#)

Réagir Ajouter

Partager (22) [Twitter](#)

Il est des anniversaires amers. Le 25 mars prochain, l'Europe célébrera les 60 ans du traité de Rome, qui dans son préambule messianique aspirait à établir « *une union sans cesse plus étroite entre les peuples européens* ». Une Europe forte d'une promesse de paix et de prospérité, dont on ose à peine parler, tant elle semble sapée de toutes parts.

L'année 2016 fut marquée par un double séisme, l'élection de Donald Trump succédant à la décision du Brexit. Ces deux révolutions anglo-saxonnes nous rappellent deux catastrophes intervenues dans l'entre-deux-guerres. La première fut politique : il s'agissait du retrait des Américains d'Europe après la première guerre mondiale et la non-ratification du traité de Versailles (1919), qui créait la Société des nations. La seconde fut économique, la dévaluation de la livre en 1931, deux ans après la crise de 1929, qui fit voler en éclats l'ordre économique international et accéléra la montée des nationalismes. L'Europe de nouveau orpheline des Etats-Unis et du Royaume-Uni, voilà qui ne présage rien de bon, surtout lorsqu'on est encerclé de néodictatures (Poutine, Erdogan) et attaqué par l'Etat islamique.

Les comparaisons avec les années 1930 sont souvent irritantes. Mais elles ne doivent pas empêcher d'ouvrir les yeux : depuis la grande crise financière de 2008, le parallèle est tragique. Les deux crises, économiques et politiques, se nourrissent l'une l'autre. La première, déclenchée avec la faillite de la banque d'affaires américaine Lehman Brothers en 2008, a pu être jugulée, parce qu'elle était du ressort des appareils technocratiques et des responsables politiques. Ces derniers avaient le souvenir de 1929 et firent tout pour éviter que l'Histoire tragique ne se répète. Les G20, qui réunirent les plus grandes puissances de la planète, avaient pour mission essentielle, d'éviter de tragiques cavaliers seuls, de sauver le système financier, d'empêcher l'effondrement de l'économie et la montée du protectionnisme, et cela a marché. Bon an mal an, le pire de la crise de l'euro a été maîtrisé.

Délitement de l'ordre européen ?

Mais la seconde crise, identitaire et politique, est beaucoup plus dure à contrôler : c'est la colère des peuples qui monte inexorablement contre les élites, la mondialisation et le multiculturalisme. Elle a conquis à l'automne les Etats-Unis et menace de chambouler l'ordre établi sur le vieux continent, qui sera marqué en 2017 par de quadruples élections : Pays-Bas, France, Italie et Allemagne. L'UE n'en est pas la source première – la preuve par Trump en a été faite aux Etats-Unis, mais l'économie sociale de marché et la démocratie apaisée qu'elle incarne et garantit pourraient être balayées si les populistes arrivaient au pouvoir dans un grand pays d'Europe occidentale.

Nul n'ose prédire quelle force prévaudra en 2017. L'apaisement progressif de la crise économique et le recul du chômage permettront-ils de calmer la défiance des peuples ? A l'inverse, des crises politiques ou des attentats feront-ils rechuter de plus belle l'économie européenne – par les maillons faibles que sont la France et l'Italie –, accélérant le délitement de l'ordre européen ?

Par optimisme, on peut soutenir que 2016 s'achève mieux que 2015. Il y a un an, l'Europe était menacée par deux crises existentielles, celle de l'euro et celle de Schengen. La faillite de la Grèce menaçait au printemps 2015 –dans la foulée de l'arrivée d'Alexis Tsipras à la tête du gouvernement hellène –, de faire sombrer la monnaie unique, tandis que la crise des migrants, à partir de l'automne, était en passe de détruire l'espace de libre circulation de Schengen. Si ces deux crises ne sont pas résolues, elles sont du moins contenues : l'intégrité de la zone euro n'est pas remise en question pour l'instant, tandis que le flux des migrants a été endigué grâce à un accord peu reluisant avec la Turquie, mais qui a le mérite de l'efficacité, tandis que l'Europe est en train de mettre en place son corps de gardes-frontières européens.

Conflits de valeurs

Au fond, l'Europe des techniciens a fini par fonctionner. La tâche était de l'ordre de l'impossible : il s'agissait de réparer en vol un avion en feu. Mais l'UE a su éviter le pire.

On peut même ajouter que la Commission européenne n'a rien à voir avec la description technocratique et froide qui est faite d'elle. Ce qui était valable sous le portugais José Manuel Barroso ne l'est pas sous Le luxembourgeois Jean-Claude Juncker : ce dernier s'efforce de taxer les multinationales, de faire la chasse aux paradis fiscaux et d'avoir une gestion politique – comprendre de gauche – des politiques budgétaires. L'euro et Schengen rescapés, une Commission raisonnable, voilà qui devrait rassurer.

Et, pourtant, rien ne va politiquement, car la volonté de vivre ensemble, l'*affectio societatis* européen, se dissout. Cette crise identitaire est la plus destructrice. On a mille fois brocardé Jean-Luc Mélenchon pestant en 2005 sur l'élargissement aux pays de l'Est : « *T'en connais, toi, des Litvaniens ? J'en ai jamais vu un, moi !* » Au fond, il exprimait une réalité : on ne se fréquente plus dans la grande famille européenne.

Ce rejet du vivre-ensemble ne s'explique pas par un conflit économique, comme on aurait pu le croire lors de l'élargissement de 2004, mais par des conflits de valeurs. En refusant d'accueillir des migrants, les Européens de l'Est ont doublement rejeté ce que l'on croyait fondateur de l'Europe : l'accueil du persécuté – c'est le droit d'asile – et la solidarité avec les alliés européens – en l'occurrence, l'Allemagne, l'Autriche et la Suède débordées par le flux de migrants. Les élections de 2017 diront si les électeurs occidentaux suivent dans cette voie « illibérale » de société fermée. Dans ce cas, les cérémonies du traité de Rome auront des airs de requiem européen.

150,84

DEUTSCHLAND

BUNDESKANZLERIN

Die Neujahrsansprache von Angela Merkel im Wortlaut

Stand: 02:35 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Die Neujahrsansprache von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) steht unter dem Eindruck des Terroranschlags von Berlin.

„Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

2016 war ein Jahr schwerer Prüfungen. Darüber möchte ich heute Abend zu Ihnen sprechen – aber auch darüber, warum ich trotz allem für Deutschland zuversichtlich bin und warum ich so sehr von den Stärken unseres Landes und seiner Menschen überzeugt bin.

Die schwerste Prüfung ist ohne Zweifel der islamistische Terrorismus, der auch uns Deutsche seit vielen Jahren im Visier hat. 2016 griff er uns mitten in unserem Land an: in Würzburg, in Ansbach und vor wenigen Tagen erst am Weihnachtsmarkt hier an der Gedächtniskirche in Berlin.

Und – ja – es ist besonders bitter und widerwärtig, wenn Terroranschläge von Menschen begangen werden, die in unserem Land angeblich Schutz suchen. Die genau deshalb die Hilfsbereitschaft unseres Landes erlebt haben und diese nun mit ihren Taten verhöhnen. Wie sie auch diejenigen verhöhnen, die tatsächlich unseren Schutz brauchen und verdienen.

Was also ist dann mit der Zuversicht, von der ich zu Beginn sprach? Zuversicht inmitten der tiefen Trauer um die Toten und Verletzten?

Ich meine, wir konnten sie hier in Berlin und in vielen anderen deutschen Städten gerade in diesen schweren Tagen spüren: in dem Trost, den wir spenden oder bekommen können.

Und in einer festen Entschlossenheit, der Welt des Hasses der Terroristen unsere Mitmenschlichkeit und unseren Zusammenhalt entgegenzusetzen.

Indem wir unserem Leben und unserer Arbeit nachgehen, sagen wir den Terroristen: Sie sind Mörder voller Hass, aber wie wir leben und leben wollen, das bestimmen nicht Sie. Wir sind frei, mitmenschlich, offen.

Auch indem wir zum Beispiel mit den Bildern des zerbombten Aleppo in Syrien vor Augen noch einmal sagen dürfen, wie wichtig und richtig es war, dass unser Land auch im zurückliegenden Jahr denjenigen, die tatsächlich unseren Schutz brauchen, geholfen hat, hier bei uns Tritt zu fassen und sich zu integrieren.

Das alles – es spiegelt sich wider in unserer Demokratie, in unserem Rechtsstaat, in unseren Werten.

Sie sind der Gegenentwurf zur hasserfüllten Welt des Terrorismus, und sie werden stärker sein als der Terrorismus. Wir gemeinsam sind stärker. Unser Staat ist stärker. Unser Staat tut alles, um seinen Bürgern Sicherheit in Freiheit zu gewährleisten.

Diese Arbeit ist nie beendet, und gerade in diesem Jahr haben wir den Sicherheitsbehörden viel neue Unterstützung gegeben. 2017 werden wir als Bundesregierung dort, wo politische oder gesetzliche Veränderungen nötig sind, schnellstens die notwendigen Maßnahmen in die Wege leiten und umsetzen.

Viele verbinden mit diesem Jahr 2016 auch das Gefühl, die Welt insgesamt sei aus den Fugen geraten oder das, was lange Zeit als Errungenschaft galt, sei jetzt in Frage gestellt. Die Europäische Union zum Beispiel. Oder gleich die parlamentarische Demokratie, die sich angeblich nicht um die Interessen der Bürger kümmere, sondern nur dem Nutzen einiger weniger.

Was für Zerrbilder.

Ja, Europa ist langsam. Es ist mühsam. Es hat tiefe Einschnitte wie den Austritt eines Mitgliedsstaats hinzunehmen. Und – ja – Europa sollte sich auf das konzentrieren, was es wirklich besser kann als der nationale Staat.

Aber nein – wir Deutschen sollten uns niemals vorgaukeln lassen, eine glückliche Zukunft könnte je im nationalen Alleingang liegen.

Wo Europa – wie im globalen Wettbewerb, beim Schutz unserer Außengrenzen oder bei der Migration – als Ganzes herausgefordert wird, muss es auch als Ganzes die Antwort finden – egal wie mühsam und zäh das ist. Und wir Deutschen haben jedes Interesse daran, eine führende Rolle dabei zu spielen.

Ein Zerrbild ist es auch, das manche von unserer parlamentarischen Demokratie zeichnen. Doch sie ist stark. Sie ermöglicht Mitwirkung und Mitsprache. Sie akzeptiert, nein, sie fordert Widerspruch und Kritik. Kritik, die friedlich und im Respekt vor dem einzelnen Menschen daherkommt, die Lösungen und Kompromisse sucht und nicht ganze Gruppen ausgrenzt.

2017 ist auch das Jahr der nächsten Bundestagswahl. Ich werde mich für eine politische Auseinandersetzung einsetzen, bei der wir über vieles leidenschaftlich streiten werden, aber stets wie Demokraten, die nie vergessen, dass es eine Ehre ist, unserer Demokratie und damit den Menschen zu dienen.

Zu dem, was mir Mut für unser Deutschland macht, gehört auch unsere soziale Marktwirtschaft. Sie lässt uns Krisen und Veränderungsprozesse besser meistern als jedes andere Wirtschaftssystem auf der Welt.

Noch nie hatten so viele Menschen Arbeit wie heute. Unsere Unternehmen stehen überwiegend gut da. Unser wirtschaftlicher Erfolg gibt uns die Möglichkeiten, unser Sozialsystem zu stärken und all denen zu helfen, die Hilfe brauchen. Ab morgen treten zum Beispiel wichtige Verbesserungen in der Pflege in Kraft.

Mut machen mir auch der Enthusiasmus und Erfindungsgeist, mit dem in deutschen Unternehmen und an unseren Hochschulen für die Zukunft geforscht und entwickelt wird. Ob neue Energien oder die Digitalisierung – wir haben auf allen Gebieten die Chance, nicht Getriebene zu sein, sondern zu denen zu gehören, die die neuen Wege entdecken und bestimmen.

Dafür braucht es einen offenen Blick auf die Welt und Selbstvertrauen – in uns und unser Land.

Zusammenhalt, Offenheit, unsere Demokratie und eine starke Wirtschaft, die dem Wohl aller dient: Das ist es, was mich für unsere Zukunft hier in Deutschland auch am Ende eines schweren Jahres zuversichtlich sein lässt.

Keiner dieser Werte ist uns einfach so gegeben. Für jeden werden wir auch 2017 arbeiten müssen, alle gemeinsam, jeder nach seinen Möglichkeiten – und diese Arbeit wird sich lohnen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien von Herzen ein frohes neues Jahr, Glück, Gesundheit und Gottes Segen.“

150,86

„Fake News“

Das Jahr der falschen Nachrichten

Nicht nur das Internet gebiert „Fake News“: Sie kamen 2016 auch durch Pressemitteilungen der Polizei, Tageszeitungen und das Fernsehen in die Welt. Alles begann am 1. Januar.

31.12.2016, von MICHAEL HANFELD

Das Jahr begann mit einer Falschnachricht. Sie stammte von der Kölner [Polizei](#) und erschien am Morgen des 1. Januar. Von einer weitgehend entspannten Lage in der Silvesternacht war darin die Rede, die Beamten hätten alles im Griff gehabt. Nichts davon stimmte. Es war die Unwahrheit. „Fake News“ würde man mit dem Modewort des Jahres sagen. Die „Fake News“ setzte sich fort. Fortgeschrieben wurde sie von zwei Autorinnen im „Tagesspiegel“, die, als die Nachrichten über die massenhaften sexuellen Übergriffe auf Frauen, begangen von einer großen Gruppe zumeist aus nordafrikanischen Ländern stammenden Männern, die Runde machte, mutmaßten, das sei übertrieben und werde instrumentalisiert, um Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen. Den Gipfel der Umdeutung erklimmte der Publizist Jakob Augstein, der schrieb, die Opfer - die jungen Frauen also - seien den mutmaßlichen Tätern vor und nach der Tat sozial überlegen gewesen. Eine solche Verharmlosung von Verbrechen dürfte einzigartig sein.



Autor: Michael Hanfeld, verantwortlicher Redakteur für Feuilleton Online und „Medien“.

In ihr drückt sich eine Tendenz aus, welche Teile der Medien, insbesondere den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, prägt: ein formiertes Wunschdenken, das den nüchternen Blick auf die Dinge verstellt, kritisches Nachfragen unterdrückt und seit Angela Merkels Entscheidung, die Grenzen zu öffnen, im Sinne der Bundesregierung oder eine erweiterten Koalition aus CDU, SPD, Grünen und dann und wann auch der Linkspartei funktioniert.

Das macht sich besonders bemerkbar, wenn es nicht so läuft, wie es dem Wunschdenken entspricht. Nach dem Massenmord im Münchner Olympia-Einkaufszentrum etwa, bei dem ein Achtzehnjähriger neun junge Menschen erschoss; oder nach dem Sexualmord an einer jungen Studentin in Freiburg, dessen mutmaßlicher Täter aus Afghanistan stammt, in Griechenland für eine lebensgefährdende Straftat verurteilt wurde, unter obskuren Bedingungen frei- und dann in Deutschland ankam.

Gravierende Fehler bei der Zuwanderung

Erst recht schwierig wurde es für die Wunschdenker nach dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt. Noch am Tag nach dem Attentat, das zwölf Tote und fünfzig Verletzte forderte, waren sich bei [ARD](#) und ZDF in Nachrichten und Talkshows Politiker von CDU und Grünen und Moderatorinnen einig, dass es falsch sei, über etwaige Konsequenzen für die Sicherheits- und die Flüchtlingspolitik zu reden. Das sei doch geradezu absurd, wo man doch gar nicht wisse, wer der Täter sei, sagte der CDU-Politiker Armin Laschet. Wenige Stunden später war klar, dass der mutmaßliche Täter dem Profil eines islamistischen Terroristen entsprach, das zeigt, welche gravierenden Fehler bei der Zuwanderung gemacht werden.

Beim Hessischen Rundfunk ist in diesem Zusammenhang nur noch unisono von „Schutzsuchenden“ die Rede. Was schwierig wird, sobald es um etwas anderes als „Schutzsuche“ geht, also zum Beispiel um die sieben jungen Männer aus Syrien und Libyen, die in Berlin einen Obdachlosen angezündet haben. Man erkennt die Absicht dahinter: Es geht um Herrschaft durch eine Sprachgebung, die der Realität einen bestimmten Anstrich verleiht. Wer das hinterfragt, bekommt in der öffentlichen Debatte schnell den Stempel „rechts“, „fremdenfeindlich“ oder „AfD“ aufgedrückt. Welche Gefahr das in sich birgt, welchen

Tort man damit allen freiheits- und friedliebenden, heutzutage abschätzig „Biodutschen“ genannten, und eingewanderten Deutschen gleich welcher Herkunft, Hautfarbe oder Glaubensrichtung antut, sollte eigentlich jedem klar sein.

Hilft ein Wahrheitsministerium?

Zum Jahresende haben ARD und ZDF nicht nur ihre Quoten mitgeteilt, sondern auffällig betont, welch hohes Ansehen sie in puncto Glaubwürdigkeit angeblich genießen. Das Ergebnis: Bei der für das ZDF erstellten Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen liegt das ZDF auf dem Glaubwürdigkeitsindex vorne, bei der ARD ist es die ARD. Wem sollen wir glauben? Verbreitet da jemand „Fake News“? **Hilft uns das von der Bundesregierung geplante Wahrheitsministerium („Abwehrzentrale gegen Desinformation“) weiter?** Oder könnte es sein, dass all dies mit einer Einstellung zu tun hat, wie sie eine Frage ausdrückt, welche die „Wirtschaftswoche“-Chefredakteurin Miriam Meckel und ihr Kollege Gregor Peter Schmitz kürzlich dem Altbundeskanzler Gerhard Schröder gestellt haben?

„Aber alle“ heißt es da, „zittern vor den Populisten, wie gerade bei der Bundespräsidentenwahl in Österreich oder dem Verfassungsreferendum in Italien. **Müssen wir wieder Angst vor dem Bürger haben?“** Was für eine Frage! Wer ist „wir“? Wer ist „der Bürger“? Was ist das für ein Denken? Wir gegen die? **Wer die Konstellation so einrichtet, hat den Boden für Populisten aller Couleur bereitet.** Gerhard Schröder hat übrigens keine Angst vor „dem Bürger“. „Wir Demokraten müssen aber schon kämpfen“, sagt er. Das ist das Motto für 2017.

Quelle: F.A.Z.

Et voilà pourquoi l'allemand met le verbe à la fin

C'est dans la syntaxe que se joue le choc, jubilatoire, des univers mentaux. La démonstration de Heinz Wismann, philosophe allemand à Paris, auteur de «Penser entre les langues». Dans un français parfait

Le Temps: Dans votre livre* «Penser entre les langues», vous écrivez, à propos du «Hochdeutsch»: «Cette langue qui, pour être parlée, suppose que les locuteurs soient libérés de la contingence des affects.» C'est exactement l'argument avancé par les Alémaniques pour défendre leur emploi du dialecte. Les Allemands parlent-ils donc aussi le dialecte en famille?

Heinz Wismann: Par Hochdeutsch, on désigne la langue allemande codifiée, imposant le respect strict de ses règles syntaxiques. Et j'observe qu'à partir du moment où, entre deux locuteurs, l'affect s'en mêle, où la tonalité de l'échange devient plus familière, la syntaxe est malmenée. Mais cela ne veut pas dire que tous les Allemands parlent en famille un dialecte comme en Suisse. De fait, la plupart du temps, ils parlent une langue intermédiaire, volontiers teintée d'inflexions dialectales mais, surtout, syntaxiquement en rupture avec le carcan du pur Hochdeutsch, qui est terriblement contraignant.

– Pourquoi l'est-il?

– Le français place le déterminant après le déterminé: «Une tasse à café». En allemand, c'est l'inverse: Eine Kaffeetasse. Si vous appliquez ce principe à la structure de la phrase, vous obtenez une accumulation d'éléments chargés de déterminer quelque chose qui n'est formulé que plus tard. De la part du locuteur, cela demande une discipline de fer. C'est pourquoi les présentateurs des informations télévisées lisent en général leur texte: il est malaisé d'improviser correctement en Hochdeutsch. Par ailleurs, cette structure syntaxique limite la spontanéité de l'échange car elle oblige l'interlocuteur à attendre la fin de la phrase pour savoir de quoi il est question. D'où les remarques critiques de Madame de Staël sur l'impossibilité d'avoir une conversation en allemand...

– ... parce qu'on ne peut pas interrompre un Allemand qui parle. Est-ce cela, le propre de la conversation: interrompre son vis-à-vis?

– Aux oreilles d'un Allemand, les Français sont des gens qui parlent tous en même temps. Mais s'ils peuvent se permettre de s'interrompre, c'est parce qu'ils évoluent dans une structure syntaxique où l'essentiel est posé d'emblée et l'accessoire suit. Ainsi, le «gazouillis» des salons français vanté par Madame de Staël consiste à emboîter le pas à celui qui parle comme on relance un ballon, à faire circuler la parole dans un esprit de connivence.

– Mais d'où vient la rigidité de l'allemand? Est-ce du fait que, contrairement à la plupart des idiomes européens devenus langues nationales, le «Hochdeutsch» n'était pas, à l'origine, une langue parlée?

– L'histoire du Hochdeutsch est compliquée. Elle puise son origine dans la traduction des Evangiles par Luther. On a bien affaire à la grammaticalisation d'un dialecte, mais à l'aide du grec ancien. On peut dire, pour faire court, qu'avant d'être adopté comme langue nationale, le Hochdeutsch a été une langue littéraire, puis administrative, mais pas vraiment parlée.

– Chaque langue, écrivez-vous, véhicule un rapport particulier au réel. Et l'instrument privilégié de ce «vouloir dire», c'est la syntaxe. Que «veut dire» cette bizarrerie allemande qui consiste à placer le verbe à la fin de la phrase?

– Elle dit que le verbe est essentiel. Elle indique que l'action verbale, élément ultime de la chaîne des déterminations successives, porte l'ensemble de l'énoncé. Par contraste, la phrase latine est conçue à partir du sujet, sur lequel s'appuie le reste de l'énoncé. Il y a un rapport d'équivalence avec l'attribut, qui s'accorde en genre et en nombre: «La femme est grande.» Entre les deux, l'«auxiliaire» joue un rôle subalterne de copule. En allemand, le verbe est beaucoup plus puissant. On dit «La femme est grand», ce qui suppose quelque chose comme un verbe «grand être» où ce qui en français est attribut revêt une fonction adverbiale. On retrouve cette différence fondamentale dans la notion même de «réalité»: la «res» latine est une entité nettement circonscrite, distincte, à la limite immobile. La Wirklichkeit provient du verbe wirken, agir. Elle correspond à une réalité essentiellement dynamique. Certes, on peut aussi dire Realität en allemand, mais seulement pour constater un état de fait, le plus souvent assorti d'une nuance de regret: les rides qui se creusent sur mon front sont une Realität, pas une Wirklichkeit. On a affaire à deux univers mentaux, qui mettent l'accent l'un sur le mouvement, l'autre sur la localisation.

– Mais la langue ne crée pas ex nihilo notre rapport au réel: d'où vient cette différence?

– Schématiquement, on peut dire que le principe de spatialisation est central dans les régions où le soleil est mâle et la vue dégagée. C'est le cas des pays latins. En Allemagne, au nord en général, la brume voile la perception visuelle. Dans la forêt profonde surtout, c'est l'ouïe qui domine. L'oreille guette les bruits, qui évoluent d'un instant à l'autre.

– Toutes les langues du nord ne mettent pas le verbe à la fin...

– Disons que l'allemand est la langue qui a poussé à l'extrême son propre principe de cohérence. Prenez l'horizon métaphorique du mot «appartenance»: en français, il évoque un appartement. En allemand Zugehörigkeit contient le verbe hören, entendre: on appartient à un groupe si l'on est capable d'entendre son appel. Le rapport au réel passe par l'ouïe. C'est pourquoi la musique constitue l'une des contributions principales des germanophones à la culture universelle. Avec la philosophie spéculative, qui est son corollaire. La «logique» hégélienne peut en effet être lue comme l'équivalent d'une phrase allemande ininterrompue alignant tous les éléments possibles du verbe «être». On retrouve le même souci d'exhaustivité dans le traitement du thème musical (Durchführung) de la sonate classique.

– Les Allemands seraient plus portés sur l'action que les Français?

– Ils ont vraiment, je crois, une plus grande capacité à se projeter vers l'ailleurs. On le voit sur la scène économique mondiale, où ils sont très présents. Pourquoi les industriels français sont-ils si faibles à l'exportation? Ils sont trop bien dans l'«Hexagone», cet espace parfait!

– Vous dites également du français que c’est une langue «allusive» et «compactée». En cela, elle est donc sœur jumelle de l’anglais, qui devrait pourtant être plus proche de l’allemand...

– L’anglais a en commun avec le français d’avoir été façonné par l’usage de cour. D’où son caractère idiomatique: lorsqu’on demande pourquoi, en anglais, telle chose se dit de telle manière, on vous répond «parce que c’est comme ça». Il n’y a pas de règle, il faut maîtriser la convention, laquelle change selon le milieu où se reflète la hiérarchie sociale. Le français, à un degré moindre, a ce même caractère idiomatique, l’allemand pas du tout: socialement, c’est une langue nettement plus égalitaire.

– Mais pourquoi dites-vous que le français est «compacté»?

– Le propre du courtisan, c’est de parler des choses «à bon entendeur». La grande prouesse de La Princesse de Clèves consiste à évoquer une passion amoureuse sans jamais la désigner explicitement. La conséquence de cette culture du demi-mot est que, de Montaigne à Madame de La Fayette, des dizaines de milliers de vocables ont été abandonnés. Racine écrit ses tragédies avec mille cinq cents mots. «Ardeur» lui sert à désigner une foule de choses différentes, de l’amour à la haine en passant par le courage au combat. C’est ce qui fait dire à certains que le français est la langue européenne la plus proche du chinois.

– Quand on colle aux choses, on ne voit rien, seule la distance rend lucide, écrivez-vous: être bilingue, ça rend intelligent?

– Chaque langue portant en elle un reflet du réel, quand je décolle de la mienne pour aller vers une autre, j’enrichis ma capacité à percevoir de la réalité. Je me donne une chance de développer une intelligence réflexive, c’est-à-dire d’aller voir ailleurs et de revenir enrichi de ce que j’ai compris en m’écartant de moi. J’oppose cette attitude au syndrome identitaire, qui est la forme la plus stupide de l’affirmation de soi: on est fier de n’être que ce que l’on est. C’est très appauvrissant.

– Mais rassurant, car pour prendre de la distance, il ne faut pas avoir peur de tomber...

– Bien sûr que c’est rassurant, et les populismes de toutes espèces exploitent aujourd’hui honteusement cette tendance naturelle à vouloir rester entre soi. S’écarter est toujours «une petite douleur», comme dit Hegel dans ses récits pédagogiques. Mais il insiste sur les gratifications bien plus grandes, à la fois intellectuelles et affectives, que procure l’expérience du retour. Il recommande donc de fonder l’enseignement sur l’approfondissement de cette expérience, pour laquelle les langues étrangères, y compris les langues mortes, jouent un rôle essentiel.

– Mais pourquoi une telle régression identitaire aujourd’hui?

– C’est comme si les gens ne trouvaient pas d’autre moyen de résister à la mondialisation. On vit dans un monde très ouvert, mais c’est une fausse ouverture car notre perception de l’ailleurs passe généralement par un filtre unique: celui du «globish», cette langue de service, dénuée de toute dimension connotative, qui réduit à la portion congrue notre rapport au réel. L’anglais international ne reflète guère que l’univers des marchandises.

– Vous êtes contre toute idée de langue unique?

– Oui. La nostalgie d’un paradis pré-babélique est très régressive. Le principe de vie, c’est la différenciation: vive la prolifération des langues!

Lire aussi: [Le Brexit affaiblira la langue anglaise au sein de l’Union européenne](#)

– Le plurilinguisme n’est-il pas le privilège d’une élite?

– C’est un privilège auquel tout le monde a droit. Sous prétexte de démocratisation, l’école d’aujourd’hui abaisse son niveau d’exigence et, ce faisant, creuse l’écart social. Elle n’a aucune excuse pour ne pas jouer son rôle, qui est d’arracher les enfants au monolinguisme infantile afin de leur donner accès à d’autres univers mentaux.

* «Penser entre les langues» de Heinz Wisman, Ed. Albin Michel, 312 p.

«La nostalgie d’un paradis pré-babélique est très régressive. Le principe de vie, c’est la différenciation»

150,90

Lammert über Identität

Wer sind wir?

Ist der Satz „Dem deutschen Volke“ über dem Berliner Reichstagsgebäude in Stein gemeißelt? Über den Souverän gestern und heute. Fragen und Antworten auf die Herausforderung an die parlamentarische Demokratie durch Populisten. Ein Gastbeitrag

04.01.2017, von NORBERT LAMMERT



© DPADer Sitz des Volkssouveräns: Die Inschrift über dem Reichstagsgebäude.

Vor hundert Jahren staunten die Berliner nicht schlecht, die sich beim Spaziergang zum neuen Jahr im Tiergarten dem Reichstagsgebäude näherten. Im Giebelfries prangte in großen Lettern der Schriftzug „Dem deutschen Volke“ – und dort blieb er über alle Wendungen der Geschichte bis heute. Nach einem Jahr, in dem der Terror endgültig auch Deutschland erreicht hat und das von überraschenden Ereignissen, von populistischen Höhenflügen und von einschneidenden Plebisziten geprägt war, kristallisieren sich in dieser Widmung hochaktuelle Fragen: Wer ist das Volk, und wie souverän ist Volkes Wille? Wer und was ist deutsch? Für wen debattieren und beschließen die gewählten Abgeordneten des Deutschen **Bundestages** unter der Widmung „Dem deutschen Volke“ Gesetze – und, nicht nur mit Blick auf das Bundestagswahljahr 2017: Welchen Stellenwert hat das repräsentative Prinzip eigentlich noch?

Ein Politikum war das Anbringen der Widmung bereits damals und ebenso umstritten wie die Volksvertretung selbst. Als die Entscheidung endlich fiel, stand das Reichstagsgebäude immerhin seit 22 Jahren, und das Parlament tagte im Deutschen Reich schon beinahe ein halbes Jahrhundert. In der Auseinandersetzung zwischen Abgeordneten und Monarch über den Bau und die Widmung des Reichstagsgebäudes wurden die letzten Gefechte obrigkeitsstaatlichen Denkens im Kaiserreich ausgetragen. Denn einerseits bedeutete die Anbringung des Giebelfrieses mitten im verlustreichen **Ersten Weltkrieg** als Demonstration eines vermeintlich ungebrochenen Selbstbewusstseins ein Zugeständnis Wilhelms II. an die nun selbstbewusster auftretenden Volksvertreter. Andererseits brachte die Widmung gerade nicht das Selbstverständnis eines wahrhaft souveränen Volkes zum Ausdruck – so wie es knapp zwei Jahre später Philipp Scheidemann von einem Fenster neben dem Eingangsportal proklamierte: „Alles für das Volk, alles durch das Volk.“ Vielmehr spiegelt sich darin noch der Herrschaftsanspruch eines Monarchen, der seinen Untertanen eine Vertretung zugestand, die nicht seinen Willen ausdrückt, sondern „dem deutschen Volke“ eine verbindliche Stimme gibt.

Was aber ist das deutsche Volk? Vor hundert Jahren glaubte man das ziemlich genau zu wissen. Die Antwort gab das Staatsangehörigkeitsrecht von 1913, das zum Zeitpunkt der Giebelbeschriftung brandneu war und auf dem Abstammungsprinzip basierte – bis zum Jahr 2000. Das Grundgesetz hält die Zugehörigkeit für ausgestaltbar, wovon der Gesetzgeber mit dem Staatsangehörigkeitgesetz nachweislich Gebrauch macht. Die deutsche Staatsangehörigkeit stehe nach geltendem Recht voll und ausschließlich zur Disposition der demokratischen Mehrheit, also des „Volkswillens“, sagt der Staatsrechtler Walter Leisner. „Das Volk definiert sich selbst“, könnte es abkürzend heißen.“

Viele Bedeutungen des Begriffs „Volk“

„Volk“ ist ein schillernder Begriff, alles andere als eindeutig. Das Deutsche Wörterbuch der Brüder Grimm listete unter diesem Stichwort allein fünfzehn Bedeutungen mit noch weiteren Unterbedeutungen auf. Als politisch relevant werden wissenschaftlich heute vor allem zwei Denktraditionen unterschieden: ein der Aufklärung verpflichteter Volksbegriff auf Grundlage eines gemeinsamen Bekenntnisses, etwa zu Werten und Normen, und ein auf Abstammung basierender, sich von anderen nach innen wie nach außen abgrenzender Volksbegriff. Bezeichnend für die 1916 dominierende Lesart ist, dass die Lettern der Widmung am Reichstagsgebäude aus eingeschmolzenen französischen Kanonen gegossen waren – erbeutet in den Befreiungskriegen gegen Napoleon. Das ist über die demonstrative Geste hinaus nicht ohne Relevanz angesichts der erschreckenden Renaissance, die – ebenso geschichtsblind wie politisch unsensibel – der antiliberal und rassistisch besetzte Begriff des „Völkischen“ in diesem Jahr gefunden hat.



© DPA  Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU)

Vom deutschen Volk in dieser Begrifflichkeit begann erst das national gesinnte 19. Jahrhundert mit Nachdruck zu sprechen. „Wer das deutsche Reich aufmerksam durchwandert“, notierte noch 1792 Christoph Martin Wieland im „Historischen Calender für Damen“, „lernt zwar nach und nach Österreicher, Brandenburger, Sachsen, Pfälzer, Baiern, Hessen, Württemberger, usw. mit etlichen hundert kleineren ... Völkern, aber keine Deutschen kennen.“ Die Rede von der deutschen Nation war da schon bedeutend älter. Allerdings war das Reich, das sich seit Jahrhunderten so nannte, ebenso wenig heilig wie römisch und schon gar nicht deutsch in unserem heutigen Verständnis. Was ist also deutsch? Der Theologe und Bürgerrechtler Richard Schröder brachte dies bereits vor Jahren auf eine

besonders schöne Formel mit Potential zum Klassiker: Das Nationale, also auch das Deutsche, ist nichts Besonderes, aber etwas Bestimmtes – wobei zu konkretisieren wäre, dass im Empfinden vieler Bürger das Bestimmte im Staatsbürgerrecht allein eben nicht aufgeht. Nach einer Allensbach-Umfrage vom September dieses Jahres ist jedenfalls für knapp die Hälfte der Befragten deutsch zu sein nicht nur eine Frage des Personalausweises, sondern es hat etwas mit Herkunft und Tradition zu tun. Und beachtliche 53 Prozent von ihnen befürchten, dass verlorengeht, was Deutschland einmal war, wenn immer mehr Einwanderer ins Land kommen. Die Ausgangsfrage ist also nicht allein von historischem oder abstraktem Reiz, sondern es geht dabei um eine ganz konkrete Anforderung an die Politik unter den gründlich veränderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts.

Deutschland verändert sich

Angesichts der vielen tatsächlichen und mancher zu Unrecht aufgeblasenen Probleme, die uns heute beschäftigen, steht außer Frage, dass „dem deutschen Volke“ selbst aufgegeben ist, nach einer zeitgemäßen Bestimmung dessen zu suchen, was Deutschland im 21. Jahrhundert sein will. Mein bereits in meiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit in Dresden geäußertes Eindrücke ist, dass wir das gegenwärtig offensichtlich nicht so genau wissen, was zahlreiche Bürgerbriefe, die mich auf meine Rede hin erreichten, bestätigen. Deutschland ist heute anders als vor hundert Jahren – glücklicherweise. Deutschland verändert sich, weil sich nicht nur die Welt und unsere Nachbarschaft verändern, sondern auch das Volk in Deutschland.

Hier leben heute 17 Millionen Menschen mit ausländischen Wurzeln – fast 20 Prozent unserer Bevölkerung. Die Realität einer vielgestaltigen Gesellschaft gibt der Frage nach Identität eine gänzlich neue Wendung. „Meine Heimat ist nicht Deutschland. Sie ist mehr als Deutschland“, schreibt etwa der Friedenspreisträger **Navid Kermani**, der sich als Kölner iranischer Herkunft weigert, sich auf eine einzige Identität reduzieren zu lassen – „selbst wenn es meine eigene wäre“: „So widersprüchlich sind wir alle. Jede Persönlichkeit setzt sich aus vielen unterschiedlichen und veränderlichen Identitäten zusammen. Man stelle sich nur einmal vor, man würde in allem, was man tut, denkt, fühlt, Deutscher sein, nur als Deutscher agieren, essen, lieben – das wäre doch ziemlich grauenhaft.“

Wir brauchen den Diskurs über gemeinsame Orientierungen

Angesichts der weltweiten Migrationsströme und ihrer Folgen gilt allerdings nach wie vor: Multikulturalität ist zwar eine zutreffende Beschreibung des Erscheinungsbildes, nicht aber ein Konzept zur Selbstvergewisserung und Selbststabilisierung einer modernen Gemeinschaft. Nach meiner Überzeugung brauchen wir in Deutschland mehr denn je den kontinuierlichen Diskurs über den Mindestbestand an gemeinsamen Orientierungen und Überzeugungen, unter allen Bürgerinnen und Bürgern, den Einheimischen wie den Zuwanderern – ohne Tabuisierungen. Nicht zur Disposition steht dabei die in Europa gewachsene Verfassung der Freiheit. Um ihre Verwundbarkeit wissen wir nicht erst seit dem brutalen Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt. Diese Freiheit haben wir mit allen rechtsstaatlichen Mitteln vor denen zu schützen, die sie angreifen – und gerade weil unser Land sich zur Humanität als Leitlinie politischen Handelns bekennt, haben wir die Verpflichtung, darauf zu bestehen, dass es in seinen Grundorientierungen so bleibt, wie es ist. Das muss als Anspruch allerdings ganz besonders für diejenigen gelten, die es immer wieder lautstark einfordern: Wer das Abendland gegen tatsächliche und vermeintliche Bedrohungen verteidigen will, muss seinerseits den Mindestansprüchen der westlichen Zivilisation genügen: Toleranz üben, die Freiheit der Meinung, der Rede, der Religion wahren und den Rechtsstaat achten. Darauf insistieren zu müssen gehört leider auch zu den Lektionen des Jahres 2016.

Repräsentationsprinzip als Ausdruck der Volkssouveränität

Die Inschrift „Dem deutschen Volke“ wirft die Frage nach unserem Souveränitätsverständnis auf. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt“, besagt Artikel 20 Absatz 2 Grundgesetz und benennt damit den grundstürzenden Unterschied zum monarchischen Staatsverständnis des 19. Jahrhunderts. Nach dem formalen Volksbegriff des Grundgesetzes entscheidet die Staatsangehörigkeit darüber, wer zum Souverän gehört und wer nicht. Die Betroffenheit ist kein hinreichendes Kriterium – anders als es der im Jahr 2000 im nördlichen Innenhof des Reichstagsgebäudes plazierte und mit wiederum demonstrativer Geste als Gegenfolie zum Giebelfries dienende Schriftzug „Der Bevölkerung“ des Künstlers Hans Haacke suggeriert. Der langjährige Verfassungsrichter Dieter Grimm hat bei einem Kolloquium, das der Bundestag aus Anlass des hundertjährigen Jubiläums der Giebelschrift im November ausrichtete, betont, dass sich die Volkssouveränität insbesondere in der Setzung einer Verfassung ausdrücke – und sich damit im Wesentlichen erledigt habe. Fast zeitgleich unterstrich auch der Bayerische Verfassungsgerichtshof in einer Entscheidung, dass aus dem Volk als Träger der Staatsgewalt nicht folge, es sei jegliches staatliche Handeln unmittelbar vom Volk selbst vorzunehmen. Das Repräsentationsprinzip ist nicht Ersatz für das Prinzip der Volkssouveränität, sondern sein wesentlicher, wirklichkeitsgerechter Ausdruck. Dem Philosophen Volker Gerhardt verdanken wir in diesem Zusammenhang den originellen Hinweis: „Souverän ist der Bürger, der sich aus Einsicht in die Tatsache, dass er ohnehin nicht alles selbst bestimmen oder gar selbst ausführen kann, einer Vertretung anvertraut.“ Noch spitzer formuliert: Souverän ist der Bürger, der sich vertreten lässt.

Populisten wollen „das Volk“ gegen Abgeordnete ausspielen

Das Prinzip demokratischer Repräsentation ist aber längst nicht mehr unangefochten. Ihrer antiliberalen und antipluralistischen Haltung folgend, versuchen Populisten, „das Volk“ gegen seine gewählten Vertreter auszuspielen: „wir“ gegen „die da oben“ – verbunden mit der gedanklich ebenso schlichten wie anmaßenden Überzeugung, für das Volk zu sprechen, und unter konsequenter Missachtung der Tatsache, dass auch gewählte Repräsentanten eben genau diesem Volk angehören. Populismus ist ein Phänomen, das die allgemeingültige Definition scheut wie der Propagandist das sachliche Argument. Das Thema verlangt offenkundig nach Differenzierung. Denn in einem politischen System, in dem der Wähler entscheidet, von wem er regiert werden will, gehört es zur Grundorientierung jedes Politikers, sich darum zu kümmern, was das Volk denkt. Verantwortliche Politik darf sich jedoch nicht auf Popularität als Kriterium reduzieren lassen. Sie muss auch Entscheidungen treffen, die nicht populär sind. Wäre das anders, hätte es bei den großen Richtungsentscheidungen der jungen Bundesrepublik – für die Soziale Marktwirtschaft, die Wiederbewaffnung mit einer Wehrpflichtarmee, die Nato-Mitgliedschaft – die notwendigen Mehrheiten im Bundestag nicht gegeben und würden wir heute nicht mit dem Euro bezahlen, der keinem Land mehr Vorteile gebracht hat als unserem.

Politiker und Parteien haben die Aufgabe, Antworten auf komplexe Fragen zu suchen und ihre Argumente zu erklären. Es ist dabei von prinzipieller Bedeutung, ob sie in erster Linie Antworten geben, von denen sie vermuten, dass sie populär sind, also ein beachtlicher Teil ihrer Wählerinnen und Wähler diese von ihnen erwartet, oder ob sie nach einem Abwägungsprozess zu Antworten gelangen, die ihnen politisch überzeugend erscheinen – mit der sich anschließenden Aufgabe, dafür Mehrheiten zu suchen, sie also populär zu machen. Bedenklich wird es, wenn der erste Mechanismus als der einzig mögliche angesehen wird. Wichtiger und wirksamer als die Popularität von Politik ist ihre Glaubwürdigkeit. Politiker und Parteien dürfen nicht wankelmütig sein, wohl aber ihre eigenen Abwägungen und Zweifel öffentlich machen, denn auch das gehört zur Glaubwürdigkeit. Was die Politik und was Politiker an Glaubwürdigkeit verlieren – ob durch Beliebtheit, Wortbruch, Überheblichkeit oder Gleichgültigkeit –, können sie an Popularität jedenfalls weder gewinnen noch ausgleichen.

Missverständnis über Grundprinzipien der Demokratie

Das Unverständnis darüber, dass die vermutete „wahre“ Meinung des Volkes nicht umgesetzt würde, basiert letztlich auf einem prekären Missverständnis über die Grundprinzipien der Demokratie. Denn tatsächlich gibt es ein einheitlich empfindendes Volk nicht, „weil im Volk zwar jeder für sich, aber nicht das Volk als Volk einen Willen haben kann“, wie der Rechtswissenschaftler Oliver Lepsius in dieser Zeitung („Staat und Recht“ vom 10. November 2016) betont. In demokratisch

verfassten, pluralen Gesellschaften geht es nicht um vermeintliche Wahrheiten, sondern um konkurrierende Interessen und Ideen, die in einem Wettstreit nach Mehrheiten streben. Demokratische Lösungen sind weder durch autoritäre Kommandos noch im Hauruckverfahren zu haben. Die einfachen Patentlösungen, mit denen Populisten auf Stimmenfang gehen, gibt es angesichts der komplexen Herausforderungen, mit denen es die Politik heute zu tun hat, eben nicht. Verantwortlich agierende Politik weigert sich deshalb zu Recht, solche Erwartungen zu bedienen – und darf dabei nicht das damit verbundene Erklärungsbedürfnis vernachlässigen.

Dass die gern und oft geforderten Volksentscheide die unzulässige Vereinfachung komplizierter Zusammenhänge tendenziell begünstigen, manchmal sogar erzwingen und in ihren nachhaltigen Wirkungen gleichwohl kaum zu korrigieren sind, dafür hat nicht nur das abgelaufene Jahr schlagende Beweise geliefert; das sollte insbesondere bedenken, wer ausgerechnet im Aufweichen des repräsentativen Grundprinzips den Königsweg aus der offenkundigen Vertrauenskrise zwischen Politik und Volk vermutet.

Autoritäre Machthaber berufen sich auf das „Volk“

Es gibt im Roman „Doktor Schiwago“ eine unauffällige, aber merkwürdige Passage, in der Pasternaks Held seine Skepsis gegenüber dem Begriff „Volk“ mit der Bemerkung zum Ausdruck bringt, dieser Begriff diene hauptsächlich Kaisern, Königen und Politikern dazu, sich auf das Volk – „mein Volk“ – zu berufen. Es sind vor allem autoritäre Machthaber, die dazu neigen, über das Plebiszit die propagierte Identität von Führer und Untertanen zu demonstrieren. Aber auch im demokratisch verfassten Staat kann das Demokratieprinzip mit dem Rechtsstaatsprinzip in Konflikt geraten. Das gilt zumindest dann, wenn man den vermeintlichen Volkswillen, also den Willen der jeweils demokratisch ermittelten Mehrheit, über den Rechtsstaat stellt, was gerade in Konfliktsituationen eine große Versuchung darstellen kann. Doch ein politisches System, das so etwas durchgehen ließe, hätte sich als demokratischer Rechtsstaat aufgegeben, denn mit einer Verselbständigung des Demokratieprinzips ließen sich notfalls sogar Grundrechte zur Disposition stellen, die gerade nicht vom Demokratie-, sondern vom Rechtsstaatsprinzip geschützt werden. Sogar die Demokratie kann ausgeliefert werden – im Namen des Volkes. „Plebiszite tragen das Potential in sich, Demokratien demokratisch zu beenden“ (Peter Sloterdijk). Den nostalgisch-reaktionären Hintergrund der Anschauung, dass nur das Volk im Besitze der Wahrheit sei, hat bereits 1927 Hans Kelsen entlarvt. Denn dies sei kaum anders zu begründen „als mit einer religiösmetaphysischen Hypothese, derzufolge das Volk, und nur dieses, auf eine übernatürliche Weise in den Besitz seiner Weisheit gelangt. Das hieße an ein Gottesgnadentum des Volkes glauben, eine Zumutung, ebenso unmöglich wie jene, die das Gottesgnadentum eines Fürsten proklamiert.“ In der parlamentarischen Demokratie hingegen haben sich Regierungen und Abgeordnete – die auch nicht im Besitz der Wahrheit sind, aber nach Abwägung jeweils mehrheitsfähige Lösungen gefunden haben – für die getroffenen Entscheidungen zu verantworten, die Bürger können sie bei der nächsten Wahl sanktionieren. Für Volksentscheide aber kann niemand verantwortlich gemacht werden – und das wiegt umso schwerer, als solche Entscheidungen, auch wenn sie falsch erscheinen, nur schwer oder gar nicht zu verändern sind.

Eine Politik, die vom Volke legitimiert und dem Volke gewidmet ist, bleibt eine ständig neue Herausforderung – mit vorläufigen Lösungen; sie gelten, wenn und weil sie demokratisch zustande kommen und nur so lange, bis andere demokratisch ermittelte Mehrheiten im Rahmen der Verfassung anderes beschließen.

Professor Dr. Norbert Lammert ist Präsident des Deutschen Bundestages.

Silvesternacht in Köln

Auf einen Tanz mit der Staatsmacht

In Köln wird weiter gerätselt, warum an Silvester wieder so viele Nordafrikaner zum Dom strömten. Einige sehen in der Aktion eine gezielte Provokation. Besonders deutlich äußert sich Alice Schwarzer.

04.01.2017, von REINER BURGER, KÖLN



© AFP/Gezielte Deeskalation: 1700 Polizisten waren an Silvester in Köln unterwegs, viele auf der Domplatte.

Die **Kölner Polizei** war diesmal bestens vorbereitet. Damit sich Exzesse wie zum Jahreswechsel 2015/2016 nicht wiederholen können, als mehr als tausend überwiegend aus Nordafrika stammende Männer im Schatten des Doms über Stunden hinweg ungehindert Hunderte Frauen beraubten und sexuell belästigten, waren an Silvester 2016 vorsorglich 1500 Polizisten im Einsatz. Im Kölner Polizeipräsidium hatte man zwar damit gerechnet, dass wieder viele junge nordafrikanische Männer in die Stadt kommen würden – auch weil die Bundespolizei in den Tagen davor entsprechende Hinweise weitergeleitet hatte.



Autor: Reiner Burger, Politischer Korrespondent in Nordrhein-Westfalen, Folgen:


Doch dass es dann dermaßen viele sein würden – mittlerweile ist von rund 2000 „fahndungsrelevanten Personen“ die Rede – hat aber auch Polizeipräsident Jürgen Mathies überrascht. Die 1500 Beamte, zu denen in der Nacht noch zwei vorsorglich bereitstehende Hundertschaften stießen, hatten die Lage schnell im Griff. Die Männer wurden eingekesselt, ihre Identität überprüft, massenweise Platzverweise erteilt.

Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung

Polizeipräsident Mathies fand in einer Bilanzpressekonferenz am Montag deutlich Worte: Wären nicht so viele Beamte im Einsatz gewesen, dann hätte die Situation wie vor einem Jahr kippen können. Doch dieser besorgniserregende Befund ging in der seltsamen Debatte über das angeblich rassistische Vorgehen der Kölner Polizei und die Abkürzung „Nafri“ für nordafrikanische Intensivtäter zunächst ebenso unter wie die Frage, warum an **Silvester** 2016 abermals so viele nordafrikanische Migranten nach Köln kamen. Laut Mathies gibt es bisher keine Erkenntnisse, die das Phänomen auch nur ansatzweise erklären. Es bereite ihm Sorgen, dass man noch keine Antwort auf diese Frage habe, sagte der Polizeipräsident. Am Mittwoch setzte er eine Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung ein. „Ich möchte versuchen festzustellen, warum unter anderem so viele junge Nordafrikaner auch zu Silvester 2016 nach Köln gekommen sind und warum sie nahezu zeitgleich aus dem Bundesgebiet am Hauptbahnhof eintrafen.“ Es gehe auch darum zu prüfen, ob es Verbindungen zwischen den Gruppen gab und ob sie sich verabredet hatten.

Derweil nimmt die Debatte über die Interpretation der Ereignisse Fahrt auf. Als erster sprach der CDU-Innenexperte Armin Schuster am Dienstag davon, dass es die jungen Nordafrikaner auf eine „Machtprobe“ angelegt hätten. Es sei den Migranten darum gegangen, herauszufinden, ob der Staat wehrhaft sei, sagte der frühere Bundespolizist im ZDF. „Die haben versucht, den deutschen Staat anzutanzeln.“ Die Kölner Frauenrechtlerin **Alice Schwarzer** sieht das ähnlich. Auch sie ist davon überzeugt, dass junge nordafrikanische Männer auch an Silvester 2016 in Köln gezielt provozieren wollten. „Dieselbe Sorte Mann wie vor einem Jahr legte es darauf an, in Köln auf ihre Art zu ‚feiern‘. Es handelt sich um entwurzelte, brutalisierte und islamisierte junge Männer vorwiegend aus Algerien und Marokko. Wäre die Polizei diesmal nicht von Anfang an konsequent eingeschritten, wären wieder Hunderte Frauen mit sexueller Gewalt aus dem öffentlichen Raum verjagt und die ‚hilfflosen‘ Männer an ihrer Seite wären wieder gedemütigt worden“, sagte Schwarzer der F.A.Z.



© DPA  „Nafri-Affäre“: Ein Tweet der Polizei NRW zur Silvesternacht sorgt für Kontroverse.

Die Frauenrechtlerin vertritt die These, dass es sich bei dem Exzess sexueller Gewalt in der Silvesternacht 2015 um einen politischen Akt gehandelt habe. Initiiert und organisiert durch eine Handvoll Hintermänner hätten sich junge nordafrikanische Männer, die von patriarchalen Traditionen geprägt und vom politischen Islam aufgehetzt seien, an Silvester 2015 schwarmartig verabredet. „Es ging 2015 darum, es den westlichen ‚Schlampen‘ und deren Männern, diesen europäischen ‚Schlappschwänzen‘, mal richtig zu zeigen.“ Und selbstverständlich sei es den nordafrikanischen Männern auch 2016 nicht ums „Feiern“ gegangen. „Das war eine Machtprobe. Eine Herausforderung des Staates. Denn diesen erneut angereisten Männern muss ja klargewesen sein, dass sie diesmal auf polizeilichen Widerstand stoßen würden“, sagte Schwarzer. Abgesehen davon gehe niemand freiwillig auf den zugigen Kölner Bahnhofsvorplatz zum Feiern. „Diese Typen wollten wieder Trouble. Wir haben es hier mit einer Art Terrorismus zu tun. Nur in diesem Fall nicht mit der Kalaschnikow oder einem Lastwagen, sondern mit Händen und Fäusten.“

„Narrativ vom angeblichen Kampf der Kulturen“

Der Kölner Sozialarbeiter Mimoun Berrissoun hält nichts von solchen Argumenten. „Wir haben es bei dieser Gruppe nordafrikanischer Intensivtäter, die sich mit Raub und Diebstahl durchschlagen zweifellos mit einer echten Problemgruppe zu tun. Aber auch wenn diese Leute grundsätzlich immer sehr provozierend und enthemmt auftreten, glaube ich nicht, dass es sich an Silvester um eine gezielte Machtprobe gehandelt hat“, sagte Berrissoun dieser Zeitung. „Thesen wie jene von der Machtprobe befördern das Narrativ vom angeblichen Kampf der Kulturen. Und auch Frau Schwarzer liest aus der Sache nur das heraus, was sie herauslesen will“, sagte Berrissoun, der Gründer und Leiter der von der Stadt Köln und der Polizei unterstützten Organisation „180-Grad-Wende“ ist, die sich in Köln um Jugendliche kümmert, die drohen, in salafistische Strukturen abzurutschen. Immer wieder hat Berrissoun, der als Kind marokkanischer Eltern in Köln zur Welt kam, auch mit den jungen Migranten aus Nordafrika zu tun, die in im Zuge der Flüchtlingskrise nach Deutschland kamen.

Mit der – vergleichsweise kleinen – Problemgruppe alleinreisender junger Männer aus Algerien, Marokko und Tunesien, die so gut wie keine Aussicht auf Asyl haben, gibt es in Nordrhein-Westfalen schon seit langem große Schwierigkeiten. In Düsseldorf begann die Polizei im Sommer 2014, junge Tatverdächtige aus dem Maghreb systematisch in den Blick zu nehmen. Die Beamten verknüpften alle verfügbaren Informationen zu Gepäckdiebstählen oder Rauschgiftdelikten im Hauptbahnhof und zu sogenannten Antanzdiebstählen in der Düsseldorfer Altstadt. Unter dem Projektnamen „Casablanca“ gelang es den Ermittlern mehr als 2200 Nordafrikaner zu identifizieren, denen beinahe 4400 Strafdelikte zugeschrieben werden. Sie gelten als weitgehend „polizeiresistent“.

Anziehungskraft für nordafrikanische Straftäter

Auch eine zwischenzeitliche Festnahme bewirke kein Umdenken, hieß es in dem lange unter Verschluss gehaltenen Bericht. In Köln wiederum gibt es schon seit einigen Jahren das „Auswerte- und Analyseprojekt Nordafrikaner“, das immer wieder deutlich gemacht hat, wie groß das Kriminalitätsproblem vieler in jüngster Vergangenheit in die viertgrößte Stadt Deutschlands gekommener junger Migranten aus Nordafrika ist. Denn die Beamten fanden heraus, dass nur 0,5 Prozent der nach Köln gekommenen Syrer bei Straftaten auffallen, während 40 Prozent der in der jüngeren Vergangenheit nach Köln gezogenen Marokkaner, Tunesier und Algerier straffällig werden. Allein 2015 wurden mehr als 3400 „Vorgänge“ mit Tatverdächtigen aus Nordafrika erfasst.

Es handelt sich stets um „Männer im stärksten Alter“, wie ein Ermittler vor einigen Monaten formulierte. „So fühlen sie sich jedenfalls. Sie sind ohne soziale Bindung losgelassen und auf sich allein gestellt.“ Viele von ihnen sind zudem schon seit Jahren illegal in europäischen Großstädten wie Barcelona, Rom und Paris als Taschendiebe unterwegs. Dass Köln (nicht nur an Silvester) eine große Anziehungskraft auf nordafrikanische Straftäter hat, erklären sich Ermittler damit, dass dort rund um den Hauptbahnhof und die „Kölner Ringe“ genannte Partymeile immer viele Passanten unterwegs sind. Hinzu kommt, dass die Diebe ihr Diebesgut in Köln wie auch in anderen Großstädten vergleichsweise einfach an Hehler weiterverkaufen können.

Sozialarbeiter Berrissoun ist überzeugt, dass man diese Hintergründe kennen muss, um die beiden Silvestervorkommnisse richtig einzuordnen. Auch er sieht Hinweise dafür, dass es sich bei den Männergruppen, die zu den zwei Jahreswechsellern nach Köln kamen, um „gelenkte Gruppen“ handelt. Diese Steuerung sei aber nicht politisch motiviert. Vielmehr erkläre sie sich aus den kriminellen Strukturen der Problemgruppe. Berrissoun unterscheidet den Personenkreis in zwei Untergruppen. „Zum einen gibt es Berufskriminelle; sie lenken die Szene. Bei der großen Masse handelt es sich um Desperados, die erst kurz in Deutschland sind, keine Chance auf Asyl und keine Perspektive haben; sie werden von den Lenkern regelrecht rekrutiert.“ Wenn es nicht gelinge, die junge nordafrikanischen „Mitläufer“ diesen „Lenkern“ zu entreißen, bestehe die akute Gefahr, dass sich die kriminellen Strukturen verfestigten. „Und sie werden dann durch junge Nordafrikaner, die bisher noch in anderen europäischen Ländern sind, weiter wachsen.“

Gut vernetzt untereinander

An Silvester habe die Problemgruppe wie ein Schwarm funktioniert. „Mit Hilfe von Chat-Gruppen und Messenger-Diensten scheinen sich die jungen Nordafrikaner verabredet zu haben, wieder in Köln ‚abzuhängen‘.“ Berrissoun erinnerte daran, dass der Rechtspsychologe Rudolf Egg in seinem Gutachten für den Untersuchungsausschuss „Kölner Silvesternacht 2015“ des nordrhein-westfälischen Landtags bei den Exzessen vor einem Jahr keine Hinweise auf Strukturen organisierter Kriminalität erkennen konnte. Eine „rein zufällige, von vorneherein nicht beabsichtigte Begegnung“ der jungen Männer sei „vernünftigerweise“ zwar auszuschließen, schrieb Egg. Es sei aber aus kriminologischer Sicht „äußerst unwahrscheinlich“, dass sich an Silvester Hunderte von gewaltbereiten und rücksichtslosen Kriminellen vorsätzlich und organisiert in und um den Kölner Hauptbahnhof versammelten, um Frauen sexuell zu demütigen und Männer wie Frauen zu bestehlen.

Zwar habe sich womöglich ein harter Kern von Migranten zu Übergriffen am Hauptbahnhof verabredet. Doch als die Täter schon am frühen Abend auf dem Bahnhofsvorplatz merkten, dass die Polizei nicht oder zumindest nicht wirkungsvoll eingriff, sei aus einer kleinen Gruppe durch „soziale Anstiftung“ ein Mob geworden. „Diese Erklärung halte ich für plausibel“, sagte Berrissoun im Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. „Für den Erklärungsansatz ‚Machtprobe‘ für Silvester 2016 sehe ich bisher keinen Beweis. Ich glaube nicht, dass sich diese Gruppe der politischen Tragweite ihres Handelns bewusst ist und sie hat bestimmt auch nicht die Medienberichterstattung über die Kölner Silvesternacht 2015 verfolgt.“

Dietmar Kneib, der Inspektionsleiter Organisierte Kriminalität des Polizeipräsidiums Düsseldorf, ist dagegen überzeugt, dass es den jungen Nordafrikaner doch auch um ein demonstratives Zeichen ging. Er sei überrascht über das massive Auftreten in Köln, Düsseldorf und anderen Städten gewesen, sagte der erfahrene Kriminalbeamte der Frankfurter Allgemeinen Woche (Freitagsausgabe). „Man muss schon davon ausgehen, dass es ein Statement gewesen ist. Die Diskussion, die es in dem letzten Jahr gegeben hat, kann auch in diesen Kreisen nicht vollkommen unbemerkt geblieben sein. Und dann wieder in der Anzahl aufzutauchen und auch mit einer ausgeprägten aggressiven Grundstimmung mit entsprechenden Auftreten, das hat mich auch nachdenklich gemacht.“ Die jungen Nordafrikaner seien sehr gut über die sozialen Medien vernetzt – „und zwar nicht über Facebook, sondern über solche, die wir nicht überwachen können.“

[Zur Homepage](#)

Quelle: F.A.Z.

The Real European Tax Scandal

Too few governments understand that low rates boost growth.



ENLARGE European Commission President Jean-Claude Juncker in Brussels on Dec. 15. PHOTO: REUTERS

Jan. 4, 2017 7:28 p.m. ET

COMMENTS

Only in Brussels can a senior European official face a scandal for something he once did right. That's the fate that has befallen Jean-Claude Juncker, the President of the European Commission, who faces charges that he advocated tax competition.

The story—courtesy of leaked German diplomatic cables—is that Mr. Juncker, during his previous incarnation as Prime Minister of Luxembourg, opposed European efforts to wallop businesses with punitive tax rates. The Grand Duchy has long been the bane of high-tax neighbors Belgium, France and Germany because of its low tax rates on multinational companies. As Prime Minister from 1995 to 2013, Mr. Juncker fought to keep it that way.

The leaked cables detail Luxembourg's objections to proposals to put EU member states' tax decisions regarding multinational companies up for peer review by other governments. Mr. Juncker also objected to proposals to investigate companies' international tax arrangements, and to share information among member states about tax agreements between governments and companies.

According to the cables, the measures were proposed in a secretive Brussels committee—the “Code of Conduct Group (Business Taxation)” —which has spent nearly 20 years trying to address “harmful tax competition” within the EU. The idea is that low rates in some states encourage companies to shift activity away from high-tax member states, depriving those governments of revenue. Somehow it never occurs to the high-tax states to respond by cutting their own rates.

Good for Luxembourg—along with its allies in Ireland and the Netherlands—to block efforts to “harmonize” European tax rates to their highest denominator. Voters in low-tax states didn't sign up to the EU to let Brussels interfere in how their elected representatives choose to impose taxes. The EU needs more tax competition from government vying to stimulate business investment.

The real disappointment with Mr. Juncker is that he lost his nerve on tax policy after moving to Brussels in 2014. His appointment as Commission President was greeted with the so-called LuxLeaks documents detailing low-tax agreements between dozens of global companies and the Luxembourg government Mr. Juncker led.

He has since tried to assuage European taxniks by joining calls to crack down on what the OECD calls global “base erosion and profit shifting.” Mr. Juncker also doesn't object to Competition Commissioner Margrethe Vestager's Orwellian attempts to use antitrust law to set tax policy by treating low taxes as an illegal subsidy. Brussels believes so strongly in high taxes that officials are willing to risk a trade war with America over Ms. Vestager's exorbitant and legally dubious tax penalties on companies such as Apple.

The real tax-policy scandal is that so few European governments understand there's a cause-and-effect relationship between oppressive tax rates and low economic growth. Rather than apologizing for his tenure as Luxembourg's Prime Minister, Mr. Juncker could instead try to teach his colleagues what he learned.

Preise steigen stärker

Das Inflationsgespenst erwacht

Die EZB hat Europa vom Billiggeld abhängig gemacht. Die Entzugskur wird schmerzhaft. Zuerst leiden die Sparer, dann könnte es die Bundesregierung treffen.

05.01.2017, von PHILIP PLICKERT



© DPA Die Debatten über die EZB-Geldpolitik im inflationssensiblen Deutschland dürften sich verschärfen.

Das Gespenst war nicht tot, es hatte nur geschlafen. Nun erwacht das Inflationsgespenst. In Deutschland ist die Teuerungsrate zum Jahresende auf 1,7 Prozent gesprungen, das ist der höchste Stand seit dreieinhalb Jahren. Ein Anstieg über die Zwei-Prozent-Marke in den kommenden Monaten ist wahrscheinlich. Der Euroraum-Durchschnitt liegt bislang nur knapp über ein Prozent. Aber ein weiterer Aufwärtstrend ist auch hier absehbar. Die Führung der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB) um Präsident Mario Draghi bekäme leuchtende Augen, sollte das selbstgesteckte Ziel von zwei Prozent schneller als erwartet näher rücken. Aus Sicht der deutschen Sparer ist die Lage aber misslich. Höhere Inflation bei gleichzeitigem Nullzins bringt eine schleichende Entwertung der Sparvermögen.



Autor: Philip Plickert, Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Der Volkswirt“-Folgen:

Der Hauptgrund für den derzeitigen Inflationssprung ist die Ölpreisentwicklung. Vor einem Jahr lag der Ölpreis am Boden, nun ist er wieder gestiegen. Benzin und Heizöl kosten mehr. Aber auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die kräftigere Konjunktur, treibt die Preise langsam an. In Deutschland brummt die Wirtschaft; in anderen Teilen des Euroraums bessert sich die konjunkturelle Lage, obwohl die Erholung noch immer auf wackeligen Beinen steht.

Wenn die deutsche Inflationsrate in den nächsten Monaten über die Zwei-Prozent-Marke steigt, dürfte das die Debatten über die EZB-Geldpolitik im inflationssensiblen Deutschland verschärfen. Für die Bundesregierung könnte es im Wahljahr ungemütlich werden, wenn die AfD und Teile der Union die Null- und Negativzinspolitik der EZB attackieren. Im vergangenen Frühjahr hatte Finanzminister Schäuble selbst die Nullzinspolitik kritisiert und in einer launigen Bemerkung [Draghi](#) eine Mitschuld am Erstarken eurokritischer Parteien wie der AfD gegeben. Nach Kritik, er greife in die Unabhängigkeit der Notenbank ein, machte er einen Rückzieher.

Draghi sagt, sein Plan geht auf; Volkswirte zweifeln

Auf den Ölpreis hat Draghis Geldpolitik keinen Einfluss, wohl aber auf den Eurokurs. Der hat abgewertet, vor allem gegenüber dem Dollar, weil die EZB mit dem Anleihekauf Billionen in die Märkte pumpt, während jenseits des Atlantiks die amerikanische Notenbank Fed mit der Straffung ihrer Geldpolitik Ernst macht. Die Euroabwertung verteuert Importe; das gibt der Inflationsrate in den kommenden Monaten einen weiteren Schub.

Mit dem gigantischen Anleihekaufprogramm versucht die EZB seit Frühjahr 2015, die Inflation anzuheizen: Die Käufe – bislang im Volumen von 1500 Milliarden Euro – haben die Anleiherenditen gesenkt, teils in den negativen Bereich; das sollte die Kreditnachfrage und die Wirtschaft ankurbeln. Draghi sagt, dass sein Plan aufgehe. Viele Volkswirte zweifeln daran, ob die Effekte auf die Realwirtschaft wirklich groß sind. Denn der Löwenanteil des frischen Geldes hat an den Börsen die Kurse getrieben und blieb im Finanzsystem; die Banken parken rund eine Billion Euro Überschussliquidität bei der EZB – und zahlen dafür sogar Strafzinsen, was sie nach und nach über höhere Gebühren an die Verbraucher weitergeben.

Strukturell verschärft sich das Problem, dass die Euro-Rettung auf dem Rücken der Sparer geschieht. Durch den Nullzins entgehen den Deutschen Dutzende Milliarden im Jahr im Vergleich zum Zinsniveau vor der Euro-Krise. Über den Nullzins findet eine finanzielle Umverteilung in Europa von Norden nach Süden statt. Ohne Draghis Finanzspritzen wäre Italien mit seiner Schuldenquote von 135 Prozent der Wirtschaftsleistung schon nahe der Staatsinsolvenz.

Viele südeuropäische Banken wären von EZB-Wende bedroht

Im Dezember hat der EZB-Rat – gegen Einwände der Deutschen Bundesbank – beschlossen, das Anleihekaufprogramm nochmals zu verlängern und um eine halbe Billion Euro bis Dezember 2017 auszuweiten. Am Ende wird die EZB für 2,3 Billionen Euro Papiere gekauft haben. In 500-Euro-Scheinen ergäbe das einen Turm sechsmal so hoch wie das EZB-Hochhaus am Main mit seinen 201 Metern.

Bislang hat diese starke Ausweitung der Zentralbankgeldmenge keinen Inflationsschub bewirkt, weil der EZB-Geldschwemme keine große allgemeine Kreditausweitung folgte. Aber wenn die Konjunktur stärker und der Kreditfluss breiter wird, dürfte mehr Inflation folgen. In der Bundesbank und unter deutschen Ökonomen gibt es zu Recht Sorgen, dass die EZB-Spitze den rechtzeitigen Ausstieg aus der ultraexpansiven Geldpolitik verschleppen könnte.

Das größte Problem liegt darin, dass die Euro-Notenbanken durch die Anleihekäufe zu Hauptgläubigern der hochverschuldeten Euro-Staaten mutieren, die eine echte Zinswende kaum verkraften können. Auch vielen schwachen südeuropäischen Banken mit faulen Krediten würde eine EZB-Wende tödliche Löcher in die Bilanz reißen. Sie werden künstlich am Leben erhalten. Die EZB hat (Süd-)Europa vom Billiggeld abhängig gemacht. Wie bei einem Rauschgiftsüchtigen ist eine Entzugskur äußerst schmerzhaft. Doch je länger man sie verschiebt, desto schlechter wird es. Es drohen immer größere Verzerrungen im Finanzsystem, und letztlich könnte eine neue Finanzkrise folgen. Und das bislang noch kleine, putzige [Inflationsgespenst](#) könnte, wenn die EZB zu spät gegensteuert, überraschend groß werden.

International

DÉCRYPTAGE

Le monde entier s'arme, sauf l'Europe

Lasserre, Isabelle

EN MATIÈRE de défense, l'Europe a longtemps habité le monde des bisounours, cet univers de coton et de douceur qu'affectent tant les démocraties occidentales. À l'abri du parapluie militaire américain depuis 1945, persuadée de l'imminence de la fin de l'histoire depuis la chute du communisme, elle s'est nourrie des dividendes de la paix, lovée sur elle-même, persuadée de la supériorité du bien-être social sur les questions de défense et de sécurité. Après des années de réduction des budgets de défense, le réveil impérialiste de la Russie et le terrorisme islamique ont tiré l'Europe de son sommeil.

Sous l'influence des chefs militaires, François Hollande a enrayé la baisse du budget de la défense, qui menaçait à terme la cohérence du modèle français des forces armées. Grâce à Vladimir Poutine, les pays d'Europe de l'Est, Baltes en tête, ont cassé leur tirelire pour investir dans la défense. « Grâce » à Daech, l'Allemagne, qui depuis la Seconde Guerre mondiale s'était engagée dans un processus de désarmement continu, a amorcé un changement de mentalité. Ce n'est encore qu'un frémissement. Rares sont les pays européens de l'Otan qui respectent, en effet, l'engagement, pourtant réitéré à chaque sommet de l'Alliance, de consacrer 2 % de leur produit intérieur brut à leur défense.

Ce réveil est à la fois tardif et insuffisant, en tout cas si on le compare à la gravité des menaces qui pèsent sur le Vieux Continent et sur la France. Selon le chef d'état-major des armées françaises, elles sont au nombre de deux : le retour des États-puissances et le terrorisme islamiste radical. Aucune de ces deux menaces, prévient-il, ne faiblira dans les années qui viennent. Même si Daech finit par être vaincu par la coalition internationale au Levant. Ancien empire colonial, puissance nucléaire, membre permanent du Conseil de sécurité de l'ONU, engagée sur plusieurs fronts extérieurs à la fois, la France est sans doute le seul pays conscient de la nécessité de lutter simultanément contre ces deux menaces à la fois. L'est de l'Europe s'inquiète surtout du retour de la puissance russe. Le sud du continent est avant tout préoccupé par la menace terroriste. Cet écart d'approche entre le sud et l'est du continent génère des différences d'appréciation qui nuisent à l'efficacité de la défense de l'ensemble européen.

Électrochoc

Pendant que l'Europe débat du bien-fondé ou non de renforcer sa défense ou s'oppose sur la dangerosité des périls, le monde, lui, se réarme à grande vitesse. À l'est, la Russie a considérablement augmenté son budget de la défense au cours des dernières années. Elle modernise sa dissuasion nucléaire, développe sa marine et renforce ses forces conventionnelles. Dans un monde de plus en plus instable et dangereux, toutes les puissances investissent massivement dans la force militaire. La Chine, l'Inde, le Pakistan et le Japon en Asie. Mais aussi la Corée du Nord, dont le président dictateur a annoncé le 31 décembre qu'elle avait désormais acquis le statut de puissance nucléaire. Le réarmement est aussi très sensible au Moyen-Orient où l'Arabie saoudite, l'Égypte, les États du Golfe mais aussi l'Iran et tous les pays proches du Levant réagissent à l'instabilité et au chaos régional.

« *Nous sommes en guerre* », a coutume de répéter le chef d'état-major. « *Or on ne gagne pas une guerre sans effort de guerre. C'est le prix de la paix .* » Les Européens ont longtemps oublié que l'Histoire pouvait être tragique. Mais l'électrochoc pourrait venir d'outre-Atlantique dès cette année. « *La dérive des continents qui pousse l'Amérique vers l'Asie va s'accélérer avec Trump. Il est possible que l'Europe sente alors la nécessité de récupérer son autonomie stratégique. Il lui faudra alors organiser la défense de l'Europe* », pronostique le général Vincent Desportes, ancien directeur de l'École de guerre.

Illustration(s) :

Richard VIALERON/Le Figaro

Draghi on the High Wire

The eurozone can manage economic divergence, but not political disagreements about monetary policy.



ENLARGE

European Central Bank President Mario Draghi attends a press conference at the ECB headquarters in Frankfurt, Germany, Dec. 8, 2016. PHOTO: XINHUA/ZUMA PRESS

By JOSEPH C. STERNBERG

Jan. 5, 2017 2:43 p.m. ET

Janet Yellen already has, a little. Haruhiko Kuroda could do it if he wanted to, although he doesn't. But could Mario Draghi raise interest rates?

As premature as the question sounds, it's never too early to consider what promises to be one of the European Union's most vexing political-economy questions in coming years. Conventional economics dictates that while eurozone inflation remains so far short of its target—December's 1.1% year-on-year consumer price rise is barely more than halfway to the “nearly 2%” goal—Mr. Draghi shouldn't consider normalizing monetary policy for even a fleeting moment.

But politics says otherwise. The price data released this week contain several developments with which voters might have a beef. Energy prices rose by 2.5%, and raw-food prices by 2.1%. Economists say those bits of inflation, arising not least from Mr. Draghi's import-price-inflating weak-euro policy, are ignorable so long as core inflation hovers at 0.9%. Real people heating homes through the winter, driving to work or putting food on the table could reasonably disagree.

More seriously, inflation isn't any more evenly distributed across the eurozone than is anything else. Germany has more inflation than most. Headline price increases hit 1.7% year-on-year in December, more than double the month before and likely driven by food and energy price inflation of around 2.5%. This is politically toxic in an inflation-averse economy where savers already suffer for lower interest rates. France has less than it should, at 0.8%, and voters might tolerate considerably more.

So far Germans have just about accepted the distortions arising from low rates thanks to a phenomenal amount of eurozone team spirit. Who knows how accommodating French, Italian and Spanish voters will be if the situation ever reverses.

This problem is hardly unique to the euro. Diversity boggles monetary policy makers in any large currency zone. The U.S. Federal Reserve's regional structure is a nod to this reality in America, where dramatic regional variations in everything from employment rates to wage and price levels to property prices have persisted for more than two centuries. Mr. Draghi suffers not for lack of economic convergence.

Rather, what the eurozone lacks is politics. They call it monetary policy instead of monetary science for a reason. It requires a constantly evolving balancing of interests, between thriving and depressed regions, savers and borrowers, young and old, households and companies, owners and renters.

We are now reaching a point where at least some voters may be demanding a new set of compromises. German Finance Minister Wolfgang Schäuble last year warned Mr. Draghi that the ECB's policies were fueling eurosceptic parties in Germany. Some American Congressmen keep pushing to "audit the Fed" by subjecting its decisions to greater public scrutiny.

This is happening as some academic and bureaucratic economists are wandering ever further beyond what a political consensus is likely to allow. Olivier Blanchard, formerly of the IMF, is among those arguing for higher inflation targets, which would justify extending for much longer policies that already are controversial. In the other direction, researchers at the Bank for International Settlements have questioned whether pursuing a 2% inflation target is appropriate at all, given the reality that central banks often inflate dangerous asset-price bubbles on their way to the target.

As much as central bankers are called on to contemplate such questions, these matters are ultimately above their pay grade. That's why Ms. Yellen and the [Bank of Japan](#)'s Mr. Kuroda are the fortunate ones. Mr. Kuroda serves a Prime Minister, Shinzo Abe, who was elected on a platform that explicitly promised voters a dramatic monetary expansion.

In the U.S., in contrast, there seems to be a growing sense that perhaps fiscal and regulatory policies should shoulder more of the burden for generating growth currently carried by the Fed. The overlay of the Fed's currency zone on top of a democratic political zone capable of making economic compromises allows such a hand-off, whether the coordination among the Fed, Donald Trump's White House and the Congress is tacit or explicit.

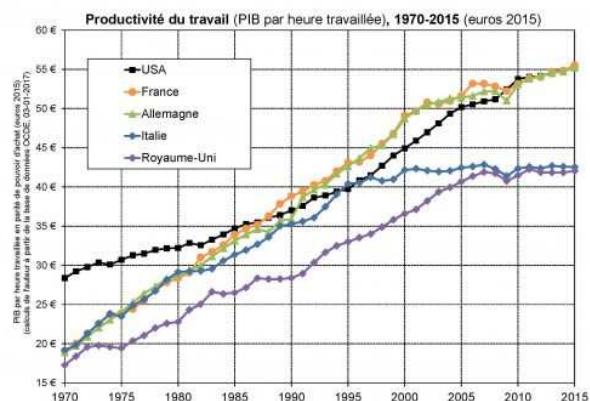
Mr. Draghi should be so lucky. His dilemma for 2017 and beyond is that he's in charge of a monetary union that refuses to create the political mechanisms required to manage evolving monetary trade-offs. It's his job alone to navigate excitable market commentary, irritable phone calls from eurozone finance ministers, and a constantly shifting academic non-consensus on the proper conduct of monetary policy.

If the eurozone's founders had wanted to depoliticize future monetary policy-making, they would have adopted a gold standard. Instead they put their faith in a monetary technocracy. Considering that the dominant tone now is electoral outrage at the depoliticization of economic policy—on trade, regulation, the EU and other matters—this political failure is a greater threat to the eurozone than the fact that inflation, growth, unemployment or any other metric vary across the zone.

De la productivité en France et en Allemagne

En ce début d'année 2017, alors que vont se dérouler les élections françaises au printemps puis allemandes à l'automne, il n'est pas inutile de revenir sur l'un des sujets de fond qui mine le débat européen, à savoir la supposée asymétrie économique entre une Allemagne réputée prospère et une France décrite comme déclinante. Je dis « supposée » car comme nous allons le voir la productivité des économies allemandes et françaises – telle que mesurée par le PIB par heure travaillée, qui est de loin l'indicateur le plus pertinent de performance économique – se situe à des niveaux quasi-identiques. Et de surcroît au plus haut niveau mondial, ce qui montre au passage que le modèle social européen a de beaux jours devant lui, quoi qu'en pensent les Brexiteurs et les Trumpistes de tous poils. Cela me permettra également de revenir sur plusieurs des thèmes abordés sur ce blog au cours de l'année 2016 (en particulier sur la [longue récession européenne](#) et la [reconstruction de l'Europe](#)) ainsi que dans ma chronique « [Revenu de base ou salaire juste?](#) » du mois dernier.

Commençons par le fait le plus frappant. Si l'on calcule la productivité moyenne du travail, en divisant le PIB (produit intérieur brut, c'est-à-dire la valeur totale des biens et services produits dans un pays au cours d'une année) par le nombre total d'heures travaillées (salariés et non-salariés confondus), alors on constate que la France se situe quasiment au même niveau que les Etats-Unis et que l'Allemagne, avec une productivité moyenne d'environ 55 euros par heure travaillée en 2015, soit plus de 25% plus élevée que le Royaume-Uni ou l'Italie (environ 42 euros), et près de trois fois plus élevée qu'en 1970 (moins de 20 euros de 2015; tous les chiffres sont exprimés en parité de pouvoir d'achat et en euros de 2015, c'est-à-dire après prise en compte de l'inflation et du niveau des prix dans les différents pays).



Précisons d'emblée que les données dont nous disposons pour mesurer les nombres d'heures travaillées sont imparfaites, et que la précision de ces mesures ne doit pas être exagérée. Par ailleurs la notion même de « PIB par heure travaillée » est en soit assez abstraite et réductrice. En réalité, c'est l'ensemble du système économique et de l'organisation du travail et de la production de chaque pays qui rentrent en jeu dans ces comparaisons, avec d'innombrables variations entre secteurs et entreprises, et il est largement illusoire de prétendre résumer tout cela avec un seul indicateur. Mais quitte à faire des comparaisons de productivité entre pays (exercice qui peut être utile si on en connaît les limites, et qui peut permettre de dépasser les préjugés nationalistes et de fixer quelques ordres de grandeur), alors le PIB par heure travaillée est la notion qui a le plus de sens.

Précisons également que les séries de temps de travail que nous utilisons ici sont celles de la base de données de l'OCDE. Le fichier contenant tous les détails des séries et des calculs est disponible à la fin de cet article. Des séries internationales de temps de travail sont également établies par le BLS (Bureau of Labor Statistics du gouvernement fédéral américain), et le détail des résultats obtenus par le BLS est lui aussi disponible plus bas. Au-delà des légères différences entre séries, toutes les sources disponibles – en particulier OCDE et BLS – confirment que le PIB par heure travaillée se situe grosso modo au même niveau en France, en Allemagne et aux Etats-Unis (avec des écarts entre ces trois pays tellement faibles qu'il est sans doute impossible de les distinguer nettement, compte tenu de l'imprécision de la mesure), et que des pays comme le Royaume-Uni, l'Italie ou le Japon se situent environ 20-25% plus bas. Dans l'état actuel des données disponibles, ces ordres de grandeurs peuvent être considérés comme valables.

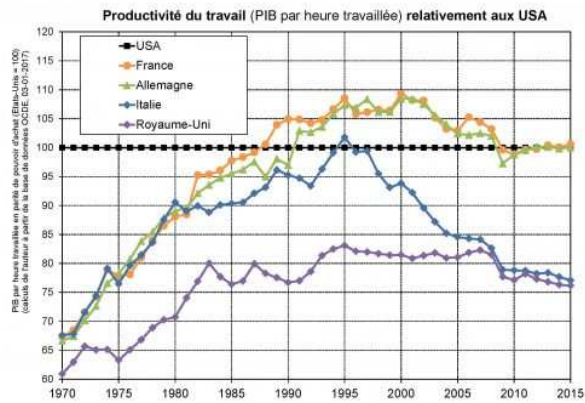
Il faut aussi noter qu'aucun pays au monde ne dépasse de façon significative le niveau de productivité du travail observé en France, en Allemagne et aux Etats-Unis, ou tout du moins aucun pays de taille et de structure économique comparables. On observe certes des PIB par heure travaillée sensiblement plus élevés dans des pays de petite taille reposant sur des structures productives très spécifiques, par exemple des pays pétroliers (Emirats ou Norvège) ou des paradis fiscaux (Luxembourg), mais cela relève de logiques fort différentes.

En apercevant le chiffre de 55 euros de production moyenne par heure travaillée en France aujourd'hui, certains lecteurs seront peut-être tentés d'aller de ce pas voir leur patron pour négocier une augmentation. D'autres, plus nombreux encore, se poseront des questions sur la signification de ce chiffre. Alors précisons clairement qu'il s'agit d'une moyenne: la production moyenne de biens et services par heure travaillée peut être de 10 ou 20 euros dans certains métiers et secteurs, et de 100 ou 200 euros par heure dans d'autres (pas forcément les plus pénibles). Et il n'est évidemment pas exclu que dans le jeu des négociations salariales et des rapports de force, certains s'approprient une partie de la production des autres. Cette production moyenne de 55 euros par heure travaillée ne dit rien de ces subtilités.

Précisons également que la notion de « produit intérieur brut » (PIB) pose de nombreux problèmes. En particulier, il serait préférable que les instituts statistiques se concentrent sur le « produit intérieur net », c'est-à-dire après déduction de la consommation de capital fixe, qui correspond à la dépréciation du capital et des équipements (réparation des bâtiments et des machines, remplacement des ordinateurs, etc.). Cette dépréciation du capital ne constitue en effet un revenu pour personne, ni pour les salariés ni pour les actionnaires, et en outre elle a eu tendance à progresser au cours du temps. La consommation de capital fixe représentait autour de 10% du PIB dans les économies développées dans les années 1970, et elle dépasse aujourd'hui 15% du PIB (signe de l'obsolescence accélérée des équipements). Cela signifie qu'une (petite) partie de la croissance de la productivité du travail mesurée plus haut est une illusion. De même, si l'on prenait correctement en compte la consommation de capital naturel, alors une partie de la croissance du PIB mondial disparaîtrait (les extractions annuelles de ressources naturelles avoisinent la croissance mondiale du PIB, soit environ 3% par an actuellement, et tendent à progresser au cours du temps, suivant comment on les valorise). Mais là encore cela n'affecterait pas les comparaisons entre pays qui nous intéressent ici.

Précisons enfin que la productivité moyenne de 55 euros par heure indiquée plus haut intègre la part des profits (typiquement entre 20% et 40% suivant les secteurs et l'intensité capitaliste), et qu'il s'agit d'une mesure avant prise en compte de tous les impôts directs et indirects (TVA, diverses taxes sur la production, etc.) et de toutes les cotisations sociales. Il y a donc un long chemin à parcourir entre ces 55 euros et le salaire net perçu par chacun sur son bulletin de salaire, dont l'exposé dépasserait de beaucoup le cadre de cet article, dont l'objectif premier est simplement de comparer les niveaux de productivité entre pays.

Une autre façon d'exprimer les résultats indiqués plus haut consiste à mesurer la productivité de chaque pays par comparaison à la productivité observée aux Etats-Unis, qui a longtemps été très en avance sur les autres. On obtient alors les résultats suivants:



Pour résumer: la France et l'Allemagne avaient une productivité de l'ordre de 65-70% du niveau américain en 1970; les deux pays ont totalement rattrapé leur retard au cours des années 1970-1980, et se situent depuis 1990 grosso modo au même niveau que les Etats-Unis (un peu au-dessus jusque la crise de 2008, un peu au-dessous depuis, mais avec des écarts relativement faibles; on peut en outre espérer que la zone euro finisse par gérer sa sortie de crise mieux qu'elle ne l'a fait jusque présent).

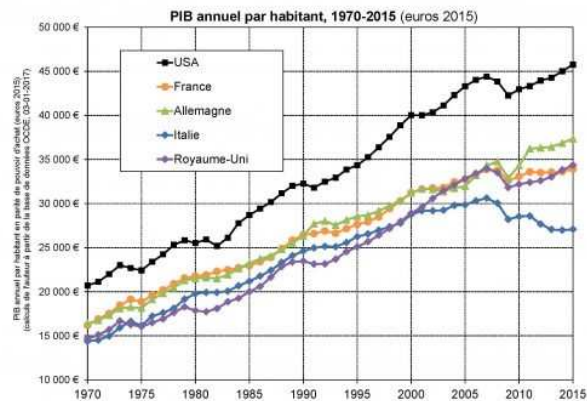
Si l'on remontait à l'immédiat après-Seconde-guerre-mondiale, où la productivité franco-allemande était d'à peine 50% du niveau américain, le rattrapage serait encore plus frappant. Il faut également rappeler que le retard européen en termes de productivité venait de bien plus loin encore (il était déjà très fort au 19e siècle et au début du 20e siècle, à la veille de la Première guerre mondiale, et n'avait été qu'amplifié par les guerres), et s'explique classiquement par un relatif retard éducatif: la faible population américaine est entièrement alphabétisée dès le début du 19e siècle, alors qu'il faut attendre la fin du siècle pour qu'il en soit de même en France, à un moment où les Etats-Unis sont déjà passés à l'étape suivante (l'enseignement secondaire de masse, puis le supérieur). C'est l'investissement éducatif des Trente Glorieuses qui permet à la France et à l'Allemagne d'effectuer un rattrapage historique sur les Etats-Unis entre 1950 et 1990. Le véritable enjeu aujourd'hui est de maintenir et d'amplifier cette évolution.

A l'inverse, le retard persistant de la productivité britannique, qui n'a jamais atteint le niveau américain, est généralement attribué aux faiblesses historiques de son système de formation. De même, le décrochage de l'Italie depuis le milieu des années 1990 peut s'expliquer pour partie, d'après une [étude récente](#), par l'insuffisance des investissements éducatifs réalisés par la puissance publique italienne (engluée dans le remboursement d'une dette publique interminable, dont la France et l'Allemagne avaient pu se débarrasser dans l'inflation et les annulations de dette dans l'après-guerre).

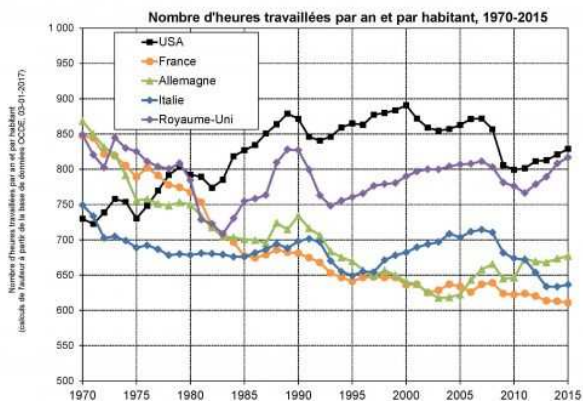
Il faut également souligner que la forte productivité américaine actuelle s'accompagne d'une inégalité considérable: les Etats-Unis étaient plus égalitaires que la vieille Europe au 19e siècle et jusqu'au milieu du 20e siècle, mais ils sont devenus au cours des dernières décennies bien plus inégalitaires, avec en particulier dans le secteur éducatif un contraste saisissant entre d'un côté d'excellentes universités au sommet de la hiérarchie (malheureusement réservées aux plus favorisés), et de l'autre un système secondaire et supérieur relativement médiocre accessible au plus grand nombre. Cela contribue largement à expliquer pourquoi les revenus des 50% des Américains les plus modestes n'ont connu aucune croissance depuis 1980, alors que les revenus des 10% les plus élevés bénéficiaient de fortes progressions (voir cette [étude récente](#)).

Sans tomber dans le triomphalisme (d'autant plus incongru que les défis à relever sont nombreux, à commencer par l'évolution démographique outre-Rhin et la modernisation du système fiscal-social dans l'hexagone), force est de constater que le modèle social, éducatif et économique bâti en France et en Allemagne est plus satisfaisant: ces deux pays ont atteint la plus haute productivité mondiale, aussi élevée que la productivité américaine, mais avec une répartition beaucoup plus égalitaire.

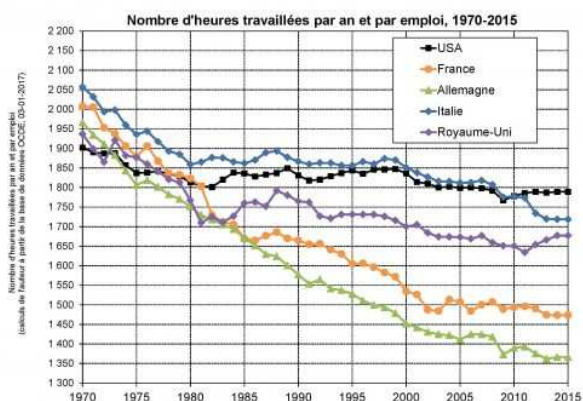
Examinons maintenant le PIB par habitant. On constate qu'il est d'environ 35 000 € par an (un peu moins de 3 000 € par mois) en Europe – un peu plus en Allemagne, un peu moins en France et au Royaume-Uni -, soit environ 25% plus faible qu'aux Etats-Unis (environ 45 000€ par an):



Mais le point important est que ce PIB par habitant plus élevé aux Etats-Unis provient uniquement d'un nombre d'heures travaillées plus élevé, et non pas d'une productivité plus élevée que la France et l'Allemagne. De même, c'est uniquement grâce à de plus longues heures de travail que le Royaume-Uni parvient à compenser sa plus faible productivité et à se hisser au même niveau de PIB par habitant que la France:



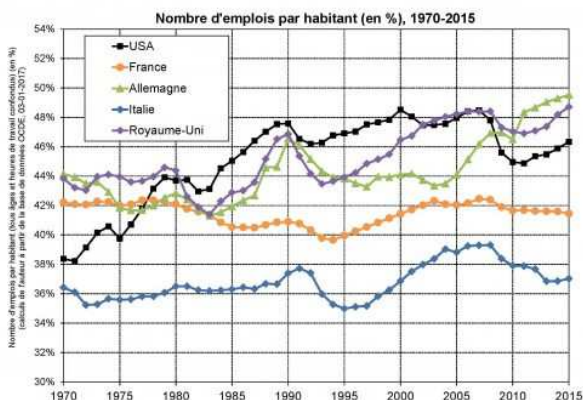
Pour mieux comprendre ces écarts d'heures travaillées, il faut distinguer ce qui relève du nombre d'heures travaillées par emploi et ce qui relève du nombre d'emplois par habitant. Commençons par le nombre d'heures travaillées par emploi :



On constate que la durée annuelle moyenne du travail par emploi est plus faible en Allemagne qu'en France (conséquence d'un plus fort développement du temps partiel, qui n'est pas toujours choisi, mais qui peut être plus satisfaisant que l'absence complète d'emploi). Au-delà de ce léger écart, on constate là encore une certaine proximité entre les trajectoires de la France et de l'Allemagne : ces deux pays ont choisi d'utiliser la très forte croissance des Trente Glorieuses pour réduire sensiblement la durée du travail depuis les années 1960, passant ainsi d'une durée moyenne de près de 2000 heures par an en 1970 (qui correspond grosso modo à 42 heures par semaine pendant 48 semaines par an) à moins de 1500 heures par an aujourd'hui (soit environ 35 heures par semaines pendant 44 semaines par an). A l'inverse, les Etats-Unis et le Royaume-Uni n'ont presque pas réduit leur temps de travail, si bien que les semaines sont restées très longues et les congés payés très réduits (souvent limités à 2 semaines, en sus des jours fériés).

Je ne cherche évidemment pas à prétendre qu'il soit toujours préférable de réduire le temps de travail et d'allonger les vacances, et la question du rythme auquel le temps de travail doit être réduit est un problème éminemment complexe et délicat. Mais il paraît clair que l'un des objectifs de la croissance de la productivité dans le long terme est de permettre de bénéficier de plus de temps pour la vie privée, familiale, culturelle et récréative, et que les trajectoires de la France et de l'Allemagne semblent mieux prendre en compte cet objectif que celles des Etats-Unis et du Royaume-Uni.

Venons en maintenant à ce qui va beaucoup moins bien, à commencer par la faiblesse du taux d'emploi français, dont l'écart avec le taux d'emploi allemand était relativement réduit en 2005 (à peine deux points d'écart : 42 emplois pour 100 habitants en France, 44 en Allemagne), et s'est considérablement creusé depuis la crise (plus de sept points d'écart, avec un taux d'emploi de 42% en France, contre plus de 49% en Allemagne) :

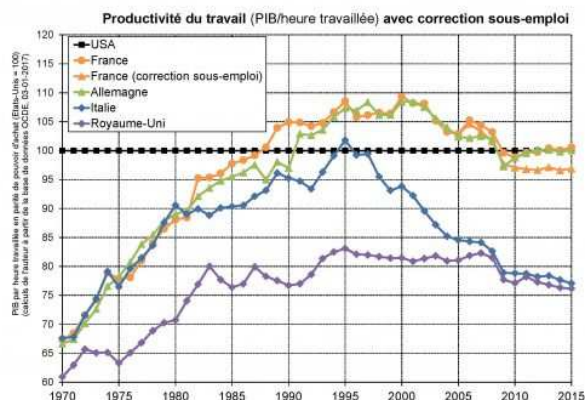


Si l'on décompose ces évolutions par tranches d'âge, on constate que le taux d'emploi des 25-54 ans a toujours été de l'ordre de 80% en France comme dans les autres pays, et que c'est parmi les 15-24 ans et les 55-64 ans que l'écart s'est creusé ces dernières années, au rythme de la progression du chômage.

Je ne reviendrai pas ici sur les multiples raisons de cette faiblesse de l'emploi français. Une part de la responsabilité revient aux très mauvaises politiques budgétaires suivies en zone euro, qui ont provoqué une rechute absurde de l'activité économique en 2011-2013, dont on se remet à peine (la faute en revient avant tout aux gouvernements français et allemands successifs, qui ont conclu un mauvais traité budgétaire en 2012, qu'il est temps de réformer).

Mais il existe également des facteurs spécifiquement français: des spécialisations industrielles moins porteuses qu'en Allemagne, qui a notamment su s'appuyer sur un **plus fort investissement des salariés dans la gouvernance et la stratégie des entreprises**, et un bien meilleur système de formation professionnelle, ce dont la France ferait bien de s'inspirer; un système de financement de la protection sociale qui repose trop lourdement en France sur la masse salariale du secteur privée, ce qui exigerait une **réforme fiscale d'ensemble** qui est sans cesse repoussée (au lieu de cela, on a multiplié les bricolages, comme le CICE, qui n'a fait qu'ajouter une couche de complexité sur un système fiscal-social déjà incompréhensible); un système de retraite illisible et émietté en de multiples régimes, qu'il est **grand temps d'unifier**, notamment pour rassurer les jeunes générations (actuellement notre système de retraites est bien financé – il est le plus coûteux en Europe après le système italien – et en même temps son opacité fait que personne ne comprend rien à ses droits futurs).

Je veux simplement insister sur deux éléments. D'une part, la faiblesse actuelle de l'emploi français implique que les estimations de productivité indiquées plus haut pèchent sans doute par optimisme, car les personnes exclues du marché du travail sont souvent les moins bien formées. De fait, si l'on corrige les séries de productivité en supposant que les heures de travail aient suivi la même évolution qu'en Allemagne depuis 2005, et en faisant l'hypothèse que ces nouveaux emplois aurait eu une productivité horaire 30% plus faible en moyenne que celle des emplois existants, alors on obtient le résultat suivant:

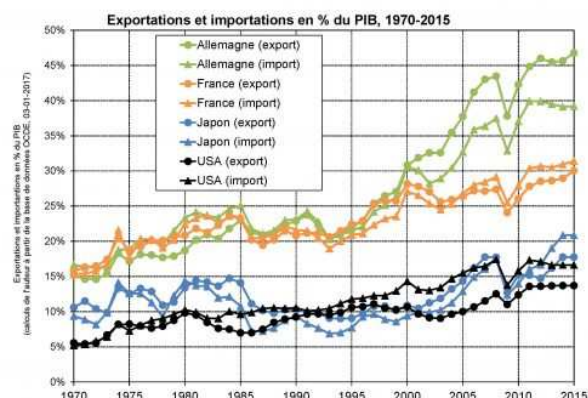


Autrement dit, on constate un certain décrochage de la productivité française de 2000 à 2015. Certes on est encore loin du décrochage italien, et quelles que soient les hypothèses retenues pour prendre en compte le sous-emploi la productivité française reste nettement au-dessus du niveau britannique, et extrêmement proche de l'Allemagne et des Etats-Unis. Il reste que cette tendance est potentiellement inquiétante et doit être combattue si la France souhaite poursuivre dans sa lancée des décennies 1950-1990.

De ce point de vue, le principal échec du quinquennat qui s'achève est la faiblesse de l'investissement éducatif. Cela vaut notamment pour les budgets alloués aux universités et aux autres établissements d'enseignement supérieur, qui ont stagné depuis 2012 (avec une progression nominale microscopique, à peine équivalente à l'inflation), alors que les effectifs étudiants ont progressé de près de 10%. Autrement dit, l'investissement éducatif réel par étudiant a nettement baissé en France de 2012 à 2017, alors même que l'on ne parle que d'économie de l'innovation, de société de la connaissance, etc. Au lieu de perdre du temps dans **des débats mal menés et mal préparés sur la flexibilité du travail**, le gouvernement aurait été bien inspiré de se rappeler que la performance économique à long terme est avant tout déterminée par l'investissement dans la formation.

Le second point sur lequel je voudrais insister est le suivant. Trop souvent, le débat économique sur la France et l'Allemagne se concentre sur la différence de « compétitivité » entre les deux pays, c'est-à-dire sur l'écart entre le déficit commercial français et l'excédent commercial allemand. Or la bonne notion pour juger de la performance économique d'un pays est sa productivité, et non sa « compétitivité », qui est un concept assez bancal. Pour un même niveau de productivité, différents pays peuvent temporairement se retrouver dans des situations totalement différentes en termes de balance commerciale, pour des raisons plus ou moins volontaires. Par exemple, certains pays peuvent choisir d'exporter plus qu'ils n'importent, afin de faire des réserves pour l'avenir sous forme d'actifs détenus à l'étranger. Cela peut se justifier pour un pays vieillissant qui anticipe une baisse de sa population active, et cette explication classique est souvent donnée pour expliquer une partie de l'excédent commercial observé dans des pays vieillissants comme l'Allemagne ou le Japon, par comparaison à des pays plus jeunes comme les Etats-Unis, le Royaume-Uni ou la France, qui peuvent avoir besoin de consommer et d'investir davantage sur leur territoire, ce qui peut occasionner des déficits commerciaux. Mais le point important est que ces situations d'excédent ou de déficit commercial ne peuvent durer qu'un temps et doivent se compenser sur la longue durée. En particulier, cela ne sert à rien d'avoir des excédents commerciaux permanents (cela reviendrait à produire éternellement pour le bénéfice du reste du monde, ce qui n'a aucun intérêt).

Voyons ce qu'il est en pratique:



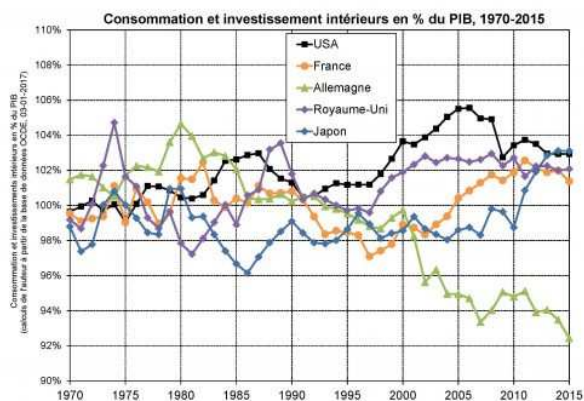
On constate tout d'abord que le niveau général des exportations et des importations (exprimé en % du PIB) a fortement progressé depuis les années 1970 (c'est le phénomène bien connu d'intensification des échanges internationaux et de mondialisation commerciale), et qu'il est beaucoup plus élevé en France et en Allemagne qu'aux Etats-Unis ou au Japon. Cela exprime le fait que les économies européennes sont de plus petite taille et sont beaucoup plus fortement intégrées les unes aux autres, notamment sur le plan commercial.

On notera aussi que les phases d'excédent commercial et de déficit commercial ont en général tendance à se compenser au cours du temps. Par exemple, le Japon était en excédent pendant les années 1990 et les années 2000 (généralement entre 1% et 2% du PIB par an), et connaît des déficits importants depuis 2011 (-3% du PIB actuellement). La France était en excédent commercial chaque année de 1992 et 2004 (typiquement 1%-2% du PIB), et est en déficit depuis 2005 (-1,4% du PIB 2015). Si l'on fait la moyenne sur la période 1980-2015, la France est dans une situation d'équilibre commercial presque parfait: -0,2% du PIB (+0,1% sur 1990-2015). Pour le Japon, on constate que les excédents commerciaux l'emportent (+1,0% sur 1980-2015, +0,6% sur 1990-2015), ce qui explique pourquoi le Japon a accumulé de confortables réserves financières à l'étranger, dans lesquelles il puise actuellement.

Il existe cependant des cas moins équilibrés. Les Etats-Unis sont par exemple en situation de déficit commercial quasi-permanent, avec un déficit moyen de -2,6% du PIB sur la période 1980-2015 (-2,9% sur 1990-2015). La situation d'endettement financier extérieur du pays est cependant moins violemment négative que ce que l'accumulation de déficits commerciaux aurait dû produire, car les Etats-Unis paient un rendement faible sur leurs dettes (grâce à la confiance placée dans leur monnaie et leur régime politique) et obtiennent un rendement élevé sur leurs placements (grâce notamment à leur système financier et leurs banques d'affaires).

Un cas de déséquilibre plus extrême encore, et dans l'autre sens, est celui de l'Allemagne, qui était dans une situation de quasi-équilibre commercial voisine de la France jusqu'en 2000, et qui a connu un excédent commercial moyen de +5,0% du PIB sur la période 2000-2015 (+3,2% sur 1990-2015, +1,7% sur 1980-2015, alors qu'on observe un déficit moyen de -0,9% sur 1980-2000, contre +0,2% pour la France). L'excédent commercial allemand a même dépassé les 6% du PIB depuis 2012, et atteint près de 8% du PIB en 2015.

Concrètement, cela signifie qu'une part très significative des biens et services produits en Allemagne ne sont ni consommés ni investis en Allemagne: ils sont consommés et investis dans le reste du monde. Une autre façon – parfaitement équivalente – de se représenter l'ampleur du déséquilibre consiste à calculer ce que représentent la consommation et l'investissement intérieurs (c'est-à-dire réalisés sur le territoire du pays considéré) en pourcentage du produit intérieur brut (c'est-à-dire la production de biens et services réalisée sur ce même territoire):



Un ratio supérieur à 100% signifie qu'un pays consomme et investit plus qu'il ne produit, autrement dit qu'il est en déficit commercial. A l'inverse un ratio inférieur à 100% est simplement la contrepartie d'un excédent commercial. Pour la plupart des pays, ce ratio est en moyenne très proche de 100%. Pour l'Allemagne, au contraire, le ratio chute à 92% en 2015, ce qui est totalement inédit dans l'histoire économique.

Pour résumer: la France et l'Allemagne ont des productivités voisines, mais utilisent de façons très différentes leur haute productivité. A chaque fois que la France produit 100 unités de biens et services elle en consomme et en investit entre 101 et 102 unités sur son territoire ces dernières années. A l'inverse, à chaque fois que l'Allemagne produit 100 unités, elle n'en consomme et investit que 92 unités. L'écart peut sembler mince, mais dès lors qu'il se reproduit chaque année il engendre des déséquilibres financiers et sociaux d'une ampleur considérable, qui menacent aujourd'hui de faire exploser l'Europe.

Comment en est-on arrivé là, et que peut-on faire? Il faut d'abord préciser que si le vieillissement et le déclin démographique allemands peuvent expliquer un certain niveau d'excédent commercial par la nécessité de faire des réserves pour l'avenir, cela ne peut pas suffire à rendre compte rationnellement d'excédents aussi gigantesques. La vérité est que cet excédent commercial n'est pas véritablement un choix: il résulte de décisions décentralisées prises par des millions d'acteurs économiques et de l'absence de mécanisme correcteur adéquat. Pour simplifier: il n'existe pas de pilote dans l'avion, ou tout du moins les pilotes disponibles ne sont pas très précis.

Après l'unification, les gouvernements allemands ont eu très peur d'un décrochage économique du « site de production allemand »: ils se sont engagés dans des politiques de gel des salaires afin de gagner en compétitivité, et sans doute ont-ils été beaucoup trop loin dans cette direction. Dans le même temps, l'entrée des pays d'Europe centrale et orientale dans l'Union Européenne ont permis aux entreprises allemandes une intégration extrêmement poussée et avantageuse avec ces nouveaux territoires. On le voit notamment avec l'explosion du niveau général des importations et des exportations, qui étaient très proches du niveau français en 2000 (autour de 25%-30% du PIB), et qui en 2015 atteignent 40%-45% du PIB en Allemagne (contre 30% en France; voir graphique plus haut).

L'excédent commercial qui a résulté de tout cela n'était sans doute pas entièrement prévisible, et doit beaucoup à la contingence. Il illustre à sa façon la puissance des forces économiques mises en jeu dans la mondialisation, que la puissance publique n'a pas encore appris à réguler correctement.

Il faut également insister sur le fait qu'il n'existe tout simplement aucun exemple dans l'histoire économique (tout du moins pas depuis que les statistiques commerciales existent, c'est-à-dire depuis le début du 19e siècle) d'un pays de cette taille qui connaisse durablement un tel niveau d'excédent commercial (pas même le Japon ou la Chine, qui n'ont le plus souvent pas dépassé 2%-3% d'excédent commercial). Les seuls exemples de pays connaissant des excédents commerciaux s'approchant de 10% du PIB sont des pays pétroliers avec une population relativement faible, et dont le PIB est beaucoup plus faible que celui de l'Allemagne.

Un autre indice du fait que les excédents allemands sont objectivement excessifs tient aux mauvais placements extérieurs réalisés par les entreprises et le système financier: à l'inverse des Etats-Unis, les actifs financiers accumulés par l'Allemagne dans le reste du monde sont beaucoup plus faibles que ce que l'addition des excédents commerciaux aurait dû produire.

La solution aujourd'hui serait bien sûr de relancer les salaires, la consommation et l'investissement en Allemagne, dans le système éducatif comme dans les infrastructures, ce qui malheureusement se produit beaucoup trop lentement. Il y a là une immense responsabilité des dirigeants allemands, qui ont d'autres qualités (notamment dans leur politique d'accueil des migrants), mais qui sur ce point essentiel n'ont pas correctement expliqué les enjeux à leur opinion publique, et ont même eu tendance à présenter l'excédent commercial comme un objet de fierté nationaliste, voire comme une preuve de la vertu allemande, ce qui n'est tout simplement pas le sujet. La tendance allemande à donner des leçons au reste de l'Europe, et à expliquer que tout irait pour le mieux si tout le monde copiait l'Allemagne, est logiquement absurde: si chaque pays de la zone euro faisait un excédent commercial de 8% du PIB, il n'y aurait personne au monde pour absorber un tel excédent (il n'existe sur la planète aucun pays de la taille de la zone euro – en termes de PIB – prêt à faire un déficit commercial de 8%). Cette dérive irrationnelle est malheureusement l'un des risques de la mondialisation et la concurrence exacerbée entre pays: chacun cherche d'abord à trouver sa niche et à sauver sa peau.

Heureusement il existe d'autres forces en jeu, en particulier l'attachement à l'idée européenne. Si les autres pays, à commencer par la France, l'Italie et l'Espagne (soit au total 50% de la population et du PIB de la zone euro, contre 27% pour l'Allemagne) formulent une proposition précise de refondation démocratique de la zone euro, avec à la clé une relance économique et un moratoire sur les dettes publiques, décidés démocratiquement dans une chambre parlementaire commune, alors je suis persuadé qu'un compromis peut encore être trouvé. Mais il est peu probable que la solution viendra d'Allemagne, et que tout cela se fera en douceur. Un bras de fer démocratique est sans doute nécessaire. Espérons simplement qu'il ne passera pas par des chocs trop violents, dont personne ne peut feindre d'ignorer après le Brexit jusqu'où ils peuvent nous mener.

Je veux terminer sur une note positive: si on les compare aux Etats-Unis, au Royaume-Uni, et plus encore aux autres parties du monde, alors la France et l'Allemagne ont beaucoup en commun. Ces deux pays ont su bâtir, dans les décennies qui ont suivi l'abîme auto-destructeur des années 1914-1945, des institutions et des politiques qui ont permis de développer les économies les plus sociales et les plus productives de la planète. La France et l'Allemagne ont encore de grandes choses à faire ensemble pour promouvoir un modèle de développement équitable et durable. A condition de ne pas sombrer dans des comparaisons erronées qui empêchent d'avancer et de se tourner vers l'avenir, et d'accepter l'idée que chacun a encore beaucoup à apprendre de l'autre et de l'histoire.

Farhad Khosrokhavar ou l'intuition du djihad

Le sociologue franco-iranien, spécialiste des phénomènes de radicalisation, est un pionnier de l'étude des mécanismes socioreligieux à l'œuvre dans le terrorisme actuel.

LE MONDE IDEES | 05.01.2017 à 16h18 • Mis à jour le 06.01.2017 à 06h37 | Par [Elise Vincent](#)



Il faut déjà réussir à prononcer son nom au téléphone. Lui écrire ensuite, sans se tromper sur l'emplacement des « h ». Puis espérer qu'il veuille bien vous recevoir. Farhad Khosrokhavar est un sociologue rare : il rejette autant la lumière que sa spécialité l'attire. Sa science est celle des phénomènes de radicalisation, le « martyrisme ». Mais à l'heure où travailler sur le djihad place rapidement sous le feu des projecteurs, il reste un expert en « islam radical » dédaigneux des médias. Un quasi-rétif à l'exercice qui, confesse-t-il, tire bien plus de « *narcissisme* » dans ses écritures, à son bureau de la Fondation Maison des sciences de l'homme, à Paris, où il dirige l'Observatoire des radicalisations.

IL A PUBLIÉ UN DES PREMIERS OUVRAGES SUR LA RADICALISATION ET LE DJIHADISME *HOMEGROWN* (LOCAL) QUINZE JOURS AVANT L'ATTAQUE CONTRE *CHARLIE HEBDO*, EN JANVIER 2015

L'homme est toutefois bien plus qu'un récalcitrant cathodique. Peu le savent, parce que c'est – à 68 ans – le premier portrait auquel il se prête. Mais tous ses confrères du petit monde des sciences sociales l'admettent volontiers : cet ancien élève du sociologue Alain Touraine est avant tout l'austère et incontesté pionnier français des mécanismes socioreligieux du terrorisme actuel. Un dérangeant, qui a eu la prescience de publier un des premiers ouvrages sur la radicalisation et le djihadisme *homegrown* (local) quinze jours avant l'attaque contre *Charlie Hebdo*, en janvier 2015 (*Radicalisation*, Maison des sciences de l'homme, décembre 2014). Il y a quelques mois, Farhad Khosrokhavar a ainsi rejoint le cercle restreint des quinze chercheurs du tout nouveau Conseil de la stratégie et de la prospective, du ministère de l'intérieur.

Sous pseudonyme

Comment ce sourcilieux gardien de sa « *marginalité* » – c'est son expression – s'est-il intéressé, avant tout le monde, à ce que l'on n'appelait pas encore « djihadisme » ? Une grande part de cet avant-gardisme se trouve dans son Iran natal. Avant de débarquer en France, en 1968, pour ses études de sociologie, puis d'aller jusqu'à une thèse soutenue en 1976 sous le soleil de Montpellier – un soleil qui ressemble farouchement, dit-il, à celui de Téhéran –, Farhad Khosrokhavar a été élevé dans une famille bourgeoise « *sécularisée* ». Son père était médecin généraliste, sa mère sage-femme. Il n'a gardé aucun accent de ses vingt premières années. Mais c'est bien en Iran, où il revient après sa thèse et se plonge à partir de 1979 dans le mouvement des bassidjis de la révolution, que va naître son expertise.

Toute une génération de jeunes gens est alors enrôlée par l'ayatollah Khomeyni pour servir de troupes de combat dans la guerre Iran-Irak. Une jeunesse souvent populaire, promise au sang, chair à canon malléable. Une génération prête à mourir en martyr pour défendre l'idéal de la révolution qu'elle sait malgré tout voué à l'échec. Anachronique aujourd'hui, cette forme de « djihad » chiite lui apparaît dès lors fondatrice.

SES ÉTUDES PIONNIÈRES RESTERONT LONGTEMPS CONFIDENTIELLES : EN IRAN, JUSQU'EN 1986, FARHAD KHOSROKHAVAR EST CONTRAINT D'AVANCER DANS LA SEMI-CLANDESTINITÉ.

Ses études pionnières resteront longtemps confidentielles : en Iran, jusqu'en 1986, Farhad Khosrokhavar est contraint d'avancer dans la semi-clandestinité. Il est maître de conférences dans un institut de recherche mais doit publier ses travaux sous divers pseudonymes dans des revues telles que *Peuples méditerranéens*, du sociologue Paul Vieille (1922-2010). Jusqu'à ce qu'il soit repéré par les Etats-Unis, où il obtient en 1990 une bourse de la Fondation Rockefeller.

Ce n'est qu'en 1995 que paraîtra à Paris, aux éditions L'Harmattan, son ouvrage *L'Islamisme et la mort. Le martyr révolutionnaire en Iran*. « *On ne comprenait pas alors que j'associe la mort à des choses aussi importantes que l'islam* », se souvient-il. Depuis 1991, il a intégré grâce au soutien d'Alain Touraine l'Ecole des hautes études en sciences sociales (EHESS), où il finira directeur d'études.

Bosseur acharné, curieux infatigable, il séduit vite ses confrères. C'est Françoise Gaspard, la première, qui va le sortir de son champ initial pour l'ouvrir aux banlieues françaises. La militante féministe l'entraîne dans les quartiers de Dreux (Eure-et-Loir), où elle a été maire socialiste de 1977 à 1983. De ce travail de terrain sortira un nouveau livre précurseur.

Distance pragmatique, empathie raisonnée

Se concentrant sur la question des femmes, Farhad Khosrokhavar se dit alors « *étonné* » de voir certaines d'entre elles porter le voile en France. A l'époque, on dit encore « *foulard* ». L'ouvrage, coécrit avec Françoise Gaspard, est d'ailleurs intitulé *Le Foulard et la République* (La Découverte, 1995). Lui qui se bat pour que la femme iranienne puisse l'enlever va toutefois arriver à une conclusion radicalement différente pour la France. Le voile, ici, conclut-il au terme de nombreux entretiens, n'est absolument pas « *l'expression d'une imposition par les frères et les maris* ». « *Le vrai républicanisme ne consiste pas à ôter le foulard, mais à faire en sorte que ces femmes soient des républicaines en foulard* », résume-t-il aujourd'hui. Ire des milieux féministes.

C'est sans doute là que Farhad Khosrokhavar construit sa marque de fabrique : un mélange de distance pragmatique et d'empathie raisonnée pour les deux contre-modèles que sont, à ses yeux, la France et l'Iran. L'omnisciente théocratie iranienne versus l'omniprésente république laïque. « *Le religieux en Iran, comme la république en France, fonctionnent telles des valeurs sacrées, même si, bien entendu, la France est une démocratie* », dit-il. De ce constat, il tire souvent des analyses complexes, nuancées. Un goût pour le « *gris* » indispensable « *afin que le réel reprenne le dessus* ».

L'étude du port du foulard le conduit progressivement à s'intéresser aux phénomènes plus larges de violence et de « radicalisation » en banlieue. Il arpente en tous sens Bobigny, La Courneuve, le quartier du Neuhof à Strasbourg et Roubaix-Tourcoing. Michel Wieviorka, élève comme lui d'Alain Touraine et soutien indéfectible, se débrouille pour lui trouver des financements. En 1997, Farhad Khosrokhavar publie *L'Islam des jeunes* (Flammarion) et parle de la naissance d'un islam « *néocommunautaire* ». « *On ne disait pas encore "salafisation"* », résume-t-il.

L'islam en prison

Il n'est pas le seul à cette époque à s'intéresser à l'islam en banlieue. Le politologue Gilles Kepel, lui aussi, est dans les parages. Mais ils sont parmi les pionniers. « *Farhad Khosrokhavar a dès le début pensé que la*

catégorie “musulman” était plus importante que le mot “immigré” », souligne Michel Wieviorka. A l'époque, en effet, on observe plutôt les « banlieues » au prisme de l'accès à la citoyenneté, du droit des étrangers ou de l'intégration de classe, à commencer par celle des ouvriers. Un biais qui durera jusqu'au milieu des années 2010. Mais pour Farhad Khosrokhavar, la véritable prescience du phénomène actuel du djihad survient quand il découvre le monde carcéral : une reproduction en concentré, estime-t-il, de toutes les tensions montantes de la société, religieuses comme ethniques.

DE LA MÊME FAÇON QUE LE FOULARD L'A HEURTÉ DANS LES ANNÉES 1990, LA SURREPRÉSENTATION DES « JEUNES DES CITÉS » EN DÉTENTION SE RÉCLAMANT D'UN ISLAM IDENTITAIRE L'INTERPELLE.

Il fait ce pas de côté au détour d'une rencontre avec un groupe de chercheurs britanniques qui veulent se lancer dans une étude comparative sur l'islam en prison entre France et Royaume-Uni. C'est le début des années 2000. Il rejoint le projet. De la même façon que le foulard l'a heurté dans les années 1990, la surreprésentation des « jeunes des cités » en détention se réclamant d'un islam identitaire l'interpelle.

Il publie alors le premier livre en France sur l'islam en prison (*L'Islam dans les prisons*, Balland, 2004). C'est au détour de ce travail qu'il construit les premières estimations chiffrées de cette surreprésentation. Emotion d'une partie de la communauté des chercheurs, frileuse sur ces statistiques ethniques si encadrées en France. Il file aux Etats-Unis comme *visiting fellow*, à Yale et à Harvard, où le djihad est un sujet qui intéresse depuis bien plus longtemps.

La jonction entre ses premières recherches en Iran sur les bassidjis et le djihad actuel se produit dans la foulée. Lorsqu'il publie *Quand Al-Qaïda parle* (Grasset, 2006), un ouvrage né d'entretiens avec des détenus condamnés pour association de malfaiteurs en vue d'une entreprise terroriste, l'organisation Etat islamique n'existe pas encore. Il s'attache à essayer de définir des profils sociologiques, psychologiques. « *C'était de l'islamisme ostentatoire, très différent de l'islamisme caché que l'on peut rencontrer aujourd'hui* », décrypte-t-il avec le recul.

Approche décomplexée

Cette intuition avant tout le monde de la notion de *taqiya* (dissimulation de la foi), sa description précoce de détenus renonçant à la prière du vendredi, se rasant la barbe pour éviter d'être étiquetés, lui vaut aujourd'hui l'écoute attentive du monde pénitentiaire. Alors que l'administration des prisons se questionne depuis longtemps sur le rapport au religieux, l'accès au halal ou à la prière, l'approche décomplexée de Farhad Khosrokhavar – « *très courageuse* », dit Michel Wieviorka – fait du bien en interne.

« *C'est sans doute lié à ses origines, mais il se permet un regard qui aurait été autrefois systématiquement taxé d'islamophobe. Or cette vision critique de l'extrémisme religieux n'a commencé à être portée qu'après l'attaque de Charlie Hebdo, et surtout après les attentats du 13 novembre 2015* », estime un cadre pénitentiaire. « *Sa rigueur intellectuelle le sauve toujours* », abonde le politologue spécialiste de l'islam Olivier Roy, dont il est très proche et qui s'est beaucoup inspiré de ses travaux pour son livre *Le Djihad et la mort* (Seuil, 2016).

Depuis septembre 2016, Farhad Khosrokhavar est un jeune retraité. Il prépare encore un ouvrage, gigantesque, sur le djihadisme européen. A bientôt 70 ans, il réfléchit toutefois à tourner la page. Aucun syndrome du prophète incompris chez lui. Plutôt la sensation d'avoir bientôt fait le tour de son sujet. Il préférerait désormais qu'on s'intéresse à sa passion pour la phénoménologie pure – avant la sociologie, il a fait une thèse avec le philosophe Michel Henry. « *L'émergence d'une religiosité mortifère a été l'innovation majeure de l'islamisme radical* », conclut-il. Reste à trouver l'antidote. Il veut croire qu'elle est en partie dans ses livres.

Elites françaises : enquête sur un monde clos

Au pays de la méritocratie républicaine, l'accès aux plus hautes fonctions dépend toujours de l'origine sociale. Historiens, sociologues et politologues décryptent les mécanismes à l'œuvre.

LE MONDE IDEES | 05.01.2017 à 16h06 • Mis à jour le 06.01.2017 à 06h40 | Par Raphaëlle Rérolle



Entre-soi, cupidité, égoïsme, incompétence... Pas un jour sans que les élites soient accusées de tous les maux. Depuis le krach financier de 2008, la critique flambe et prend de l'ampleur dans la plupart des pays démocratiques. L'histoire n'est pas nouvelle : les grands ébranlements ont en commun de fragiliser l'ordre social, ou du moins de le secouer.

Dans leur sillage, les responsables politiques et économiques sont mis en cause pour n'avoir pas su garantir la stabilité, la prospérité ou la paix. Voyez, dit-on, ils étaient aux commandes et ils ont failli. C'est déjà ce qui s'était produit au lendemain de la première guerre mondiale : la France et surtout l'Allemagne avaient alors enregistré une flambée d'anti-élitisme. Dans tous les cas, ces poussées d'hostilité font le lit du populisme.

Un groupe fermé

La France d'aujourd'hui n'échappe pas à ce procès en illégitimité, dont on entend des échos un peu partout. Mais l'affaire prend un caractère particulier dans un pays en équilibre sur une ambiguïté : on y cultive la « *passion de l'égalité* », pour reprendre l'expression de Tocqueville, alors que l'élitisme constitue l'un des fondements de la République. Le problème ne serait pas que ces élites existent – c'est le lot de presque toutes les sociétés –, mais qu'elles se comportent en oligarchie, un groupe fermé accaparant le pouvoir. « *Je crois à l'élite, à condition qu'elle soit ouverte et renouvelée* », a déclaré, dans *Le Monde* daté du 18 janvier 2016, la ministre de l'éducation nationale, Najat Vallaud-Belkacem. Alors justement, qui sont-elles, ces élites françaises, comment se forment-elles, se transforment-elles et participent-elles à la démocratie ?

Le mot « élite » lui-même, glissant comme une savonnette, a une longue histoire et un périmètre variable. Admettons qu'il désigne un nombre limité d'individus dont les décisions, dans les domaines économique et politique, retentissent sur la vie du plus grand nombre. « *Le système mis en place sous la III^e République était clairement élitiste*, explique François-Xavier Dudouet, sociologue au CNRS, spécialiste des questions politiques et morales. *Il visait à produire une noblesse républicaine. L'école laïque, publique et obligatoire devait, in fine, sélectionner les meilleurs, ceux qui étaient aptes à gouverner.* » Cet idéal sera largement diffusé, y compris au-delà des frontières, par la pensée d'Auguste Comte.

Jusqu'à l'aube des années 1930, le terme jouit encore d'une connotation positive. Mais la première guerre mondiale est passée par là, les classes dirigeantes portent la responsabilité d'une épouvantable boucherie. Peu à peu, une contestation prend forme, qui sera relayée par la pensée marxiste. Mais une partie de ceux qui portent cette critique sont eux-mêmes le produit des grandes écoles, par exemple Jean-Paul Sartre ou Louis Althusser et ses disciples dans les années 1960.

LE SYSTÈME DYSFUNCTIONNE DÈS LE PRIMAIRE, MONTRENT LES ENQUÊTES PISA MENÉES PAR L'OCDE : EN FRANCE, NON SEULEMENT L'ÉCOLE NE COMPENSE PAS LES INÉGALITÉS SOCIALES, MAIS ELLE A TENDANCE À LES AGGRAVER

C'est qu'en France l'élitisme a la vie dure. Les Français peuvent détester les élites en place, mais renoncer à en avoir ou, encore mieux, à en faire partie, jamais. Et cela tombe bien, car tout concourt à en fabriquer une, quels que soient les pouvoirs en place. Sauf que le système dysfonctionne dès le primaire, comme le montrent les enquêtes PISA menées par l'OCDE : en France, non seulement l'école ne compense pas les inégalités sociales, mais elle a tendance à les aggraver. Pourtant, comme le constate l'économiste Eric Maurin, les études de l'OCDE comparant les revenus des enfants à ceux de leurs parents montrent que la mobilité sociale est plutôt meilleure en France qu'aux États-Unis, au Royaume-Uni ou en Italie. Pour la population prise dans son ensemble, l'ascenseur social marche un peu moins mal que dans les pays en question.

Mais, au sommet, c'est une autre paire de manches. Car tout en haut, un système typiquement hexagonal, celui des grandes écoles, produit un petit nombre d'éléments sur-sélectionnés qui occuperont les postes les plus en vue au sein de l'administration, de la politique, de l'économie. A l'origine, ces établissements, qui n'existent pas chez nos principaux voisins, devaient permettre de moderniser la société. L'Etat avait besoin d'experts. Mais, au fil du temps, ils sont devenus un vivier alimentant aussi bien le privé que le public.

Dans une étude de 2010, François-Xavier Dudouet et l'historien Hervé Joly montrent que les diplômés des grandes écoles occupent massivement les directions des entreprises du CAC 40. Parmi ceux-ci, les anciens de Polytechnique, de HEC et de l'ENA ont conquis 45 % des places, souvent les plus prestigieuses. Et, même à ce niveau, le processus d'écumage joue encore : ceux qui sont sortis dans les « grands corps » (pour l'ENA, l'inspection des finances par exemple) décrochent le pompon.

Capital culturel

Jusqu'à là, en théorie, pas de problème. Après tout, c'est la méritocratie qui est censée être aux commandes, dans la tradition républicaine du « *respect de l'intelligence et de la raison* » décrite par le politologue Olivier Costa. Sauf que le mérite n'est pas une donnée brute. « *En théorie, le système est égalitaire, les enfants venus de tous les horizons socio-économiques peuvent accéder au sommet*, ajoute-t-il. *Mais en réalité, les mécanismes de sélection ne le sont pas.* » Les facteurs purement économiques sont un élément essentiel de réussite, mais le capital culturel a également une importance fondamentale.

Comme l'a montré Pierre Bourdieu, le capital culturel reçu (ou non) par un individu intervient largement autant que son intellect dans sa destinée professionnelle et sociale. Le fait de maîtriser les codes de politesse et le parler des classes dites supérieures, ses habitudes vestimentaires, mais aussi de pratiquer certains sports, d'avoir certains loisirs, de posséder une culture générale ad hoc, tout cela donne des chances supplémentaires, alors que ces savoirs ne font l'objet d'aucun apprentissage systématique à l'école.

D'APRÈS UNE NOTE DU MINISTÈRE DE L'ÉDUCATION NATIONALE DATANT DE 2011, 50 % DES ÉLÈVES DE CLASSES PRÉPARATOIRES AVAIENT UN PÈRE CADRE SUPÉRIEUR OU PROFESSION LIBÉRALE

Sans parler des langues étrangères et notamment de l'anglais, discipline très dépendante de séjours linguistiques qui ne sont pas à la portée de toutes les familles. Le grand tamis se met en place bien avant l'arrivée dans les grandes écoles : d'après une note du ministère de l'éducation nationale datant de 2011, 50 % des élèves de classes préparatoires avaient un père cadre supérieur ou profession libérale. Soit le même chiffre, à 1 % près, que dix ans auparavant. La machine à fabriquer de l'entre-soi tourne à plein régime.

Pour Paul Lagneau-Ymonet, sociologue et enseignant à l'université Paris-Dauphine, c'est une évidence : les bonnes notes et la meilleure volonté du monde ne suffisent pas. « *Au niveau master, observe-t-il, on fait entrer en ligne de compte des compétences acquises en famille. On a beau faire un effort pour attirer*

des élèves issus de lycées de banlieue, si on ne change pas les modalités d'admission, rien ne bouge vraiment. » Quand Sciences Po Paris a mis en place, en 2001, un concours d'entrée séparé pour des jeunes gens venant des zones d'éducation prioritaire, l'initiative a provoqué un tollé. Chaque année, entre 50 % et 70 % des admis viennent de catégories socioprofessionnelles défavorisées, soit environ 10 % de chaque promotion.

Encore faut-il que ces étudiants puissent s'en sortir professionnellement à l'issue de leurs études. Dans une note de 2011, le sociologue Vincent Tiberj l'assure : les élèves recrutés dans le cadre des conventions d'éducation prioritaire ont la même réussite sur le marché de l'emploi que tous les diplômés de Science Po Paris. Mais le constat ne vaut pas pour l'ensemble des établissements.

Un autre sociologue, Paul Pasquali, a étudié le parcours d'une cohorte d'élèves qui suivaient une classe préparatoire spécifique en région pour accéder, notamment, aux Instituts d'études politiques. « *Les difficultés scolaires sont rattrapables, souligne-t-il, mais une fois sur le marché du travail les entreprises ne recrutent pas seulement sur le diplôme. Le non-scolaire reprend ses droits, alors même que les boursiers ont tout misé sur le jeu scolaire. Par ailleurs, le carnet d'adresses compte : un bon réseau donne accès aux bons stages.* » Enfin, un niveau de revenu suffisant permettra d'attendre que le bon job se présente, éventuellement en allant passer quelque temps à l'étranger pour élargir son horizon. Pour le sociologue François Denord, « *les dés sont pipés dès le début* ».

La montée du monde économique

Il est certes possible d'intégrer une grande école quand on est issu d'un milieu modeste, mais ces réussites demeurent exceptionnelles. A cet égard, les origines sociales des étudiants de l'ENA sont édifiantes : entre 2009 et 2011, sur 81 élèves, quatre avaient un parent ouvrier et 13 un parent employé. Au total, 12 % des 139 parents étaient issus des catégories populaires, alors que celles-ci représentent plus de la moitié des actifs. Les enfants d'ouvriers représentent 8 % des effectifs des écoles de commerce, mais seulement 2,5 % de ceux de la plus prestigieuse, HEC. « *La naissance reste, en France, l'une des principales conditions de l'accès aux positions de pouvoir* », écrivent Paul Lagneau-Ymonet et François Denord dans *Le Concert des puissants* (Raisons d'agir, 2016).

Les stratégies des classes aisées pour contourner la carte scolaire afin d'envoyer leurs enfants dans les établissements les plus cotés (ou les moins agités, c'est selon) ne font évidemment qu'aggraver le problème. Une fois que les rangs se sont éclaircis, les comportements matrimoniaux viennent parachever la constitution d'une caste homogène. Comme le montre [un article de Milan Bouchet-Valat paru dans la Revue française de sociologie en 2014](#), « *l'endogamie s'est affaiblie pour la quasi-totalité des groupes, comme l'importance des dimensions de l'espace social dans le choix du conjoint (...). Seule l'endogamie des diplômés des grandes écoles s'est renforcée* ».

Quant à la morphologie de ces élites, elle est d'une étonnante stabilité. [En étudiant l'annuaire Who's Who in France](#), supposé regrouper les « meilleurs talents » du pays, François Denord et Paul Lagneau-Ymonet ont trouvé une population un peu plus féminine, un peu plus internationale, mais toujours dominée par les hommes, blancs et vieux de préférence. Une chose, pourtant, a profondément changé : l'importance du monde économique dans la composition des élites contemporaines.

Jusqu'à la fin des années 1960, les élites mêlaient de manière équilibrée des individus venus de la politique, de la haute administration et de l'économie. Mais, à partir des années 1980, les choses changent : le monde économique prend l'avantage et, plus encore, celui de la finance. « *En France, constatent François Denord et Paul Lagneau-Ymonet, c'est l'époque où on a réformé les marchés financiers. Dans le même temps, le périmètre de l'Etat s'est rétréci, avec les privatisations de 1986-1988. En Europe, le marché unique renforçait l'ordre néolibéral. De plus en plus, la politique était assujettie à l'économie.* » La preuve : si

la majorité des énarques continuent de servir l'Etat, une partie des meilleurs « pantouflent » vers le privé – et de plus en plus tôt.

Connivence

L'une des caractéristiques des élites est qu'à un certain niveau les positions de pouvoir sont presque interchangeables. « *Leurs membres circulent du politique à l'économique ou l'inverse*, souligne le sociologue et juriste Pierre Lascoumes. *L'exercice du pouvoir va de pair avec la mobilité.* » Les cercles du pouvoir se mêlent, se rencontrent dans des lieux particuliers – les clubs par exemple – et s'influencent mutuellement. « *Les milieux économiques ont exercé une forte influence sur les politiques en faveur de la dérégulation des marchés* », rappelle ainsi Catherine Colliot-Thélène, professeure de philosophie politique. Les pressions de l'économie sur le politique ont toujours existé, mais elles se sont accentuées, notamment par l'intermédiaire des lobbys. Au point qu'on peut se demander si certaines structures de décision ne sont pas happées par des groupes d'intérêt.

La connivence est si grande qu'elle peut conduire à étouffer des affaires délictueuses, d'autant que les élites « *ne se perçoivent même pas forcément comme transgressives*, insiste Pierre Lascoumes, auteur, avec Carla Nagels, de *Sociologie des élites délinquantes. De la criminalité en col blanc à la corruption politique* (Armand Colin, 2014). *Comme si leur contribution au bien commun les dispensait de suivre les règles, ou que ces transgressions constituaient une rémunération symbolique supplémentaire* ».

Quelles que soient les évolutions en cours à un moment donné, les reconfigurations se font toujours à l'intérieur d'une bulle plus ou moins étanche. Cette évolution ne relève pas d'une stratégie consciente, mais d'une uniformité d'origines et de formation qui crée des comportements convergents. Comme le remarque François Denord, paraphrasant Marx : « *C'est l'héritage qui fait l'héritier.* » Mais quand les inégalités s'aggravent, quand les partis et les syndicats qui assuraient un rôle de médiation sont affaiblis, le fossé qui sépare la base du sommet risque de devenir vertigineux. Au début du XX^e siècle, Vilfredo Pareto, le sociologue italien qui fut l'un des premiers à s'intéresser au concept d'élites, ne s'y trompait pas : il voyait l'Histoire comme un cimetière d'aristocraties n'ayant pas su se renouveler.

Das Dorf über den Wolken

Von MICHAEL ASHELM

Im Bergdorf La Grave hat sich eine freie, schroffe Skiwelt erhalten. Hippies und Investmentbanker lieben das. Jetzt beginnt ihr letzter Kampf um das Tiefschneeparadies. Sie wollen verhindern, dass ein Touristikkonzern eindringt.



Gemütlich knistert das Feuer im Kamin. Joost Van Zundert stellt die Tassen mit Kaffee auf den Tisch und fängt an zu erzählen. Über die von ihm ins Leben gerufene Initiative, die so viele Leute hier bewegt. „Wir werden weitermachen“, sagt er. Wer im Wohnzimmer des Belgiers sitzt und aus dem Panoramafenster des Holzhauses schaut, den fesselt aber erst einmal die Gegenwart: die Sicht auf die fast viertausend Meter hohe Granitwand, die sich da erhebt. La Meije, die Königin der Alpen – ein monumentaler Anblick. Der Berg hat eine von wilder Natur geprägte, für Flachländer aber doch einschüchternde und abschreckende Erscheinung. Eis und Schnee bedecken die Flanken. Wenn die Sonnenstrahlen nicht darauf fallen, schimmert der Gigant aus Felsen in kalten Blaugrautönen.

Van Zundert fürchtet, dass dieses kühle Kleinod bald vergeht. Er fürchtet, dass es bald dahin sein könnte mit dem Mythos dieses einmaligen Skiortes und seiner Schönheit. Neue Bauprojekte, ein ausufernder Tourismus, rasant steigende Preise und letztendlich die unkalkulierbare Strategie eines großen Konzerns könnten dieses Paradies gefährden. „Ich bin gegen den Ausverkauf von La Grave auf Kosten der Ursprünglichkeit. Wir wollen hier Menschen, welche die Natur respektvoll behandeln. Daran darf sich nichts ändern“, sagt Van Zundert.



© GettyLa Grave ist eines der schönsten Dörfer Frankreichs.

Der in Jeans und Wollpulli gekleidete Mittvierziger ist gewiss kein Öko-Fundamentalist. Auch mit verblendeten Globalisierungsgegnern kann er nichts anfangen. Van Zundert ist Manager, oft auf Messen unterwegs, tätig für Unternehmen in der ganzen Welt. Er verkauft Trennmittel in der Kunststoffindustrie. Vor zwölf Jahren kam der Antwerpener das erste Mal nach La Grave zum Skifahren. Er wurde sesshaft, pachtete zeitweise ein Hotel, dann hat er hier eine Familie gegründet und das Holzhaus in der Ansiedlung Ventelon oberhalb von La Grave gebaut. Sein Sohn geht in die Grundschule des Ortes. Wenn Van Zundert Geschäftstermine wahrnimmt, fährt er meist die etwas mehr als zwei Stunden mit dem Auto zum Flughafen nach Turin – über zwei Gebirgspässe und die Grenze nach Italien. Grenoble ist schneller zu erreichen, in einhundertachtzig Kilometer Entfernung kommt Lyon.



© Picture-AllianceOberes Tal der Romanche mit dem Ort La Grave und dem Bergmassiv La Meije (3983 m).

La Grave liegt auf einem Vorsprung des Écrins-Massivs in den südwestlichen Alpen. Das Bergdorf gilt als exotischstes Skigebiet der Welt, es verfügt in der Szene über einen legendären Ruf. Es ist ein Eldorado für Freerider, die überbordenden Luxus ablehnen und den puren Genuss in ungezähmter Natur suchen. Diese Leute mögen keine plattgewalzten Pistenautobahnen, keine Fahrverbote im Tiefschnee, keine Hütten-Disco, keinen Après-Rummel und keine Fünf-Sterne-Wellnessbunker. Urlauberhorden und überfüllte Lifte finden sie abstoßend.

Die ambitionierten Skifahrer kommen aus der ganzen Welt, und im Sommer sind es Biker, Kletterer und Paraglider. Einige der La-Grave-Jünger sind – wie Van Zundert – irgendwann hängengeblieben. Die Holländerin Marlon Treffers, die einst für die Deutsche Bank in Frankfurt arbeitete, betreibt mit ihrem schottischen Ehemann die Auberge Edelweiss. Sie erzählt, dass vor zwei Jahren bei einem Fest im Bürgerhaus die zugezogenen Ausländer die kulinarischen Spezialitäten ihrer Heimat mitbringen sollten. 24 verschiedene Nationen seien vertreten gewesen – vom Amerikaner über den Neuseeländer bis zum Schweden.

Gemeinsam ist dieser bunten Community die Sehnsucht nach einer ruhigeren, natürlicheren Existenz. Die mittelalterliche 500-Seelen-Gemeinde ist eine der ärmsten Kommunen Frankreichs, aber über die berühmten Skihänge zum Symbol einer Bewegung geworden. Auf ähnliche Weise haben unter den Wellenreitern Hippie-Dörfer wie Byron Bay in Australien oder Montañita an der Pazifikküste Ecuadors ihren Status in der Welt erreicht.

In La Grave geht es um die Existenz. Das glauben hier viele. Im Zentrum der Debatte steht die in den siebziger Jahren erbaute Seilbahn mit den einzigartig bunten Gondeln – die „Téléphériques des Glaciers de la Meije“. Sie transportiert die Skifahrer vom Dorf auf den Col des Ruillans, ein Gipfelloft bringt sie dann zum Dôme de la Lauze in dreieinhalbtausend Meter Höhe. Überwunden werden von der Talstation in La Grave mehr als zweitausend Höhenmeter. Doch nach dieser Saison läuft der Pachtvertrag der Gemeinde für die Bergbahn aus. Es ist nicht zu erwarten, dass der Erbauer, ein alter Ingenieur, noch mal den Zuschlag für die nächsten dreißig Jahre erhält. Der neue Pächter könnte La Grave aber tiefgreifend verändern wollen, sich nach und nach im Ort einkaufen, lauten die Bedenken. Zumal nicht klar ist, welchen Weg Bürgermeister und Gemeindevertretung einschlagen.



© Michael Ashelm Bürgermeister von La Grave: Jean-Pierre Sevrez

Die Compagnie des Alpes betreibt unter anderem den benachbarten Retortenort Les Deux Alpes. Das Ortsbild ist dort von den Bausünden der sechziger und siebziger Jahre geprägt. Es gibt zig Restaurants, Kneipen, Bars und Diskotheken. Die große Skischaukel wirbt mit mehr als zweihundert Pistenkilometern und fünfzig Liftanlagen. Der Skipass nennt sich „Grande Galaxie“ und bietet Skiurlaubern im Megapaket die Gebiete von Les Deux Alpes, L’Alpe d’Huez, Serre Chevalier und Sestriere auf italienischer Seite an. Auf dem Gletscher könnte mit weiteren Liftanlagen eine technische Verbindung zum Freeride-Revier von La Grave geschaffen werden.

Der Bürgermeister Jean-Pierre Sevrez will nicht recht mit der Sprache raus, fragt man ihn nach dem Bieterverfahren für den Seilbahnbetrieb und die Folgen. Da ist er verschlossen wie eine Auster. Sevrez hat sich dabei den ganzen Nachmittag freigenommen für ein Treffen im Rathaus. Der drahtige Bergführer kam vor fünfundsiebzig Jahren aus Grenoble hinauf ins Gebirge, hat viele Jahre als Technischer Leiter der Seilbahn gearbeitet. Er rechnet vor, dass derzeit im Winter 40 000 Passagen mit der Bergbahn gelöst werden. Im Sommer seien es sogar 10 000 mehr. „Der Typ Kunde hat sich geändert. Früher kamen die jungen Freaks zum Skifahren, übernachteten in klapprigen Campingbussen. Heute fahren hier mehr und mehr Gutverdiener in der Cross-Country-Limousine vor und suchen das Abenteuer.“

Beworben für die Seilbahn haben sich mehrere Interessenten, darunter auch der börsennotierte französische Konzern Compagnie des Alpes. Gerade dies schreckt die Aktivisten auf. Das Unternehmen bewirtschaftet die wichtigsten Skigebiete in Frankreich und einige der größten Freizeitparks wie den Parc Astérix bei Paris. Zusätzliche Sorgen bereiten Spekulationen, dass der chinesische Mischkonzern Fosun, der 2015 schon den Club Med gekauft hatte, demnächst noch die Compagnie des Alpes übernehmen wolle. Schlimmer könnte es

gar nicht kommen, wie viele meinen, denen La Grave besonders am Herzen liegt.

Es sei wie ein Albtraum, der Anfang vom Ende. Finanziere dieser Art würden nur im großen Stil investieren. Auflagen für den angrenzenden Nationalpark könnten durch Einfluss auf die politischen Entscheidungsebenen außer Kraft gesetzt werden. Schwarzmalerei sehen den Massentourismus Einzug halten, prophezeien eine Ausbeutung des Gletschers, die Kommerzialisierung des Ortes mit neuen Hotelbunkern, Kunstschneeanlagen und zusätzlichen Liften. Im schlimmsten Fall könnte der Anschluss an die umliegenden Riesenskigebiete in den Dauphiné-Alpen drohen.



© Fotofinder Eine halbe Stunde Fahrt für zweitausend Höhenmeter: Die legendäre Seilbahn von La Grave öffnet den Zugang zu einen der schönsten und anspruchsvollsten Freeride-Revier in der Welt.

Auf diese Klientel will sich der Bürgermeister gezielter einstellen. Was das konkret für den Tourismus im Winter und Sommer bedeutet, sagt er nicht. Gibt es etwa im Hinterzimmer schon Verhandlungen mit dem großen Konzern aus Paris? Er könne sich hier keinen Massentourismus vorstellen, führt Sevrez an, aber mehr Leute herbekommen sollte man schon. Nur so viel: In der Ausschreibung für den neuen Seilbahnbetreiber sei festgelegt, dass dieser oben auf dem Gletscher noch einen dritten Lift bauen müsste. Also doch Expansion und der Anschluss an einen Skizirkus?

Die Fusion von Skigebieten liegt im Trend. Es ist das große Thema in den Bergen. Dagegen machen Umweltverbände mobil, die vor allem den Massentourismus auf den Alpwiesen mit immer massiver werdendem Einsatz von Kunstschnee geißeln. Die Compagnie des Alpes ist nach eigenen Angaben Weltmarktführer im Betreiben ganzer Wintersportorte. Selbst im Kosovo arbeitet das französische Unternehmen, das zu knapp vierzig Prozent dem staatlichen Finanzinstitut Caisse des Dépôts gehört und fast fünftausend Mitarbeiter beschäftigt, an der Entwicklung eines modernen Skiresorts. Eine Anfrage an das Unternehmen blieb unbeantwortet. Die Seilbahnbetreiber spielen bei der weiteren Industrialisierung der Berge eine Schlüsselrolle. Um die Skifahrer ist zwischen den verschiedenen Alpenregionen ein heftiger Kampf entbrannt. Überall rüsten Skigebiete auf, um mit ihrer Größe zu punkten. Viele Urlauber buchen den Ort, der die meisten Pistenkilometer verspricht.



© Michael AshelmPatina mit Charme: In La Grave hat der Skitourismus mit Hotelbunkern und Après-Rummel noch nicht Einzug gehalten.

An dieser Kommerzspirale wollen die Bewahrer der Freiheit von La Grave nicht mitdrehen. „Signal de la Grave“ heißt die Initiative von Zunderts und seiner Mitstreiter. Einer der Veteranen heißt Per Pelle Lang. In einem VW-Bus und mit langen Haaren kam er einst Anfang der Achtziger hinaufgefahren in den Ort, entdeckte die besten unbekanntesten Skihänge der Welt und blieb. Der Elektriker aus Schweden brachte Gleichgesinnte aus ganz Europa dazu, La Grave als unkonventionelles Freeride-Revier zu entdecken. Er fand Geldgeber für ein Hotel, investierte in kleine Ferienapartments, heute gehört dem 56 Jahre alten Lang die Skiers Lodge mitten in La Grave. Er bietet Zimmer, versierte Bergführer für die gefährlichen Skiabfahrten und gemütliche Abende am Kaminfeuer an. „Wenn hier erst ein großer Konzern seinen Fuß in der Tür hat, kannst du das nicht mehr kontrollieren“, sagt Lang. Er würde gerne für La Grave eine freiwillige Selbstbeschränkung sehen: keine neuen Pisten, keine weiteren Lifтанlagen, kein Kunstschnnee. „Bei uns muss sich der Skifahrer an die Berge anpassen - nicht andersherum.“

Die Winter können gruselig kalt werden in La Grave. Das Dorf liegt auf der Nordseite. Die ambitionierten Freerider allerdings beschwören die Schroffheit des Reviers, das sich ihnen auftut, wenn sie die Seilbahn in einer halben Stunde hinaufgebracht hat auf dreieinhalbtausend Meter. Überall kann das Terrain befahren werden, es gibt keine Verbote, das Risiko trägt jeder allein. Berühmt-berüchtigt sind die steilen Eisrinnen, die langen Traversen an den mit Pulverschnee tiefverschneiten Hängen und die erbarmungslos fordernde Buckellandschaft. Das Gelände ist so anspruchsvoll, dass Neueinsteiger manchmal nur eine Abfahrt am Skitag schaffen. Einige Freerider seilen sich an Felsen ab, um noch extremere Gleit- und Sprungpassagen zu erreichen.

Zusätzlich Aufmerksamkeit in der weltweiten Freerider-Szene erhielt La Grave mit dem Tod des amerikanischen Extremskipioniers Doug Coombs. Dieser war aus seinem Heimatskigebiet in Wyoming verbannt worden, weil er dort abseits der markierten Pisten Ski gefahren war. Coombs floh in das französische Bergdorf und starb dort im April 2006 in der gefährlichen Polichinelle-Eisrinne, als er versuchte, einem gestürzten Freund zu helfen. Beide fielen fast fünfhundert Meter hinab.



Abfahrt am Tag.

© Picture-AllianceSchroffe Schönheit: Neueinsteiger schaffen manchmal nur eine

Gegen die Investoren soll Crowdfunding helfen. Van Zundert hat mit einer Sammelaktion im Internet mehrere zehntausend Euro für die Initiative zusammenbekommen. Das Geld soll in kleine Projekte gesteckt werden. Menschen aus der ganzen Welt haben sich beteiligt.

Am liebsten hätten sie die Seilbahn selbst übernommen. Als Bewerber für den Seilbahnbetrieb ist die Initiative „Signal de la Grave“ allerdings gerade von der Gemeindevertretung gestrichen worden. Unter fadenscheinigen Gründen, wie Van Zundert meint. Doch er verfügt weiterhin über Kontakte zu Geschäftsleuten, die in ein nachhaltig angelegtes Business für den Skiort investieren würden. Ein Libanese, der in Monaco lebt, könnte eine Million geben. Die Mission der Initiative in La Grave sei noch nicht beendet.

Van Zundert hat gehört, dass sich die zuständigen Manager der Compagnie des Alpes schon nach ihm erkundigt hätten. Vielleicht fürchteten sie die öffentliche Ablehnung und wollten doch zusammenarbeiten. „Wir wollen hier ja auch keine Häuser, die leerstehen, sondern La Grave vorsichtig entwickeln“, sagt Van Zundert.

Für Aussteiger, aber auch privilegierte Menschen, die im Existentiellen ihren Sinn im Leben sehen sowie Freiheit und Unabhängigkeit höher einschätzen als Konsum, soll La Grave Anlaufpunkt bleiben. Angezogen von der Stimmung fühlen sich viele Ski-Enthusiasten - vom erfolgreichen Orthopäden aus Manchester bis zur Weltenbummlerin aus Spanien. Der Investmentbanker Axel Kaiser aus Frankfurt, der zu den Unterstützern Van Zunderts gehört, drückt es so aus: „In einem überregulierten Alltag Zufluchtsort zu haben, in denen man auf sich selbst gestellt ist, keiner einem Vorschriften macht, was angebracht, politisch korrekt und nicht erlaubt ist, finde ich befreiend.“ Das rauhe Klima von La Grave sei in vielerlei Hinsicht erfrischend.

Kaiser hat seine Schneesaison in La Grave vor Weihnachten eröffnet. Für ihn trage das Bergdorf ein Stück Ski-Kultur. Er finde den Ort und seine Gemeinschaft sehr erhaltenswert, glaube, dass die Initiative eine wichtige Wärterfunktion übernehme, für den Erhalt von Werten, welche La Grave ausmachten. „Industrielle und charakterlose Ski-Retorten und einem Disneyland ähnelnde Resorts gibt es genug. Wer wo wohnt, was arbeitet oder verdient, ist in La Grave völlig egal. Alles ist entblößt und elementar, es gibt keinen Luxus außer die Berge, keine beheizten Achter-Sessel im Lift, keine Pelzträger, die sich über das Gold an ihrem Handgelenk definieren. Einzig die Leidenschaft für das Skifahren zählt und verbindet die Leute hier mehr als alles andere.“

150,118

Junge Nordafrikaner in Europa

Das Milieu, in dem Terror gedeiht

Es ist kein Zufall, dass gerade junge Männer aus Nordafrika zu Kriminalität neigen. Schon in ihrem Heimatland war ihnen ein besseres Leben verwehrt – und sie mussten mit Gewalt umgehen, die in Europa ihren Ursprung hat. Eine Analyse.

07.01.2017, von **RAINER HERMANN**



© DPA/Silvester am Hauptbahnhof in Köln: Die Kontrollen der Polizei nach Herkunftsstaaten führten zu einer Rassismusdebatte.

Es gibt sie, die Ausnahmen von der Regel. Eine solche Ausnahme ist **Jaber Albakr**. Der Syrer war im Februar 2015 nach Deutschland gekommen, wo er sich radikalisierte; er plante im Namen des „Islamischen Staats“ einen Terroranschlag, und er erhängte sich in Leipzig in einem Gefängnis. Albakr ist deswegen eine Ausnahme, weil syrische Flüchtlinge, die vor dem Krieg in ihrem Land geflohen sind, in Deutschland genau sooft straffällig werden wie Bundesbürger. Also selten. Und dennoch gibt es sie, die jungen Männer aus der arabischen Welt, die auffallen, wenn es um Gewalt geht – etwa um „Machtproben“ mit der **Polizei** vor dem Hauptbahnhof in Köln oder aber um den Terror in Berlin, Paris und Brüssel. Relativ gering ist in Deutschland die Zahl der jungen Männer aus dem Maghreb – aus Marokko, Algerien und Tunesien. Sie stellen aber unter den Ausländern einen Großteil derer, die kriminell sind, die als Gefährder gelten und Terroranschläge verüben.

Die zwei Kreise überlappen sich, sie sind aber keineswegs deckungsgleich: Im Osten Europas wollten Kriegsflüchtlinge auf dem Flüchtlingstreck der Balkan-Route ihr Leben retten; unter sie mischten sich auch Trittbrettfahrer aus anderen Ländern. Im Westen Europas war unter maghrebischen Arabern jedoch schon vor dem Flüchtlingsansturm ein Milieu entstanden, in dem Kriminalität und Terror gedeihen konnten.

Kriminalität wäre auch ohne Flüchtlingsjahr 2015 gestiegen

Es sollte nicht zusammengeworfen werden, was nicht zusammengehört. Es gäbe dieses kriminelle Milieu mit Diebstahl und Raub, Körperverletzung und Bedrohungen auch ohne das Flüchtlingsjahr 2015, wenn auch möglicherweise nicht so groß. Denn vom September 2015 an flogen Tunesier visafrei nach Istanbul, um von dort – bequemer und sicherer als über das Mittelmeer – über die Balkan-Route nach Mitteleuropa zu gelangen. Einigen hundert gelang das. Als der **IS** in Syrien und dem Irak expandierte, zog er dieses kriminelle Milieu in seinen Bann; der Terrororganisation schlossen sich überproportional viele Maghrebener in Frankreich und Belgien an, wo viele geboren worden waren.

Wie Omar Ismail Mostefai, einer der Pariser Attentäter vom 13. November 2015. In seiner Heimatstadt hatte er in der Musikhalle Bataclan Dutzende Menschen ermordet. Seine Eltern waren aus Algerien eingewandert, er wurde Kleinkrimineller und schloss sich dem IS an. Auch **Anis Amri**, der Terrorist vom Berliner Weihnachtsmarkt, war nicht über die Balkan-Route nach Deutschland gekommen. 2011 floh der Kleinkriminelle vor der Justiz seiner tunesischen Heimat, er erreichte Lampedusa, verbrachte Jahre in einem italienischen Gefängnis, schlug sich nach Deutschland durch und ließ sich vom IS anwerben.

Eindeutig sind auch die Erkenntnisse der Kölner Silvesternacht von 2015. Die Polizei identifizierte 153 Tatverdächtige. Unter ihnen befand sich ein Syrer; junge Männer aus Marokko und Algerien stellten mit 103 aber zwei Drittel. Wie viele von ihnen nach September 2015 nach Europa gekommen sind, ist noch nicht bekannt. Mutmaßlich ist eine Mehrheit bereits länger in Europa. Die Männer bewegen sich frei zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland, Spanien und Italien. Zwar bilden sie (noch) keine Strukturen der organisierten Kriminalität. Mit Smartphones und den Messengerdiensten sind die Kleinkriminellen untereinander aber gut vernetzt. Und sie sind anfällig für die Propaganda des IS.

Aufgewachsen mit Gewalt, die von Europa ausging

Die allermeisten von ihnen haben es in ihren Herkunftsländern nicht geschafft, es zu etwas zu bringen, und sie schaffen es auch hier nicht. Denn sie haben eine miserable oder gar keine Ausbildung; Kriminalität sichert ihren Lebensunterhalt. Demgegenüber hatten sich die meisten geflüchteten Syrer in ihrer Heimat eine Existenz aufgebaut, und sie werden es auch hier schaffen: Sie lernen Deutsch, sie wollen arbeiten und wieder ein normales Leben führen. Ein Grund dafür ist, dass die allermeisten von ihnen mit einer ordentlichen Ausbildung hier angekommen sind.

Ein anderer Grund ist, dass die Syrer und die Maghrebener mit einer anderen Einstellung zur Gewalt aufwuchsen. Die Syrer haben nicht mit der Waffe in der Hand gegen die französische Mandats Herrschaft kämpfen müssen, die nur von 1920 bis 1946 dauerte und nicht von Massakern geprägt war. Die französische Kolonialherrschaft im Maghreb dauerte ungleich länger, in Algerien sogar von 1830 bis 1962. Dort war die Geschichte eine Geschichte blutig niedergeschlagener Erhebungen, von Massakern und sogar dem Einsatz von Chemiewaffen.

Vor dem Zeitalter der Kolonialherrschaft hatten an Küsten Nordafrikas Piraten das Mittelmeer unsicher gemacht. Aber auch am Persischen Golf fürchteten die Handelsschiffe eine „Piratenküste“. Dennoch ist ihr Nachfolger, der moderne Staat der Vereinigten Arabischen Emirate, heute friedlich. In Nordafrika hingegen fanden immer wieder Kriege statt. Die Gewalt, die dabei gesät wurde, hat Europa erreicht. Das hätte sie auch ohne die Balkan-Route.

<http://www.economist.com/news/asia/21713868-there-arent-many-and-cities-are-growing-desperate-desperately-seeking-young-people>

150,120

Japanese demography

Desperately seeking young people

There aren't many, and cities are growing desperate

Jan 7th 2017 | TAMA



MIEKO TERADA moved to Tama in 1976, at about the same time as everyone else there. Back then, the fast-growing city in Tokyo's suburban fringe was busy with young married couples and children. These days, however, the strip of shops where Ms Terada runs a café is deathly quiet, her clientele elderly. The people of Tama and their apartments are all growing old and decrepit at the same time, she says.

In the mid-1990s Japan had a smaller proportion of over-65s than Britain or Germany. Thanks to an ultra-low birth rate, admirable longevity and a stingy immigration policy, it is now by far the oldest country in the OECD. And senescence is spreading to new areas. Many rural Japanese villages have been old for years, because young people have left them for cities. Now the suburbs are greying, too.

Between 2010 and 2040 the number of people aged 65 or over in metropolitan Tokyo, of which Tama is part, is expected to rise from 2.7m to 4.1m, at which point one-third of Tokyo residents will be old. In Tama, ageing will be even swifter. The number of children has already dropped sharply: its city hall occupies a former school. Statisticians think the share of people over 65 in Tama will rise from 21% to 38% in the three decades to 2040. The number of over-75s will more than double.

The city's inhabitants have already been spooked by an increasing number of confused old people wandering around. By 2025, officials in Tama predict, almost one in four elderly residents will be bedridden and one in seven will suffer from dementia. And the city is hardly ideal for old people. It is built on steep hills, and the five-storey apartment blocks where many of the residents live do not have lifts.

For Tama, though, the most worrying effects of ageing are fiscal. Two-thirds of the city's budget goes on social welfare, which old people require lots of. They do not contribute much to the city's coffers in return. Although Japan's central government redistributes money between municipalities, much of what local governments spend comes from local residency taxes, which fall only lightly on pensioners. In short, says Shigeo Ito, the head of community health in Tama, it pays for a place to avoid growing too old.

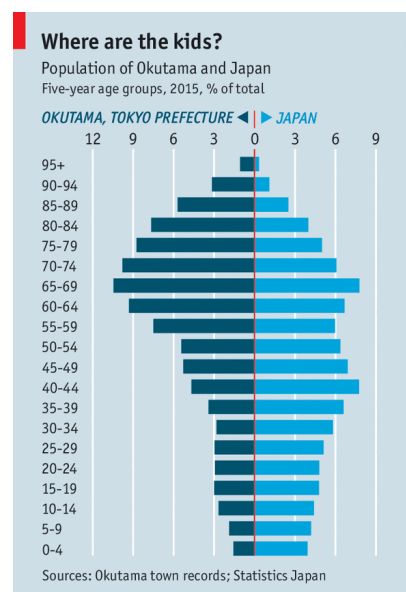
Tama's enticements

So, as well as providing more in-home care and laying on aerobics classes to keep people fit enough to climb all those stairs, Tama is once again trying to lure young families. With a developer, Brillia, it has already razed 23 five-storey apartment blocks and put up seven towers in their place. The number of flats in the redeveloped area has almost doubled, and many are larger than before. That has attracted new residents: although the poky 40-square-metre apartments in the old blocks were sufficient for the post-war generation, modern Japanese families demand more space. Tama's authorities intend to transform other districts in a similar way.

This is smart policy, but there is a problem with it. The number of 20- to 29-year-olds in Japan has crashed from 18.3m to 12.8m since 2000, according to the World Bank. By 2040 there might be only 10.5m of them. Cities like Tama are therefore playing not a zero-sum game but a negative-sum game, frantically chasing an ever-diminishing number of young adults and children. And some of their rivals have extremely sharp elbows.

Follow the Tama river upstream, into the mountains, and you eventually reach a tiny town called Okutama. What Tama is trying to avoid has already happened there. Okutama's population peaked in the 1950s, as construction workers flocked to the town to build a large reservoir that supplies water to Tokyo in emergencies. It has grown smaller and older ever since.

Today 47% of people in the Okutama administrative area—the town and surrounding villages—are 65 or older, and 26% are at least 75. Children have become so scarce that the large primary school is only about one-quarter full. Residents in their 70s outnumber children under ten by more than five to one (see chart).



And Okutama's residents are as stubborn as they are long-lived. Some of its outlying villages have become so minuscule that providing them with services is difficult, says Hiroki Morita, head of the planning and finance department. It would be better for their residents, and certainly better for the local government, if they consolidated into larger villages. But old people refuse to leave their shrunken hamlets even during heavy snowstorms, and are unlikely to move permanently just to make a bureaucrat's life easier. The internet and home delivery help them cling on, points out Mr Morita.

Okutama has tried to promote agriculture: wasabi, a spicy vegetable that is ground up and eaten with sushi, grows well there. It hopes to appeal to families by offering free vaccinations, free school lunches and free transport. None of that has staved off ageing and decline. So now it is touting free housing. Mr Morita estimates that the town has about 450 empty homes. He wants the owners to give their homes to the town government, which they might do in order to avoid property taxes. The government will then rent the homes to young couples, the more fecund the better. If they stay for 15 years their rent will be refunded.

Although its setting, amid steep hills, is spectacular, Okutama is not a pretty town. Its houses are neither old enough to be considered beautiful nor modern enough to be comfortable. Some feature post-war wheezes like plastic siding. Still, the prospect of free accommodation some two hours' journey from central Tokyo might tempt some young families. And in the meantime, Okutama has another plan.

A building once occupied by a junior high school, which closed for lack of pupils, is becoming a language college. Jellyfish, an education firm with tentacles in several countries, will use it to teach Japanese to young graduates from East and South-East Asia. It hopes to enroll 120 students, plus staff, which ought to make a notable difference in a district where there are now fewer than 350 people in their 20s. Some of those students might even decide they like the place, and settle down. Whisper it, but this sounds a little like a more liberal immigration policy.

[This article appeared in the Asia section of the print edition under the headline "A negative-sum game"](#)

<http://www.economist.com/news/europe/21713843-500th-anniversary-95-theses-finds-country-moralistic-ever-how-martin-luther-has>

150,122

Nailed it

How Martin Luther has shaped Germany for half a millennium

The 500th anniversary of the 95 theses finds a country as moralistic as ever

Jan 7th 2017



SET foot in Germany this year and you are likely to encounter the jowly, dour portrait of Martin Luther. With more than 1,000 events in 100 locations, the whole nation is celebrating the 500th anniversary of the monk issuing his 95 theses and (perhaps apocryphally) pinning them to the church door at Wittenberg. He set in motion a split in Christianity that would forever change not just Germany, but the world.

At home, Luther's significance is no longer primarily theological. After generations of secularisation, not to mention decades of official atheism in the formerly communist east (which includes Wittenberg), Germans are not particularly religious. But the Reformation was not just about God. It shaped the German language, mentality and way of life. For centuries the country was riven by bloody confessional strife; today Protestants and Catholics are each about 30% of the population. But after German unification in the 19th century, Lutheranism won the culture wars. "Much of what used to be typically Protestant we today perceive as typically German," says Christine Eichel, author of "Deutschland, Lutherland", a book about Luther's influence.

Start with aesthetics. For Luther this was, like everything else, a serious matter. He believed that Christians were guaranteed salvation through Jesus but had a duty to live in such a way as to deserve it. Ostentation was thus a disgraceful distraction from the asceticism required to examine one's own conscience. The traces of this severity live on in Germany's early 20th-century Bauhaus architecture, and even in the furniture styles at IKEA (from Lutheran Sweden). They can be seen in the modest dress, office decor and eating habits of Angela Merkel, the daughter of a Lutheran pastor, and of Joachim Gauck, Germany's president and a former pastor himself. Both may partake of the glitz of the French presidency while visiting Paris, but it would never pass in Berlin.

Luther shared his distaste for visual ornament with other Protestant reformers. But he differed in the role he saw for music. The Swiss Protestants John Calvin and Huldrych Zwingli viewed music as sensual temptation and frowned on it. But to Luther music was a divinely inspired weapon against the devil. He wanted believers to sing together—in German, in church and at home, and with instruments accompanying them. Today Germany has 130 publicly financed orchestras, more than any other country. And concerts are still attended like sermons, sombrely and seriously.

Luther's inheritance can also be seen in the fact that Germany, the world's 17th-most populous country, has the second-largest book market after America's. After he translated the Bible into German, Luther wanted everyone, male or female, rich or poor, to read it. At first Protestants became more literate than Catholics; ultimately all Germans became bookish.

Finally, a familiar thesis links Luther to German attitudes towards money. In this view Catholics, used to confessing and being absolved after each round of sins, tend to run up debts (*Schulden*, from the same root as *Schuld*, or "guilt"), whereas Protestants see saving as a moral imperative. This argument, valid or not, has a familiar ring in southern Europe's mainly Catholic and Orthodox countries, which have spent the euro crisis enduring lectures on austerity from Wolfgang Schäuble, Germany's devoutly Lutheran finance minister.

Yet on money, too, Luther differed from other reformers. When Max Weber wrote of the Protestant work ethic in 1904, he had in mind Calvinism and its relatives, such as American Puritanism. Calvin viewed an individual's ability to get rich as a sign that God had predestined him to be saved. To Luther, Christians were already saved, so wealth was suspect. Instead of amassing it, Christians should work for their community, not themselves. Work (*Beruf*) thus became a calling (*Berufung*). Not profit but redistribution was the goal. According to Gerhard Wegner, a professor of theology, this "Lutheran socialism" finds secular expression in the welfare states of Scandinavia and Germany.

Luther's "subcutaneous" legacy keeps popping up in surprising places, says Mrs Eichel. Germans, and especially Lutherans, buy more life insurance but fewer shares than others (Luther didn't believe in making money without working for it). And everywhere they insist on conscientious observance of principle and order. They religiously separate their rubbish by the colour of glass and are world champions at recycling (65% of all waste), easily beating the second-place South Koreans.

Holier than thou

Luther also shares blame for some negative qualities ascribed to Germans. He was deeply anti-Semitic, a prejudice his countrymen have shed at great cost (he blamed evil stares from Jews for the illness that eventually killed him). Germans' legendary obedience to authority is attributed to Luther's insistence on separating spiritual and worldly authorities (which princes in his day found useful in suppressing a peasants' revolt). And although personally fond of boisterous jokes, he was among the founding figures of Germany's rather humourless and preachy tradition of public discourse. Germans today are the first to bemoan their national habit of delivering finger-wagging lectures.

Such rigid moralism can make Germans hard to deal with, especially in Brussels, where the EU's problems demand a willingness to let misdemeanours slide. But there are worse traits than excessive morality. Besides, 500 years on, Lutheran Germany is being transformed by globalisation. Germany today has not only devout ascetics but everything from consumerist hipsters to Om-chanting yogis. A growing Muslim population is pushing the country towards a new kind of religious pluralism. Mrs Eichel herself finds German churches "too serious"; she attends one headed by an African-American gospel preacher. If the downside of Germans' Lutheran heritage is a difficulty in lightening up or accepting alternative lifestyles, they seem to be getting over it.

This article appeared in the Europe section of the print edition under the headline "Nailed it"

150,124

Terrorismus: Laster, schwarz und weiß

Die jüngsten Anschläge öffnen uns die Augen: Wir merken endlich, wie spät wir im Kampf gegen den Terror dran sind. Ein Gespräch mit dem französischen Islamexperten Gilles Kepel.

Interview: **Elisabeth von Thadden**

8. Januar 2017/DIE ZEIT Nr. 2/2017, 5. Januar 2017 [219 Kommentare](#)



In den Farben des IS: Schwarz war der Laster von Berlin und weiß der von Nizza. © [M] Britta Pedersen/dpa (links) Andreas Gebert/dpa (rechts)

DIE ZEIT: Der Terror wird normal: *Charlie Hebdo*, Bataclan, Brüssel, Nizza, nun Berlin und Istanbul. Verändern die jüngsten Attentate zum Jahreswechsel Ihren Blick auf 2017? Was macht Ihnen besondere Sorgen?

Gilles Kepel: Zweierlei. Die Türkei steht durch ihren jüngsten Strategiewechsel in der Syrienpolitik vor spezifischen Zerreißproben, die auch Auswirkungen auf Deutschland haben können und seine türkischen Einwohner möglicherweise in Unruhe versetzen. In Istanbul wurde mit dem Anschlag auf die Diskothek die gemischte, multinationale Gesellschaft der modernen Türkei getroffen, die sich der Ordnung Erdogans nicht fügt. Das Attentat trägt zur Spaltung der türkischen Gesellschaft bei, es zerstört sie von innen. Aber ich bin außerdem in Sorge um Italien, wo der Berliner Attentäter ja von einem Polizisten erschossen wurde. Das kann der "Islamische Staat" als eine willkommene Provokation von Racheakten durch weiteren Terror auffassen. Italien ist in Sicherheitsfragen und als Transitland für Radikalisierte noch schlechter für den Kampf gegen den Terror gerüstet als Deutschland.

ZEIT: Inwiefern ist Deutschland schlecht gerüstet? Das Land hat in den siebziger Jahren entschieden den Kampf gegen die RAF geführt, es hat eine starke polizeistaatliche Tradition, und die verschiedenen Behörden hatten den Berliner Attentäter Amri fest im Blick.

Gilles Kepel

Er gilt seit Langem als einer der besten Kenner des politischen Islams: Der Sozialwissenschaftler Gilles Kepel, geboren 1955, hat in Paris am Institut d'études politiques den Lehrstuhl für den Vorderen Orient und den Mittelmeerraum inne.

Kepel: Die Handlungsfähigkeit täuscht leicht, und darin liegt eine Schwäche: Die Institutionen sind veraltet. Sie waren im Kampf gegen die RAF-Terroristen hierarchisch, pyramidenförmig organisiert. Aber ein Staat, der so aufgebaut ist, ist sicherheitspolitisch von gestern, er ist allzu wirkungslos gegen die situativen Mobilisierungen einzelner islamistischer Attentäter. Hinzu kommt: Deutschland ist nicht nur durch die föderalistische Vielfalt seiner zuständigen rechtsstaatlichen Institutionen und Informationsdienste

fehleranfällig. Es lehnt zudem aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit den starken Zentralstaat ab, der nun in Frankreich den Ausnahmezustand verhängt hat.

ZEIT: Lassen Sie uns zunächst auf das Berliner Attentat zurückblicken, immerhin ist es in Deutschland das erste dieses Ausmaßes und hat symbolischen Charakter. Bedeutet es eine Zäsur?

Kepel: Das Attentat von Istanbul verstärkt die Wirkung des Anschlags von Berlin. Er öffnet uns die Augen dafür, wie spät wir Europäer sicherheitspolitisch dran sind: Mit großer Verzögerung wird sich Deutschland nun bewusst, dass es seine Verletzbarkeit durch den Terror unterschätzt hat.

ZEIT: Besonders verletzlich schien bisher Frankreich zu sein. In Deutschland galt vielen Intellektuellen das Nachbarland als hausgemacht terrorgefährdet: Der republikanische Laizismus sei als eine Ursache für den Terror mitverantwortlich, desgleichen die miserable Situation der jugendlichen Einwandererkinder aus den ehemaligen französischen Kolonien, die hohe Arbeitslosigkeit. Kommt Ihnen diese Haltung naiv vor?

Kepel: In Deutschland meinten viele, im Terror kehrten die verdrängten kolonialen Sünden Frankreichs zurück, und demgegenüber schien die Integration in Deutschland zumal in den Arbeitsmarkt doch besser gelungen. Es gibt zweifellos historische Verbindungslinien des Dschihad in die koloniale Vergangenheit, wie etwa das Attentat zeigt, das der Islamist Mohamed Merah am 19. März 2012, also am 50. Jahrestag der algerischen Unabhängigkeit von Frankreich, auf eine jüdische Schule in Toulouse verübt hat. Dennoch hat sich die Argumentation, Deutschland sei durch Integration besser vor Terror geschützt, ziemlich erledigt. Jetzt erinnert man sich daran, dass es auch in Deutschland eine dschihadistische Tradition gibt. Die Attentäter von 9/11 um Mohammed Atta kamen aus Hamburg-Harburg, dort sind sie in der Moschee ideologisch geschult worden. Und die Zahl der deutschen gen. Syrien gezogenen dschihadistischen Kämpfer ist gleich hinter Frankreich die zweithöchste Europas.

ZEIT: War an dem Berliner Anschlag für Sie also gar nichts überraschend?

Kepel: Leider wenig. Er folgt weitgehend dem verbreiteten Muster der Attentate der dritten Generation der Dschihadisten.

ZEIT: Inwiefern die dritte?

Kepel: Die erste Generation der Gotteskrieger kämpfte ihren Dschihad vor allem gegen muslimische Bevölkerungen, etwa im Algerien der neunziger Jahre. Die zweite Generation, gründlich geschult und übrigens ebenso hierarchisch organisiert wie die Geheimdienste und Sicherheitskräfte ihrer Gegner, richtete den Terror gegen den "fernen Feind", die USA. Und die dritte Generation, nun individuell in islamistischen Netzwerken rekrutiert und mobilisiert, will den alten Kontinent Europa von innen zerstören, indem sie durch vielfache punktuelle Gewalt überall Angst und Lähmung verbreitet.

ZEIT: Was meinen Sie mit der Betonung des Netzwerkcharakters?

Kepel: Der Philosoph Gilles Deleuze hat schon in den siebziger Jahren das Bild des Rhizoms entwickelt, in dem er ausdrücken wollte, wie postmoderne Organisationen verfasst sind: Sie gleichen dem Wurzelwerk von Bäumen, weithin verästelt, und sie lösen damit die straffen Hierarchien herkömmlicher Institutionen ab. Solchen wuchernden Rhizomen gleichen nun die dschihadistischen Netzwerke, sie können in der digitalen Kommunikation und durch persönliche Ansprache lauter Außenseiter, Drop-outs, Ausgeschlossene im gemeinsamen Kampf miteinander verbinden. Jeder Einzelne in solch einem Netzwerk kann, selbst wenn er Analphabet ist, durch den Terror eine ganze Gesellschaft in Geiselschaft nehmen.

ZEIT: Gibt es Texte oder Manifeste des Dschihad, in denen eine solche Netzwerkstrategie für die dritte Generation programmatisch beschrieben wird?

Kepel: Die grundlegenden Texte sind seit Januar 2005 auf Arabisch erschienen und seit 2008 übersetzt. Im Schlüsseljahr 2005 hat Abu Musab al-Suri, ein ehemaliger Al-Kaida-Mann, zum Strategiewechsel aufgerufen: Er nannte Europa in einem 1600 Seiten starken Text den "weichen Bauch" des Westens, dessen Gesellschaften sich durch vielfache Terrorattacken im alltäglichen Umfeld leicht radikalieren ließen. Die regierenden Politiker haben diese Ankündigung nicht zur Kenntnis genommen.

ZEIT: Dieser dritten Generation kommen nun die demokratischen Wahlen, die für 2017 in Frankreich wie in Deutschland anstehen, bestens zupass.

Keipel: Um der Herausforderung begegnen zu können, müssen wir uns klarmachen: Das Ziel des islamistischen Terrors ist es, die europäischen Gesellschaften zu spalten. Vor dieser *fracture* warne ich in meinem jüngsten Buch. Gegenwärtig entstehen durch die Anschläge zwei Gruppierungen, die die Desintegration im Zeichen der Islamophobie vorantreiben. Die rechten fremdenfeindlichen Identitären definieren ihr Land im engen ethnischen Sinne durch Ausgrenzung; und auf der anderen Seite formieren sich muslimische Gruppen über ihre religiöse Besonderheit und über ihren Ausschluss von gleichen Bürgerrechten und -chancen. Die Terroristen führen diesen Bruch absichtlich herbei, um die extreme Rechte zu stärken und den Bürgerkrieg in die Demokratien zu tragen. Mit einigem Erfolg, wie man sieht. Seitdem der Berliner Attentäter über drei Staatsgrenzen hinweg nach Mailand entkam, fordern diese Rechten überall, das Schengen-Abkommen auszusetzen, also die Grenzen zu schließen.

ZEIT: Auch das Attentat auf den Weihnachtsmarkt war demnach für Sie gegen den "weichen Bauch" Europas gerichtet?

Keipel: Europa ist das Opfer des Terrors. Ein 24-jähriger Kleinkrimineller aus Tunesien kann das europäische Sicherheitssystem vorführen.

ZEIT: Wie stellen sich die spezifischen Ziele und Zeitpunkte der jüngsten Anschläge von Berlin und Istanbul im Licht Ihrer Forschungen dar?

Keipel: Mir fallen natürlich zuerst die Ähnlichkeiten und die Parallelen zwischen Berlin und dem Attentat von Nizza am 14. Juli auf. Auch dort wurde ein Laster in eine Menschenmenge gesteuert. Er war weiß. Der Berliner Laster war schwarz, kein Zufall: Schwarz auf Weiß, das sind die Farben der Fahne des "Islamischen Staats". In beiden Fällen waren ein hochsymbolisches Fest und sein Ort die Zielscheibe des Terrors: Der französische Nationalfeiertag des 14. Juli bedeutet für den IS den heidnischen Sieg der Vernunft über die Religion und die Strandpromenade von Nizza den westlichen Hedonismus der unbedeckten Körper. In Berlin hingegen galt das Attentat dem christlichen Weihnachten, dem Fest der verhassten Kreuzfahrer-Religion, ebenso wie dem Markt, also der weihnachtlichen Seite der Konsumgesellschaft. Diese Reihe setzt sich in Istanbul fort: Dort sind es nun die als hedonistisch wahrgenommene Diskothek und das Silvesterfest des christlichen Jahresbeginns, die vom IS angegriffen wurden.

ZEIT: Die Symboliken des Terrors sind offenbar bis in die Details aufschlussreich. Der Bruder des Berliner Attentäters weist im Gespräch mit einem Journalisten auf die Bedeutung der Ohrstöpsel hin, die Amri im Bekennervideo trägt. Wie passen sie in das grenzübergreifende Muster der dritten Generation des Dschihad?

Keipel: Sie symbolisieren perfekt, wie diese dritte Generation kommunikativ vernetzt ist, als höre der Attentäter gerade Anweisungen oder einem Auftrag zu, als diktiere ihm der Kopfhörer, was er für das Video vor der Kamera zu sagen hat. Auch das Zurücklassen der Papiere im Auto ist durch die Attentäter von *Charlie Hebdo* schon bekannt: Wir wissen nicht, ob es absichtlich geschah, denn diese Attentäter der dritten Generation handeln unter extremem Stress, sie sind nicht exzellent ausgebildet wie die Attentäter der zweiten Generation. Einige der jüngsten Anschläge gehen ja deshalb auch schief, weil sie nicht gut vorbereitet sind, das haben wir zum Beispiel in Paris beim gescheiterten Attentat auf Notre-Dame erlebt. Der mutmaßliche Täter von Istanbul war zwar professionell an der Waffe geschult, aber wie es für die dritte Generation typisch ist, hat auch er situativ selbst entschieden: etwa, indem er ein Taxi nahm.

ZEIT: In Deutschland diskutieren wir den Terror auch im Kontext der Flüchtlingspolitik. Wie sehen Sie den Zusammenhang?

Keipel: Der Berliner Attentäter ist auffälligerweise weder ein Einwandererkind noch einer der Bürgerkriegsflüchtlinge mit Anspruch auf Asyl, sondern eine Art Elendsprodukt der tunesischen Revolution von 2011, die ihn mit Kurs auf das italienische Lampedusa hat aufbrechen lassen. Als Kleinkrimineller ist er losgezogen, aber erst im Gefängnis in Italien wurde er zum Dschihadisten. Auch dies ist ein typisches Muster: Im Gefängnis verspricht ein salafistisches Netzwerk jungen Delinquenten die Erlösung durch den Dschihad und stiftet eine Verbindung zum Netzwerk einer Moschee draußen in der Freiheit.

ZEIT: Lassen Sie uns auf die neue Situation der Türkei zurückkommen. Was macht Ihnen Sorgen?

Kepel: Über das Attentat der Silvesternacht in Istanbul ist schon fast vergessen, dass am Vorabend des Berliner Anschlags in Ankara der russische Botschafter von einem islamistischen Ex-Elitepolizisten ermordet wurde, der sein Opfer laut für den Untergang Aleppos anklagte. Die zeitliche Nähe der Attentate schärft die Aufmerksamkeit für die jüngsten politischen Veränderungen in der Türkei, auch in ihren möglichen Auswirkungen auf die türkischen Einwanderer, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben.

ZEIT: Was meinen Sie damit?

Kepel: Die Türken in Deutschland sind traditionell für den Salafismus wenig empfänglich, der gehört eher in die arabische Welt, der die französischen Einwanderer entstammen. Durch Erdoğan's politischen Strategiewechsel verschiebt sich vieles: Dieser religiöse Nationalist, der lange um des sozialen Friedens willen in seinem Land Spielräume für den IS offenhielt, hat sich nun im Syrienkonflikt an die Seite Assads, des Irans und Russland gestellt, um den IS zu besiegen. Jetzt besteht Erdoğan's erste Priorität darin, einen kurdischen Staat zu verhindern. Damit jedoch verliert er möglicherweise die Kontrolle über enttäuschte Islamisten in der Türkei. Das kann leicht für Unruhe auch in der deutsch-türkischen Bevölkerung sorgen. Zumal die Kurden sich mehr und mehr um die Auswanderung nach Deutschland bemühen.

ZEIT: Stehen für Frankreich und Deutschland im Wahljahr verschiedene Dinge auf dem Spiel?

Kepel: Frankreich und Deutschland müssen Europa gemeinsam sicherheitspolitisch neu aufbauen. Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft. Wir müssen dem Aufstieg der extremen Rechten entgegentreten, indem wir uns bemühen, die Spaltung der Gesellschaft aufzuhalten. In Deutschland muss man begreifen, dass die Flüchtlinge, die ins Land kommen, andere Muslime sind als die gut organisierten, sozial eingebundenen türkischen Einwanderer, an die die Deutschen bisher gewöhnt sind. Die bewundernswerte Willkommenskultur darf einen nicht übersehen lassen, dass eine winzige Minderheit der Flüchtlinge leicht für den Dschihad mobilisierbar ist. Darauf sind die Sicherheitsbehörden nicht vorbereitet. Sie haben keine Erfahrung mit radikalisierten Gefährdern im eigenen Land. Sie müssen ihren Rückstand schnell aufholen, und es fehlt ihnen dafür nicht zuletzt an Mitteln, an Ausstattung, an Personal.

ZEIT: Wir sind wieder beim Anfang unseres Gesprächs angelangt. Wie lässt sich das Problem der sicherheitspolitischen Verspätung lösen?

Kepel: Ich bin Wissenschaftler, dafür bin ich nicht zuständig. Ich habe getan, was mein Beruf ist, nämlich das Buch *La fracture* geschrieben. Ich möchte politisch aufklären. Ich will die Aufmerksamkeit auf die Eigenarten der dritten Generation des heutigen Dschihad und ihre Spaltungsstrategie lenken. Wir müssen die kommenden Monate nutzen, um sie öffentlich zu debattieren und uns klarzumachen: Unsere Gesellschaften teilen sich heute nicht mehr in Ausbeuter und Ausgebeutete, sondern das entscheidende Kriterium ist, ob man sich ausgeschlossen fühlt. Und Ausgeschlossenheit wird von der extremen Rechten politisiert.

150,128

9. Januar 2017, 11:43 Uhr

Außenansicht

Europa braucht eine eigene Verteidigungsstrategie



Joschka Fischer, 68, war von 1998 bis 2005 deutscher Außenminister und Vizekanzler.
(Foto: Reuters)

Europa ist eingeklemmt zwischen dem künftigen US-Präsidenten Trump und Russlands Staatschef Putin. Jetzt muss die EU handeln und kann nicht länger eine reine "Soft Power" bleiben.

Gastbeitrag von Joschka Fischer

Dieses Jahr wird für Europa wohl ein entscheidendes Jahr werden: Nach dem Schock des Brexit und der Wahl von [Donald Trump](#) zum US-Präsidenten werden Neuwahlen in Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und vielleicht auch in Italien unter anderem darüber entscheiden, ob die EU zusammenhalten oder ob die neonationalistische Welle in nahezu allen Mitgliedstaaten zum Zerfall der EU führen wird.

In diesem Jahr wird es ernst werden mit der praktischen Ausgestaltung des Brexit und damit der Beantwortung der Frage, wie sich das zukünftige Verhältnis zwischen der EU und Großbritannien gestalten wird. Und noch im Januar wird Donald Trump das Amt als 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika antreten. Für Europa kann dieses Datum eine dramatische Zäsur bedeuten. Wenn man die bisherigen Äußerungen des gewählten Präsidenten Trump zu Europa zur Grundlage für seine zukünftige Politik heranzieht, dann darf sich die EU auf tief gehende Erschütterungen einstellen. Trump hält nichts von der europäischen Integration, dafür aber umso mehr von dem in nahezu allen Mitgliedstaaten grassierenden neuen Nationalismus. Diese Haltung teilt er ganz offensichtlich mit seinem russischen Gegenüber.

Wird aus dem Chaos eine neue Ordnung hervorgehen?

Die kommende Ära wird geprägt vom Kampf der Prinzipien: Trump, Putin einerseits - der neue UN-Chef und Humanist Guterres andererseits. Je schlimmer es wird, desto stärker könnte Einsicht wachsen. *Kommentar von Stefan Ulrich [mehr ...](#)*

[Wladimir Putin](#) versucht schon seit Längerem, die EU durch die Förderung nationalistischer Kräfte und Bewegungen in deren Mitgliedstaaten zu destabilisieren, und wenn dieser Trend in Zukunft auch von Washington unterstützt wird, dann darf sich die EU - eingeklemmt zwischen russischen Trollen und Breitbart News - auf einiges gefasst machen.

Noch sehr viele weiterreichende Konsequenzen für Europa und damit auch die EU wird allerdings die Ankündigung des neuen amerikanischen Präsidenten haben, die amerikanische Sicherheitsgarantie für Europa überprüfen und das Verhältnis der [USA](#) zu Russland auf eine neue Grundlage zu stellen. [Geht diese zulasten der Nato würde dies die Sicherheitslage für Europa radikal verändern.](#) Die Europäer wären plötzlich sehr allein und das in einer Zeit, in der Russland unter Einsatz militärischer Mittel die Grenzen seines westlichen Nachbarn Ukraine infrage stellt und damit wieder die Hegemonie zumindest in Osteuropa anstrebt.

ANZEIGE

Wir werden die Antwort auf diese Frage bald wissen, aber ein großer Schaden ist bereits heute eingetreten, denn Sicherheitsgarantien sind eine komplizierte Sache. Sie bestehen zu großen Teilen aus militärischer Hardware, aber sie leben auch ganz wesentlich von Psychologie - von ihrer Glaubwürdigkeit gegenüber Freund und Feind. Leidet diese, so kann es zu falschen Reaktionen bis hin zu Krisen, ja bewaffneten Konflikten kommen. Genau hier ist aber ein Schaden bereits eingetreten, denn die Äußerungen des Kandidaten Trump haben die Glaubwürdigkeitsfrage der amerikanischen Sicherheitsgarantie aufgeworfen.

Europa wird angesichts dieser Lage gut beraten sein, das Erreichte an gemeinsamer Sicherheit in der Nato und an institutioneller, wirtschaftlicher und Rechtsintegration in der EU so weit wie möglich zu bewahren. Zugleich sollte sich die EU aber eine zweite Sicherheitsoption auf der Grundlage der Nationalstaaten eröffnen. Denn dies wird nach Lage der Dinge die auf Soft Power gegründete EU nicht können, da sie für eine solche machtpolitische Herausforderung weder vorbereitet noch konstruiert wurde. Sie ist dabei auf die beiden größten, wirtschaftlich stärksten Mitgliedstaaten angewiesen - auf Frankreich und Deutschland. Andere Länder, wie etwa Italien, Benelux, Spanien oder Polen sollten dabei nicht ausgeschlossen werden, aber Frankreich und Deutschland sind unverzichtbar.

Moskau sieht Außenpolitik als Nullsummenspiel: ich gewinne, du verlierst

Auf dem europäischen Kontinent zu leben, heißt mit Russland als Nachbarn zu leben, und Nachbarschaft muss generell auf Frieden, Kooperation und gegenseitigem Respekt gründen. Zumal wenn es sich um die Nachbarschaft mit einer Atommacht handelt. Und die Europäer werden sich in Zukunft weniger denn je Illusionen erlauben können. In Moskau wird [Außenpolitik](#) nicht als Win-Win-Spiel betrachtet (beide gewinnen), sondern als Null-Summen-Spiel (ich gewinne, du verlierst). Deshalb geht auch für ein solches Denken nationale militärische Stärke und Einflusszone immer vor kooperativer Sicherheit.

Video

US-Geheimdienste: Putin ordnete Beeinflussung von US-Wahl an

Das geht aus einem Bericht von CIA, FBI und NSA hervor. Sein Ziel sei es gewesen, Trumps Rivalin Hillary Clinton zu verunglimpfen. [mehr ...](#)

Die Schwäche des Nachbarn wird nicht als Grundlage für eine stabile Friedensarchitektur gesehen, sondern vielmehr als Einladung zum Ausdehnen der eigenen Einflusszone. Wenn Europa daher auf dem europäischen Kontinent eine dauerhafte Friedensordnung will, dann wird es vor allem ernst genommen werden müssen. Das ist gegenwärtig eindeutig nicht der Fall. Dazu wird es aber, in der Ära Trump, jenseits der amerikanischen Sicherheitsgarantie, seine eigenen Fähigkeiten wesentlich stärken müssen. [Dies werden Frankreich und Deutschland nur gemeinsam leisten können.](#) Der Zeitpunkt dafür dürfte nach der Amtseinführung Donald Trumps und nach den Wahlen im vor uns liegenden Jahr in beiden Ländern gekommen sein.

[Ohne ein ernst zunehmendes Minimum an machtpolitischer Symmetrie lässt sich eine stabile Friedensordnung kaum vorstellen.](#) Asymmetrie wird vielmehr zu Instabilität beitragen und eben nicht zum Frieden. Wenn eine solche zweite europäische Sicherheitsoption zu einer Fortdauer der amerikanischen Sicherheitsgarantie führt, umso besser. Und auch mit Großbritannien könnte sich dadurch eine Zusammenarbeit jenseits des Brexit auf tun, denn die Sicherheitsinteressen des Landes werden sich dadurch nicht ändern.

Hinter vorgehaltener Hand pflegten bisweilen EU-Diplomaten zu raunen, Deutschland und Frankreich würden sich in zwei Fragen niemals einigen, nämlich in Finanz- und Militärfragen. Dazu wären die historischen und kulturellen Differenzen einfach zu groß. Wladimir Putin und Donald Trump werden, wenn es schlecht kommt, auch diesen Teil der Realität für Europa neu definieren. Betrachtet man daher die Fakten, sollte ein Kompromiss auf beiden Seiten des Rheins nicht allzu schwerfallen: Verkürzt gesagt verfügt Frankreich in strategischen und Sicherheitsfragen eindeutig über die größere Erfahrung, in Finanzfragen empfiehlt sich die Orientierung am deutschen Modell.

Die alte EU konnte sich im Schutz der amerikanischen Sicherheitsgarantie als Wirtschaftsmacht entwickeln. Fällt diese aber weg, so wird der EU nichts anderes übrig bleiben, als selbst eine ernsthafte machtpolitische Dimension zu entwickeln. Frankreich und Deutschland sind jetzt ein weiteres Mal, sechzig Jahre nach den römischen Verträgen, durch die Geschichte und ihren Verlauf gefragt, Europa zu gestalten.

150,131

JAN 5, 2017 ⁴¹

JOSCHKA FISCHER

Joschka Fischer was German Foreign Minister and Vice Chancellor from 1998-2005, a term marked by Germany's strong support for NATO's intervention in Kosovo in 1999, followed by its opposition to the war in Iraq. Fischer entered electoral politics after participating in the anti-establishment protest...

Les nouvelles « nations indispensables » de l'Europe

BERLIN – Après les chocs de 2016 qu'ont été le référendum au Royaume-Uni sur le Brexit et l'élection de Donald Trump à la présidence des États-Unis, la nouvelle année sera décisive pour l'Europe. Les prochaines élections législatives et présidentielles en France, Allemagne, aux Pays-Bas et éventuellement en Italie détermineront si l'Union européenne maintiendra sa cohésion ou si elle se désintègrera sous l'assaut de la vague néo-nationaliste qui balaye l'Occident.

Dans le même temps, les négociations sur le Brexit commenceront véritablement, ce qui donnera un aperçu des futures relations entre l'Union européenne et le Royaume-Uni. Et il est possible que l'on se souvienne un jour de l'investiture de Trump le 20 janvier prochain comme un tournant décisif pour l'Europe.

Compte tenu des remarques passées de Trump sur l'Europe et ses relations avec les États-Unis, l'UE doit s'attendre à de sérieuses mauvaises surprises. Le prochain président américain, un représentant de ce nouveau nationalisme, ne croit pas en l'intégration européenne.

Il a à cet égard un allié en la personne du président russe Vladimir Poutine qui cherche depuis longtemps de déstabiliser l'UE en soutenant des forces et des mouvements nationalistes dans les États membres de l'Union. Si l'administration Trump soutient ou ferme les yeux sur ces tentatives, l'UE – coincée entre les trolls russes et *Breitbart News* – devra se préparer à des moments vraiment difficiles.

Les conséquences de cette conjoncture seront encore plus graves si, en sus de jeter de nouvelles bases à la relation entre les États-Unis et la Russie, Trump continue à remettre en cause la garantie de sécurité accordée par les États-Unis à l'Europe, au détriment de l'Otan qui a institutionnalisé ce dispositif de sécurité depuis plus de six décennies. Les Européens se retrouveraient alors soudainement seuls face à une Russie qui a de plus en plus souvent recours à la force armée pour redessiner les frontières, comme en Ukraine, et pour réaffirmer son influence – et même son hégémonie – en Europe de l'Est.

Nous saurons bientôt ce qu'il adviendra de l'Otan, mais les dommages sont d'ores et déjà considérables. Les garanties de sécurité ne reposent pas uniquement sur les équipements militaires. Le garant doit également faire comprendre de manière crédible qu'il est prêt à défendre ses alliés à chaque fois que cela s'avérera nécessaire. Ces arrangements dépendent donc en grande partie de la dimension psychologique et de la fiabilité du comportement que manifeste un pays envers ses amis comme envers ses ennemis. Lorsque cette crédibilité est mise à mal, le risque de provocation va croissant, et par là même la possibilité d'une escalade vers des crises plus vastes, voire d'un conflit armé.

Dans ce contexte, l'UE doit aujourd'hui renforcer ce qui lui reste dans le cadre de l'Otan et s'atteler à sauvegarder sa propre intégration institutionnelle, économique et juridique. Mais elle doit également se tourner vers ses États membres pour envisager une deuxième option de sécurité.

Le pouvoir de l'Union européenne est de l'ordre de la persuasion ; elle n'a pas été conçue pour garantir la sécurité de l'Europe et sous sa forme actuelle, elle n'est pas en mesure de relever les défis posés par une puissance coercitive. Cela signifie qu'il reviendra à la France et à l'Allemagne, les deux plus grands pays de l'UE et les plus forts au plan économique, d'assurer la défense de l'Europe. D'autres pays, comme l'Italie, la Belgique, les Pays-Bas, le Luxembourg, l'Espagne et la Pologne auront aussi un rôle à jouer, mais la France et l'Allemagne sont les nations indispensables.

Bien évidemment, vivre en Europe continentale signifie avoir la Russie comme voisin, et les relations de voisinage devraient, de manière générale, être basées sur la paix, la coopération et le respect mutuel (en particulier quand le voisin est une puissance nucléaire). Mais les Européens ne doivent pas se faire d'illusions sur les intentions de la Russie. Le Kremlin envisage sa stratégie de politique étrangère comme un jeu à somme nulle, et donnera donc toujours la priorité à la force militaire et géopolitique sur des accords de sécurité communs.

La Fédération russe ne perçoit pas la faiblesse ou l'absence de menace de ses voisins comme des bases susceptibles de promouvoir la paix, mais plutôt comme une invitation à étendre sa propre sphère d'influence. Une asymétrie du pouvoir en Europe de l'Est ne peut ainsi qu'être source d'instabilité. Si l'Europe veut une paix durable et stable, elle doit d'abord s'assurer d'être prise au sérieux, ce qui est loin d'être le cas aujourd'hui. L'Europe ne peut renforcer sa sécurité de manière crédible que si la France et l'Allemagne tendent ensemble vers le même objectif, ce qu'ils auront l'occasion de faire après leurs élections respectives cette année.

Les diplomates de l'UE avaient pour habitude de confier en privé que l'Allemagne et la France ne pourraient jamais s'entendre sur les questions militaires et financières en raison de leurs histoires et cultures différentes. Mais si les conditions de sécurité se dégradent sérieusement, cela pourrait changer. En fait, ces pays situés de part et d'autre du Rhin devraient sans trop de difficultés parvenir à un compromis : la France a indéniablement l'expérience nécessaire pour prendre la tête en matière de défense et il en va de même de l'Allemagne pour les questions financières.

Si le développement de cette option de sécurité européenne incite les États-Unis à renouveler leur propre garantie de sécurité, tant mieux. Dans le même temps, l'UE devra également établir un arrangement stratégique avec le Royaume-Uni dont le positionnement géopolitique et les intérêts de sécurité resteront inchangés.

L'Union européenne s'est développée en une puissance économique parce qu'elle était protégée par le parapluie sécuritaire des États-Unis. Sans cette garantie, elle ne peut faire face à ses réalités géopolitiques actuelles qu'en développant ses capacités à faire preuve d'une puissance politique et militaire qui lui soit propre. Soixante ans après que le Traité de Rome ait institué la Communauté économique européenne, l'histoire et les évolutions actuelles poussent la France et l'Allemagne à déterminer une fois de plus l'avenir de l'Europe.

150,133

Le Figaro, no. 22525

Le Figaro, mardi 10 janvier 2017, p. 17

Opinions

CHRONIQUE

Quelle diplomatie pour la France en 2017 ?

Girard, Renaud

La France ne peut pas attendre qu'un nouveau président s'installe à l'Élysée au mois de mai prochain pour réfléchir et concevoir une politique étrangère prête à répondre aux grands défis qui nous viendront cette année de l'étranger.

Ils nous viendront principalement de cinq directions : des États-Unis, où il nous faudra réagir à une nouvelle Administration portant peu de considération à la France; de Russie, qu'il faudra ramener dans la famille européenne; du Moyen-Orient, où la voix de la France n'a jamais été aussi peu entendue depuis Bonaparte; d'Afrique, où des millions de jeunes hommes ne rêvent plus que de migrer vers le nord; de l'Union européenne, que le pays de Monnet et Schuman se doit de remettre debout. Pour traiter sur un pied d'égalité avec notre imprévisible allié américain, comme avec notre turbulent partenaire russe, nous disposons de l'atout considérable que nous a laissé le général de Gaulle : notre indépendance stratégique. Le président français n'aura pas à quémander auprès de Donald Trump un quelconque maintien du parapluie nucléaire américain; il pourra questionner droit dans les yeux Vladimir Poutine sur la réalité de ses intentions dans le Donbass ukrainien et la mer Baltique. Encore faut-il que nous poursuivions la modernisation de nos armées, sans rechigner sur l'effort budgétaire.

Pour édifier une grande politique étrangère, l'indépendance est indispensable; mais elle n'est pas suffisante. Il faut aussi du poids. Or nul ne peut aujourd'hui, sans un minimum de puissance économique, prétendre peser sur les affaires du monde. Voilà pourquoi il est crucial de redonner toute sa vigueur à l'axe franco-allemand. **Ce dernier a été mis à mal par l'incapacité de Paris à respecter ses promesses en matière de déficits publics. Les critères de Maastricht sont une invention française; les Allemands considèrent à raison que la moindre des choses serait pour la France de les respecter.**

Depuis que l'Angleterre de Theresa May se dirige - hélas - économiquement vers un Brexit dur, et militairement vers un alignement sur Washington, **il n'y a pas pour Paris de choix diplomatique alternatif à l'axe franco-allemand.** Ce dernier a montré son efficacité dans l'espace ex-soviétique avec l'établissement du « format Normandie » (Russie, Ukraine, France, Allemagne) inauguré le 6 juin 2014, et la signature du protocole de Minsk du 11 février 2015. Tout le défi de notre diplomatie orientale en 2017 sera de transformer le probable rapprochement Washington-Moscou en force d'impulsion pour faire réussir Minsk, à savoir le retour du contrôle de l'Ukraine sur ses frontières au Donbass, assorti d'une amnistie et d'une autonomie politique pour cette région russophone et russophile. **Il faut agir vite, afin que nous puissions, ensemble avec les Allemands, suspendre dès l'été prochain les sanctions contre Moscou : elles pénalisent notre agriculture et notre industrie, alors qu'elles n'ont jamais eu la moindre chance de faire plier une nation aussi fière et résiliente que la Russie.** Dans le bras de fer avec la Chine que l'Europe ne pourra éviter, il vaut mieux avoir avec nous **les Russes, qui sont de culture européenne.** À partir du 20 janvier 2017, qui marquera l'installation de Trump à la tête de l'exécutif américain, les États-Unis adopteront une politique commerciale agressive. Le président élu a décidé de nommer Robert Lighthizer US Trade Representative. Cet avocat, qui sera à la tête d'une puissante

agence comptant 200 professionnels, est un dur, prêt à utiliser l'arme du protectionnisme dans ses bras de fer bilatéraux. Sous Reagan, alors qu'il était le numéro 2 de cette institution, c'est lui qui avait réussi à casser le dumping japonais. Il est impossible pour la France de prétendre entamer seule une négociation commerciale avec des géants comme l'Amérique ou la Chine. **Paris devra donc se servir de la Commission de Bruxelles comme d'un levier.** N'oublions pas que cette dernière sut remettre à leur place Apple et Google!

Pour donner sens à cette construction européenne qui nous a tant profité, nous devons, en 2017, **concentrer nos efforts sur l'euro-zone et militer en faveur des harmonies fiscale, budgétaire et sociale, sans lesquelles elle n'a aucune chance de fonctionner bien longtemps.**

L'Europe apportera le levier financier indispensable à notre nouvelle politique africaine, destinée à aider nos partenaires à fixer sur leur sol leurs jeunes hommes et à contrôler leurs frontières. Notre diplomatie moyen-orientale pourra en revanche se passer de Bruxelles, car elle consistera à jouer les intermédiaires sincères entre l'Iran et l'Arabie saoudite, dont la dangereuse brouille n'est pas fatale - dans les années 1995-2005, les deux puissances du Golfe entretenaient d'excellentes relations. **À condition d'y remettre du réalisme, de l'énergie et de l'imagination, la France pourrait se forger à nouveau une grande politique étrangère.**

150,135

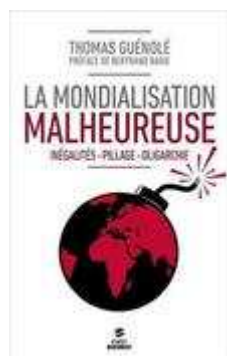
Vers la quadripolarisation de la vie politique française

• Thomas Guénolé

Publiée 09/01/2017 à 18:58



FIGAROVOX/ENTRETIEN - Dans les sondages, Fillon, Le Pen, Macron et Mélenchon forment le quatuor de tête. Pour Thomas Guénolé, ils illustrent les différents pôles politiques que forment les conservateurs, les nationalistes, les altermondialistes et les individualistes.



Thomas Guénolé est politologue, maître de conférences à Sciences Po et docteur en Science politique (CEVIPOF). Il est l'auteur de *Les jeunes de banlieue mangent-ils les enfants?* (éd. Le bord de l'eau, 2015) et *La mondialisation malheureuse* (éd. First, 2016).

FIGAROVOX. - Un sondage Ipsos-Sopra Steria pour *Le Monde* et le *Cevipof* annonce «Fillon-Le Pen-Macron-Mélenchon» comme quatuor d'arrivée au premier tour de la présidentielle. Comment analysez-vous cette évolution?

Thomas GUÉNOLE. - Avant la primaire de la droite, j'avais répétitivement prévenu dans vos colonnes du fait que les sondages ne permettent pas de prédire les résultats d'une élection. Le résultat de la primaire LR, mais avant cela le Brexit et la victoire de Donald Trump, me confortent dans l'idée de ne leur accorder aucune valeur prédictive. *Bis repetita* : «les sondages ne servent pas à prédire les résultats, c'est marqué sur la notice!».

Plus exactement, les sondages sont des instruments fiables pour dire qui monte, qui baisse et qui stagne, mais pas pour donner les scores. Autrement dit, les sondages sont des thermomètres qui vous disent si la température monte ou baisse mais qui ne peuvent pas vous dire combien de degrés il fait. Donc, en toute rigueur: oui, ce sondage prouve que François Fillon, Marine Le Pen, Emmanuel Macron et Jean-Luc Mélenchon sont les quatre grandes forces montantes en vue du premier tour. Mais non, en aucun cas il ne nous garantit qu'ils seraient les quatre candidats en tête si nous votions aujourd'hui.

Comment interprétez-vous le fait que ces quatre-là, et pas d'autres candidats, soient les forces montantes de la campagne?

Depuis plusieurs années, j'ai pour analyse que deux grandes questions structurent la vie politique et le débat d'idées en France.

La première, c'est la question de la mondialisation. D'un côté, on a les pro-mondialisation: Emmanuel Macron, Manuel Valls, François Fillon. Ils sont partisans du libre-échange, de la politique économique de l'offre, de la déréglementation de la vie financière, de la réduction de la voilure de l'Etat, de l'amointrissement des services publics, et de l'affaiblissement des droits et protections de la population active. De l'autre côté, on a les protectionnistes: Jean-Luc Mélenchon, Arnaud Montebourg, Marine Le Pen. Ils sont partisans des taxes anti-dumping, de la politique économique de la demande, de l'encadrement draconien de la finance, d'un Etat plus fort, de services publics préservés ou élargis, et du renforcement des droits et protections de la population active. À noter cependant le positionnement médian d'Arnaud Montebourg. Il essaye de mélanger une position quasi-Mélenchon sur la macroéconomie - par exemple les nationalisations - et une position quasi-Macron sur la microéconomie, par exemple sur les excès de la bureaucratie administrative.

Deux grandes questions structurent la vie politique et le débat d'idées en France : la mondialisation et les minorités.

La seconde grande question, c'est celle des minorités: minorité musulmane et minorité LGBT. D'un côté, on a les progressistes: Jean-Luc Mélenchon, Arnaud Montebourg, Emmanuel Macron. Ils ont une position d'acceptation de la minorité musulmane telle qu'elle est dans la société française, de lutte contre les discriminations racistes, et de promotion des droits LGBT, en particulier en matière de vie familiale. De l'autre côté, on a les conservateurs: François Fillon, Marine Le Pen, Manuel Valls. Ils ont une position d'exigence d'assimilation envers les Français de confession musulmane, tout en exprimant de sérieux doutes sur leur aptitude à réellement s'assimiler. Envers la minorité LGBT, soit ils sont dans la défense du statu quo - c'est le cas de Manuel Valls -, soit ils veulent supprimer certains de ses droits: par exemple, le droit à l'adoption plénière pour François Fillon et le droit au mariage pour Marine Le Pen.

À noter là aussi un positionnement médian, cette fois-ci de Manuel Valls. Il essaie de mélanger à sa position quasi-Le Pen sur la minorité musulmane - par exemple sur le port du voile - un discours quasi-Mélenchon sur le refus du racisme et des discriminations à l'embauche.

En croisant ces axes, on obtient donc quatre grandes combinaisons possibles.

On obtient donc, en croisant ces deux axes, quatre grandes combinaisons possibles. Il y a les protectionnistes-progressistes: appelons-les «altermondialistes», puisque ce mouvement a toujours mélangé le protectionnisme sur l'économie et le progressisme sur les sujets de société. Il y a les protectionnistes-conservateurs: appelons-les «nationalistes», puisque leur seule véritable préoccupation politique fondamentale est de protéger la nation. Il y a les pro-mondialisation et progressistes: appelons-les «individualistes», puisque leur cohérence est de donner un maximum de libertés sociétales à l'individu tout en lui disant qu'il doit se débrouiller d'abord par lui-même pour s'en sortir dans la mondialisation. Enfin, il y a les pro-mondialisation et conservateurs: appelons-les «conservateurs», justement, puisque leur cohérence est de revenir à une approche des minorités et à une approche de l'Etat, des services publics, des droits sociaux, qui prévalaient voici plusieurs décennies.

Marion Maréchal Le Pen est dissonante au FN parce qu'elle correspond davantage à une version extrême de François Fillon qu'aux positions de Marine Le Pen.

En raisonnant ainsi, on comprend d'ailleurs beaucoup mieux certaines anomalies dans l'offre politique actuelle. Marion Maréchal Le Pen est dissonante au FN, parce qu'elle correspond davantage à une version extrême de François Fillon qu'aux positions de Marine Le Pen. Manuel Valls est dissonant au sein de la gauche, parce que parmi les quatre grands blocs il correspond plutôt à une forme modérée de François Fillon: l'habituel procès en illégitimité «Manuel-Valls-est-de-droite» a donc du sens.

Bloc altermondialiste, bloc nationaliste, bloc individualiste, bloc conservateur: c'est ce que j'appelle la «quadripolarisation» de la vie politique française.

Est-ce cette «quadripolarisation» qui explique le quatuor de forces montantes dans les sondages?

Oui. Si l'on garde en tête ces quatre grands blocs possibles, que constate-t-on? Que les quatre candidats devenus des forces montantes en vue du premier tour coïncident parfaitement avec le cœur de ces quatre blocs. Jean-Luc Mélenchon est le parfait altermondialiste. Marine Le Pen est la parfaite nationaliste. Emmanuel Macron est le parfait individualiste. François Fillon est le parfait conservateur.

Ils correspondent chacun dans son espace à l'évolution politique actuelle des Français : la radicalisation.

En exprimant une offre très fermement installée chacun dans l'un des quatre blocs, ils correspondent donc chacun dans son espace à l'évolution politique actuelle des Français: la radicalisation.

Plutôt qu'une radicalisation des Français, ne constate-t-on pas leur droitisation?

Je sais que cette thèse est aujourd'hui en vogue mais je suis en désaccord total. D'abord, j'observe que les théoriciens de cette «droitisation» utilisent beaucoup comme argument le constat - incontestable - d'une montée en flèche de l'attente d'autorité et de fermeté dans la population française. Mais pardonnez-moi: en quoi l'envie d'autorité et de fermeté serait quelque chose de spécifiquement de droite? Ce n'est donc pas un argument intellectuellement rigoureux.

De surcroît, si les Français se droitisaient, les sondages auprès des électeurs de gauche pour désigner la personnalité politique incarnant le mieux la gauche ne mettraient pas Jean-Luc Mélenchon à la première place. Et Arnaud Montebourg ou Benoît Hamon, sur leur ligne de retour aux fondamentaux de la gauche, ne bénéficieraient pas comme actuellement d'une dynamique dans la primaire du PS.

Non, les Français ne se droitisent pas : ils se radicalisent, chacun dans son couloir.

Non, les Français ne se droitisent pas: ils se radicalisent, chacun dans son couloir. Les électeurs de la «gauche du Non» se radicalisent: ils coupent les ponts avec la «gauche du Oui» qu'incarne le PS et ils attendent de Jean-Luc Mélenchon un Podemos à la française. Les électeurs de la «gauche du Oui» se radicalisent: une partie soutient Manuel Valls et sa théorie des «deux gauches irréconciliables», et une autre partie bascule dans le soutien hors-PS à la radicalité pro-mondialisation d'Emmanuel Macron. Les électeurs centristes, traditionnellement divisés sur la question des minorités mais globalement pro-mondialisation, délaissent la position d'extrême modération de François Bayrou: comme une partie de la «gauche du Oui», ils basculent de plus en plus dans le soutien à la radicalité pro-mondialisation d'Emmanuel Macron. Les électeurs de droite suivent François Fillon, candidat d'une puissante droitisation de la droite. Quant aux électeurs du FN, ils sont à la fois de plus en plus désinhibés dans leur hostilité envers la minorité musulmane, et de plus en plus étatistes en matière économique. Autrement dit, seul l'électorat de droite se droitise. Tout le reste se radicalise chacun dans son couloir.

Quelle sera l'influence de cette quadripolarisation sur l'avenir des partis politiques?

Nous devrions assister à une reconfiguration de l'offre politique pour correspondre à cette quadripolarisation. Le processus est en cours.

Logiquement, nous devrions assister à une reconfiguration de l'offre politique pour correspondre à cette quadripolarisation de l'électorat. Le processus est d'ailleurs déjà en cours. Le bloc nationaliste est déjà prêt et stable: c'est le FN de Marine Le Pen. Le bloc conservateur l'est aussi: c'est le parti LR de François Fillon. Quant aux deux autres blocs, leur façon de se stabiliser va dépendre de l'issue de la primaire du PS.

Si Manuel Valls gagne la primaire, il libère tout l'espace du bloc altermondialiste pour Jean-Luc Mélenchon. Son mouvement «La France insoumise» devient donc le bloc altermondialiste stable du paysage politique français. Pendant ce temps, Manuel Valls et Emmanuel Macron se disputent le leadership du bloc individualiste, avec pour Emmanuel Macron l'avantage d'être plus cohérent que Manuel Valls sur la question des minorités.

Si Arnaud Montebourg ou Benoît Hamon gagne la primaire, il libère tout l'espace individualiste pour Emmanuel Macron. Son mouvement «En marche» devient donc le bloc individualiste stable du paysage politique français. Pendant ce temps, Arnaud Montebourg et Jean-Luc Mélenchon se disputent le leadership du bloc altermondialiste.

Comment cette quadripolarisation va-t-elle faire évoluer les stratégies d'alliances des partis?

Puisque le paysage politique réel est coupé en quatre grands blocs, le bloc vainqueur aura en quelques mois grosso modo les trois quarts de l'électorat contre lui.

L'élection présidentielle à deux tours reste l'épreuve reine de la vie politique française. Elle est suivie presque immédiatement d'élections législatives lors desquelles le bloc du candidat vainqueur bénéficie d'une très puissante dynamique, tandis que la démobilisation entraîne des pertes dans les autres blocs. L'hypothèse la plus vraisemblable est donc la suivante. D'abord, le bloc vainqueur de la présidentielle gagnera les législatives et aura donc, grâce à l'énorme

prime de leur mode de scrutin, une majorité pour gouverner. Ensuite, puisque le paysage politique réel est coupé en quatre grands blocs, le bloc vainqueur aura en quelques mois grosso modo les trois quarts de l'électorat contre lui.

Passer au scrutin proportionnel permettrait de résoudre ce problème, car cela forcerait à gouverner en alliant au moins deux blocs sur quatre, ce qui correspondrait à une majorité solide dans l'électorat. Une forme raisonnable de cette évolution serait de copier l'Allemagne: ils élisent la moitié de leurs députés comme nous, au scrutin par circonscriptions, et l'autre moitié est élue à la proportionnelle. Cela nous forcerait à avoir au moins deux blocs au gouvernement, tout en ne produisant pas l'instabilité gouvernementale du scrutin intégralement à la proportionnelle. Mais j'imagine mal un bloc venant d'obtenir une majorité avec le scrutin actuel scier à peine victorieux la branche sur laquelle il vient de s'asseoir.

150,139

Éditorial : «Socialistes en état d'apesanteur»

Mis à jour le 13/01/2017

•
Par Paul-Henri du Limbert

Entendre des socialistes parler d'économie est toujours un moment réjouissant, et on en a encore eu confirmation jeudi soir. Comme Thomas Pesquet, qui ces temps-ci, à quelque 350 kilomètres au-dessus de nos têtes, effectue ses révolutions en découvrant les joies de l'apesanteur, eux aussi s'affranchissent des règles élémentaires qui n'échappent à personne, et pas même aux enfants.

Pour redresser un pays qui compte 2100 milliards de dettes, soit 98,4 % du PIB, qui emprunte pour payer ses emprunts et assurer les fins de mois de ses fonctionnaires, les candidats de la Belle Alliance populaire ont une solution: dépenser plus! Peu importe la réalité, les 44 milliards dépensés chaque année pour rembourser les seuls intérêts de la dette, le salut viendra de la fameuse «relance keynésienne». Laquelle s'ajoutera aux précédentes, qui n'ont guère souvent donné grand-chose, sinon des impôts en plus et, entre autres conséquences, une croissance souffreteuse.

Le respect dû à la vérité oblige à dire que, dans ce grand concours de démagogie, certains brillent plus que d'autres. On pense évidemment à Benoît Hamon et à son revenu universel, qui coûterait la coquette somme de 400 milliards par an. Au diable les avaricieux! Arnaud Montebourg la jouerait presque économe avec son plan de relance à 25 milliards... Manuel Valls, quant à lui, se pose en parangon de vertu budgétaire en concédant qu'on peut certes aller taquiner les 3 % de déficit mais qu'il serait irresponsable de viser l'équilibre, comme le ferait le premier ménage endetté venu!

De qui se moque-t-on? Si, en se livrant à cette absurde surenchère, les prétendants PS entendent faire oublier les errements des années Hollande, le succès n'est pas assuré. Les Français savent ce qu'il en est des vagabondages économiques des socialistes. Ils se traduisent, à chaque fois, par davantage d'impôts, de chômage, de précarité, et conduisent à la situation à laquelle nous assistons aujourd'hui: un pays qui s'enfonce et perd du terrain. Thomas Pesquet reviendra parmi nous à la mi-mai, aux alentours de la présidentielle. Soit au moment où les socialistes, après avoir tenté de se libérer des contraintes cinq années durant, ont rendez-vous avec la réalité. Pour eux, le retour sur terre s'annonce brutal.

150,140

Le Figaro Magazine, no. 22528

EN COUVERTURE, vendredi 13 janvier 2017, p. 42

Cette France abandonnée aux islamistes

Alexandre Devecchio

En 2002, Georges Bensoussan et plusieurs de ses collègues publiaient « Les Territoires perdus de la République ». « Une France soumise », qui paraît quinze ans après, montre que tout s'est considérablement aggravé. « Le Figaro Magazine » publie en exclusivité quelques extraits de ce livre événement.

C'est un pays qui change de visage. Ici, un essaim de robes noires se forme dans le paysage bariolé d'une cour de récréation. Là, les commerces traditionnels disparaissent un à un au profit des boucheries halal et des magasins ethniques. Ailleurs, les juifs et les Blancs, interdits de séjour, font leurs valises. Ce pays n'est pas l'Algérie de Boualem Sansal dans Gouverner au nom d'Allah. C'est le pays de Voltaire en passe de devenir la France de Houellebecq. **Une France soumise. Les voix du refus** (Albin Michel), dirigé par Georges Bensoussan avec l'aide de Charlotte Bonnet, Barbara Lefebvre, Laurence Marchand-Taillade et Caroline Valentin, en dresse un tableau saisissant. Un magistral ouvrage d'histoire immédiate qui regroupe les témoignages de plus de 70 acteurs de terrain (enseignants, médecins, infirmières, policiers, maires, hauts fonctionnaires, etc.). Une réalité plus effrayante que la fiction imaginée dans Soumission. En France, la charia s'est invitée au coin de la rue. Les islamistes progressent, non par le sommet, mais par le bas. Ils ne visent pas la conquête du pouvoir institutionnel mais la conquête de la société. Leur stratégie est celle de la contamination lente et oblique. Ils grignotent une cité, un quartier (bientôt une ville ?) et se taillent des enclaves à l'intérieur du territoire où ils imposent leurs marqueurs politico-religieux pour mieux faire régner leurs propres lois et leur vision du monde. Le phénomène n'est plus circonscrit à quelques quartiers, l'islamisme s'est propagé dans toute la France au point que, pour les auteurs, le pronostic vital de notre vieux pays est engagé. Une contre-société salafisée, qui hait ce que nous sommes, a grandi en notre sein. Elle menace désormais de faire exploser notre cohésion nationale, de bouleverser nos modes de vie et d'effacer notre héritage culturel. Le pire est que cette situation, fruit d'un long processus de décomposition, aurait pu être évitée. En 2002, Georges Bensoussan, déjà, sonne le tocsin. Il publie un recueil de témoignages d'enseignants de banlieue, Les Territoires perdus de la République (Fayard). Le livre fait écho à des phénomènes disparates mais déjà inquiétants : les « Vive Ben Laden ! » qui ont fusé dans certaines cités après le 11 septembre 2001, les premiers niqabs qui concurrencent les sweats à capuches, La Marseillaise sifflée au Stade de France, le drapeau français piétiné et la pelouse envahie devant le regard impuissant du Premier ministre Lionel Jospin. « Un livre qui faisait exploser le mur du déni de la réalité française, se souvient aujourd'hui Alain Finkielkraut qui fut, à l'époque, l'un des rares intellectuels de haut rang à défendre le travail de Bensoussan. A un moment où on disait “il n'y a pas de problème de l'immigration en France, il n'y a qu'un problème de racisme”, ce livre faisait apparaître le sexisme, l'antisémitisme mais aussi la francophobie qui régnait dans les quartiers dits sensibles. C'est un livre qui arrachait la sociologie aux sociologues patentés. En cela, il a été absolument salutaire. »

Avec les années, le titre est entré dans le langage commun, mais l'ouvrage a d'abord été accueilli par un long silence médiatique suivi par une intense campagne de dénigrement. « Nous nous sommes vite heurtés à ce refus d'entendre qui plombe la société française, se souvient Georges Bensoussan, directeur de l'ouvrage. La stigmatisation, venue d'une partie de la gauche, nous priva de parole publique et nous valut d'être qualifiés de “racistes” et d’“islamophobes”. Ce terrorisme intellectuel nous a fait perdre vingt ans, car les premiers signes du malaise dataient du début des années 1990. » Et de rappeler que Mohammed Merah et Mehdi Nemmouche étaient des adolescents scolarisés au collège à l'époque de la rédaction de Territoires perdus de la République. **En 2004, le rapport Obin sur les signes et manifestations d'appartenance religieuse dans les établissements scolaires fait le même diagnostic que le livre de Bensoussan. Commandé par le ministère de l'Education nationale de Luc Ferry, il est cependant enterré par son successeur rue de Grenelle, un certain François Fillon.** Après la première affaire des foulards de Creil en 1989, qui marque l'entrée en scène de l'islam

politique, l'Etat mettra quinze ans à réagir avec la loi de 2004 interdisant le voile à l'école. Il faudra également de longues années pour que les élites médiatiques et politiques commencent à ouvrir les yeux sur les territoires perdus de la République. En 2005, les « observateurs » qualifient les émeutes de « révoltes sociales » et persistent dans une lecture socioéconomique du phénomène. Des millions d'euros sont engloutis dans les plans de rénovation urbaine tandis que les enjeux culturels et religieux que soulèvent ces événements sont éludés. Pourtant, comme le souligne Gilles Kepel dans *Banlieue de la République* (Gallimard), c'est une grenade lacrymogène tirée par la police près d'une mosquée alors que le ramadan battait son plein qui est la cause de la propagation des émeutes dans toute la France (elles avaient été déclenchées par la mort de Zyed Benna et Bouna Traoré dans un transformateur à Clichy-sous-Bois). L'incident, grossi et rapporté comme « le gazage de la mosquée Bilal », est alors interprété par une partie de la jeunesse de banlieue comme une déclaration de guerre à l'islam. Il ravive le ressentiment entretenu par des années d'antiracisme et d'idéologie de la repentance. **La banlieue rouge est devenue verte. Une génération Dieudonné a grandi dans la haine de l'Occident.**

Déracinée, déboussolée, désintégrée, elle a fait sécession et se cherche une identité de substitution dans l'islam radical. En 2012, Mohammed Merah fait basculer la France dans l'horreur terroriste. Les soldats abattus, les trois enfants froidement assassinés dans une école juive de Toulouse ne réveillent pas les consciences endormies. Les médias, pour la plupart, passent sous silence les graffitis à la gloire du meurtrier qu'on peut lire sur certains murs de province, de même que les incidents qui émaillent la minute de silence demandée par le ministère de l'Education nationale. Ce n'est qu'après la vague d'attentats des années 2015-2016, les tueries de Charlie Hebdo et de l'Hyper Cacher puis le carnage du vendredi 13 novembre, l'attentat de Nice et l'égorgeage du père Hamel à Saint-Etienne-du-Rouvray que le réel s'impose tragiquement. **« Le salafisme est l'arrière-plan culturel du djihadisme », comme le dit Gilles Kepel.**

A lire l'essai dirigé par Georges Bensoussan, les territoires perdus de la République sont en passe d'être gagnés par les islamistes. **« Ce qui n'était que "vaguelettes" il y a vingt-cinq ans s'est transformé en lames de fond », résume Elisabeth Badinter, qui a préfacé l'ouvrage.** Si Les Territoires perdus de la République était un cri d'alarme, Une France soumise est un cri de désespoir. **« On sort de ce livre découragé et même accablé », reconnaît Alain Finkielkraut.** Impossible de ne pas songer à L'Etrange Défaite, de Marc Bloch. Barbara Lefebvre, qui a codirigé le livre avec Georges Bensoussan, l'affirme : **« Un monde est peut-être en train de se terminer, celui d'une France laïque, républicaine et libre, et il y a une incertitude angoissante et, pour certains, désespérante quant au monde qui est en train de naître »,** analyse-t-elle. « L'espérance, c'est le désespoir surmonté », disait Bernanos et ce livre peut être lu comme un **manuel de résistance.** « Notre sous-titre, Les Voix du refus, dit aussi ce qui nous a frappés chez nombre d'interlocuteurs : la volonté de combattre en dépit de ce que beaucoup ressentent comme le "terrorisme intellectuel" venu d'une coterie parisienne restreinte et socialement privilégiée, analyse Bensoussan. Chez plusieurs interlocuteurs, on sent émerger l'esprit d'une résistance clandestine, comme réprouvée et qui se sait telle. » La force d'Une France soumise, au-delà de son implacable constat, est de faire entendre la voix des sans-voix. Ceux qu'on n'entend jamais, abandonnés par une hiérarchie professionnelle qui ne veut pas de vagues, lâchés par des politiques clientélistes prêts à tous les accommodements déraisonnables pour gagner une élection, accusés d'être des menteurs ou des salauds par des commentateurs hors-sol. Comme Héloïse et Marcel, ces infirmiers en région parisienne qui, dans un hôpital gangrené par le communautarisme, lutte au quotidien pour soigner tous les patients sans distinction d'origine et de religion. « Rester travailler à l'hôpital est pour nous un acte de résistance. Nous ne savons pas encore combien de temps nous tiendrons car l'un comme l'autre nous habitons aussi dans des quartiers où la religiosité ostentatoire progresse à grande vitesse. Dans les deux situations, professionnelle et personnelle, nous ne voulons pas céder notre place, parce que rien ne justifie que nous désertions. » « La France m'a accueillie, m'a aidée à donner un avenir à mes enfants », poursuit Héloïse avant de conclure par ce qui devrait être le slogan de tous nos politiques : « Je ne me résigne pas à voir cela disparaître. »

150,142

Le Figaro.fr

vendredi 13 janvier 2017 - 09:00 UTC +01:00

VOX ; Vox Societe

Profs, médecins, policiers... Ils brisent la loi du silence

Devecchio, Alexandre

Confrontés au quotidien à la radicalisation des banlieues, des acteurs de terrain témoignent dans *Une France soumise*, de Georges Besoussan.

Pour garantir leur sécurité, ils s'expriment anonymement.

Hélène, fonctionnaire préfectorale

Il y a deux ans, j'ai décidé de changer de fonctions et d'aller confronter mes expertises sur les politiques publiques au terrain des banlieues que l'on dénomme aujourd'hui «quartiers populaires». [...]

Mon arrivée dans la commune coïncidait avec le mois de ramadan. Le quartier était désert, les commerces fermés, les stores de métal baissés. Pas âme qui vive en début d'après-midi. Comme dans tous les quartiers prioritaires en France, les commerces sont presque exclusivement communautaires et ethniques. De ce fait, les interdits sont plus facilement respectés. [...] Les premiers jours dans mon poste ont été difficiles. J'avais envie de fuir, de retrouver un territoire où je retrouverai une vie «à la française». Je me sentais épiée, regardée, véritablement étrangère dans une cité où je croisais des gens vêtus selon un code religieux.

Les femmes sont vêtues de longues jupes ou de pantalons ; si elles ne portent pas le jilbab, elles portent des tenues qui évitent de montrer leurs formes. Elles ne portent pas de couleurs vives, ne se maquillent pas et sont presque toutes voilées. Les couleurs, le maquillage, les bijoux mêmes sont contre-indiqués pour les femmes qui doivent être les plus neutres possible dans leur apparence, les moins remarquables. Le vernis à ongles, par exemple, est proscrit, car il entrave la bonne pratique des ablutions, l'eau ne pouvant pénétrer sur les ongles maquillés. Certaines entreprises ont néanmoins compris l'intérêt de fabriquer des vernis «halal» qui, selon elles, laisseraient l'eau perler sous le vernis... Quelques rares femmes portent encore la burqa, on ne les croise que très rarement. Les autres ont adopté le jilbab, qui n'est finalement qu'une burqa sans voile sur le visage. De loin, dans ces tenues, les femmes se ressemblent toutes. Négation de l'identité et de l'individu, ces tenues affirment la force du groupe. [...]

J'ai cherché à comprendre la position des musulmans «modérés», de celles qui ne se voilent pas, de ceux qui ne portent pas la barbe ou la chemise longue, sur la pratique rigoriste de leurs coreligionnaires. Aucune critique n'est émise à leur égard. Au contraire, ils me font souvent part de leur admiration pour ces «salafis», ces personnes pieuses qui montrent l'exemple, qui ont le courage de vivre selon les principes édictés par le Prophète. À écouter ces modérés, ce sont plutôt le courage et la vertu qui manquent au plus grand nombre pour leur ressembler. Quand je pose la question aux femmes qui ne sont pas voilées, elles sont nombreuses à me répondre qu'elles le seraient si elles le pouvaient mais que la société française les en empêche dans leur travail.

Olivier, médecin généraliste à Saint-Denis

Voilà un peu plus d'une décennie que j'y suis installé. Les choses ont progressivement changé, mais dans le mauvais sens du terme. Au début, j'avais le discours du nouvel arrivant: «C'est exotique», «Toute cette dynamique, c'est incroyable», «Les gens ici sont vraiment gentils et accueillants». Peu à peu, j'ai acquis une expérience professionnelle singulière, et j'ai découvert la profondeur du mépris et du désamour de la France chez ceux qu'elle a accueillis et - concernant mon univers professionnel, la médecine de proximité - qu'elle accompagne avec bienveillance et générosité.

La France est reconnue pour la qualité, et plus encore la gratuité de ses soins médicaux. Étudiant en médecine, je trouvais cela formidable. Pourtant, cette générosité n'est pas vue comme une force de la France généreuse qu'on remercie, mais bien plutôt comme un tribut normal d'un pays colonialiste qui «doit payer pour ce qu'il a fait». Ces gens sont-ils heureux de devenir français? Pas du tout! Mieux encore, ils m'expliquent pour nombre d'entre eux qu'ils ne veulent pas le devenir. Un jour, un patient que je croyais français naturalisé d'origine algérienne m'avouait: «Moi, Français? Ah non, docteur, ah non, ça jamais! Jamais!» En revanche, le droit du sol avait fait de ses enfants des Français. Dans quel contexte de respect pour leur pays de naissance allaient-ils grandir? Je sentais que j'abordais chez lui un sujet sensible et cela m'a mis très mal à l'aise.

D'autres patients plus jeunes, Français par le droit du sol, m'assurent que leur pays, c'est l'Algérie ou la Tunisie... et qu'ici «c'est secondaire». Ils ne sortent pratiquement jamais de leur banlieue et glorifient un pays dans lequel ils ne bénéficieraient pas du quart de ce qu'ils reçoivent en France: l'éducation, la santé, l'emploi, l'ouverture culturelle, la liberté de circuler, la liberté d'expression. [...] La médecine est devenue un bien de consommation: on va faire ses courses, on va chez le médecin, puis on va au parc. Pas de problème, c'est gratuit. Dans les grandes aires urbaines, le médecin est un «consommable» comme le boulanger ou le boucher. La difficulté de son métier, son expertise, est ignorée, voire niée. Les services des urgences des grands hôpitaux en témoignent: surcharge de travail, «bobologie», violences de patients qui croient que le médecin ou l'infirmier sont à leur service exclusif, sans parler des exigences personnelles pour que les femmes soient examinées par des femmes sous peine de scandale ou de menaces.

J.-P. F., professeur d'histoire-géographie en Île-de-France

J'enseigne l'histoire-géographie depuis vingt-cinq ans dont dix-huit dans un lycée de Région parisienne, un établissement sans histoire qui jouissait encore il y a peu d'une excellente réputation. [...]

Le mardi 2 décembre 2014 a lieu le vote concernant la reconnaissance par l'Assemblée nationale de l'État palestinien. On frise l'hystérie dans les couloirs du lycée, tout particulièrement devant ma porte de classe. J'entends mes propres élèves hurler sous mon nez des «inch Allah», avec une joie démonstrative et quelques youyous.

Au cours de cette journée éprouvante, une de mes élèves de seconde, déjà âgée de 18 ans, m'interpelle vivement pendant le cours (sur l'Antiquité romaine) pour me sommer de me positionner sur le conflit israélo-palestinien. Je lui réponds que ce n'est pas le sujet. Elle insiste et parle d'un peuple «chassé de sa terre», accuse les Israéliens de crimes contre l'humanité et précise qu'«ils se servent de kalachnikov pour tuer les enfants». Pendant de longues minutes, elle garde furieusement la parole, s'agite et se lève, cherche à soulever les autres, ce qu'elle ne parvient pas à faire à l'exception d'un seul, un garçon réputé instable et violent, déjà exclu récemment d'un autre établissement.

Après quelques efforts de discussion, je demande à la jeune fille de sortir, elle s'y refuse et insiste dans des débordements qui me sont directement adressés. Je demande: «Dois-je comprendre que vous me menacez?» Elle répond: «Moi, je vous menace, moi je vous menace? D'accord!» Elle range ses affaires dans son sac, s'avance furieusement vers moi. Une fois arrivée à ma hauteur, elle crache par terre à mes pieds en me fixant et me dit: «Je vais te faire un kick», entendez «je vais te casser la gueule».

Son conseil de discipline a lieu le mardi 6 janvier, veille de l'attentat de Charlie Hebdo . Je note le ton aimable, voire conciliant et compassionnel, du proviseur à l'égard de la jeune fille et de son père. Je regrette le ton dur et cassant qu'il m'adresse, ravi à chaque occasion de me rabrouer publiquement. Alors qu'on écoute attentivement la jeune fille qui s'explique, on me demande de justifier avec précision l'enchaînement des faits, comme pour y déceler un manquement quelconque de ma part.

Le CPE qui connaît bien la jeune fille et pourrait témoigner de son comportement est curieusement absent, remplacé par une autre CPE qui ne connaît rien au dossier. C'est mon procès, en somme.

Parce que «j'en fais trop», que mon comportement est qualifié de «jusqu'au-boutiste», gênant, voire suspect. Parce que j'empêche la liberté d'expression de mes élèves. Parce que j'évoque la dérive communautariste et les agressions ad hominem dont je fais l'objet. Parce que je ne peux être victime que de moi-même, le proviseur m'interrompt régulièrement sur un ton peu amène en plein conseil: «Monsieur, vous avez un sentiment, vous avez des impressions, mais personne d'autre que vous ne les partage.»

Après une longue délibération, le conseil de discipline décide une «exclusion définitive... avec sursis». Autrement dit, je retrouve cette même élève dès le lendemain matin dans ma classe, comme si rien ne s'était passé.

Héloïse et Marcel, infirmiers

Certains patients étrangers de culture musulmane ayant une pratique rigoriste justifient leur refus de quitter l'hôpital par des habitudes culturelles: pour eux, il est impossible de recevoir quotidiennement à domicile un infirmier ou une infirmière pour le suivi de soins car ils considèrent que c'est le rôle de leur épouse (restée au pays). Héloïse: «“Vous êtes payée pour ça” est une phrase que j'entends souvent quand j'essaie d'expliquer à un patient qu'il doit faire seul certains soins pour s'autonomiser, comme mettre ses gouttes ou faire son dextro.

Ces hommes ont visiblement l'habitude d'être servis et refusent d'apprendre ces gestes, ils se reposent toujours sur un tiers, si possible féminin: épouse, fille, belle-fille. Quand cela est impossible, nous devons les garder jusqu'à la fin des soins, qui pourraient pourtant se faire à domicile et libérer un lit. Des patients étrangers restent des mois dans le service où je travaille alors que s'ils étaient français ou accueillis par leurs proches en France, ils seraient depuis longtemps retournés à leur domicile. Parfois je me demande si l'administration hospitalière se souvient que c'est le contribuable qui finance cette vision hôtelière de l'hôpital.»

Marcel: «Ce phénomène semble s'aggraver depuis une quinzaine d'années sous l'effet de l'attractivité de la CMU et de l'AME. Pourquoi leur pays d'origine n'assure-t-il pas une bienveillance envers ses concitoyens? Refuser de le dire est un déni de réalité: la gratuité des soins y est pour beaucoup dans l'afflux de patients étrangers dans nos services et de certains qui viennent de pays ayant un lien historique avec la France (ce qui ne fait pas d'eux pour autant des francophones!). Ils ont des proches vivant en France qui leur permettent d'entrer sur le territoire pour s'y faire soigner, il ne s'agit pas de malades transférés officiellement d'un hôpital étranger à un hôpital français. Rien que pour l'AP-HP, il y a 118 millions d'euros d'impayés suite à des soins ayant bénéficié à des patients étrangers.

Lucie, responsable d'un centre d'action sociale

Voici maintenant près de vingt ans que je travaille dans le secteur social, d'abord en province, dans un établissement d'accueil d'urgence pour enfants, puis depuis deux ans en tant que responsable d'un centre communal d'action sociale (CCAS) en région parisienne. [...]

Dans certains quartiers relevant du territoire, les assistantes sociales, les puéricultrices ou encore les sages-femmes ont vraiment peur lorsqu'elles doivent faire des visites à domicile. Leurs visites ne sont jamais inopinées, les familles sont toujours prévenues. Elles ne peuvent plus entrer dans certains immeubles, dont de jeunes trafiquants empêchent l'accès. Ils surveillent les assistantes sociales, les interrogent sur les raisons de

leur venue, exigent parfois le nom des personnes visitées, relèvent la plaque d'immatriculation de leurs véhicules. Désormais, dans certains secteurs, elles se rendent en visite à deux et souvent ne disent pas pourquoi elles viennent. Quand les assistantes sociales vont aux permanences à la maison de quartier, certaines commencent à avoir peur, car le gardien y reçoit la visite de dizaines d'hommes en tenue salafiste qui occupent l'espace et imposent insidieusement leurs exigences par leur seule présence. Elles me disent y ressentir une pression très difficile pour travailler.

Mais tout cela se fait sans agressivité verbale, par simple occupation ostentatoire de l'espace public et mise en minorité de ceux qui ne font partie de leur groupe. Je peux citer ici deux exemples éclairants. Une collègue du territoire conduisait sa voiture aux abords d'un quartier populaire quand un gros 4x4 lui grille la priorité ; elle klaxonne, le 4x4 pile et la bloque. Une femme voilée en descend et l'interpelle: «C'est vous qui m'avez klaxonnée?» Ma collègue confirme en lui rappelant poliment les règles de priorité, à quoi elle se voit répondre: «Mais madame, ici vous n'êtes pas chez vous, vous n'avez pas la priorité.»

Peut-être plus terrible et moins anecdotique, une psychologue de notre institution était au marché pour y faire quelques courses avant de rejoindre le bureau. C'est un marché populaire où l'immense majorité des clients appartient à la communauté musulmane de la cité proche. Elle aperçoit au loin l'imam qu'elle a rencontré dans le cadre d'un partenariat avec les enfants. Il s'avance vers elle, elle le salue, quand elle s'entend dire: «Madame, ici vous êtes chez moi, vous partez immédiatement, vous n'avez rien à y faire.» Elle était tellement stupéfaite qu'elle n'a pas trouvé les mots et est partie dans l'instant. Cet échange l'a profondément marquée. [...]

On nous parle volontiers de «vivre-ensemble», mais à quel prix? Où est le respect des droits de chacun? Par exemple, dans le quartier que j'évoque, il est désormais acté qu'on n'a plus le droit d'écouter de musique. Le cours de gymnastique pour les femmes se fait désormais sans musique et c'est de façon tout à fait ostentatoire que les «sportives» voilées en jilbab s'y rendent. Lorsque vous venez dans le quartier, que vous n'y êtes pas résidente, en tant que femme vêtue «à l'occidentale», vous devez supporter les regards inquisiteurs, voire désapprobateurs, des hommes qui discutent groupés à côté de l'épicerie. Tout cela est insidieux.

C'est essentiel de le comprendre: aucune menace physique ou même verbale n'est formulée pour vous dire de quitter les lieux. Il faut le vivre au quotidien pour comprendre ce qui se passe, ce qui se joue, sans violence apparente mais par des regards, des postures qui vous font clairement ressentir que vous n'êtes pas sur votre territoire, mais sur le leur. Je le ressens plus encore depuis les attentats de janvier 2015: chacun reste dans son coin et on se regarde en chiens de faïence. Jusqu'à quand? Avant quoi?

Camille, CRS

Policier depuis une quinzaine d'années et affecté au sein d'une compagnie républicaine de sécurité depuis plus de dix ans, je suis un des très nombreux témoins de cette lente mais inexorable descente aux enfers d'une démocratie en mal de repères. [...]

Où est la laïcité dans ces quartiers qui ne sont plus aujourd'hui que des zones de non-droit et où le communautarisme règne en maître? Où la police ne peut plus entrer sans faire déplacer une compagnie de CRS pour assurer sa propre sécurité? Nombre de nos concitoyens sont totalement laissés à l'abandon et placés sous la coupe de tel ou tel caïd ainsi autoproclamé. Je travaille dans ces lieux où les pompiers refusent désormais d'intervenir et où les médecins ne se déplacent plus. J'y passe des nuits entières loin des caméras qui accompagnaient, le temps d'une visite éclair, les costumes sombres de nos élites dirigeantes et leur aréopage de thuriféraires depuis longtemps éclipsés. J'y ai été invectivé, sali, agressé, blessé, même.

Les «nique la police» succèdent aux «sales blancs» ou «Allah va vous niquer» que l'on peut entendre à longueur de vacation ou lire sur les murs pourtant régulièrement repeints par les plans d'urbanisme successifs. Le délaissement de ces quartiers s'accroît à mesure que s'enracine la radicalité, exacerbée par les événements tragiques de janvier 2015 et les actes terroristes accomplis ou déjoués depuis. Les actes de racisme antiblancs

n'ont cessé d'augmenter depuis le début de l'année dans ces pans entiers de notre territoire où certains habitants revendiquent de plus en plus haut et fort de n'être «pas français», où le sentiment d'appartenir à la même nation, de construire ensemble le monde de demain s'étiole jour après jour. L'angélisme n'a plus cours. L'urgence frappe à la porte de notre République.

J'ai rencontré depuis plusieurs mois de nombreux collègues expérimentés de toutes les compagnies de France qui me font part de leurs inquiétudes légitimes face à des situations de plus en plus tendues. Galvanisés par les événements de janvier 2015, et avant eux par les tueries perpétrées par Mohammed Merah en 2012 à Toulouse et à Montauban, certains délinquants n'hésitent plus désormais à braver l'autorité des fonctionnaires de police, notamment en lançant, sous forme de provocation à peine voilée des phrases telles que: «On vous a bien eus en janvier», «Ce n'est que le début, vous allez voir», «Encore quelques années et Allah va prendre le pouvoir».

La Grave: Is it all downhill for one of France's best ski resorts?

By Rob Hodgetts, CNN

Updated 1019 GMT (1819 HKT) January 13, 2017

Cable car: The only way up is via a 40-year-old cable car which takes 40 minutes to chug up from the rugged village at 1,480 meters to a high point of 3,200 meters. The lease for the lift is up, hence La Grave's uncertain future.

Big business: The worry among locals is that a mega lift company, such as Compagnie des Alpes, which runs many of France's top resorts including nearby Les Deux Alpes, Chamonix and Val d'Isere, will implement big changes to increase profitability and satisfy shareholders.

Pristine alpine environment: Locals say they're not "anti-development," but are wary that turning La Grave into a slick resort will rip the heart out of an authentic and pristine alpine environment.

Longer seasons: One of the stipulations of the new lease will be to build a third stage of the cable car up to 3,600 meters, replacing the old drag lift, before 2021. Not only will this allow easier liaisons with Les Deux Alpes but it's hoped it will extend the season and increase summer traffic.



La Grave: France's La Grave resort is under threat: The lease is up for renewal in 2017 and the community fears for the future.

La Grave: France's La Grave resort is under threat: The lease is up for renewal in 2017 and the community fears for the future.

Free skiing paradise: La Grave is a mountainscape of glaciers, cliffs, crevasses, couloirs and forests -- and a dream for free skiers when the conditions are right.

Gloomy prospects: But La Grave faces a delicate dilemma. Without investment, the prospects are gloomy. Securing the future of the lift is vital.

Tricky terrain: Of the 23 "legendary routes" pictured on Lang's Skiers' Lodge website, 16 have a technical difficulty rating of "very serious" or "extremely serious."

Cable car: The only way up is via a 40-year-old cable car which takes 40 minutes to chug up from the rugged village at 1,480 meters to a high point of 3,200 meters. The lease for the lift is up, hence La Grave's uncertain future.



Story highlights

- The future of one of extreme skiing's best resorts hangs in the balance
- Locals fear big business has plans that could transform the niche resort

(CNN) Its sheer slopes might be a cult off-piste ski destination and a haven for helmeted hardcores, but France's La Grave resort sits at an existential crossroads.

An aging, solitary cable car is the village's lifeblood, but the lease is up for renewal in 2017 and the community fears for the future.

Locals worry a big-business operator -- interested purely in profit -- will take over and destroy the soul of this unique alpine niche resort.

Into the abyss

However, La Grave is struggling. People are moving away, and there's a tacit acknowledgment that investment is needed to revive fortunes.

"Everyone is afraid of the unknown," says Pelle Lang, a Swedish guide who owns the [Skiers' Lodge](#) in the village. "There are a lot of people who have spent many years here, and it means a lot to them because La Grave is a special place."

The tiny 12th-century village in France's Ecrins National Park gives access to acres of adventure on the flanks of La Meije, a wild and remote 3,984-meter (13,071-foot) mountain, some 60 miles southwest of Mont Blanc.

No room for cruisers

This is no place for "blues cruisers" -- skiers who prefer intermediate pistes that offer limited challenges. There's one short groomed slope.

The rest is a mountainscape of glaciers, cliffs, crevasses, couloirs and forests -- and a dream for free skiers and their guides when the conditions are right.

"It is just an incredibly unique area and a special place, not only for skiing, but ski touring alpinistes, mountain bikers in the summer and farming," adds Lang, who pioneered the region as a hardcore skiing hub.

The only way up is via a 40-year-old cable car which takes 40 minutes to chug up via two intermediary stations from the rugged village at 1,480 meters to a high point of 3,200 meters.

There's one other lift, a rudimentary drag next to the single ribbon of piste high up on the glacier, rising to 3,530 meters just below the Dome de la Lauze.

Snow business

The extensive ski resort of Les Deux Alpes lies just over the ridge. It's another world, of commercialization and big business, but one that threatens to engulf La Grave.

The lift has a capacity of 400 people per hour, and struggles to make money. The lift's designer, Denis Creissels, a man in his 80s, took over the lease in 1987 and runs the company at the margins of profitability.

For several years, rumors abounded that the lift would simply close when the lease ran out. The lift did stop for a spell in the 1980s when an earlier operator went bankrupt.

"I have had American clients ringing me up saying 'I want to ski La Grave because this is the last year the lift will run'," says Lang. "It has a bad reputation around the world."

Two contenders

However, six potential investors came forward and were whittled down to two by the mayor's office, with a final decision to be made in March. The identities of the two prospective leaseholders remain a closely guarded secret.

The worry among locals is that a mega lift company, such as Compagnie des Alpes, which runs many of France's top resorts including nearby Les Deux Alpes, Chamonix and Val d'Isere, will implement big changes to increase profitability and satisfy shareholders.

"Now, we as skiers adapt to the mountain," says Lang. "As soon as you start adapting the mountain to the skier, you're bringing bigger crowds and soon you have a bigger demand for services."

Crowdfunding venture

Locals are not "anti-development," but they're wary that turning La Grave into a slick resort will rip the heart out of an authentic and pristine alpine environment.

The added fear is the village will be neglected in favor of unsustainable property development.

Belgian resident Joost Van Zundert launched a crowdfunding venture to protect what he calls "this special place" for the community.

It attracted €61,000 (\$64,000) from 1,012 backers to raise awareness, with the private investment already lined up for the next phase, but his was one of the bids rejected by the [town hall](#).

"The worst-case scenario for me is an operator who doesn't develop the village life and just operates the lift and thinks about its profits, not the product itself," says Van Zundert, who relocated to La Grave in 2005.

"That could endanger the authenticity of the skiing."

'Extremely serious'

La Grave is a serious mountain requiring specialist skills to negotiate its slopes.

Of the 23 "legendary routes" pictured on Lang's Skiers' Lodge website, 16 have a technical difficulty rating of "very serious" or "extremely serious."

There have been a number of fatalities over the years, including big-name American skier Doug Coombs who died after a fall in the Couloir de Polichinelle in 2006.

Not for nothing does La Grave have the second highest population of mountain guides in the world after Chamonix, at the foot of Mont Blanc.

"It attracts skiers from all around the world, experienced skiers and people who have a dream or ambition to ski there," adds Van Zundert, whose group will continue to lobby for the preservation of La Grave.

Commercial concerns

Boosting numbers, with enhanced lift and accommodation infrastructure, or by connecting La Grave into the lift system of nearby Les Deux Alpes, could engulf the village and attract visitors without the necessary experience and equipment.

But La Grave faces a delicate dilemma.

Without investment, the prospects are gloomy.

The situation has not been helped by the collapse of a tunnel on the road to La Grave, blocking the western access for almost two years.

The alternative, a winding four-hour diversion to the east, severely hit businesses, although the tunnel's re-opening this winter will give the village some much-needed "oxygen," according to Van Zundert.

"It's so difficult to make money here. And people are very tired living with this stress," adds Lang.

"The sad thing now is that many people are moving away from La Grave, schools are declining, it's been a tough time for people here."

Fat checkbooks

Securing the future of the lift is vital, but the flipside is that big companies waving checkbooks at impoverished landowners could hasten the exodus and expansion.

Then again, one of the stipulations of the new lease will be to build a third stage of the cable car up to 3,600 meters, replacing the old drag lift, before 2021.

Not only will this allow easier liaisons with Les Deux Alpes but it's hoped it will extend the season and increase summer traffic.

"They've been trying to open the lift up for summer skiing since they built it but they have never been able to make any money," says Lang.

"But if there is a cable car up to 3,600 meters it will compete with the Aiguille du Midi in Chamonix.

"The view is stunning. You can see to Italy and the Monte Rosa, to Mont Blanc, to the Massif Central, Mont Ventoux..."

[MORE: Where the pros go for snow](#)

No artificial snow

Among the other terms of the lease: No new pistes will be allowed and artificial snow making will be banned to preserve the authenticity of the environment. Lift improvements could also clean up some of the old infrastructure on the mountain.

But locals worry some of these seemingly positive upsides will be lost amid big-money negotiations.

"We pray they will come up with a solution and a good long-term working relationship with either of the companies," says Lang.

Like much of its skiing, La Grave is on a precipice. Whether it lands on its feet remains to be seen.

[Rob Hodgetts](#) is a journalist and editor who has worked for the likes of CNN Sport, BBC Sport, BBC News and Reuters and has reported from some of the world's biggest sporting events including numerous winter and summer Olympics, golf's US Masters and the Ryder Cup.

150,150

Europe and Islam

A treacherous path?

A pessimist's view of what Islamic immigration may be doing to Europe

Aug 27th 2009



Panos

Reflections on the Revolution in Europe: Immigration, Islam and the West. By Christopher Caldwell. *Doubleday*; 422 pages; \$30. *Allen Lane*; £14.99.

Buy from Amazon.com, Amazon.co.uk

IN APRIL 1968 Enoch Powell, a Tory cabinet minister, destroyed his political career when he denounced mass immigration as a disaster (“like the Roman”, he said, “I seem to see ‘the river Tiber foaming with much blood’”). Today Powell's arguments, if not his classical allusions, are becoming dangerously mainstream.

Christopher Caldwell is an American journalist who writes for the liberal *Financial Times* as well as the conservative *Weekly Standard*. He has spent the past decade studying European immigration, travelling widely and reading voraciously in an impressive variety of languages. His controversial new book repeatedly echoes Powell's warnings all those years ago.

Mr Caldwell argues that “Western Europe became a multi-ethnic society in a fit of absence of mind.” European policymakers imported people to fill short-term job shortages. But immigrants continued to multiply even as the jobs disappeared: the number of foreign residents in Germany increased from 3m in 1971 to 7.5m in 2000 though the number of foreigners in the workforce did not budge. Today immigrants account for about 10% of the population of most west European countries, and up to 30% in some of Europe's great cities.

Policymakers were even more mistaken about culture than they were about numbers. They assumed that immigrants would quickly adopt the mores of their host societies. But a surprising number of immigrants have proved “unmeltable”.

Mr Caldwell argues that the reason why so many immigrants failed to assimilate can be summed up in a single word: Islam. In the middle of the 20th century there were almost no Muslims in Europe. Today there are 15m-17m, making up about half of all new arrivals in Europe.

For the most part European countries have bent over backwards to accommodate the sensibilities of the newcomers. A French law court has allowed a Muslim man to annul his marriage on the ground that his wife was not a virgin on their wedding night. The British pensions department has a policy of recognising (and giving some benefits to) “additional spouses”.

But European public opinion is tiring of such bending. Mr Caldwell cites a poll that shows that only 19% of Europeans think immigration to be a good thing for their country; 57% think that their country has “too many foreigners”. Such numbers have recently forced politicians to adjust their policies.

Many countries are tightening their immigration laws, shifting to a skills-based immigration system and setting citizenship tests for would-be immigrants. The French have banned girls from wearing veils in schools. British politicians, such as Tony Blair and Jack Straw, have denounced the veil as a symbol of separation. The old welcome-mat seems to have been replaced by a “Love it or leave it” sign.

For Mr Caldwell this is all a matter of too little too late. Europe's indigenous population is ageing fast, with a quarter of it over 60. Immigrants have large families. Moreover, Europe is no match for Islamic self-confidence: “When an insecure, malleable, relativistic culture meets a culture that is anchored, confident and strengthened by common doctrines, it is generally the former that changes to suit the latter.”

Mr Caldwell's unremitting pessimism about Europe raises all sorts of questions, both large and small. Are Europeans really as feeble as he asserts? They have discovered that some principles are non-negotiable in their relations with Islam, particularly women's rights. And is Islam really as self-confident? The willingness of so many Muslims to take offence at any slight—a cartoon here, a novel there—could be a sign of profound cultural anxiety.

Mr Caldwell is also worryingly selective in his use of evidence. He all but ignores the multiple examples of upward mobility and successful integration. He dwells on the fact that many Muslim men feel emasculated by the success of their women without bothering to wonder why so many of the women are successful.

That said, this is an important book as well as a provocative one: the best statement to date of the pessimist's position on Islamic immigration in Europe. Supporters of liberal policies need to sharpen their arguments if they are to prevent neo-Powellism from sweeping all before it.

150,152

Strangers in the Land

By FOUAD AJAMI

JULY 29, 2009



Credit: Michel Euler/Associated Press

A departure and a return: In the legend of Moorish Spain, Boabdil, the last Muslim ruler of Granada, is said to have paused on a ridge for a final glimpse of the realm he had just surrendered to the Castilians. Henceforth, the occasion, and the place, would be known as El Último Suspiro del Moro, The Moor's Last Sigh. The date was Jan. 2, 1492.

More than five centuries later, on March 11, 2004, there would be a "Moorish" return. In the morning rush hour, 10 bombs tore through four commuter trains in Madrid, killing more than 200 people and wounding some 1,500, in the deadliest terror attack in Europe since World War II. This was not quite a Muslim *reconquista* of the Iberian peninsula, but a circle was closed, and Islam was, once again, a matter of Western Europe.

In his "Reflections on the Revolution in Europe," Christopher Caldwell, a meticulous journalist who writes for The New York Times Magazine and other publications, gives this subject its most sustained and thoughtful treatment to date. The question of Islam in Europe has occasioned calls of alarm about "Eurabia," as well as works of evasion and apology by those who insist Islam is making its peace with European norms. Caldwell's account is subtle, but quite honest and forthright in its reading of this history. "Islam is a magnificent religion that has also been, at times over the centuries, a glorious and generous culture. But, all cant to the contrary, it is in no sense Europe's religion and it is in no sense Europe's culture," he writes.

It hadn't taken long for Islam to make its new claim on Europe. Caldwell's numbers give away the problem: "In the middle of the 20th century," he tells us, "there were virtually no Muslims in Western Europe." Now there are more than 15 million, including 5 million in France, 4 million in Germany and 2 million in Britain.

The native populations in Western Europe hadn't voted to have the Turks and the Moroccans in Amsterdam, the Kurds in Sweden, the Arabs in London and the Pakistanis and Indians in Bradford and West Yorkshire. The post-World War II economic boom, and labor shortages, brought the immigrants, and they put down roots in their surroundings. In time, labor immigration "gave way to refugee immigration and to immigration aimed at reunifying (and forming) families. . . . Admitting immigrants changed from an economic program to a moral duty."

A fault line opened in European society. On one side were those keen to keep their world whole and theirs; on the other was elite opinion, insisting on the inevitability and legitimacy of the new immigration. For their part, the new arrivals, timid at first, grew expansive in the claims they made. This was odd: they had fled the fire, and the failure, of their ancestral lands, but they brought the fire with them. Political Islam had risen on its home turf in the Middle East and North Africa, in South Asia, but a young generation in Europe gave its allegiance to the new Islamist radicalism. Emancipated women had shed the veil in Egypt and Turkey and Iran in the 1920s; there are Muslim women now asserting their right to wear the burqa in Paris.

The European welfare state tempted and aided the new Islamism. Two-thirds of the French imams are on welfare. It was hard for Europeans, Caldwell writes, to know whether these bold immigrants were desperate wards or determined invaders, keen on imposing their will on societies given to moral relativism and tolerance. In Caldwell's apt summation, the flood of migration brought with it "militants, freeloaders and opportunists."

The militants took the liberties of Europe as a sign of moral and political abdication. They included “activists” now dreaming of imposing the [Shariah](#) on Denmark and Britain. There were also warriors of the faith, in storefront mosques in Amsterdam and London, openly sympathizing with the enemies of the West. And there were second-generation immigrants who owed no allegiance to the societies of Europe.

A study by Britain’s House of Commons of the July 7, 2005, bombings against London’s Underground caught the hostility of the new Islamism to the idea of assimilation, to the principle of nationality itself. Three of the four bombers were second-generation British citizens born in West Yorkshire. The fourth, who was born in Jamaica and brought to England as an infant, was a convert to Islam. Mohammad Sidique Khan, age 30, was the oldest of the group. He “appeared to others,” the report notes, “as a role model to young people.” Shehzad Tanweer, age 22, was said to have led a “balanced life.” He owned a red Mercedes, and enjoyed fashionable hairstyles and designer clothing. The evening before the bombings, he had played cricket in a local park.

Years earlier, the legendary theorist of the Islamists, the Egyptian Sayyid Qutb, had written of the primacy of Islam: we may carry their nationalities, he observed, but we belong to our religion. The assailants from West Yorkshire, and the radical Muslims from Denmark who, after a Danish newspaper published cartoons of Muhammad in 2005, traveled through Islamic lands agitating against the country that had given them home and asylum, were witnesses to the truth of Qutb’s dictum.

“The guest is sacred, but he may not tarry,” Hans Magnus Enzensberger writes in a set of remarks that Caldwell cites with approval. Many of Europe’s “guests” have overstayed their welcome. They live on the seam: the old world of Islam is irretrievable and can no longer contain their lives; the new world of modernity is not fully theirs. They agitate against the secular civilization of the West, but they are drawn to its glamour and its success.

In the way of exiles, once on safe ground they tell stories about the old lands. The telling speaks of Damascus as bathed with light, and the sea by Tunis and Algiers and Agadir as a piece of singular beauty. In its original habitat, there could be an honest reckoning with Islam. Men and women could wrestle with the limits it places on them; they would weigh, in that timeless manner, the balance between fidelity to the faith and the yearning for freedom. But it isn’t easy in Amsterdam or Stockholm. There, the faith is identity, and the faith is complete and sharpened like a weapon.

It wasn’t always so. Little more than four decades ago, when I left Lebanon for the United States, I, and others like me, accepted the rupture in our lives. I knew there would be no imams and no mosques awaiting me in the New World. I was not traveling in quest of all that. I was in my late teens, I accepted the “differentness” of the new country. News of Lebanon rarely reached me, air travel was infrequent and costly, I lost years of my family’s life. I needed no tales of the old country.

Nowadays, air travel is commonplace, satellite television channels from Dubai and Qatar reach the immigrants in their new countries, preachers and prayer leaders are on the move, carrying a portable version of the faith. We are to celebrate this new movement of peoples, even as it strips nations of what is unique to them. It goes by the name of globalization. It makes those who oppose it seem like nativists at odds with the new order of things.

It is a tribute to Caldwell that he has not oversold this story, that he does not see the Muslim immigrants conquering the old continent and running away with it. There is poignancy enough in what he tells us. It is neither wholly pretty, nor banal, this new tale of Islam in the West.

REFLECTIONS ON THE REVOLUTION IN EUROPE

Immigration, Islam, and the West

By Christopher Caldwell
422 pp. Doubleday. \$30

150,154

Le Figaro.fr

jeudi 12 janvier 2017 - 19:39 UTC +01:00

Actualité ; International

Migrants, Brexit, élections : l'Europe sous tension en 2017

Mével, Jean-Jacques

Malte a pris la barre de la galère européenne jusqu'à l'été pour une présidence qui s'annonce bien chahutée.

Petit pays, gros défis. Nul ne sait quelles secousses l'année 2017 garde en réserve, mais c'est à un minuscule archipel, posé plus près de l'Afrique que du Vieux Continent, que revient la mission d'épauler l'UE dans sa neuvième année d'une déprime tous azimuts. «Nous sommes sans illusion de grandeur, dit le premier ministre maltais Joseph Muscat. L'urgence est d'écouter les questions qui taraudent les Européens et d'y apporter des réponses, avant que les extrémistes ne s'en emparent.»

Malte pèse moins de 0,1 % des habitants de l'Union, mais ce n'est peut-être pas un mauvais choix pour prendre la barre de la galère européenne jusqu'à l'été, pour six mois d'une présidence «tournante» qui s'annonce chahutée. Les écueils se resserrent: l'investiture de Donald Trump d'ici à quelques jours, l'engagement du divorce britannique en mars, l'encombrant voisinage de Vladimir Poutine, des scrutins cruciaux en France et en Allemagne, et sans doute un troisième déferlement de migrants avec la fin de l'hiver. «Cela se profile comme la tempête du siècle mais ici, au milieu de la Méditerranée, nous avons l'habitude», lâche, à La Valette, un pilier de la présidence maltaise.

Les 450.000 insulaires gardent un regard étonnamment neuf sur une Union qui se déclare fatiguée. Ils sont les plus enthousiastes à la cause, à l'inverse des Européens de l'Est entrés comme eux dans l'UE en 2004. La croissance dépasse 3 %, l'emploi est en plein essor, le bâtiment explose. Perdue au milieu de la mer, l'ex-colonie britannique révère toujours «la Reine» et le Commonwealth. Mais elle s'est arrimée sans retour au grand marché. «Nous sommes sortis de notre rocher grâce à l'Europe, dit l'un d'entre eux, aujourd'hui nous pouvons mêmes devenir astronautes!»

Cet îlot de fraîcheur ne nuit pas, en lisière d'un espace politique assombri par l'obsession du déclin et de la perte d'identité. Les Maltais, placés par l'Histoire au carrefour des crises de civilisation, en ont vu bien d'autres. Et l'Europe elle-même, quoi qu'elle en dise, ne se porte pas si mal. L'activité économique, même modeste, a fini 2016 sur une note aussi robuste qu'inattendue. Le continent redémarre et le chômage baisse à peu près partout. Les déficits publics, boulets de la décennie, s'allègent franchement. Dans les 19 pays de l'euro, ils sont tombés de 6 à 1,5 % du PIB depuis 2010, sauf en France.

Le Brexit, un catalyseur

L'euro, malgré les augures, survit tant bien que mal et la Grèce en fait toujours partie. Les frontières intérieures de Schengen déjouent les pronostics et restent ouvertes. À force de noircir, c'est à peine si l'on a relevé que la catastrophe instantanée promise au Royaume-Uni depuis le vote de rupture n'y a en rien entamé l'activité. À Noël, les magasins ont fait le plein. À court terme, la victoire de Donald Trump, elle, semble avoir dopé les prévisions, y compris sur le Vieux Continent. Bref, si l'Europe ne va pas bien, l'économie, les marchés et les investissements ne se portent pas si mal.

L'avenir de l'UE paraît encore bouché, mais c'est moins un problème économique qu'une question politique: elle est mal gouvernée, ou plus précisément chaque nouvelle épreuve la trouve moins capable de formuler des solutions communes et crédibles. «La crise de confiance a commencé dès 2008, avec une réponse trop lente à l'effondrement des subprimes aux États-Unis. Trop peu, trop tard, note Louis Grech, vice-premier ministre maltais. Le Brexit n'est pas le mot de la fin, c'est un catalyseur: après avoir joué un rôle moteur pendant un demi-siècle, le projet européen semble de ne plus être capable que de produire des tensions entre capitales et des frustrations chez l'électeur.»

L'afflux d'Africains en quête de mieux-vivre risque de mettre à nouveau le continent à l'épreuve, dès le retour d'une météo calme en Méditerranée. «L'UE va tout droit vers la crise, dès le printemps, avec des débarquements sans précédent sur sa façade méridionale et, à nouveau, des noyades par milliers», prévient Joseph Muscat. La côte libyenne est à 350 km à peine de son bureau. Le «président» de l'UE s'inquiète de voir les Vingt-Huit foncer tête baissée dans une troisième année de débâcle à ses portes. L'an dernier, passant au large, plus de 181.000 migrants sont arrivés sur les côtes italiennes, un record absolu d'après Frontex.

Une crise persistante de l'exercice du pouvoir

L'Europe a colmaté l'an dernier la brèche grecque en mer Égée, avec le renfort énergétique de la Turquie de Recep Tayyip Erdogan. Mais en Libye, elle manque d'interlocuteur crédible et le premier ministre maltais s'inquiète ouvertement de voir les Russes multiplier les gesticulations navales au large de ce pays plongé dans le chaos. Il préférerait voir les marines de l'Otan et de l'UE occuper le terrain - y compris les eaux territoriales - afin de casser le business florissant des passeurs, avec l'accord de Tripoli. «Il est plus que temps de braver l'orage qui menace», insistait-il jeudi devant quelques journalistes. Le débat bruxellois sur les «quotas» nationaux de réfugiés de guerre peut bien attendre un an de plus. Il est déjà dépassé...

Les élections néerlandaises, françaises, allemandes fourniront aux Européens l'occasion d'exprimer leur mécontentement face à la paralysie de l'UE et contre la disparition des frontières. Mais ni l'extrémiste Geert Wilders, ni Marine Le Pen, ni l'égérie de l'AfD Frauke Petry ne semblent pouvoir décrocher les majorités indispensables au renversement de l'ordre établi. Pour l'Europe, le danger politique principal est moins la montée du populisme et de ses idées simples qu'une crise persistante de l'exercice du pouvoir, à tous les niveaux.

Défi d'une génération, la «crise» migratoire ne peut avoir de solution plausible que collective. Pour l'heure, elle reflète surtout l'incapacité des Vingt-Huit à trouver rapidement des réponses à la hauteur, comme l'annonçaient déjà la déroute financière de 2008-2009 et ses séquelles. Le casse-tête de la dette grecque va bientôt entrer dans sa 9e année, mais à Bruxelles on murmure déjà le scénario d'un quatrième plan de sauvetage. Trop peu, trop tard. L'Europe n'en finit pas de saper sa propre crédibilité.

150,156

Les défis économiques qui attendent la zone euro en 2017

Rythmée par des élections, l'année sera surtout politique. Mais la hausse des taux et le retour de l'inflation pourraient fragiliser la croissance.

LE MONDE ECONOMIE | 02.01.2017 à 11h27 • Mis à jour le 02.01.2017 à 13h43 | Par [Marie Charrel](#)

Triste anniversaire. Il y a dix ans, en 2007, BNP Paribas fermait en panique trois de ses fonds monétaires. Une étincelle qui mit le feu aux marchés financiers, un an avant la chute de la banque américaine Lehman Brothers. La crise des subprimes commençait à peine. Une décennie plus tard, le monde souffre encore des séquelles de la terrible récession qui a suivi. En particulier la zone euro, engluée dans la croissance faible et le chômage élevé.

Les risques pesant sur l'activité dans une zone où la monnaie unique a fait son apparition il y a tout juste quinze ans sont toujours présents. Mais ils ont changé de nature. « *Ces prochains mois, ils seront moins économiques et financiers que politiques* », résume Nadia Gharbi, économiste chez Pictet. A une nuance près : après des années de taux zéro anesthésiant les investisseurs comme les Etats, la remontée des taux souverains pourrait, elle aussi, charrier son lot de mauvaises surprises.

Les incertitudes politiques pèseront sur l'investissement

Avec l'élection de Donald Trump aux Etats-Unis et la victoire du « leave » au Royaume-Uni, 2017 a marqué le grand retour du politique. « *Ce n'était peut-être qu'un avant-goût avant de ce qui nous attend en 2017* », prévient Philippe Waechter, chez Natixis AM. Tout au long de l'année, des élections déterminantes auront lieu aux Pays-Bas (en mars), en France (en avril-mai), en Allemagne (à l'automne), et peut-être même en Italie. Chaque fois, les mouvements populistes pourraient y marquer des points. « *Ce sera un grand test pour la cohésion de l'union monétaire* », estime Maxime Sbaihi, économiste chez Bloomberg Intelligence. Le danger ? « *Sûrement pas de voir un pays quitter l'euro* », rassure-t-il.

Mais le doute politique pèsera sur l'investissement privé. Et les marchés pourraient réclamer des taux d'intérêt plus élevés aux entreprises et aux Etats. Les finances publiques s'en trouveraient fragilisées. D'autant que s'ajouteront à cela les incertitudes liées aux négociations sur la sortie du Royaume-Uni de l'Union européenne, qui devraient réellement débiter cette année. Sans parler de celles entourant le programme de Donald Trump aux Etats-Unis. Ses promesses protectionnistes, si elles sont appliquées, pourraient nuire au commerce mondial, déjà anémique.

Le retour de l'inflation va fragiliser le pouvoir d'achat

Hausse des cours du pétrole oblige, les prix vont lentement remonter dans la zone euro. Selon la Banque centrale européenne (BCE), l'inflation devrait passer de 0,2 % en 2016 à 1,2 % en 2017, se rapprochant ainsi doucement de la cible de 2 % de l'institut monétaire. A première vue, c'est une bonne nouvelle : le spectre déflationniste menaçant l'Europe depuis 2013 s'éloigne enfin.

Seulement voilà : en zone euro, la hausse des prix des produits importés, comme le pétrole, ne devrait guère être suivie par une hausse notable des salaires, contrairement à ce que l'on observe aux Etats-Unis. Et ce, parce que le taux de chômage européen frôle toujours les 10 %. « *Sur le Vieux Continent, le retour de l'inflation pourrait donc se traduire surtout par une baisse du pouvoir d'achat des ménages, pénalisant la croissance* », explique Stéphanie Villers, chef économiste d'Humanis.

La hausse des taux pourrait pénaliser la zone euro

Le 15 décembre, la Réserve fédérale a relevé ses taux directeurs d'un quart de point, tandis que les taux souverains américains ont commencé à remonter depuis l'été, entraînant dans leur sillage les taux français, allemands et italiens. Le cycle de baisse des taux observée depuis plus d'une décennie touche à sa fin. C'est plutôt une bonne nouvelle car ils étaient tombés trop bas, jugent la plupart des économistes. A condition du moins que la hausse ne s'emballe pas : « *En Europe, elle pourrait coûter cher aux Etats les plus fragiles, en particulier l'Italie et le Portugal* », prévient Gilles Moëc, chez Bank of America ML.

Pour l'éviter, la BCE a décidé en décembre de prolonger ses rachats de dettes publiques (80 milliards d'euros mensuels) jusqu'à la fin 2017. Mais cela pourrait ne pas suffire : l'outil monétaire n'est plus aussi efficace qu'avant, et la BCE est désormais à court de cartouches. En outre, la remontée des taux américains, qui attire les capitaux vers les Etats-Unis, pourrait fragiliser les pays émergents et, par extension, l'économie mondiale. Seule consolation, si l'on peut dire : la baisse de l'euro face au dollar pourrait se poursuivre, au profit des exportations européennes...

Les banques italiennes continueront d'inquiéter

C'est désormais certain : l'Etat italien va intervenir pour renflouer Banca Monte dei Paschi di Siena, la quatrième banque du pays, qui inquiète les marchés depuis des mois. Pour ce, Rome a emprunté 20 milliards d'euros sur les marchés en décembre. Une somme qui pourrait également être utilisée pour aider d'autres établissements en difficulté, comme Banca Popolare di Vicenza, Veneto Banca ou Banca Carige.

Mais même après cela, le système bancaire italien, handicapé par 360 milliards d'euros de mauvaises dettes, restera fragile. « *Le ménage n'a pas encore été fait dans les petites banques locales, très peu rentables* », note Nicolas Véron, spécialiste du sujet au Peterson Institute, un think tank de Washington. Ces faiblesses ne risquent pas de déclencher une nouvelle crise financière majeure. En revanche, les banques en mauvaise forme ne distribuent plus de nouveau crédit aux entreprises cherchant à investir. Cela pèsera pendant des années sur la croissance de la troisième économie de la zone euro – et donc, de ses partenaires commerciaux.

Les discussions sur la dette grecque vont se poursuivre

Plus personne, en Europe, n'évoque la possibilité d'une sortie grecque de la zone euro, comme à l'été 2015. Pour autant, les discussions tendues entre Athènes et ses créanciers européens devraient se poursuivre tout au long de l'année à venir. Celles-ci achoppent toujours sur le même point : le Fonds monétaire international n'a toujours pas confirmé sa participation au troisième plan d'aide de 86 milliards d'euros accordé au pays à l'été 2015, et l'Allemagne refuse d'en faire plus pour alléger encore la dette publique hellène (180 % du PIB) à long terme.

Si rien ne bouge d'ici là, ce qui est probable, le risque d'un défaut de paiement partiel pourrait resurgir en juillet, lorsque la Grèce devra rembourser 3,9 milliards d'euros à la BCE. De quoi briser la fragile reprise observée depuis quelques mois.

150,158

Qu'est-ce que 2017 réserve à l'UE?

Publié le 05 jan 2017

Catégorie(s) : [Actualités](#)



2016 a été l'année de la crise existentielle pour l'UE. La décision du Royaume-Uni d'abandonner le navire ainsi que la victoire de l'antieuropéen Donald Trump aux États-Unis ont constitué deux coups très bas qui continueront à faire du mal en 2017. L'Europe passe le réveillon sans toujours avoir trouvé de solution aux défis migratoires. L'absence d'accord entre ses membres sur ce dossier, dangereusement combinée avec le fléau du terrorisme, n'a pas fait que nourrir le nationalisme rampant qu'on croyait enterré en Europe. Comme si cela ne suffisait pas, le Vieux Continent n'a pas toujours, non plus, répondu au malaise grandissant des Européens face aux défis de la mondialisation économique. Jamais auparavant l'Europe n'avait été si consciente de ses différences internes.

L'Europe semble rassembler tous les éléments nécessaires pour qu'une véritable tempête se précipite sur elle. Et pourtant, cela devrait plutôt être le temps d'une célébration, car le Traité de Rome fête son 60^e anniversaire. L'accord donna naissance à l'union politique de l'Europe après deux guerres mondiales dévastatrices. Le Vieux Continent pourra-t-il surmonter ses différences internes et se racheter? Après les tempêtes vécues en 2016, le calme viendra-t-il? Voici quelques-unes de nos prévisions sur les défis qui nous attendent en 2017.

Le Royaume-Uni sera toujours dans l'UE !

Il est bien probable que le Brexit ne s'amorce pas en 2017. Le pays pourrait vraisemblablement ne pas être en mesure d'activer l'article 50 du Traité de Lisbonne, qui donnerait le feu vert à un long processus de séparation.

Au moins deux obstacles s'y opposent. D'un côté, la Haute Cour de justice de Londres a infligé en novembre un sévère camouflet au Gouvernement britannique, selon lequel il est impossible de déclencher la sortie de l'UE sans l'approbation préalable du Parlement national. Le Gouvernement voit ainsi nié son pouvoir d'initier la procédure, prévue pour mars 2017. De l'autre côté, il faut souligner que l'équipe de Theresa May ne dispose pas encore d'une stratégie claire pour sortir du fructueux marché unique européen. Ayant beaucoup à perdre sur le plan commercial, le pays est obligé d'adopter au moins une attitude de coopération avec Bruxelles.

Le terrorisme sera l'un des principaux casse-têtes de l'Europe

L'Europe a réveillé en alerte terroriste. Les attaques à Bruxelles, Nice et plus récemment à Berlin ont obligé les gouvernements à prendre des mesures extraordinaires. Ainsi, des policiers, des tireurs d'élite et des drones ont blindé les capitales de l'UE pendant les fêtes de Noël et du Nouvel An. On se souvient encore de groupes armés comme l'ETA en Espagne et l'IRA en Irlande du Nord. Cependant, le terrorisme en Europe a subi des transformations au cours des trois dernières décennies. Celui d'aujourd'hui continue de poursuivre des objectifs politiques, mais avec une différence significative : le «tabou éthique» de ne pas attaquer les civils a été cassé. Le nombre de morts en 2016 est de 120, un chiffre auquel il faut ajouter des centaines de blessés et plusieurs tués à l'arme blanche dans des attaques solitaires.

Les attaques récentes montrent que ce phénomène est difficile à contenir malgré le renforcement des mesures policières et juridiques mises en place à son encontre. L'Europe a déjà élaboré, au cours des deux dernières années, plusieurs règles de

contrôle renforcé des passagers. A côté de cela, le Parlement européen a donné son approbation à une directive pour l'enregistrement des passagers aériens. Dans des circonstances normales, cette mesure aurait rencontré de très fortes critiques, car elle porte atteinte au droit de la vie privée. En 2017, la lutte contre ce fléau sera l'une des priorités de l'agenda européen.

L'ère de Trump bouleversera les relations transatlantiques

Le 19 janvier prochain sera le dernier jour des huit années du mandat de Barack Obama comme Président des États-Unis. Le lendemain, Donald Trump inaugurera le sien en prêtant serment à la Constitution sur les marches du Capitole et parcourra les grandes avenues de Washington dans le traditionnel défilé vers la Maison Blanche. Ces cérémonies seront le point de départ de profonds changements dans les relations bilatérales transatlantiques.

Du point de vue géopolitique, le rôle de grand gendarme du monde, joué par les États-Unis à l'OTAN, sera réexaminé, selon les promesses de M. Trump. En outre, la sympathie du nouveau président américain envers son homologue russe, Vladimir Poutine, changera sans aucun doute l'équilibre de forces que l'Europe entretenait jusqu'à présent avec la Russie, dans le cadre de la crise russo-ukrainienne. Ces nouvelles conditions feront de 2017 une année où l'Europe devra se réinventer militairement.

En outre, bon nombre des engagements, prévus par Obama, avec l'Europe risquent d'être délaissés, voire interrompus, comme, par exemple, la conclusion du TTIP ou le respect de l'Accord de Paris sur le climat.

Les solutions aux enjeux migratoires devront être améliorées.

Le traitement du dossier des réfugiés est une tâche à accomplir, que l'Europe traîne, non pas depuis 2016, mais depuis 2015! Après plusieurs tentatives infructueuses, l'UE a finalement réussi à instaurer, non sans difficultés, le système controversé des quotas. Obligatoire, ce dispositif a essuyé un rejet retentissant de nombreux pays tels que la Hongrie et la Slovaquie. Malgré cette opposition, le principal problème repose sur la lenteur concernant les relocalisations des demandeurs.

Les associations travaillant sur le terrain ont déjà défini 2016 comme «une année sans abri» et ont critiqué la « lenteur désespérante » de l'Union européenne. Pour se rattraper, en 2017, l'Europe devra aborder l'amélioration du rythme d'accueil, et le renforcement de la surveillance des frontières à risque élevé, vu l'absence de canaux sécurisés pour atteindre l'Europe. Cette année se termine avec un stupéfiant chiffre de 5 000 vies perdues en mer et, depuis 2 000, le chiffre atteint désormais 37 000 personnes.

L'Europe sera confrontée à une année électorale intense.

En 2017, les urnes européennes n'auront pas le temps d'accumuler de la poussière ! Quatre États membres —cinq si l'Italie se décide finalement— tiendront leurs élections: Pays-Bas, France, Allemagne et la République tchèque. L'importance des scrutins réside dans la popularité croissante des forces d'extrême-droite et europhobes dans ces pays.

Du côté néerlandais, le candidat de la formation Parti pour la liberté, Geert Wilders, jugé récemment coupable d'un crime de discrimination raciale dans son pays, espère obtenir d'excellents résultats. Selon les derniers sondages, Wilders deviendrait le Premier ministre des Pays-Bas, avec 33 sièges au Parlement. En France, Marine Le Pen est le deuxième favori pour la présidentielle après François Fillon. Cependant, malgré son avantage, il est très difficile pour Marine Le Pen de remporter l'élection, car les deux tours présidentiels donnent l'opportunité aux forces politiques de créer des alliances contre l'extrême droite.

A la fin de l'été, ce sera le tour de l'Allemagne. Le parti d'extrême droite Alternative pour l'Allemagne (AfD) est en train de gagner du terrain sur Angela Merkel. Selon l'Institut de sondages Emnid, l'intention de vote pour la CDU est maintenant de 37%, tandis que l'AfD serait élu par 12% des électeurs. Il y a un an, l'AfD ne dépassait pas les 8%.

Ensuite, au début de l'automne, ce sera à son voisin, la République tchèque, de choisir son premier ministre. Les prévisions donnent la victoire au parti « ANO 2011 », avec 29,7% des voix. Le chef de cette formation, le milliardaire Andrej Babis, souvent comparé à Trump et à Berlusconi, est partisan de la mise en œuvre de mesures sévères contre l'immigration, entre autres, le refus des quotas de relocalisation des réfugiés au niveau européen.

Par Susana Isabel Nunez

150,160

Prévisions 2017

Publié le 1 Janvier 2017

2017, l'année de la dernière chance pour l'Union européenne

Alors que l'année 2016 touche à sa fin, Atlantico propose à ses lecteurs une série de prévisions pour le millésime 2017.

Selon Christophe Bouillaud, professeur à l'IEP de Grenoble, l'Union européenne doit se préparer à des changements urgents et radicaux si elle ne veut pas disparaître à l'occasion des 60 ans des traités de Rome.

Au printemps 2017, il ne fait guère de doute que les dirigeants de l'Union européenne – responsables communautaires et dirigeants nationaux – commémoreront les 60 ans des traités de Rome (Marché commun et Euratom) signés en 1957. Il y a fort à craindre toutefois que cette commémoration obligée ressemble plus à un éloge funèbre ou à un déni de réalité qu'à une célébration. On devrait, certes, entendre les habituelles rengaines selon lesquelles "l'Europe c'est la paix" ou selon lesquelles "les Européens doivent s'unir pour maintenir leur rang dans le monde". Et bien sûr, on se promettra, dans un élan feint d'optimisme, de "relancer l'intégration européenne", ou éventuellement de la repenser à nouveaux frais – tout comme on le fit en 2007 pour les 50 ans de ces mêmes traités par une Déclaration dont la vacuité ressort encore mieux dix ans plus tard que sur le moment. Il restera toutefois que tout cela sonnera probablement horriblement faux.

En 2017, il vaudrait mieux s'abstenir de commémorer et s'empresse d'agir. Et cela pour de multiples raisons.

Tout d'abord, il paraît impossible, désormais, de nier la gravité de la crise que vit actuellement l'Union européenne. Cette crise a désormais tellement de dimensions entrelacées que le président de la Commission européenne depuis 2014, le luxembourgeois Jean-Claude Juncker, a parlé à son sujet de "polycrise". Ce néologisme désigne l'accumulation simultanée de déconvenues, largement liées entre elles par ailleurs : crise économique engagée en 2007-2008 renforçant l'asymétrie au sein du continent, avec une Allemagne qui prospère et une périphérie méditerranéenne qui souffre; crise des migrants de l'automne 2015, qui a montré que les termes "Europe de l'Ouest" et "Europe de l'Est" avaient encore tout leur sens vingt-cinq ans après la chute du mur de Berlin; crise géopolitique - ou géostratégique si l'on veut - avec une multiplication de crises régionales à ses frontières orientales et méditerranéennes (Ukraine, Syrie, Libye, etc.), avec la réapparition d'une puissance russe à l'Est, et, depuis le 8 novembre 2016, l'incertitude liée à la future présidence Trump aux Etats-Unis; crise démocratique avec la montée en puissance de partis dits populistes partout ou presque sur le continent, et l'affaiblissement parallèle des partis qui avaient porté le projet d'intégration européenne depuis les années 1950. Pour la première fois, la légitimité même du projet européen paraît être remise en cause par les électeurs: le vote du Brexit du printemps 2016 en témoigne.

La circonstance aggravante de cette "polycrise" est, en plus, que tous les éléments de cette dernière étaient déjà bien présents dès le début des années 2000. Dès la "Déclaration de Laeken" en 2001, les Européens officialisent que l'Union européenne ne fonctionne pas aussi bien qu'elle le devrait, en particulier du point de vue démocratique. A l'orée de 2017, on ne peut qu'être saisi par l'incapacité à porter remède à des maux diagnostiqués de longue date. Le Brexit paraît ainsi le premier épilogue d'un échec démocratique annoncé de longue date.

Ensuite, face à cette "polycrise" venue de loin, le leadership européen – commissaires européens et dirigeants nationaux – paraît inadapté aux circonstances et devrait le rester en 2017. Les dirigeants conservateurs allemands dominent sans partage, depuis la dite "crise des dettes souveraines" ouverte en 2010, le jeu au niveau des Etats : la France de François Hollande a été en effet incapable de faire changer les choses après 2012, l'Italie de Matteo Renzi a certes fait quelques tentatives entre 2014 et cette fin de 2016 sans rien obtenir pourtant, et le Royaume-Uni de David Cameron s'est mis de plus en plus hors-jeu, jusqu'à l'apothéose que constitue le Brexit. La Commission européenne essaye bien d'imposer depuis 2014 un nouveau leadership et parle même depuis peu de relance budgétaire coordonnée ou d'harmonisation fiscale en Europe, mais elle le fait avec le pire leader possible (l'homme du paradis fiscal le plus réussi de l'Union des trente dernières années), et surtout sans grands résultats à ce jour.

Face à la "crise de la zone Euro", tous les choix depuis 2010 de ces leaders n'ont visé qu'à maintenir l'existant sans être capable de bouleverser la donne fixée au début des années 1990 : une monnaie commune entre des Etats irrémédiablement nationaux dans leurs réactions, sans réelle solidarité budgétaire entre eux. Le refus de "l'union de transfert" de la part des dirigeants allemands et de leurs alliés néerlandais, autrichiens, etc. constitue un choix qui ne devrait pas être remis en cause en 2017. La zone Euro a certes été sauvée en 2012 par l'action résolue de Mario Draghi, le nouveau dirigeant de la Banque centrale européenne, mais le temps gagné n'a pas été utilisé pour faire émerger une nouvelle idée partagée de la zone Euro qui puisse la sortir durablement de sa crise actuelle liée à sa conception erronée dès le départ. Et le sort que ces dirigeants ont infligé aux habitants ordinaires de la Grèce constitue une condamnation de l'idée même de solidarité européenne, dont ils se vantent pourtant.

Malheureusement, les chances de voir émerger en 2017 de nouveaux dirigeants européens un peu plus visionnaires sont faibles. Le mandat de l'actuelle Commission européenne court jusqu'en 2019, et Jean-Claude Juncker semble bien décidé à aller jusqu'au terme de ce dernier. Angela Merkel a décidé de se présenter aux prochaines élections de septembre 2017 – preuve s'il en est que son parti (la CDU) et son allié (la CSU) n'ont aucune idée nouvelle à faire valoir en matière européenne –, et elle a en plus quelque chance de gagner son pari d'un quatrième mandat à la Chancellerie, faute de concurrents crédibles à la tête des autres partis de gouvernement (SPD, Verts, FDP). En France, il est probable que le gagnant de l'élection présidentielle de mai 2017, quel qu'il soit, se soit plié à l'obligation de dire du mal de l'Union européenne telle qu'elle est pour s'assurer une majorité électorale comme on l'avait déjà vu en 2012 quand François Hollande et Nicolas Sarkozy rivalisaient de projets en la matière. Cependant, un président français ne sera sans doute guère en mesure de relancer seul l'Union, sauf à mettre en place une alliance paneuropéenne : tâche fort difficile à ce stade. Il devra, en tout cas, s'intéresser au cas de l'Italie : toute la dynamique en cours au niveau des grandes forces politiques (PD de Matteo Renzi, M5S, et surtout la droite en voie de radicalisation autour de M. Salvini) nous paraît aller droit vers un conflit avec la ligne conservatrice allemande.

Enfin, au-delà des hommes, c'est tout le fonctionnement de l'Union européenne qui paraît inadapté aux circonstances. Ce dernier résulte pourtant d'une longue maturation depuis les années 1950. Tout a été fait pour ne vexer personne, et pour que chaque décision résulte d'un consensus entre Etats. Le compromis politique, le juridisme et l'évolution graduelle sont les maîtres mots de ce mécanisme de conciliation des intérêts. Il n'a pas cessé de fonctionner pendant la crise actuelle, même si le rôle dirigeant de l'Allemagne s'est affirmé, et il devrait continuer à fonctionner au cours de l'année 2017.

Par contre, ce mécanisme ne laisse pas la place à ce qui fait souvent la force des Etats lors des crises majeures qu'ils affrontent, à savoir la centralisation du pouvoir au profit d'un seul lorsque le péril guette. La République romaine, qui inspire toute notre tradition des contre-pouvoirs, avait inventé le remède au défaut propre de tout mécanisme consensuel de cet ordre. Elle avait institué "la dictature", le pouvoir temporaire confié à un seul de prendre toutes les décisions nécessaires à la sauvegarde de la République. Certes, tous les moments de la crise européenne ont été marqués par des Conseils européens "extraordinaires", par un renouveau de l'intergouvernementalisme, ou pour user d'un autre terme d'un "fédéralisme des exécutifs" (J. Habermas), confinant souvent à une renaissance du "directoire européen" où certains sont vraiment plus égaux que d'autres. Certes, de fait, Mario Draghi a joué ce rôle de dictateur pour sauver l'Euro en désespérant d'ailleurs les banquiers centraux conservateurs allemands poussés à la démission ou contraints à la soumission. Mais, pour tous les autres aspects de la "polycrise", les compromis, obtenus le plus souvent derrière des portes closes, compromis plus ou moins convaincants au final pour les populations concernées, continuent à jouer leur rôle de sauvegarde de l'existant, tout en étant incapables de fixer une ligne résolue de sortie de crise. Un mécanisme de "dictature" au sens romain manque donc clairement à l'Union européenne, et cela se voit, d'autant plus que les enjeux sont plus importants : la disparition des Européens comme acteurs majeurs de la crise syrienne au cours de l'année 2016 est de ce point de vue symptomatique. Il est possible que la gravité de l'un ou l'autre aspect de la "polycrise" finisse par obliger en 2017 les dirigeants européens à recourir à une telle solution, mais il est permis d'en douter tant la capacité de l'Union européenne à préserver sa logique de compromis paraît inébranlable, et tant son incapacité à se doter d'une stratégie unitaire et vraiment cohérente apparaît pérenne.

L'année des 60 ans des traités de Rome s'annonce donc sous un jour peu encourageant pour l'Union européenne. Il serait vraiment temps pour elle de songer à inverser les tendances délétères qui la minent depuis quinze ans ou de se préparer à entrer dans les livres d'histoire.